

Politik & Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikundkultur.net

In dieser Ausgabe:

Markus Dröge

Cornelia Füllkrug-Weitzel

Reiner Hoffmann

Aiman A. Mazyek

Johanna Wanka

und viele andere

TTIP

Gerechter Welthandel? Welche Auswirkungen haben TTIP und CETA auf Entwicklungs- und Schwellenländer?

Seiten 3, 10 und 11

Kulturgutschutz

Vorsorgen für Krisenzeiten: Entwurf eines 12-Punkte-Programms für einen nachhaltigen Kulturgutschutz.

Seite 7

Luther 2017

Das Reformationsjubiläum 2017 rückt näher. Über die Bedeutung des Reformators Martin Luther im 21. Jahrhundert.

Seite 13

Beilage Kultur bildet.

Die neue Ausgabe zur Bedeutung von kulturellen Wettbewerben in der Nachwuchsförderung.

Seiten 1 bis 12

Wendepunkt

Im September 2008 startete Christoph Marksches die Luther2017-Kolumne in dieser Zeitung mit einer Beschreibung der »wichtigen Hammerschläge«, mit denen Martin Luther die Reformation vorantrieb. Damals waren die Feierlichkeiten 2017 zum 500. Jahrestag des Theesenanschlages noch ein Jahrzehnt entfernt. Jetzt sind wir schon so nah an den Termin herangerückt, dass die Sorge wächst, ob die nun noch verbleibende Zeit wirklich ausreicht, um ein angemessenes Programm für dieses außergewöhnliche Jubiläum zu gestalten.

Zur Vorbereitung und Hinführung auf das Jubiläum startete ebenfalls 2008 die Lutherdekade, die mit Themenjahren Lust auf das Reformationsjubiläum machen soll. So spannend einige Themen, Veranstaltungen und Ausstellungen in den Dekadenjahren auch waren, so muss man doch feststellen, dass der Funke in der Breite der Gesellschaft für das Thema Reformation noch nicht übergesprungen ist.

Am schwierigsten bei der Vorbereitung des Reformationsjubiläums hat sich aber die föderale Konkurrenz zwischen den Bundesländern und die unklare Rolle des Bundes, gepaart mit einem gefühlten Alleinvertragsanspruch der Evangelischen Kirchen (EKD), gezeigt. Eine gemeinsame Anstrengung von Bund, Ländern und EKD zur Vorbereitung der Reformationsfeierlichkeiten ist nur in Ansätzen zu erkennen. Noch weitgehend außen vor sind die zivilgesellschaftlichen Kräfte aus dem Kultur-, Sport-, Umwelt- und Sozialbereich, ohne die ein solches Jubiläum nur schwer stemmbar ist.

Doch neben diesen Alarmzeichen gibt es auch ermutigende Meldungen. Der Bund ist die Instandsetzung der Luthergedenkstätten beherzt angegangen, die Evangelische Kirche hat entschieden, 2017 zur Unterstützung des Reformationsjubiläums in Berlin einen Kirchentag durchzuführen und die Vorbereitungen von wichtigen Großausstellungen im Land zum Thema laufen planmäßig. Sogar die Lutherbibel wird zum Jubiläum in einer neuen Übersetzung erscheinen.

Trotzdem, die Zeit wird nun sehr knapp, das Reformationsjubiläum als das zu feiern, was es ist – einer der fundamentalsten Wendepunkte in der Weltgeschichte. Die politische und religiöse Dimension dieser Umwälzung, die sich schon Jahrzehnte vor dem Jahr 1517 ankündigte und die nicht nur mit dem Namen Martin Luther verbunden ist, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Deshalb ist es notwendig, in der kurzen noch verbleibenden Zeit die Kräfte von Staat, evangelischer Kirche und Zivilgesellschaft zu bündeln, um 2017 eine breite Diskussion über die Reformation und ihre Wirkungen in der Gegenwart in der Gesellschaft zu initiieren.

Olaf Zimmermann
ist Herausgeber
von Politik & Kultur



Kunst und Kultur sind der Motor gesellschaftlicher Entwicklung

Zur Bedeutung von kulturellem Schaffen für die Gewerkschaftspolitik und unsere Gesellschaft

REINER HOFFMANN

Kunst und Kultur sind kein Luxus. Entgegen der Meinung mancher Ökonomen wissen die Gewerkschaften sehr wohl, dass Kultur einen unschätzbaren Eigenwert hat. Sie stiftet Identität und ist für den sozialen Zusammenhalt und die Integrationsfähigkeit einer Gesellschaft unerlässlich. Kunst und Kultur finden nicht abgehoben von gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen statt, sie sind vielmehr Teil davon und oft genug auch Motor. Kunst weist über das Bestehende hinaus, lädt ein zu weiterführendem, phantasievollem Denken, zu neuen Vorstellungen über die Möglichkeiten unseres Lebens und unserer Welt. Kulturpolitik ist Teil einer Gesellschaftspolitik, die der Würde des Menschen Geltung verschafft und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben ermöglicht und fördert. Für den Deutschen Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsgewerkschaften stehen die Veränderungen der Arbeits- und Lebenswelt im Mittelpunkt ihres (kultur-)politischen Interesses.

Kulturelles Schaffen ist wichtig für die politische Entwicklung unserer Gesellschaft

Die Verbindung zwischen Gewerkschaften und Kulturschaffenden ist vielerorts sehr lebendig und bringt die Kultur zu den Menschen. Andererseits zeigt sie auch, wie wichtig kulturelles Schaffen für die politische Entwicklung unserer Gesellschaft ist. Immer wieder greifen Künstler und Künstlerinnen Themen auf, die oft genug nicht oder noch nicht den ihnen zukommenden Stellenwert im politischen Diskurs haben. Wer bei Google den Suchbegriff »Theater für

Arbeitslose« eingibt erhält 416.000 Ergebnisse. Theatermacherinnen und Theatermacher gerade auch der freien Szene beschäftigen sich nicht nur in ihren Stücken mit Themen wie Entwicklung des Arbeitsmarktes, Hartz IV und prekäre Lebensverhältnisse. Es gibt mittlerweile in vielen Städten Projekte, die arbeitslose Jugendliche, aber auch Erwachsene in die Theater holen und mit ihnen als Darsteller arbeiten. Hintergrund ist hier nicht nur die Thematisierung der Lebensumstände, sondern vor allem, den Beteiligten durch die Theaterarbeit und öffentlichen Auftritte wieder mehr Zu- und Selbstvertrauen zu geben. Das ist kulturelle Bildung im besten Sinne und ohne die engagierten Künstlerinnen und Künstler gäbe es sie nicht.

Das Bewusstsein dafür, dass Kultur und Bildung eine wichtige Grundlage für die Entwicklung der Arbeits- und Lebensverhältnisse sind, entstand in der Arbeiterschaft schon in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts. Die Arbeiterbildungsvereine, deren Ansätze schon vor 1848 liegen, sind ein frühes Beispiel dafür, wie wichtig Bildung und kulturelle Teilhabe für die Entwicklung einer emanzipierten Arbeiterschaft ebenso wie für die der Gewerkschaften ist. Die Geschichte der Vorleser bei den Zigarrenmachern zeigt ebenfalls gut, wie Bildung und Kultur zu politischem Handeln führen. Sie lasen bereits Mitte des 19. Jahrhunderts ihren Arbeitskollegen während der Arbeitszeit aus Zeitungen, politischen und ökonomischen Schriften vor. Alle gaben etwas von ihrem Lohn, um so die Vorlesenden zu finanzieren. So erwarben die Zuhörer Wissen und Bildung. Sie organisierten sich und gründeten Ende 1865 den »Allgemeinen Deutschen Cigarrenarbeiterverein«, ein Vorläufer der heutigen Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, der NGG. Bis heute ist die Figur des Vorlesers das Symbol der NGG.

Bis 1933 entwickelten sich auch spezifische Formen von Arbeiterkultur: So gab es Arbeitersänger, Volksbühnen, Arbeitersportvereine. Die Gewerkschafts-

presse war in den 1920er Jahren eine rege Landschaft: Deutschlandweit erreichten 84 Gewerkschaftszeitungen etwa sechs Millionen Leserinnen und Leser. Eine kulturelle Einrichtung der Gewerkschaften aus jener Zeit feierte im vergangenen Jahr ihren 90. Geburtstag:

Gewerkschaftspolitik und Kulturschaffen bereichern und bedingen sich gegenseitig

die Büchergilde Gutenberg, die aus dem Buchdrucker- und Schriftsetzer-Verband, der Gewerkschaft der Buchdrucker und Schriftsetzer, hervorgegangen ist. Sie wollte keine auserlesenen Prunkstücke für Liebhaber erzeugen, sondern »vom schaffenden Volk ausgehend sollen sie für das schaffende Volk vorbildliche Werte hervorbringen und die solide Tradition Gutenberg'scher Kunst wieder aufnehmen«. Mit der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten wurden auch die Gewerkschaftshäuser gestürmt. Viele von ihnen zeugten von einer modernen Architekturkultur, die den gesellschaftlichen Fortschritt widerspiegeln sollte. Ebenfalls ein Beispiel, wie sich eine fortschrittliche gewerkschaftliche Politik in kulturellem Gut ausdrückt und umgekehrt Kultur den Rahmen dafür setzen kann.

Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand ein besonderes Beispiel für die Verbindung zwischen gewerkschaftlichem und kulturellem Engagement: Direkt nach Kriegsende hatten Bergarbeiter den Hamburger Theatern mit Kohle geholfen, ihre Häuser zu beheben. **Fortsetzung auf Seite 2**

Nr. 6/2015
ISSN 1619-4217
B 58 662



06

4 195981 603008

EDITORIAL

Wendepunkt

Olaf Zimmermann 01

LEITARTIKEL

Kunst und Kultur sind der Motor gesellschaftlicher Entwicklung

Reiner Hoffmann 01

Kultur Mensch
Wolfgang Thierse

02

AKTUELLES

Eins, zwei, drei, viele gegen TTIP

Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz 03

LANDESKULTURPOLITIK

Kultur erhalten und nicht kürzen

Sven Scherz-Schade 04

Eine wirklich schöne Stadt

Peter Grabowski 05

INLAND

Wichtiger Mosaikstein zur Verbesserung der Situation der freien Kulturszene

Barbara Foerster 06

Vielfalt und Qualität erhalten

4 Fragen an Carsten Sieling 06

Wir sind nicht hilflos

Markus Hilgert 07

EUROPA

Ins Ausland spenden – eine gute Idee?!

Christian Schreier 08

WEITE WELT

Ringens um den öffentlichen Raum

Sarah Mersch 09

Auf eigene Stärken besinnen

Ernst-Christoph Stolper 10

TTIP und der globale Süden

Cornelia Füllkrug-Weitzel 11

KULTURELLE BILDUNG

»Die Manns und wir«

Birgit Mandel 12

Qualität sichern

Susanne Keuchel im Gespräch 12

KULTURELLES LEBEN

Empirische Erkenntnisse theologisch reflektieren

Markus Dröge 13

Ohne Bilder keine Reformation

Olaf Zimmermann 13

Bibliothekar ist einer der schönsten Berufe

Gabriele Schulz im Gespräch mit Georg Ruppelt 14

Die Jazz-Marxisten

Felix Zimmermann 14

Größtenteils touristisch erschlossen

Helmut Lachenmann im Porträt – Andreas Kolb 16

Kaffeekultur

Georg Ruppelt 16

WERTEDEBATTE

Wertedebatte

Olaf Zimmermann 17

60 Millionen Menschen auf der Flucht

Gabriele Schulz 18

Ratings Agentour

Arnulf Rating 18

Brauchen wir eine neue Leitkulturdebatte?

Meinungen zum Thema 19, 22, 25, 27

Fördern und Fordern

Aiman A. Mazzyk im Gespräch 20

Keine Integration ohne Bildung

Johanna Wanka 21

Eine große Chance für alle

Horst Hippler 21

Von der Willkommenskultur zur Integration

Statements von Norbert Lammert, Thorsten Schäfer-Gümbel, Sahra Wagenknecht, Claudia Roth und Dorothee Bär 23

Weckruf für die kulturelle Bildung?

Christian Höppner 24

Der Spracherwerb ist der Schlüssel

Barbara Schleihaugen 24

Anerkennung, Partizipation, Verständigung

Tom Braun 26

Inklusion durch Zirkusarbeit

Gisela Winkler und Karl Köckenberger 26

Initiativen ermöglichen

Stephan Schnell 26

NETZKULTUR

Hass force maasforsch

Ein Kommentar von Armin Conrad 28

POSITIONEN

Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates

29-31

DAS LETZTE

Kurz-Schluss

Theo Geißler 32

Karikatur

32

Die P&K-Nachrichten

32

Impressum

32

i Offizielle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates wieder.

DER AUSBLICK

Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1. Januar 2016.

Im Fokus der nächsten Ausgabe steht der Erhalt schriftlichen Kulturgutes.

Fortsetzung von Seite 1

zen. Unter dem Motto »Kunst für Kohle« revanchierten sich diese mit Aufführungen in Recklinghausen. Am Ende stand die Gründung der Ruhrfestspiele Recklinghausen durch die Stadt und den Deutschen Gewerkschaftsbund, die bis heute eines der bedeutenden Theaterfestivals in Deutschland sind.

»Kunst ist schön, macht aber viel Arbeit« formulierte zutreffend der Kabarettist Karl Valentin bereits in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts. Welche Wertschätzung die Gesellschaft den Künstlerinnen und Künstlern und ihrer Arbeit entgegenbringt ist keine neue Frage. Aber sie stellt sich angesichts der Digitalisierung und den damit verbundenen Veränderungen heute mit zunehmender Schärfe. Dabei geht es konkret auch um die angemessene Vergütung, die soziale Absicherung und die Lebensperspektiven der Künstlerinnen und Künstler. Abgesehen von den sehr bekannten, sehr berühmten, sehr gut bezahlten können viele von ihrer Arbeit nicht leben, müssen durch zusätzliche Jobs ihren Lebensunterhalt sichern und sind im Alter häufig

Die Digitalisierung erweist sich für viele Kulturschaffende als eine janusköpfige Entwicklung

nicht abgesichert. Die Einrichtung der Künstlersozialkasse (KSK) in den 1980er Jahren hat zweifelsohne dazu beigetragen, die soziale Situation der Künstlerinnen und Künstler zu verbessern. Aber die jährlich von der KSK veröffentlichten Einkommen aus künstlerischer Tätigkeit bewegen sich in »Höhen«, die die prekäre Lage der Kunstschaffenden verdeutlichen. Das Jahresdurchschnittseinkommen aller in der KSK Versicherten betrug zum 01.01.2015 15.425 Euro – brutto wohlgeachtet. Und dabei verdienen Frauen in der Regel deutlich weniger als Männer.

Die Digitalisierung erweist sich ebenso wie in anderen Branchen auch für die Kulturschaffenden als eine janusköpfige Entwicklung: Einerseits ermöglicht sie neue künstlerische Ausdrucksformen, erleichtert den Zugang zu Kunstwerken und Kulturgütern und fördert den kulturellen Austausch zwischen Ländern und Kontinenten.



Reiner Hoffmann

FOTO: DGB / SIMONE M. NEUMANN

Und sie erleichtert die Bewahrung von Kunstwerken, ermöglicht so, sie auch für kommende Generationen zu sichern. Andererseits trägt die Digitalisierung dazu bei, dass künstlerische Arbeit entwertet wird. Der Anspruch, im Internet solle alles kostenlos verfügbar sein, schlägt auf die Urheberinnen und Urheber durch. Die Digitalisierung verändert unsere Arbeits- und Lebenswelt so stark, wie es vor langer Zeit die industrielle Revolution getan hat. Dabei dürfen wir nicht denjenigen die Interpretationshoheit überlassen, die uns weismachen wollen, es bedürfe nun keiner Regulierung mehr. Hinter diesen Argumentationen stehen knallharte ökonomische Interessen: Heute wie früher wird wieder behauptet, der Markt werde es schon richten. Aber ohne soziale Absicherung, ohne eine Regulierung der Plattformen und ohne den Schutz der Urheberinnen und Urheber auch in der digitalen Welt, bleiben diejenigen auf der Strecke, die mit ihren Inhalten erst dafür sorgen, dass beispielsweise YouTube seinen Nutzerinnen und Nutzern Musikvideos anbieten kann. Deshalb setzt sich der DGB dafür ein, das Urheberrecht so zu modernisieren, dass es auch für die digitale Verwertung künstlerischer Arbeit greift. Das Internet lebt von Inhalten, die von Menschen erschaffen werden, die von ihrer Arbeit leben können müssen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass diejenigen, die die Plattformen, die Technik, betreiben mit diesen Inhalten Milliarden verdienen, während die Urheberinnen und Urheber leer ausgehen. Es gilt, hierfür auch ein Bewusstsein bei den Nutzerinnen und Nutzern zu schaf-

fen: Es sind die Kreativen, die mit ihrer Arbeit die kulturellen Güter schaffen, die den Rohstoff »geistiges Eigentum« generieren. Sie haben ebenso wie alle anderen ein Recht darauf, hierfür angemessen bezahlt zu werden.

Kultur trägt dazu bei, Menschen autonomer, urteilsfähiger und selbstkritischer zu machen. Gerade in Zeiten, die von Globalisierung, Digitalisierung und Vernetzung geprägt sind, brauchen wir deshalb eine Kulturpolitik, die sich als Gesellschaftspolitik versteht. Kultur ist für den Deutschen Gewerkschaftsbund kein von seiner sonstigen politischen Arbeit abgespaltenen Bereich. Die Veränderungen der Arbeitswelt sind eines der wichtigsten gewerkschaftlichen Themen: Wie soll die Arbeit der Zukunft aussehen? Das ist ein Kernthema des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Wie gestalten wir die Arbeit der Zukunft so, dass die Menschen gut arbeiten und gut leben können? Dafür bedarf es auch der Anregung, der Unterstützung durch Kunst und Kultur. Der DGB sucht deshalb zu diesen Themen auch den Dialog mit Künstlerinnen und Künstlern, mit Kulturschaffenden. Kunst und Kultur unterliegen anderen Grundprinzipien als Politik und Wirtschaft. Die Freiheit der Künste ist unverzichtbare Voraussetzung für eine demokratisch verfasste Gesellschaft. Kunst trägt zu ihrer emanzipatorischen Entwicklung bei und fördert die Reflektion der bestehenden Verhältnisse, ganz im Sinne von Theodor W. Adorno: »Aufgabe von Kunst heute ist es, Chaos in die Ordnung zu bringen«. Deshalb darf Kulturpolitik nicht am materiellen Wert von Kultur ausgerichtet sein, sondern

Kulturpolitik darf sich nicht am materiellen Wert von Kunst orientieren, sondern an ihrem gesellschaftlichen Mehrwert

auf die Förderung und Entwicklung der künstlerischen Arbeit und ihren gesellschaftlichen Mehrwert. Kulturfinanzierung ist eine staatliche Pflichtaufgabe, keine Kür. Dafür setzt sich auch der DGB ein.

Reiner Hoffmann ist Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Kultur Mensch Wolfgang Thierse

Bundestagspräsident a. D. Wolfgang Thierse erhält im kommenden Frühjahr für seine außergewöhnliche kulturpolitische Lebensleistung den Kulturpreis des Deutschen Kulturrates. Der 1943 in Breslau geborene Thierse wuchs im thüringischen Eisfeld auf und erlernte nach dem Abitur den Beruf des Schriftsetzers in Weimar. 1964 folgte ein Studium der Germanistik und der Kulturwissenschaft an der Humboldt-Universität in Berlin. Vor dem Fall der Mauer war er in den Jahren 1975/76 Mitarbeiter im Ministerium für Kultur der DDR und anschließend bis 1990 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Zentralinstitut für Literaturgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR tätig. Bis zur Wende parteilos, trat er 1989 dem Neuen Forum bei und wurde Anfang Januar 1990 Mitglied der SPD. Thierse gehörte der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR an

und zählte zu den 144 von der Volkskammer gewählten Abgeordneten, die am 3. Oktober 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages wurden. 1990 bis 1998 war Thierse stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion und von 1998 bis 2005 Präsident des Deutschen Bundestages. Als Abgeordneter (1990 – 2013) engagierte sich Thierse in besonderer Weise für Kulturpolitik. Seine Aufmerksamkeit galt – als Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags und insbesondere als Bundestagspräsident – sowohl der Erinnerungskultur als auch dem zeitgenössischen künstlerischen Schaffen. Ein besonderes Augenmerk richtete Thierse auf Kunst und Künstler in Ostdeutschland sowie auf die Rolle der Kultur in der Transformation. Er hat sich fortwährend für die Kultur stark gemacht und war dabei stets eine moralische Instanz. Wolfgang Thierse war von 1996 bis

2015 Vorsitzender des Kulturforums der Sozialdemokratie. In den fast zwanzig Jahren als Vorsitzender des SPD-Kulturforums hat Thierse die Kulturprogrammatische seiner Partei maßgeblich geprägt.



FOTO: WOLFGANG THIERSSE

K

Eins, zwei, drei, viele gegen TTIP

Zu Novizen, Erfahrenen und wie es weitergeht

OLAF ZIMMERMANN UND
GABRIELE SCHULZ

Am 10. Oktober 2015 fand nach der Demonstration gegen den Irak-Krieg im Jahr 2003 die zahlenmäßig größte Demonstration in Berlin statt. Und um die Superlative noch zu steigern, es gab bisher wohl kaum eine Demonstration, die von einem so breiten und großen Bündnis ganz unterschiedlicher zivilgesellschaftlicher Organisationen getragen wurde. Angefangen von globalisierungskritischen Organisationen wie attac und neuen Organisationen wie compact, waren es vor allem die demonstrierenden erfahrenen Gewerkschaften sowie Umwelt- und Naturschutzverbände, die dazu beitrugen, dass je nach Lesart 250.000, so wir als Veranstalter, oder 150.000, so die Polizei, Menschen nach Berlin kamen und »Stop TTIP, Stop CETA. Für einen gerechten Welthandel« riefen. Der Deutsche Kulturrat war als Demonstrations-Novize Mitveranstalter dieses Ereignisses.

Erstmals hatte der Deutsche Kulturrat in seiner immerhin 33-jährigen Geschichte zu einer Demonstration aufgerufen und sich einem Trägerbündnis von insgesamt 33 Organisationen angeschlossen. Dem Trägerkreis gehören an: Deutscher Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsgewerkschaften IG Bauen Agrar Umwelt, IG Bergbau, Chemie, Energie, Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, IG Metall, Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, Gewerkschaft der Polizei, ver.di-Vereine Dienstleistungsgewerkschaft sowie Bund für Umwelt und Naturschutz, attac, NaturFreunde Deutschlands, compact, Der Paritätische, WWF, Deutscher Kulturrat, Brot für die Welt, Oxfam, Mehr Demokratie, Naturschutzbund Deutschland, greenpeace, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Umweltinstitut München, foodwatch, Sum of us, Volkssolidarität, Katholische Arbeitnehmerbewegung, Bundjugend, DDIF, digitalcourage, Solidarische Landwirt-

Der Protest gegen TTIP und CETA ist nicht mit Antiamerikanismus gleichzusetzen

schaft, NaturFreundeJugend, Verband deutscher Schriftsteller, Forum und Entwicklung. Darüber hinaus haben 128 Organisationen die Demonstration unterstützt. Zu den Unterstützern zählten aus dem Mitgliederspektrum des Deutschen Kulturrates: Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler, Deutscher Komponistenverband, Deutscher Kunst Rat, Deutscher Musikrat, GEDOK, Illustratorenorganisation, Internationale Gesellschaft der Bildenden Künste und PEN-Zentrum Deutschland.

Die verschiedenen Organisationen, egal ob als Träger oder als Unterstützer, verbindet, dass sie TTIP und CETA für nicht geeignet halten, einen Beitrag zum gerechten Welthandel zu leisten. Daher soll CETA nicht ratifiziert und die Verhandlungen von TTIP gestoppt werden. Diese große Gemeinsamkeit wurde von denen geteilt, die sich am 10. Oktober 2015 »auf die Socken machen« und ihren Protest auf die Straße trugen. Wir Demo-Novizen aus dem Deutschen Kulturrat beteiligten uns an der Demonstration mit einem eigenen Kultur-Block. Deutlich sichtbar mit gelben Schärpen, Großplakaten und verschiedenen Transparenten.



Der Kultur-Block bei der Großdemonstration »Stop TTIP, Stop CETA« am 10. Oktober in Berlin

Wenige Tage zuvor überreichte die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative 3.284.289 Unterschriften aus ganz Europa, die in einem Jahr gesammelt wurden, symbolisch der EU-Kommission in Brüssel. Die Europäische Bürgerinitiative war selbstorganisiert, weil die letzte Europäische Kommission die Europäische Bürgerinitiative unter dem Hinweis, dass es sich bei den TTIP-Verhandlungen erst um die Vorbereitung einer Rechtssetzung und nicht um die Rechtssetzung selbst handelt, abgewiesen hatte. Die Organisatoren, darunter der Deutsche Kulturrat, ließen sich aber nicht entmutigen und sammelten die genannte Zahl an Unterschriften. Noch nie wurden bei einer Europäischen Bürgerinitiative so viele Unterschriften geleistet. Auf den letzten Metern wurde selbst in Polen, wo es über einen langen Zeitraum sehr schwer war, für die Gefahren von TTIP und CETA zu sensibilisieren, das Quorum erreicht. – Bei einer offiziellen Europäischen Bürgerinitiative muss je nach Bevölkerungszahl des Mitgliedstaats eine bestimmte Stimmzahl erreicht werden, damit die Stimmen anerkannt werden können. – Nur in den drei baltischen Staaten, Estland, Lettland und Litauen, sowie Malta wurde das Quorum nicht erreicht. Die Europäische Bürgerinitiative belegt, dass der Protest gegen TTIP und CETA eben keine deutsche Angelegenheit allein ist, sondern die Bürger in allen EU-Mitgliedstaaten bewegt.

Dass der Protest gegen TTIP und CETA nicht mit Antiamerikanismus gleichzusetzen ist, belegten die Veranstalter der Demonstration am 10. Oktober dadurch, dass bewusst Redner aus den USA und aus Kanada sprachen, die die kritischen Stimmen aus jenen Ländern einem großen Publikum präsentierte. Und auch gegen Zuspruch von rechten und nationalistischen Gruppierungen setzte sich das Trägerbündnis frühzeitig bewusst ab und brachte dieses zusätzlich sowohl bei der Auftakt- als auch der Abschlusskundgebung zum Ausdruck.

Wie geht es weiter?

Wenige Tage vor der Großdemonstration sicherte EU-Handelskommissarin Cécilia Malmström dem Börsenverein

des deutschen Buchhandels zu, dass die Buchpreisbindung durch die TTIP-Verhandlungen nicht angetastet, sondern vielmehr durch entsprechende Maßnahmen geschützt werden soll. Kulturstaatsministerin Monika Grütters MdB und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, MdB legten zwei Tage vor der Großdemonstration ein »Positionspapier der Bundesregierung zu den TTIP-Verhandlungen der EU-Kommission mit den USA im Bereich Kultur und Medien« vor (<http://bit.ly/1Gd8axo>).

Die Vorlage dieses Positionspapiers ist allein deshalb ein Erfolg, weil bis zu diesem Zeitpunkt speziell das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie die Auffassung vertrat, Kultur und Medien seien von TTIP gar nicht berührt. Das Positionspapier macht deutlich, was der Deutsche Kulturrat und viele seiner Mitglieder schon lange sagen, dass Kultur und Medien selbstverständlich fundamental von TTIP betroffen sind. Als wichtige Maßnahmen nennt die Bundesregierung in ihrem Positionspapier:

- Im Kapitel Telekommunikation muss klargestellt werden, dass nationale Regelungen für Meinungsvielfalt und Medienpluralismus nicht eingeschränkt werden dürfen. – Damit wird letztlich anerkannt, dass Inhalte von öffentlichem Interesse wie z. B. der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch unter Telekommunikation geregelt werden sollen.
- Im Kapitel zum elektronischen Geschäftsverkehr dürfen keine bestehenden Bereichsausnahmen für Kultur und Medien unterlaufen werden. Besondere Regelungen für digitale Güter werden abgelehnt. – Darin wird deutlich, dass die USA gerade mit Blick auf digitale Güter, zu denen insbesondere auch digitale Kulturgüter und -dienstleistungen gehören, Sonderregelungen einfordern.
- Im Kapitel Investitionsschutz sollen Schutzmaßnahmen zum Schutz der kulturellen und medialen Vielfalt nicht als indirekte Enteignung angesehen werden dürfen. – Das zeigt die Gefahr, dass möglicherweise in Investor-Staat-Streitschlichtungsverfahren gegen Maßnahmen zum Schutz der kulturellen Vielfalt geklagt werden könnte.

• Im Kapitel regulatorische Kooperation müssen Ausnahmen für Kultur und Medien möglich sein. – Was schlussfolgern lässt, dass die regulatorische Kooperation ein Einfallstor zur Aushebelung von Schutzmechanismen ist.

• Im Kapitel Geistiges Eigentum muss die Möglichkeit erhalten bleiben, eine Providerhaftung einzuführen. – Was aufzeigt, dass hier gegebenenfalls Gestaltungsräume des europäischen und nationalen Gesetzgebers von vorneherein eingeschränkt werden könnten.

• Im Kapitel Zollvorschriften muss sichergestellt werden, dass weiterhin eine effektive Ein- und Ausfuhrkontrolle für Kulturgüter möglich ist. – Hier soll offenbar entgegen gewirkt werden, dass dem gerade im Gesetzgebungsprozess befindlichen Kulturgutschutzgesetz über TTIP der Garaus gemacht wird.

• Weiter sollen die bereits im Verhandlungsmandat vorgesehenen Ausnahmen für den Medienbereich zukunfts fest gemacht werden. – Woraus sich ergibt, dass dies vorher nicht so sicher war, wie behauptet.

Das Positionspapier der Bundesregierung ist ein wichtiger Schritt, weil sie sich hier auf konkrete Maßnahmen zum Schutz der kulturellen Vielfalt festlegt. Und es ist ein Zeichen, dass das Insistieren auf Schutzmechanismen wirkt. Denn ohne das ständige Nerven aus dem Kultur- und Medienbereich wäre ein solches Positionspapier nicht zustande gekommen. Genauso wenig wie die Europäische Kommission noch immer mit den Informationen hinter dem Berg halten würde, wenn es nicht die vielstimmige Forderung nach mehr Transparenz gäbe. Der TTIP- und CETA-Protest ist damit auch ein Ruf nach politischer Gestaltung aus der Mitte der Gesellschaft.

Panikmache TPP

Ebenfalls kurz vor der Demonstration wurde die Transpazifische Partnerschaft (TPP) unterzeichnet. An diesem Abkommen sind die USA, Australien, Brunei, Chile, Japan, Kanada, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam beteiligt. Dieses Abkom-

men soll dem Abbau von Handelsbeschränkungen zwischen den genannten Ländern dienen. Die Auflistung der Länder zeigt, dass es sich um sehr unterschiedliche Staaten, nicht nur mit Blick auf ihre Größe, sondern vor allem auch hinsichtlich ihrer Bruttowertschöpfung und wirtschaftlichen Bedeutung im Weltmaßstab handelt.

Vielfach wurde insbesondere von TTIP-Befürwortern angeführt, dass Europa nicht abgehängt werden dürfe und daher schnell nach dem Abschluss von TPP auch die TTIP-Verhandlungen beendet werden müssen. Dem ist entgegen zu halten, dass es sich um verschiedene Abkommen handelt und dass die Ratifizierung von TPP noch keineswegs gesichert ist. Hillary Clinton, demokratische US-Präsidentenbewerberin, erklärte bereits, dass sie TPP nicht zustimmen würde und auch von republikanischer Seite waren ebenfalls durchaus kritische Stimmen zu hören.

Nichtsdestotrotz droht die Gefahr, dass die Politik die TTIP-Verhandlungen schnell abschließen will, um einem weiteren wachsenden Protest vorzubeugen. Im kommenden Jahr finden die Präsidentschaftswahlen in den USA statt und im Jahr 2017 stehen Präsidentschaftswahlen in Frankreich und Bundestagswahlen in Deutschland an. Bislang ist nicht zu erkennen, dass CDU oder SPD gesteigerten Wert darauf legen, TTIP zum Wahlkampfthema zu machen. Denn der Protest gegen TTIP speist sich sowohl aus konservativen wie progressiven Kreisen. So wäre eine Variante, sich jetzt schnell zu verständigen, um das Abkommen rasch aus den Diskussionen herauszuhalten. Zumal die französische Regierung bereits anklingen lassen hat, dass sie sich einen Abbruch der Verhandlungen vorstellen könne. Dieses nicht etwa, weil sie generell gegen TTIP ist, sondern weil die USA bislang keinerlei Bewegung bei der Abschaffung von Zugangsbarrieren für europäische Unternehmen auf dem US-Markt zeigen.

Es bleibt also spannend in Sachen TTIP.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

Kultur erhalten und nicht kürzen

Brandenburgs kulturelle Infrastruktur und die kulturpolitischen Herausforderungen

SVEN SCHERZ-SCHADE

Ein kulturpolitisches Top-Thema schlechthin – das gibt es in Brandenburg eigentlich nicht. Vielmehr lautet die Top-Herausforderung schlichtweg, die kulturelle Infrastruktur zu erhalten und den demographischen Entwicklungen irgendwie zu entsprechen. Ein Entgegenwirken oder gar Aufhalten ist bei jenen Entwicklungen ohnehin schier unmöglich. Das Flächenland rund um die deutsche Hauptstadt erfährt anhaltend den Wegzug junger Menschen, sodass der allgemeine Altersdurchschnitt weiter steigt. Brandenburg hat neben den großen Leuchttürmen wie die Theaterhäuser in Potsdam und Cottbus oder das Filmorchester Babelsberg insgesamt recht kleinteilige, vielfältige kulturelle Entwicklungsräume. Sie zu stabilisieren und am Leben zu erhalten, ist die Hauptaufgabe der Landespolitik. Darin sind sich, was die zukünftigen Herausforderungen betrifft, die Kulturpolitikerinnen und -politiker aller Fraktionen einig, denn Kulturpolitik in Brandenburg fußt auf einem breiten Konsens. Kontroversen und Unterschiede liegen im Detail.

Zusammen mit der SPD läuft es in der gegenwärtigen Regierung kulturpolitisch für Die Linke ganz gut. Davon ist Gerit Große, kulturpolitische Sprecherin der Linke-Fraktion im Landtag, überzeugt. Allerdings ist das Ministerium für kulturelle Belange nicht in linker Hand. »Das merkt man schon. Wir als Linke sind der kleinere Teil der Regierung«, gibt Gerit Große ehrlich zu: »Wir würden bei manchen Sachen gern ein Stückchen mehr drauflegen als die SPD.«

Da wäre zum Beispiel die in der Vergangenheit erarbeitete »kulturpolitische Strategie« für Brandenburg, die noch in dieser Legislaturperiode zur Überprüfung und eventuellen Nachbesserung evaluiert werden soll. Es wurden Förderkriterien entwickelt, die stark auf Kultur mit regionalen Bezügen ausgerichtet sind und auf Kultur, die für den Tourismus bedeutsam ist. Nicht zuletzt unter diesen Vorgaben hat in den letzten Jahren die Projektförderung sehr zugenommen, was Gerit Große mittlerweile aber kritisch sieht: »Wir stoßen dabei an Grenzen und müssen nachsteuern. Eine abschließliche Projektförderung und ein totaler Abbau der institutionellen Förderung führt dazu, dass einiges in der Kulturlandschaft nicht ordentlich am Leben erhalten bleiben kann.« Kleinere Vereine, Musik- oder Kunstinitiativen oder auch der Kulturbund würden zwar nicht geschlossen oder dicht gemacht, aber sie würden unter schlechter Personalausstattung leiden. Halbe oder geschweige denn ganze Arbeitsstellen würden oft abgelehnt und nicht bewilligt. »Das wäre aber wichtig für die kulturelle Entwicklung«, sagt Gerit Große, die sich in Brandenburg – abgesehen von den großen Orchestern und Theatern – mehr und mehr einer sehr ausgefaserten Kulturlandschaft gegenüber sieht, die nicht mehr institutionell gefördert wird.

Anja Heinrich, kulturpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, sieht die politische Entwicklung der Projektförderung nicht ganz so skeptisch. Sie kritisiert jedoch darüber hinaus aus dem Blickwinkel der Politikerin allgemein, dass immerzu den Verteilungsfragen so viel Aufmerksamkeit gewidmet wird bzw. gewidmet werden muss. Anja Heinrich: »Es geht zu oft nur darum, wer stellt wo den richtigen Antrag auf Gelder und welcher Antragsteller ist schließlich mit so viel Prestige ausgestattet, dass man gar nicht mehr anders kann, als finanziell zu

helfen.« Für die Zukunft wünscht sich die CDU-Politikerin deshalb ein Umdenken. Kulturpolitik müsse von der institutionellen Debatte zur inhaltlichen Debatte kommen und aufzeigen, welche Funktion Kultur in der Gesellschaft bekommt, wenn sich so viel verändert, etwa in den schrumpfenden Regionen, die von Abwanderung geprägt sind. »Kultur dient der Identitätssuche«, sagt Anja Heinrich, »das sind wesentliche und größere Aufgaben, die eben nicht in zig gestellten Anträgen im Plenum bewältigt werden können.«

Recht hat sie. Allein: Verteilungsfragen – ob Institution oder Projekt – werden sich trotz etwaigem Umdenken kaum verhindern oder abschaffen lassen. Das zeigt das Beispiel der Musik- und Kunstschulen in Brandenburg, die früher eher stiefmütterlich wahrgenommen wurden, nun aber wurde das entsprechende Gesetz für sie novelliert. Im Unterschied zur SPD hätte sich Die Linke hier eine deutlich höhere Förderung gewünscht. Den Regierungsfractionen war es gelungen, den Etat für die Musik- und Kunstschulen von 2,1 Millionen auf 5 Millionen Euro zu erhöhen. Schulen in Trägerschaft der Kommunen sowie auch freie Schulen werden, wenn sie bestimmten Kriterien entsprechen, gefördert. Das Land greift den Kommunen somit unter die Arme. Die Förderung, die im bestehenden Musik- und Kunstschulgesetz geregelt ist, ist vorgesehen für diese Legislaturperiode bis 2019. Damit ist diese Förderung prinzipiell auch stabil. »Wir hätten sie allerdings gern höher gehabt«, sagt Gerit Große. Darüber hinaus läuft in Brandenburg ein

nen Euro vom Land gefördert wird, hat guten Zulauf, und Die Linke wünschte sich, dass es im entsprechenden Gesetz mitaufgenommen würde. Bislang aber ohne Erfolg. Der »Musischen Bildung für alle« fehlt die gesetzliche Grundlage.

Am gleichen »juristischen« Mangel leiden auch Brandenburgs Bibliotheken. Die Büchereien, größtenteils in kommunaler Trägerschaft, hätten gern eine sichere Förderung in Form eines Gesetzes. Zwar ist die Versorgung der Medien-Ausleihe im Flächenland Brandenburg recht gut, die Förderung ist angemessen, es werden auch fahrende Bibliotheksbusse eingesetzt, allerdings fehlt dem ganzen System die gesetzliche Verankerung. Deshalb fordert die Kulturpolitik der Linken ein entsprechendes Bibliotheksgesetz, die SPD aber konnte sich dazu bislang nicht durchringen und der Linke-Finanzminister wohl auch nicht... Das wird noch zu klären sein. Aus seinem Blickwinkel ergibt sich im Übrigen die größte politische – und damit freilich auch kulturpolitische – Herausforderung: Alle sind unsicher im Hinblick auf die Haushaltsentwicklung! Wegen der demnächst wegfallenden Europamittel und den wegfallenden Bundesmitteln, fällt Brandenburg in den nächsten Jahren unter Mindereinnahmen. In punkto Bibliotheksgesetz heißt das für Gerit Große: »Insofern sind wir vorsichtig, jetzt etwas gesetzlich zu verankern. Das kann ich finanziell schon verstehen. Aber bei Bibliotheken wäre es wichtig.«

Die CDU-Fraktion sieht das genauso und sie wird eine Initiative erarbeiten, wie insbesondere die Bibliotheken auf

i BRANDENBURG

Landeshauptstadt: Potsdam

Gründung: 3. Oktober 1990

Einwohner: 2,458 Millionen

Fläche: 29.654,16 km²

Bevölkerungsdichte: 83 Einwohner pro km²

Regierungschef: Dietmar Woidke (SPD)

Regierende Parteien: SPD und Die Linke

Nächste Wahl: Herbst 2019

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur: Sabine Kunst (SPD)

Öffentliche Ausgaben für Kultur: 234,4 Millionen Euro/Jahr

Kulturausgaben je Einwohner: 95,55 Euro/Jahr

Kommunalisierungsgrad: 56,0 %

ausschuss etwa Referenten bei Anhörungen sprächen, mache sich der Unterschied bemerkbar. Die Kulturpolitikerin will das ehrenamtliche Engagement keinesfalls geringschätzen und sie weiß, dass es bei solcher Kritik immer die Falschen trifft, nämlich diejenigen Ehrenamtlichen, die bereits beste Vorarbeit erbracht haben. Aber dennoch: »Ich empfehle einen starken Verband, ohne die Lobbyarbeit wird es schwer! Gerade, weil die Bibliotheken regional als etwas Freiwilliges gelten.«

eine Verwaltungsstrukturreform an und es werden möglicherweise Großkreise gebildet. Innerhalb dieses Reformprozesses wird die Absicht der Exekutive verhandelt, die Denkmalpflege stärker auf die Landkreise zu verteilen. Das aber will die Kulturpolitik gar nicht! »Es ist wichtig, dass die Denkmalpflege weiterhin in professioneller Hand beim Land verbleibt«, sagt Gerit Große, die aus ihrer schlechten Erfahrung keinen Hehl macht. Wenn die Landkreise, bei denen die untere Denkmalschutzbehörde angesiedelt ist, im Zusammenhang mit den Baubehörden Belange des Denkmalschutzes klären müssen, werde oft nicht zugunsten der Denkmale, sondern aus anderen Motiven heraus entschieden, so Große: »Das ist uns mehrfach passiert, wenn Denkmale in Gefahr waren.« In Seelow etwa sollte unlängst ein altes Kaufhaus aus den 1960er Jahren, das Denkmalschutzbelangen entsprach, nach dem Willen des Landkreises abgerissen werden. »Das wurde glücklicherweise verhindert«, sagt Gerit Große: »Das Land muss hier stärker die Hand drauf haben. Da sind sich die Kulturpolitiker eigentlich alle einig.«

In der Tat müsse für den Denkmalschutz mehr getan werden, sagt Anja Heinrich. Die Krux dabei: Wird für bestimmte Projekte nicht der notwendige Eigenanteil erbracht, so lassen sich die im Bund bereitgestellten Mittel nicht abrufen. »Das finde ich kritisch, zumal am Denkmalschutz eine Menge Wirtschaft dranhängt vom Handwerk bis in den Kulturbereich«, sagt die CDU-Politikerin: »Diese wichtigen Zusammenhänge finden sich nirgendwo im Koalitionsvertrag wieder.« Allein 50 historische Kirchengebäude im Bundesland sind von Bestandsgefährdung bedroht, bei 200 Kirchen besteht hoher Sanierungsbedarf. Von dem Gedanken, jede Kirche zu sanieren, haben sich die Politiker weitgehend bereits verabschiedet. Das sei utopisch. Den Bestand zu sichern hingegen scheint machbar, weshalb der Aufbau eines entsprechenden Fonds als große Herausforderung gilt. »Dann könnte man peu à peu sanieren«, sagt Anja Heinrich. Wenn demnächst das Jubiläum 500 Jahre Reformation ansteht, könnten die Zeichen für einen solchen Denkmalfonds gut stehen, wobei freilich nicht nur Gotteshäuser auf der Liste der Denkmalrettung stehen.

Sven Scherz-Schade ist freier Journalist in Karlsruhe und arbeitet unter anderem zu den Themen Kultur und Kulturpolitik für den Hörfunk SWR2



KARTOGRAPHIE: KOBER-KÜMMERLY-FREY, KÖLN

Programme »Musische Bildung für alle«, bei welchem Musikschulen und Schulen in Tandem-Projekten kooperieren. D. h. ein Musikschullehrer und ein Lehrer arbeiten zusammen, sodass etwa an Schulen Instrumentenunterricht gegeben werden kann. Brandenburg zählt inzwischen 80 solcher Projekte, bei denen die Kinder einer Schulklasse ein Instrument (Streicher, Percussion etc.) lernen, und zwar Kinder, die vermutlich sonst nicht den Weg in die Musikschule finden würden. Das Programm, das mit 1,3 Millio-

dem Land gestützt und gestärkt werden können. »Alle unsere Abgeordneten, die in der Kommunalebene unterwegs sind, setzen sich für die Bibliotheken ein«, sagt Anja Heinrich. Sie plädiert in Zukunft für eine selbstbewusstere Lobbyarbeit. Brandenburgs Bibliotheken sind gegenwärtig ehrenamtlich in einem Landesverband vereint. »Das macht es den Bibliotheken schwer, so kraftvoll wie z. B. die Musikschulen zu agieren«, spricht Anja Heinrich aus Erfahrung. Wenn im Wissenschafts-

Eine weitere Herausforderung stellt sich in der Denkmalpflege. Brandenburg hat eine große Anzahl an Baudenkmalern, Schlössern, Gärten, Kirchen, technischen Denkmälern. Es war den kulturpolitischen Akteuren in den Koalitionsvereinbarungen nicht gelungen, einen stabilen Denkmalpflege-Fonds aufzulegen. »Wir haben zwar finanzielle Mittel eingestellt, aber das wird nicht reichen«, sagt Gerit Große, die als zukünftige Herausforderung nun noch eine weitere Gefahr drohen sieht. In Brandenburg steht

Eine wirklich schöne Stadt

Kultur und Kulturpolitik
in Bremen

PETER GRABOWSKI

Bremen ist eine sehr schöne Stadt. Manchmal muss selbst das Offensichtliche einfach nur ganz deutlich gesagt werden. Allerdings fällt einem oft erst beim zweiten oder dritten Wiederholen vermeintlich simpler Sachen auf, dass dahinter viel mehr steckt, als es anfangs so scheint. Deshalb noch mal: »Bremen ist eine sehr schöne Stadt«.

Der Kulturminister heißt in Bremen »Kultursenator«, und dieses Amt bekleidet seit der Bürgerschaftswahl im

Wegbrechende Gewerbsteuern bei gleichzeitig steigenden Sozialleistungen

vergangenen Mai Carsten Sieling. Der ist zugleich auch Bürgermeister seiner Stadt und Senatspräsident, also Regierungschef im kleinsten Bundesland – da bleibt nicht viel Zeit für den Kulturjob. Den erledigt deshalb traditionell eine Staatssekretärin, die in Bremen auch anders heißt, nämlich »Kulturstaatsrätin«. Amtsinhaberin Carmen Emigholz von der SPD ist eine erfahrene Frau auf dem kulturpolitischen Parkett: Vor ihrem Wechsel auf den Posten im Jahr 2007 war sie bereits elf Jahre lang fachpolitische Sprecherin ihrer Fraktion in der Bürgerschaft, dem Bremer Parlament. Dort heißt der Kulturausschuss übrigens »Kulturdeputation« und es gibt ihn gleich zwei Mal: Einen für das Land, einen für die Stadt. Bremen ist – ceterum censeo – eine sehr schöne Stadt.

Gleichzeitig ist Bremen eine sehr arme Stadt. Der Strukturwandel, vor allem der Abzug von Industrie und Hafengeschäft, sorgt seit Jahrzehnten für wegbrechende Gewerbesteuern bei gleichzeitig steigenden Sozialleistungen. Dieser Effekt hat schon so manche Kommune bis an die Pleite getrieben, analog gilt Bremen als das Armenhaus unter den deutschen Ländern. Dazu kommt im Kulturbereich eine für alle Stadtstaaten ähnlich ungünstige Konstellation: Viele ihrer Angebote und Einrichtungen werden auch von Bewohnern des Umlandes stark genutzt, ohne dass es dafür Geld aus deren Gemeinde- oder Landesetats gäbe. Schauspiel- und Opernfreunde, Museumsbesucher und Festivalfans aus Weyhe, Syke, Delmenhorst, aus Achim, Oytten und Osterholz-Scharmbeck strömen in die Bremer Theater und Philharmonien, in Kunsthalle und Weserburg, zu Breminale und La Strada. Auf dem öffentlichen Finanzierungsanteil dieser Institutionen bleibt der klamme Zwei-Städte-Staat aber allein sitzen. Das 60 Kilometer entfernte Bremerhaven mit seinen 110.000 Einwohnern gehört auch zum Bundesland; für diesen Artikel belassen wir es bei dieser schmalen Erwähnung. Das Problem verdeutlicht sich beim Blick auf die Pro-Kopf-Ausgaben von Bremen und des die Stadt vollständig umschließenden Niedersachsens: Während die Wesermetropole 161 Euro pro Einwohner für Kultur aufwendet, sind es im Bundesland drumherum nur 69,89 Euro.

Diese Situation ist nicht neu und hat mit dazu geführt, dass Bremen als eine der ersten Kommunen in Deutschland gezielte Kulturentwicklungsplanung betrieb. 1979 hatten Karla Fohrbeck und Andreas Wiesand ihre empirische Studie »Kulturelle Öffentlichkeit in Bremen« vorgelegt; daraus entstand

der bundesweit beachtete erste Kulturentwicklungsplan der Stadt für den Zeitraum 1985 bis 1995. Der war in der dezidierten Beschreibung aller Ziele und Maßnahmen für wirklich jede Institution und Initiative allerdings »viel zu kleinteilig«, wie der langjährige Bremer Referent für Kulturplanung, Narciss Göbbel, 2010 auf einem Fachkongress in Köln einräumte: »Danach brauchten wir erst mal ein paar Jahre Pause«.

Die Grundidee wurde allerdings nicht aufgegeben; für die Zeiträume 2001 bis 2005 bzw. 2006 bis 2011 legte man wieder Pläne auf. Um sich dabei nicht noch mal in den Fallstricken zu detaillierter Prognostik von oft schließlich doch unvorhersehbaren Entwicklungen zu verheddern, wick die Bremer Kulturbehörde auf den, eine Metaebene höher angesiedelten Masterplan aus: Es sollten nur noch grobe Linien vorgegeben werden, eine Art Leitbild der kulturellen Entwicklung. Fast erwartbar schlug das Gefahren-Pendel nun in die entgegengesetzte Richtung aus: Vor allem der letzte »Masterplan 2006 bis 2011« blieb in weiten Teilen ein ziemliches Geschwurbel kulturpolitischer Allgemeinplätze und eher diffuser Absichtserklärungen.

Womöglich nicht zufällig wurden gerade in dieser Phase einige Löcher in die Bremer Kulturlandschaft gerissen, die zum Teil bis heute mehr oder min-

der offen stehen. Die größte Baustelle bleibt das Museum Weserburg am Teerhof, der Spitze der Flussinsel zwischen Alt- und Neustadt. Vor bald 25 Jahren als erstes »Sammelmuseum« der Republik gegründet, ist die Einrichtung nicht nur strukturell unterfinanziert (es fehlen 500.000 Euro jährlich, mindestens), sie hat auch dringenden baulichen Sanierungsbedarf (Minimum drei Millionen Euro, aber eigentlich ...) und steckt als eine Public Private Partnership in einer veränderten Museumslandschaft irgendwo zwischen Baum und Borke. 2010 ließ der damalige Museumsdirektor Carsten Ahrens dann sogar das Bild »Matrosen« von Gerhard Richter verkaufen, um Geld für die Sanierung des Hauses zu haben; 2013 musste er schließlich auch deshalb zurücktreten. Sein kommissarischer Nachfolger Peter Friese wurde jedoch erst zwei Jahre und eine Bürgerschaftswahl später zum regulären Direktor bestellt. Und sogar fünf Jahre erbarmungswürdigen Rum-lavierens hat es gedauert, bis sich die Politik zuletzt doch gegen einen Umzug des Museums und für den Verbleib in den großflächigen Räumlichkeiten am Teerhof aussprach. Entscheidungen fallen aber erst im Dezember.

Beinahe zur gleichen Zeit wie die Weserburg geriet auch das Bremer Theater unter Generalintendant Hans-Joachim Frey in eine schwere Krise. Mit

i BREMEN

Landeshauptstadt: Bremen

Gründung: 1947

Einwohner: 0,66 Millionen (Bremen 0,55 Mio., Bremerhaven 0,11 Mio.)

Fläche: 419,38 km²

Bevölkerungsdichte: 1.578 Einwohner pro km²

Regierungschef: Dr. Carsten Sieling (SPD)

Regierende Parteien: SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Nächste Wahl: Mai 2019

Senator für Kultur: Dr. Carsten Sieling (SPD)

Öffentliche Ausgaben für Kultur: 105,0 Millionen Euro/Jahr

Kulturausgaben je Einwohner: 160,99 Euro/Jahr

Kommunalisierungsgrad: nicht erhebbar – Bremen ist ein Zwei-Städte-Staat

dem zwar preisgekrönt, aber hoch defizitären Musical »Marie Antoinette« hatte Frey dem Haus in nur drei Jahren fast fünf Millionen Euro Schulden beschert. Unter Michael Börgerding erholt sich die Bühne seit 2012 langsam wieder, doch nun stehen künstlerische Aderlässe bevor: Der innovative Opernchef Benedikt von Peter geht Mitte 2016, Generalmusikdirektor Markus Poschner im Jahr drauf. Nachfolger stehen für beide noch nicht fest – im langfristig planenden Musiktheaterbetrieb verheißt das nichts Gutes.

Dazu kommen Untiefen im Kultur-etat der Stadt: Die Einkünfte aus der »City Tax« genannten Bettensteuer waren zuletzt höher als erwartet und flossen in dringend zu stopfende Löcher bei den Kulturinstitutionen und in die Freie Szene. Ob das im nächsten Jahr auch so sein kann? Ist ebenso unklar wie der Haushalt insgesamt: Auch Bremen muss deutlich mehr für Flüchtlinge ausgeben, während die bei diesem Thema bemerkenswert aktiven Kultureinrichtungen und -initiativen der Stadt dafür ebenfalls zusätzliche Mittel brauchen werden. Hier wie da wie dort wird Kulturstaatsrätin Emigholz also ein paar ganz dicke Brocken beiseite räumen müssen.

Jenseits dieses politischen Alltags finden sich interessante kulturpolitische Ansätze: Seit 2007 schließt die Stadt mit einzelnen Institutionen Förderverträge über Zeiträume zwischen zwei und fünf Jahren – »Contracting«. Sie verbinden verlässliche Mittelzusagen mit der Vereinbarung konkreter Ziele im wirtschaftlichen Bereich, bei der Publikumsreichweite oder für die Angebote kultureller Bildung. Dieses Steuerungsinstrument hat die Kulturbehörde zusammen mit den Kulturakteuren entwickelt; das staatliche Theater Bremen ist ebenso im Boot wie das Kulturzentrum Schwankhalle, eine große Einrichtung der Freien Szene. Nordrhein-Westfalen hat die Idee in seinem neuen Kulturfördergesetz aufgegriffen und vor kurzem eine erste Vereinbarung mit dem gemeinsamen Theater der Städte Krefeld und Mönchengladbach abgeschlossen. In Thüringen wird dem Vernehmen nach über ähnliche Modelle nachgedacht.

So sympathisch wie einleuchtend wirkt auch der Bremer Abschied von der »Gutachteritis«. So geißelte Carmen Emigholz vor einiger Zeit die weit verbreitete Unsitte, lieber auf orts- und strukturunkundige Beratungsunternehmen und Consultants zu hören, statt auf die oft unterschätzte oder auch nur falsch abgefragte Fachkompetenz im

eigenen Haus. Völlig richtig benannte sie dabei als große Herausforderung: zu erkennen, wann und wo genau externer Sachverstand dann eben doch mal hilfreich sein kann.

Allerdings ein ... nein, vermutlich sogar das Grundproblem Bremens bleibt: In der Bevölkerungs-Rangliste der deutschen Großstädte rangiert Bremen – hinter den westdeutschen Metropolen Düsseldorf, Dortmund und Essen, vor den ostdeutschen Leipzig und Dresden – auf Platz 10; auch die Kulturetats aller sechs Kommunen sind etwa gleich hoch. Doch kein Mensch käme auf die Idee, Düsseldorf oder Dresden zu einem Bundesland machen zu wollen – oder die traditionsreiche Hansestadt

Bremen ist viel kleiner als viele andere Groß- städte in Deutschland, aber dennoch ein eigenes Bundesland

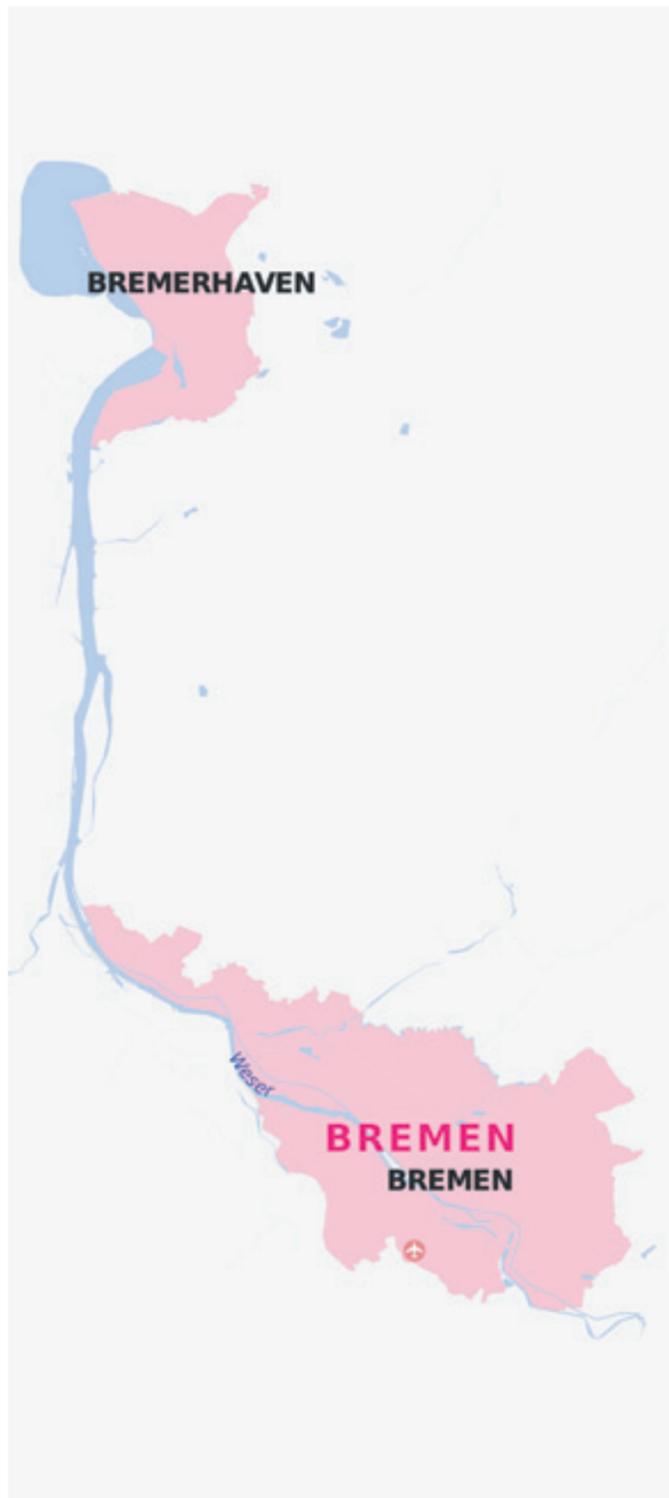
Dortmund. Dass Bremen ein eigenes Staatsgebilde ist, lässt sich historisch natürlich schlüssig begründen. Warum das allerdings auch im 21. Jahrhundert so bleiben sollte ... ist bei nüchterner Betrachtung unerklärlich. Die größte kulturpolitische Herausforderung an der Weser wird sein, sich früher oder später ganz selbstbewusst mit dem zu bescheiden, was man schon sehr lange ist: Eine sehr schöne Stadt. Aber eben auch nicht mehr.

Peter Grabowski ist kulturpolitischer Reporter

i LANDESKULTURPOLITIK

Diese Reihe beleuchtet die aktuelle Landeskulturpolitik. In acht Ausgaben nehmen wir jeweils die Kulturpolitik zweier Länder genauer unter die Lupe. Die angegebenen Zahlen stammen aus Gründen der Vergleichbarkeit aus dem Kulturforschungsbericht 2014. Aktuelle Zahlen aus den Bundesländern können davon abweichen.

In den letzten Ausgaben haben wir bereits Baden-Württemberg, NRW, Thüringen und Schleswig-Holstein vorgestellt. In der nächsten Ausgabe: Sachsen-Anhalt und Saarland.



Wichtiger Mosaikstein zur Verbesserung der Situation der freien Kulturszene

Köln führt bei Kulturförderung freier Träger Festbetragsfinanzierung als Regelfinanzierung ein

BARBARA FOERSTER

Die Grenzen zwischen den drei Sektoren Staat, Gesellschaft und Markt im Kulturbereich – also zwischen öffentlichem, intermediärem (frei-gemeinnützigen Organisationen) und privatem Sektor (Kultur- und Kreativwirtschaft) – werden immer durchlässiger. Zum einen wächst der Wille des Bürgers, die Kultur der Stadt aktiv mitzugestalten, zum anderen bietet der öffentliche Kultursektor durch die Zunahme von Zeitverträgen immer weniger gesicherte Beschäftigungsverhältnisse. Eine Hybriderwerbsstruktur aus freier Dienstleistung, freier Projektarbeit und Teilzeitanstellungen ist weniger Ausnahme als Regel. Wie kann und muss eine neue Kulturförderung darauf reagieren? Dies wird spätestens seit dem Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Kultur in Deutschland« von 2007 bundesweit diskutiert. Konsens ist längst, dass Kulturpolitik darauf mit besseren ordnungspolitischen Rahmenbedingungen reagieren und ihre fördernde und ermöglichende Funktion gegenüber freien gemeinnützigen Kulturakteuren qualifizieren muss.

Damit entsteht ein konkreter Handlungsbedarf für Veränderungen im Zuwendungsrecht. Wie lässt sich ein »Zuwendungsrecht« gestalten, das für einen partnerschaftlicheren Umgang von Fördernehmer und -geber die Grundlage schafft? Wie lässt sich darin der fließende Übergang der Arbeit vieler Kulturschaffender zwischen Ehrenamt, Unternehmertum und öffentlicher Institution angemessen berücksichtigen? Das Kulturfördergesetz des Landes NRW hat sich zu diesen Fragen viele Gedanken gemacht und nach vielen Jahren an kulturpolitischer Diskussion bildet seine Verabschiedung 2014 eine wichtige Grundlage, auf der es zu entscheidenden Veränderungen in der Kulturförderung kommen kann – von Entbürokratisierung bis zur stärkeren Partizipation.

Auch den Kommunen in NRW gibt das Gesetz eine Schrift in die Hand, die einige Kurskorrekturen in der Ausgestaltung des Zuwendungsverhältnisses mit freien Kunstschaffenden möglich macht. Köln hat gerade eine Kurskorrektur unternommen, die aus dem

Entbürokratisierung und stärkere Partizipation sind die erklärten Ziele

Blickwinkel mancher vielleicht so klein erscheint wie ein Wimpernschlag. Ich halte ihn dagegen für einen entscheidenden Mosaikstein zur Verbesserung der Arbeitssituation der freien Kulturszene – im Sinne einer verantwortungsvollen Subsidiarität.

In Köln hat im August dieses Jahres der Ausschuss Kunst und Kultur für die Förderung von Projekten der Freien Szene die Einführung einer sogenannten Festbetragsfinanzierung als Regelfinanzierungsart für die überwiegende Anzahl der Projektzuschüsse beschlossen.

Bisher wurden Zuschüsse des Kulturamtes der Stadt Köln zur Realisierung von Kunst- und Kulturprojekten in der Regel in Form einer Fehlbedarfsfinanzierung ausbezahlt. Ab 2016 wird in Köln die Festbetragsförderung zur Regel. Bei der Festbetragsfinanzierung



erfolgt die Förderung in Form eines festgelegten Förderbetrags. Dieser Betrag verbleibt auch bei Einsparungen und höheren Einnahmen in voller Höhe beim Empfänger, es sei denn, seine Gesamtausgaben liegen unter dem Zuwendungsbetrag. Die Bewilligung einer Festbetragsfinanzierung setzt allerdings unter anderem voraus, dass die Einnahmen- und Ausgabenpositionen des Kosten- und Finanzierungsplanes verlässlich und nachvollziehbar durch die Verwaltung eingeschätzt werden können.

Bisher förderte das Kulturamt in der Regel in Höhe des Fehlbedarfs, der sich aus der Lücke der Summe aller Ausgaben und aller Einnahmen des Trägers für ein Projekt ergibt. Die Fehlbedarfsfi-

nanzierung bleibt weiterhin eine Zuschussart des Kölner Kulturamtes. Sie ist z. B. für Kulturschaffende bedarfsgerechter, die über keine Projekterfahrung verfügen und bei denen sich das Projekt zum Zeitpunkt der Bewilligungszusage noch stark im Wandel befindet.

Bei der Fehlbedarfsfinanzierung dürfen Projektträger aber keine Überschüsse erwirtschaften, derjenige, der gut wirtschaftet und erfolgreich in der Drittmittelakquise ist, hat dabei ein Nachsehen. Neben dem Vorteil, Überschüsse und somit Eigenmittel erwirtschaften zu dürfen, vereinfacht die Festbetragsfinanzierung die Zuschussabwicklung und verringert den zeitlichen Aufwand, bei den Künstlern und Kreativen – und ebenso bei

der Kulturverwaltung. Der Fokus der Zusammenarbeit zwischen Fördernehmern und -gebern verschiebt sich so weiter von formalen auf inhaltliche Förderziele.

Die Kölner Kulturpolitik ist den Weg der Kurskorrektur in der Zuschussförderung mit der Verwaltung zusammengegangen. Das Kulturfördergesetz hat dafür die Grundlage gebildet. Dieser kleine Mosaikstein Festbetragsfinanzierung fügt sich stimmig in das Bild der Kulturförderung Kölns, die bereits durch den Kulturentwicklungsplan von 2008 und die unter breiter Beteiligung der freien Kulturakteure entstandenen Förderkonzepte auf eine transparente und partnerschaftlich-schlanke Zuwendungspraxis setzt.

Das Kulturfördergesetz NRW führt in seinen Richtlinien u. a. die Festbetragsfinanzierung als Regel für eine Mehrzahl an Landesförderungen ein. Wie die Umsetzung dieser Richtlinie im Sinne einer Verschlankung der Zuwendungspraxis auf Landesebene gelingt, ist sicherlich einer der ersten praktischen Stresstests des Gesetzes. Eine Vereinfachung für Kommunen und Zuschussempfänger ergibt sich allerdings nur dann, wenn die Zuwendungspraxis auf kommunaler und Länderebene im Gleichklang erfolgt. Projektträger und Kommunen sind gespannt.

Barbara Foerster ist seit 2014 Leiterin des Kulturamtes der Stadt Köln

Vielfalt und Qualität erhalten

Seit Juli dieses Jahres ist Carsten Sieling Bürgermeister der Freien und Hansestadt Bremen und bekleidet, wie auch sein Vorgänger, gleichzeitig das Amt des Kultursenators. Politik & Kultur stellte ihm vier Fragen zu seiner kulturpolitischen Arbeit.

Welches »Erbe« übernehmen Sie als Senator für Kultur von Ihrem Amtsvorgänger?

Ich übernehme von Senator Jens Böhrnsen ein sehr gut geführtes Ressort, das es geschafft hat, für die Kultureinrichtungen verlässliche Rahmenbedingungen herzustellen. Sie können jetzt in Ruhe ihrer eigentlichen künstlerischen Arbeit nachgehen. Mit Häusern wie dem Theater Bremen, der Deutschen Kammerphilharmonie Bremen, den Kunstsammlungen Böttcherstraße und anderen wurden Fünfjahreskontrakte abgeschlossen, die allerdings auch die Einhaltung strikter Vorgaben, etwa im Personalbereich, beinhalten. Alle Einrichtungen, egal, ob sie einen solchen Kontrakt abgeschlossen haben oder nicht, erhalten im laufenden Haushalt ihre Förderung sicher. Selbst kleinere Akteure, wie etwa ein Puppentheater, haben einen festen Haushaltstitel bekommen. Zudem wurden transparente Verfahren entwickelt, mit denen Projektmittel an die freie Szene vergeben werden. Diese Verlässlichkeit von unserer Seite hat dazu geführt, dass sich Sponsoren und Mäzene sehr großzügig für die Einrichtungen ihrer

Stadt engagieren und einiges möglich machen, was allein mit öffentlichen Mitteln nicht mehr zu finanzieren wäre. Dies alles führt dazu, dass Bremen seinen Bürgerinnen und Bürgern ein breit gefächertes Kulturangebot anbieten kann.

Bremen versteht sich als »vitale Kulturstadt«. Was zeichnet ihre Kulturlandschaft aus?

Vielfalt und Qualität. Das Theater Bremen hat sich in den vergangenen Jahren erneuert und knüpft mit seinen Produktionen im Schauspiel und in der Oper an die legendären Jahre der Hübner-Ära an, als Bremen Zentrum für ein mutiges, experimentierfreudiges Theater war. Die Bremer Shakespeare Company, die Schwankhall und die vielen kleinen und großen Projekte der Freien Szene tragen dazu bei, dass Bremen mit einem sehr abwechslungsreichen Kulturleben punkten kann. Wir haben zwei unterschiedlich profilierte, hervorragende Orchester in der Stadt: die traditionsreichen Bremer Philharmoniker, die mit ihren Philharmonischen Konzerten und den Opern im Bremer Theater den Menschen ein breites Angebot machen. Und die Deutsche Kammerphilharmonie Bremen, ein weltberühmter Klangkörper, der als Botschafter für die Stadt wirbt. Das Musikfest Bremen präsentiert regelmäßig ein anspruchsvolles Programm, zudem gibt es eine rege Jazz- und Populärmusikszene. Auch

im Bereich der Museen ist Bremen gut aufgestellt. Die Kunsthalle verfügt über eine erstklassige Sammlung und macht mit ihren großen Sonderausstellungen immer wieder überregional auf sich aufmerksam. Sie gehört mit dem Übersee-Museum zu den meistbesuchten Museen Deutschlands. Auch die Weserburg, das für die Landesgeschichte zuständige Focke-Museum, das Paula-Modersohn-Becker-Museum, das Gerhard-Marcks-Haus und einige mehr verfügen über bemerkenswerte eigene Bestände und bieten regelmäßig interessante Ausstellungen an. Gerade in Zeiten großer Herausforderungen kommt den Trägern kultureller Bildung eine besondere Bedeutung zu. Stadtbibliothek, Volkshochschule und Musikschule leisten wertvolle Arbeit.

Welchen neuen Aufgaben und Herausforderungen stehen Sie zurzeit gegenüber?

Weil wir nicht unbegrenzte Mittel zur Verfügung haben, müssen wir Erneuerungen aus dem Bestand fördern und fordern. Beim Theater Bremen funktioniert das bereits sehr gut, Intendant Michael Börgerding und sein Team öffnen das Haus für jüngere Besuchergruppen und vernetzen sich mit anderen Einrichtungen in der Stadt. Kulturelle Bildung für junge Menschen ist uns weiterhin wichtig, da leisten die Museen, Theater und Orchester bereits Beachtliches. Au-

ßerdem soll niemand vom kulturellen Leben der Stadt ausgeschlossen sein, nur weil er gerade nicht so viel Geld hat. Mit niedrigen Eintrittspreisen, Ermäßigungen oder auch kostenfreien Veranstaltungen machen wir viele Angebote. Dazu gibt es niedrigschwellige Veranstaltungen im Freien wie ein Straßentheaterfestival oder das mehrtägige Musikfestival Breminale, die Menschen für Kultur begeistern können. Verstetigen sollen sich die Angebote für Flüchtlinge und mit Flüchtlingen. Auch hier bieten die Bremer Kulturinstitutionen schon vieles an, das wird aber noch mehr werden. Es ist großartig, dass die Einrichtungen so aufgeschlossen und tatkräftig sind, wenn es darum geht, gesellschaftliches Engagement zu zeigen.

Wenn Sie einen kulturpolitischen Wunsch frei hätten, was würden Sie sich wünschen?

Wünschenswert wäre es, wenn man mehr wirtschaftliche Gerechtigkeit in der Kulturszene schaffen könnte. Es sollte nicht das Privileg des Bundes sein, Tarifsteigerungen und Inflationsausgleiche bezahlen zu können. Auch die Kommunen sollten bessere Bedingungen zur Erfüllung ihres Auftrages haben.

Carsten Sieling ist Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen. Die Fragen stellte Verena Schmidt, Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates

Wir sind nicht hilflos

Ein 12-Punkte-Programm für einen nachhaltigen Kulturgutschutz

MARKUS HILGERT

Palmyra haben wir nicht schützen können. Ebenso wenig den assyrischen Königspalast von Nimrud oder die Altstadt von Aleppo. Angesichts der unermesslichen humanitären und kulturellen Katastrophe in Ländern wie Irak, Syrien, Jemen oder Libyen scheinen wir dazu verdammt, ohnmächtige Zuschauer eines erbarmungslosen Zerstörungswerks an Menschen und ihren kulturellen Identitätsräumen zu sein.

Doch der Schein trügt. Wir sind keineswegs hilflos. Längst verfügt die Weltgemeinschaft über das Wissen und die Mittel, einen deutlich effektiveren, nachhaltigen Schutz von Kultur- und Naturgütern auch in Krisensituationen zu gewährleisten. Um einen solchen nachhaltigen Kulturgutschutz erreichen zu können, müssen wir jedoch zunächst anerkennen, dass er eine Herausforderung globalen Ausmaßes und für die Menschheit insgesamt darstellt. Denn nur diese Einsicht kann dazu führen, dass national wie international die notwendigen politischen Rahmenbedingungen für die Umsetzung entsprechender Schutzkonzepte geschaffen werden. Absolute Sicherheit können solche Schutzkonzepte gerade in bewaffneten Konflikten natürlich nie garantieren. Ihr Ziel sollte daher vielmehr ein erhöhtes Schutzpotential für Kultur- und Naturgüter auch in Krisensituationen sowie eine größere Nachhaltigkeit der in diesem Bereich eingesetzten personellen und materiellen Ressourcen sein.

Welche Instrumente und Maßnahmen kommen dabei konkret infrage? In Anlehnung an die im Jahr 2007 von der UNESCO beschlossene 5 C-Strategie für eine effektivere und glaubwürdigere Umsetzung des Welterbeprogramms – die 5 C stehen für *credibility, effective conservation, capacity building, communication and community involvement* – sei hier ein 12-Punkte-Programm (»Die 12 C«) für nachhaltigen Kultur- und Naturschutz in Krisensituationen vorgeschlagen. Dieses Programm beinhaltet vorbeugende Maßnahmen (1.–4.) ebenso wie konkrete Reaktionen auf akute Bedrohungsszenarien (5.–8.). Überdies zeigt es Möglichkeiten auf, die gesellschaftlichen, infrastrukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen für einen nachhaltigen Schutz von Kultur- und Naturgütern auch in Krisensituationen insgesamt zu verbessern (9.–12.).

1. Criteria for Prioritizing Heritage Protection:

Grundlage für jedes nachhaltige Schutzkonzept ist die sehr schwierige, aber unvermeidliche Priorisierung der zu erhaltenden Kultur- und Naturgüter. Nur so können die immer nur begrenzt verfügbaren und in Krisensituationen meist prekären materiellen und personellen Schutzressourcen möglichst effektiv eingesetzt werden. Im Einvernehmen mit der lokal ansässigen Bevölkerung sowie mit der Gruppe der regional und national relevanten Interessengruppen muss jeder Staat dazu taugliche Kriterien erarbeiten und verbindlich festlegen.

2. Contingency planning:

Konkrete, auf den Einzelfall zugeschnittene Notfallpläne sind ein weiteres unverzichtbares Präventionsinstrument. Sie legen unter anderem fest, welche Schutzmaßnahmen für welche Kultur- und Naturgüter ergriffen werden und wer für die Durchführung dieser Maßnahmen verantwortlich ist.

3. Comprehensive cataloguing and digitization:

Eine der wichtigsten präventiven Maßnahmen ist die umfassende Inventarisierung und nach Möglichkeit Digitalisierung materieller Kultur- und Naturgüter. Entsprechende Inventare in analoger oder digitaler Form sind nicht nur bei der tatsächlichen oder virtuellen Rekonstruktion geplündert Kultur- und Naturgutrepositories unverzichtbar, sondern dienen auch der Identifizierung geraubter und illegal gehandelter Objekte durch Ermittlungs- und Zollbehörden. Als Medium der Wahl wird dabei die 3D-Digitalisierung eine zunehmend wichtige Rolle spielen, nicht zuletzt deswegen, weil sie auch eine naturgetreue Dokumentation und Reproduktion von nicht beweglichen Kultur- und Naturgütern ermöglicht.

4. Crime prevention and criminal justice:

Krisen- und Kriegssituationen bedingen in der Regel eine starke Intensivierung von Plünderungen und Raubgrabungen. Ihr Ziel ist die Beschaffung von Objekten für den illegalen Handel mit Kulturgütern, der langfristig die größte Bedrohung für das Kulturerbe der Menschheit darstellt. Kriminalitätsprävention und Kriminalitätsbekämpfung auf nationaler wie internationaler Ebene sind daher eine entscheidende vorbeugende Maßnahme für den nachhaltigen Kultur- und Naturschutz auch in Krisensituationen. Zu den in diesem Zusammenhang relevanten Instrumenten gehören neben effektiven gesetzlichen Regelungen

6. Civilian support networks:

Ein nachhaltiger Schutz von Kultur- und Naturgütern in Krisensituationen ist ohne zivilgesellschaftliche Experten- und Unterstützungsnetzwerke vor Ort kaum vorstellbar. Die Konzeption, Einrichtung und Ausbildung dieser Netzwerke sollten Bestandteil der hier geforderten Notfallplanung sein.

7. Cultural crisis intervention teams:

Mitglieder eines solchen Interventionsteams sind in erster Linie Expertinnen und Experten, die je nach Situation über alle zur Dokumentation und zum optimierten Schutz von bestimmten Kultur- und Naturgütern notwendigen Kompetenzen verfügen und in Krisensituationen vergleichsweise schnell vor Ort sein können. Ihre Arbeit wird von Sicherheitsexperten begleitet. Das gesamte Team besitzt eine hohe interkulturelle Kommunikationskompetenz, die es ihm erlaubt, sich möglichst schnell in die lokal existierenden Experten- und Unterstützungsnetzwerke zu integrieren.

8. Co-opting potential stakeholders:

Ein nachhaltiges Schutzkonzept wird in Krisen- und Kriegssituationen jedoch nicht nur auf etablierte Interessengruppen und Institutionen setzen, sondern in einem ethisch verantwortbaren Rahmen auch den Versuch unternehmen, mögliche zukünftige Stakeholder – z. B. militärische und lokale Autoritäten sowie geistliche Führer – zu identifizieren

mit zivilgesellschaftlichen Unterstützungsnetzwerken (6.) und Interventionsteams (7.) kooperieren.

10. Cooperative funding models:

Die Kosten eines nachhaltigen Kultur- und Naturschutzes können nicht allein von Staatsregierungen, IGOs oder NGOs aufgebracht werden. Vielmehr sollten auch alternative oder kooperative Finanzierungsmodelle wie etwa das *crowd funding* auf ihr Potenzial in diesem Zusammenhang überprüft werden. Denn in Ergänzung zu unilateralen Hilfsfonds bauen sie auf einer breiten Partizipation interessierter Personengruppen auf und unterstützen damit die zivilgesellschaftliche Verankerung des Kultur- und Naturschutzes. Auch an eine weltweit operierende, unabhängige Stiftung speziell für den nachhaltigen Kultur- und Naturschutz in Krisen- und Kriegssituationen ließe sich in diesem Zusammenhang denken.

11. Change management:

Change management ist deswegen ein grundlegendes Erfordernis, weil Krisensituationen stets mit tiefgreifenden Prozessen des Wandels einhergehen, die vielfach alle Bereiche des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens durchziehen. Gesellschaften in Krisensituationen stehen daher vor der Herausforderung, ihre Handlungsroutinen an neuen Gegebenheiten auszurichten. Dies gilt selbstredend auch für den Kultur- und Naturschutz. Auf zwischenstaatlicher Ebene kann change management

und unbeweglichen Kultur- und Naturgütern nicht nur langfristig gespeichert, sondern in virtuellen oder sogar analogen Rekonstruktionen für unterschiedliche Zielgruppen erlebbar gemacht werden können. Damit würde auch dem für viele Staaten wirtschaftlich bedeutsamen touristischen Potential entsprechender Kultur- und

Wir müssen erkennen, dass der Kulturgutschutz eine Herausforderung globalen Ausmaßes ist

Naturgüter Rechnung getragen. *Cyber heritage resorts* wären also buchstäblich die letzte »Zuflucht« für Kultur- und Naturgüter in ihrer digitalisierten Form.

Führende Rolle der UNESCO

Die Kompetenzen, Kapazitäten und Ressourcen zur Umsetzung eines solchen Schutzprogramms sind heute national wie international weitgehend vorhanden. Allein, es fehlt an einer globalen Strategie, die die Vernetzung und Koordinierung dieser Instrumente steuert. Von ihren Mitgliedsstaaten entsprechend ausgestattet, sollte die UNESCO dabei eine führende Rolle übernehmen.

International abgestimmte, leistungsfähige Konzepte zum Umgang mit der globalen Herausforderung des Kultur- und Naturschutzes sollten



Ruinen der antiken Oasenstadt Palmyra, die der sogenannte Islamische Staat massiv zerstört hat

gen auch Kampagnen zur politischen gesellschaftlichen Bewusstseinsbildung.

5. Coordinated intelligence sharing:

Die jüngsten Ereignisse im Irak und in Syrien haben deutlich gemacht, wie wichtig die systematische Aufklärung auch mit Hilfe von Satellitensystemen zum aktuellen Zustand von Kultur- und Naturgütern ist. Ebenso notwendig wie die Aufklärung selbst ist eine zeitnahe Übermittlung entsprechender Informationen an betroffene Staaten. Hier gilt es, Kommunikationsstrukturen zu entwickeln, die auch Geheimhaltungserfordernisse bei sensiblen Daten berücksichtigen.

und mit ihnen in ein Gespräch zum Kultur- und Naturschutz einzutreten.

9. Core facilities:

Ein zentrales Infrastrukturmodul für einen nachhaltigen Kultur- und Naturschutz ist die Schaffung von national oder supranational operierenden, miteinander vernetzten Institutionen, in denen die für die Umsetzung der Schutzmaßnahmen erforderlichen Ressourcen und Kapazitäten koordiniert und von den beteiligten Staaten bzw. Organisationen gemeinsam genutzt werden. Diese *core facilities* für einen nachhaltigen Kultur- und Naturschutz können in Krisensituationen vergleichsweise schnell vor Ort aktiv werden, wo sie eng

jedoch nie ein top-down-Prozess sein, sondern lediglich Gegenstand eines Beratungsangebots an die betroffenen Gesellschaften.

12. Cyber heritage resorts:

Schon heute gilt es, eine Zukunftsvision davon zu entwickeln, wie bedeutende Kultur- und Naturgüter jenseits aller Krisensituationen und unvermeidlicher Zerstörungen auch für nachfolgende Generationen in jedem Fall erfahrbar bleiben und zumindest indirekt auch einen Beitrag zur Finanzierung dieser globalen Herausforderung leisten können. Zu erreichen wäre dies durch ein weltweites Netzwerk von Repositorien, in denen die 3D-Modelle von bewegli-

uns eine moralische Verpflichtung sein. Vergessen dürfen wir dabei jedoch nicht, dass diese Konzepte nie mehr sein können als ein Angebot zwischen gleichberechtigten Partnern, ein Angebot, das auch ausgeschlagen werden kann. Mit dieser Grundhaltung, die jede Form neo-kolonialer Bevormundung zu vermeiden sucht, leisten wir langfristig vielleicht sogar den größten Beitrag zur nachhaltigen Sicherung unseres gemeinsamen Kultur- und Naturerbes.

Markus Hilgert ist Altorientalist und Direktor des Vorderasiatischen Museums im Pergamonmuseum, Staatliche Museen zu Berlin – Stiftung Preussischer Kulturbesitz

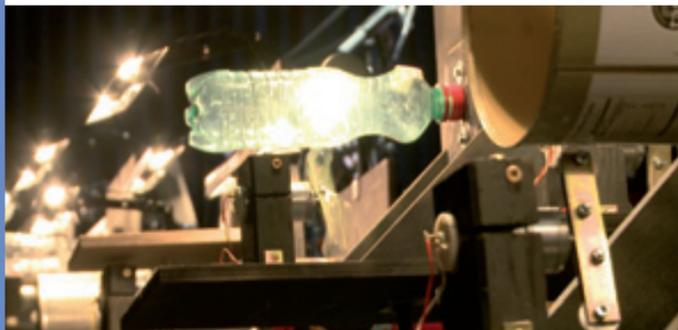
nmz media

Das Musik-Kultur-Politik-TV-Programm der nmz



Donaueschinger Musiktage 2015 Das SWR-Festival für Zeitgenössische Musik

Die Donaueschinger Musiktage – erstmals unter der künstlerischen Leitung von Björn Gottstein – präsentieren 2015 eine Generation von jungen Komponisten, deren Uraufführungen den klassischen Orchesterapparat auf höchst unterschiedliche Weise als Klangkörper nutzen, so dass das SWR-Sinfonieorchester Baden-Baden und Freiburg im Eröffnungs- sowie im Abschlusskonzert der Musiktage mit einer Reihe an äußerst vielseitigen Uraufführungen brillierte. Unter anderem standen hier Werke von Yoav Pasovsky und Johannes Boris Borowski auf dem Programm sowie das Stück „über“ von Mark Andre, in dem der Klarinetist Jörg Widmann als Solist auftrat.



Wie jedes Jahr richten die täglichen Videoberichte von den Donaueschinger Musiktagen ihre Aufmerksamkeit mit Interviews, Probenszenen und Konzertausschnitten aber natürlich auch auf die Ensemblekonzerte, beispielsweise mit dem Stück „AST“ von Orm Finnendahl für Kammerensemble, 32 selbstspielende Maschinen, Live-Elektronik und Zuspiegelung. Außerdem trägt vor allem die Klangkunst das Festival auch aus den Konzertsälen hinaus und in den Schwarzwaldort hinein – in diesem Jahr mit Werken von Mario Verandi, Thomas Schulz oder José Antonio Orts.



Rostocker Sommercampus Meisterkurse an der hmt Rostock

Jedes Jahr im Sommer lädt die Rostocker Musikhochschule Studierende aus der ganzen Welt dazu ein, eine Woche lang an Meisterkursen der verschiedensten Fachrichtungen teilzunehmen. Das Besondere daran sind nicht nur die absolut hochkarätigen Dozenten, sondern auch die Möglichkeit, dass die Studierenden ihr in den Meisterkursen erarbeitetes Repertoire als Solisten zusammen mit einem Sinfonieorchester erproben und damit wichtige Bühnenerfahrung sammeln können.



kostenlos unter:
www.nmz.de

Ins Ausland spenden – eine gute Idee?!

Das Stiftungsnetzwerk Transnational Giving Europe ermöglicht Spenden in Europa und darüber hinaus

CHRISTIAN SCHREIER

Wie die Hochrechnung des Deutschen Zentralinstituts für Soziale Fragen (DZI) in Berlin ergeben hat, lag die Höhe der 2014 geleisteten Spenden in Deutschland bei rund 6,4 Milliarden Euro und damit um etwa 65 Millionen Euro höher als 2013. Dies ist insofern erstaunlich, da im bisherigen Spendenrekordjahr 2013 aufgrund des Hochwassers in Deutschland (158 Millionen Euro) und des Taifuns Haiyan auf den Philippinen (144 Millionen Euro) eine etwa dreimal so hohe Summe an Sonderspenden getätigt wurde als 2014. Die gute wirtschaftliche Lage in Deutschland hat mitunter dazu beigetragen, dass der Bereich der allgemeinen, nicht in direktem Zusammenhang mit einem Ereignis stehenden Spenden, um 270 Millionen Euro gestiegen ist. Der Deutsche Spendenrat, der analog zum DZI jährlich eine Bilanz des Spendens veröffentlicht, die traditionell etwas niedriger ausfällt, errechnet zwar nur ein Spendenaufkommen von knapp 5 Milliarden Euro für 2014, mit einer Steigerungsrate von 5,4 Prozent zum Vorjahr zeigt aber auch diese Hochrechnung einen deutlichen Anstieg. Dieser ist in erster Linie durch ein Wachstum

Besonders die kleinen lokalen Hilfsorganisationen sind unterstützenswert

der durchschnittlichen Spendenhöhe begründet. Die durchschnittliche Spendenhöhe lag demnach bei 33,88 Euro. Insgesamt spendeten 23,9 Prozent der Bevölkerung, wobei jeder Spender und jede Spenderin nicht nur einmal sondern im Schnitt fünf Mal im Jahr aktiv wurde.

Der mit weitem Abstand am häufigsten unterstützte Bereich ist mit etwa 80 Prozent des Gesamtspendenaufkommens die Humanitäre Hilfe. Darunter versammeln sich die Spendenzwecke Kirche und Religion, Kinder- und Jugendhilfe, Katastrophenhilfe und weitere. Auf den Bereich der Kultur und Denkmalpflege entfallen gerade einmal 3,1 Prozent, jedoch mit steigender Tendenz. Um insgesamt 13 Prozent oder knapp 10 Millionen Euro ist das Spendenaufkommen für diesen Bereich von 2013 auf 2014 gestiegen. Ein greifbares Beispiel dafür ist der Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses. Der eigens dafür geründete Förderverein sammelte bereits über 50 Millionen Euro an privaten Spendengeldern für die Rekonstruktion der historischen Fassade ein. Dabei hat sich das Spendenaufkommen von 2012 auf 2014 fast verdreifacht und allein 2014 wurden über 15 Millionen Euro aus aller Welt für dieses Projekt gespendet.

Ob sich der Spendenmarkt gegenwärtig wieder zulasten der Kunst und Kultur verschieben wird, bleibt also abzuwarten. Spätestens mit den zuletzt stark angewachsenen Flüchtlingsströmen sind die anhaltenden Krisenherde der Welt zumindest für jedermann auch in Deutschland gegenwärtig geworden. Ohne das oft unkonventionelle und spontane Engagement vieler Freiwilliger und eine wachsende Spendenbe-

reitschaft für dieses Thema sowie ohne den Einsatz der organisierten Zivilgesellschaft, wären die gegenwärtigen Herausforderungen in keinster Weise zu bewältigen. Dessen ist sich auch die Politik bewusst. Das Bundesministerium der Finanzen hat inzwischen steuerliche Maßnahmen zur Förderung der Hilfe für Flüchtlinge erlassen, wodurch eine Reihe von Regelungen für das Sammeln von Spenden für diese Aufgaben auf Zeit vereinfacht wurden. Eine Maßnahme, die zuletzt für Hilfen für Erdbebenopfer in Nepal ergriffen wurde und zeigt, dass die gegenwärtige Situation auch in dieser Hinsicht durchaus als Krisensituation begriffen wird.

Mit den gewaltigen Aufgaben, die sich durch die Flüchtlingsströme den Städten und Gemeinden stellen, setzt sich jedoch auch mehr und mehr die Erkenntnis durch, dass mindestens mit gleichem Einsatz an die Verbesserung der Lebensumstände in den Herkunftsländern der Geflüchteten gedacht werden sollte. Hier kann man die Probleme bestenfalls verwalten, gelöst werden müssen sie in den Krisengebieten dieser Welt.

Zahlreiche Hilfsorganisationen sind unermüdet dabei, den Menschen vor Ort Hilfe zukommen zu lassen. Heute hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass neben den großen internationalen aktiven Organisationen insbesondere die lokalen Organisationen unterstützenswert sind, da niemand so gut wie sie die Bedarfe der Menschen vor Ort kennen. Doch diese Erkenntnis ist noch weit entfernt von der Verwaltungspraxis deutscher Finanzbehörden. Sobald die Organisation, die eine Spende erhalten soll, ihren Sitz nicht im Heimatland der Spender hat, sinkt die Attraktivität einer Unterstützungszahlung sofort, da Zuwendungsbestätigungen von ausländischen Organisationen durch die Finanzbehörden in der Regel nicht akzeptiert werden. Dies gilt nicht nur für Spenden, die an Organisationen außerhalb Europas gerichtet sind, sondern genauso für Spenden in alle Mitgliedsländer der Europäischen Union sowie an alle Sonderorganisationen der Vereinten Nationen, z. B. das Welternährungsprogramm.

Trotz mehrerer Urteile des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), die einer Ungleichbehandlung von in- und ausländischen Stiftungen und Vereinen entgegenwirken sollen, ist grenzüberschreitendes Spenden nach wie vor problematisch. Die Ungewissheit, ob eine Auslandsspende später steuerlich abgesetzt werden kann, schreckt Privatpersonen wie Unternehmen vielfach ab. Spender müssen z. B. nachweisen, dass

Die Ungewissheit, ob Auslandsspenden steuerlich geltend gemacht werden können, schreckt Spender vielfach ab

die Organisation inländische Gemeinnützigkeitsvorgaben erfüllt und die zugewendeten Mittel korrekt einsetzt. Dadurch bestehen selbst bei Spenden in andere deutschsprachige Länder vergleichbare Probleme.

Die gängige Argumentation lautet, dass Spenden, für die in Deutschland Steuervergünstigungen gewährt werden, auch im Inland verbleiben sollen.

Betrachtet man jedoch das deutsche Spendenaufkommen, wird schnell deutlich, dass sich Auslandsspenden anteilig im Promillebereich befinden und selbst bei einem stetigen Anstieg noch über Jahre keine maßgebliche Rolle einnehmen werden. Zentraler sollte in diesem Zusammenhang jedoch die Stärkung des europäischen bzw. des internatio-

Die Behinderung gelebter europäischer und weltweiter Solidarität ist geradezu unverständlich

nenal Solidaritätsgedankens sein. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Behinderung gelebter europäischer Solidarität geradezu unverständlich, steht sie doch der heutigen Lebenswirklichkeit vieler EU-Bürgerinnen und Bürger diametral entgegen, die z. B. in Polen aufwachsen, in England studieren und in Frankreich sesshaft werden. Das hier der Wunsch entstehen kann, Organisationen in anderen Ländern zu unterstützen, lässt sich leicht nachvollziehen.

Um grenzüberschreitendes Spenden trotz der bestehenden Hürden zu ermöglichen, haben sich gemeinnützige Organisationen in inzwischen 18 EU-Staaten zu dem 1999 gegründeten Netzwerk Transnational Giving Europe (TGE) zusammengeschlossen. Die TGE-Partner beraten Spender und Empfänger, prüfen die Eignung der Empfängerorganisationen, leiten die Spenden an diese weiter, stellen Spendenquittungen aus und erfüllen alle weiteren Berichtspflichten.

Ein deutliches Zeichen für den vorhandenen Bedarf eines solchen Angebots, ist die stetig steigende Zahl an Spendern und Organisationen, die das Netzwerk nutzen. Seit seiner Gründung wuchs auch die Summe der weitergeleiteten Spenden jährlich. 2014 wurden bereits über 12 Millionen Euro weitergeleitet.

Das mit den Finanzverwaltungen abgestimmte und mehrfach ohne Beanstandungen überprüfte Verfahren funktioniert innerhalb ebenso wie außerhalb Europas.

Inzwischen nutzen zunehmend auch im Ausland aktive inländische Stiftungen oder Vereine die Expertise von TGE. Ihnen geht es nicht um die Spendenquittung, sondern um die Hilfe bei der Überprüfung von Empfängern vor der Auszahlung und bei der Berichterstattung danach. Die Maecenata Stiftung leitete als deutscher TGE-Partner 2014 rund 3,2 Millionen Euro im Rahmen des TGE-Netzwerks weiter; weitere 3,1 Millionen gingen aus Deutschland in Länder ohne Netzwerkpartner, z. B. USA oder in Länder in Asien, Afrika oder Lateinamerika.

Auch wenn die Rechtsprechung in Europa darauf abzielt, innereuropäische Spenden über Staatsgrenzen nicht zu benachteiligen, die Praxis sieht nach wie vor anders aus. Das Angebot des TGE-Netzwerks wird daher bis auf weiteres benötigt werden, um den internationalen Entwicklungen der Gegenwart ein Stück weit gerecht werden zu können.

Christian Schreier ist Leiter des Programms Transnational Giving der Maecenata Stiftung



Blick ins Bardo-Museum in Tunis. Es versammelt die Spuren all jener Zivilisationen und Epochen, die Tunesien in den letzten 3.000 Jahren geprägt haben

FOTO: JIMILLAN / FOTOLIA.COM

Ringeln um den öffentlichen Raum

Auseinandersetzungen um kulturelle Deutungshoheit und neugewonnene Freiheiten in Tunesien

SARAH MERSCH

Guten Tag. Zu wem wollen Sie?« fragt der Polizist skeptisch, bevor er mit einem Kopfnicken bedeutet, weiter zu gehen. Stacheldraht, Polizeikontrollen und eine Gedenktafel am Eingang erinnern ein halbes Jahr nach dem 18. März 2015 noch an den Anschlag auf das Bardo-Museum in Tunis, der mehr als zwanzig Menschen das Leben kostete. Im Inneren des modernen, lichtdurchfluteten Gebäudes wurden die Spuren längst beseitigt. Ein meterhohes Mosaik dominiert die Eingangshalle.

»Wir können und wollen nicht vergessen, was passiert ist. Das hat tiefe Wunden hinterlassen, aber wir müssen nach vorne schauen«, sagt Moncef Ben Moussa, Kurator des Museums und Hüter der größten Mosaikensammlung weltweit. Eigentlich sei es zu erwarten gewesen, dass ein Angriff irgendwann das Museum treffen würde, nach den Zerstörungen von Kulturgütern in Afghanistan, dem Irak und Syrien. »Vielleicht haben wir die Alarmglocken nicht früh genug gehört«, räumt er ein. Dass

ZUR REIHE

In Kooperation mit der Deutschen Welle gibt es seit Januar 2015 in jeder Ausgabe einen Bericht zur Kulturpolitik aus einem anderen Land der Welt. In den bisherigen Beiträgen dieser Reihe wurde über die Situation von Kunst und Kultur in der Türkei, Russland, Nigeria, Mexiko und Indien berichtet. Die Deutsche Welle sendet parallel dazu in der Kultursendung K.21 eine Serie »Art of Freedom. Freedom of Art«.

ausgerechnet dieses Museum angegriffen wurde, sei kein Zufall – und nicht nur als Angriff auf den wirtschaftlich so wichtigen Tourismus zu verstehen.

»Angriff auf die universelle Humanität«

Das Bardo-Museum versammelt die Spuren all jener Zivilisationen und Epochen, die in den letzten dreitausend Jahren die Geschichte des Landes am Nordostzipfel des afrikanischen Kontinents geprägt haben: Spuren der punischen Kriege, der Entwicklung Tunesiens zur sogenannten Kornkammer Roms, über die Gründung der wichtigsten islamischen Stätten in Afrika durch arabische Eroberer bis hin zur ältesten noch existierenden Synagoge des Kontinents durch jüdische Einwanderer. »Wenn ein Tunesier das Museum betritt, dann ist er stolz, ein Teil dieser reichen Kultur zu sein. Und wenn ein Ausländer es betritt, dann sieht er, dass auch in ihm ein kleines Stückchen Tunesien steckt. Es ist diese universelle Humanität, die von den Terroristen angegriffen wurde.«

Nach dem Anschlag sind die Zahlen der ausländischen Besucher eingebrochen. Dafür kamen umso mehr Tunesier, viele zum ersten Mal, so Ben Moussa. Nach dem Anschlag seien es oft die Schüler, die nach einem Klassenausflug noch einmal ihre Eltern mit ins Museum brächten, berichtet der Kurator mit einem stolzen Lächeln.

»Den meisten Menschen meines Alters ist die Bedeutung der Kultur nicht bewusst«, sagt der Kurator, denn unter der Diktatur war sie marginalisiert oder für Propagandazwecke instrumentalisiert worden. »Kultur ist ein Mittel der Aufklärung, doch ein Diktator will den

Bürger klein und ignorant halten.« Das gleiche Mittel, das heute die Terroristen zu nutzen versuchten, um ihre Ziele durchzusetzen.

Kunst statt politischer Slogans

Während Ben Moussa versucht, möglichst viele junge Tunesier für das kulturelle Erbe des Landes zu sensibilisieren, nutzen andere die Möglichkeit, die Kunst aus den Museen und Galerien auf die Straße zu bringen. Seit dem politischen Umbruch 2011 erlebt die Street-Art in Tunesien einen Boom. »Früher konnte man Kunst nur für die Regierung machen. Heute macht man sie um der Kunst und um des Publikums willen«, sagt Mohamed Kilani Tbib. Unter seinem Künstlernamen The Inkman macht der 25-jährige Grafikdesigner Calligrafitti, kalligraphische Graffiti. Meist sind es einzelne Worte oder Gedichtzeilen, die Tbib sprüht, »am liebsten an sehr belebten Orten, sodass alle Leute einen direkten, kostenlosen Zugang dazu haben.« Mal arbeitet er in einer verlassenen Fabrik, mal an einem Flugzeugwrack in einem leicht heruntergekommenen Park in einem Vorort der Hauptstadt Tunis, manchmal auch an Wänden mitten in der Stadt. Seine Werke und die vieler Gleichgesinnter gehören inzwischen in Tunesien zum Straßenbild und haben oft hastig hingesprühte politische Slogans abgelöst. Mal sind es dabei Moscheen, mal ein Haus der ehemaligen Herrscherfamilie, die so zum Kunstobjekt werden.

Im Falle des Projekts Djerbahood ist es ein ganzes Dorf. Mehdi Ben Cheikh, franko-tunesischer Galerist, hat Erriadh auf der südtunesischen Insel Djerba in eine Open-Air-Galerie verwandelt. Künstler aus dreißig Ländern haben

dort ihre Spuren hinterlassen. »Am Anfang waren die Bewohner misstrauisch. Nach ein paar Tagen kamen sie, um uns die Mauern ihrer Häuser anzubieten.« Den Ort Erriadh hat Ben Cheikh bewusst ausgewählt, denn dort steht auch die La Ghriba-Synagoge, die älteste des Kontinents. Das Dorf ist Heimat für die größte jüdische Gemeinde des Landes. »Wir wollten damit die Besonderheit der Insel aufzeigen, zeigen, dass friedliches Zusammenleben von Juden und Muslimen keine Utopie ist, sondern seit Jahrhunderten Normalität.« Die mehr als zweihundert Kunstwerke haben im Dorf auch wirtschaftlich ihre Spuren hinterlassen. Mehrere Galerien, Geschäfte und Restaurants haben eröffnet, seit das Projekt die Touristen anzieht.

Aufhören, das kulturelle Erbe auf den Müll zu schmeißen

In der Innenstadt von Tunis, zwischen Bahnhof, Autowerkstätten und einem Großmarkt für Schmuggelgüter hat Ben Cheikh vor kurzem mit »32 bis« eine zweite Galerie eröffnet. Schon von außen zielt ein meterhohes Graffiti die ehemalige Fabrikhalle zwischen heruntergekommenen Jugendstilhäusern aus der Kolonialzeit. Sein Ziel: die Innenstadt dynamisieren. »Das Viertel verdient seinen schlechten Zustand nicht! Die Bürger müssen sich ihre Stadt endlich wieder aneignen und wertschätzen.« Befände sich dieses Viertel in London oder Paris, es wäre längst eines der angesagtesten der Stadt, ist sich der Galerist sicher. »Wir müssen endlich aufhören, unser kulturelles Erbe auf den Müll zu schmeißen.«

Doch trotz der neuen Freiheit haben die meist jungen Künstler, die mit ihrer Arbeit den öffentlichen Raum erobern

wollen, immer wieder Probleme mit den Behörden. »Acht Stunden habe ich im Mai auf der Polizeiwache verbracht«, erzählt The Inkman, »weil irgendjemand erzählt hat, ich würde Propaganda für den Islamischen Staat auf eine Mauer sprühen.« In Wirklichkeit handelte es sich um das Wort Musk, englisch für den Moschus, ein in Tunesien traditionell beliebter Duftstoff. Dass die Passanten sein Spiel mit den Buchstaben nicht entziffern können, ist der Künstler inzwischen gewohnt. »Die meisten denken, ich mache arabische Kalligrafie. Dabei sind es lateinische Buchstaben, die nur von der arabischen Schrift inspiriert sind.« Von explizit politischen Botschaften und Diskussionen hält sich der junge Mann dabei bewusst fern, ihm gehe es vielmehr darum, mit seiner Kunst Menschenliebe und Respekt zu vermitteln.

»Der Akt, diese Kunst auf der Straße zu machen, ist politisch, nicht die Kunst an sich«, findet Mehdi Ben Cheikh. Er hofft, dass diese Form des politischen Handelns auch in Zukunft möglich sein wird. Denn trotz der neuen tunesischen Verfassung, die den Bürgern weitgehende Rechte und Freiheiten einräumt, fürchten nicht wenige in Tunesien, dass repressive Kräfte angesichts der terroristischen Bedrohung wieder an Land gewinnen und die gerade erst mühsam erkämpfte Freiheit erneut einschränken. Künstler und Medien seien jetzt gefragt, das zu verhindern, so der Galerist. »Noch können wir öffentlich Kritik üben. Es liegt an uns, am ganzen Volk, dies auch in Zukunft möglich zu machen, es liegt an den Journalisten, nie wieder zu schweigen.«

Sarah Mersch ist freie Korrespondentin in Tunis (Tunesien) und Trainerin für die Deutsche Welle Akademie

Auf eigene Stärken besinnen

Ökologischer, sozialer und demokratischer Neuanfang in Europa statt TTIP und CETA

ERNST-CHRISTOPH STOLPER

Am 10. Oktober haben eine Viertelmillion Menschen im Berliner Regierungsviertel ihren Protest gegen TTIP und CETA – die Handels- und Investitionsabkommen der EU mit den USA und Kanada – zum Ausdruck gebracht. In den Monaten zuvor hatten bereits über 3,2 Millionen Menschen in ganz Europa die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative »Stop TTIP« unterzeichnet.

Im Zentrum dieser größten Bürgerbewegung seit der Friedensbewegung stehen die Zukunft der Agrar-, Umwelt- und Sozialpolitik, die Gefährdung von Demokratie und Rechtsstaat durch Investitionsschutz und Regulatorische Kooperation ebenso wie die flächendeckende Liberalisierung von Dienstleistungen und deren Auswirkung z. B. auf die Kultur und öffentliche Daseinsvorsorge.

TTIP wird die Gestalt Europas nachhaltig verändern, mit unabsehbaren Folgen

Eher selten spielt dagegen in der Öffentlichkeit eine Rolle, wie TTIP Gesicht und Gestalt Europas verändern wird, obwohl das mittel- und langfristig für uns mindestens ebenso bedeutsam sein wird.

TTIP höhlt die demokratische Glaubwürdigkeit der EU aus

Dass wir heute in der Europäischen Union ein politisches System haben, welches trotz aller noch bestehenden Unzulänglichkeiten grundlegenden demokratischen Standards genügt, ist keine Selbstverständlichkeit und war auch keineswegs immer so. Lange Zeit – als die EU noch »Europäische Gemeinschaft (EG)« hieß – hatten Kommission und nationale Regierungen allein das Sagen. Entscheidungen fielen hinter verschlossenen Türen. Die Einführung des Europäischen Binnenmarktes und die damit drastisch gestiegenen Kompetenzen Europas trieben dieses Demokratiedefizit auf die Spitze. Beseitigt wurde es am Ende durch die Einführung der Politischen Union und die Stärkung des Europäischen Parlaments.

Es war nicht das erste Mal in der Geschichte, dass politische Strukturen neu entstandenen Märkten gefolgt sind, um eine demokratische Kontrolle zu gewährleisten. Und manche Protagonisten einer transatlantischen Freihandelszone sind auch schnell bei der Hand mit der Parallele zum Europäischen Binnenmarkt. Sie verschweigen dabei jedoch eins: Niemand ist auch nur ansatzweise bereit, den Prozess der politischen Integration auf transatlantischer Ebene zu wiederholen. Selbst wenn wir Europäer uns dies vielleicht noch vorstellen könnten, in den USA sind ein gemeinsamer transatlantischer Präsident oder ein transatlantischer Kongress außerhalb jeder politischen Vorstellungskraft. Nein: Der Weg zu einer echten demokratischen Kontrolle eines transatlantischen Marktes ist verbaut. Und so werden wieder, wie in der Zeit vor der Europäischen Union, Gesetze und Verordnungen zwischen Regierung

gen – diesmal der Europäischen Kommission und der US-Administration – hinter verschlossenen Türen gemacht. Die Herrschaft der Demokraten wird wieder durch eine Herrschaft der Bürokraten wie zu Zeiten der EG ersetzt.

Die Defizite hinsichtlich Transparenz und demokratischer Kontrolle, die wir derzeit bei der Aushandlung von TTIP erleben, sind nur ein Vorgeschmack auf das, was uns im Rahmen der sogenannten Regulatorischen Kooperation erwartet, wenn es darum geht alle Richtlinien und Verordnungen auf ihre transatlantische Kompatibilität hin zu überprüfen.

Ein Parlament, das aber nur noch Ja oder Nein sagen kann zu bereits ausgehandelten Richtlinien und Verordnungen, wird ernsthaft keine Autorität mehr beanspruchen können.

TTIP unterminiert die wirtschaftliche Basis der Europäischen Integration

Die Steigerung des transatlantischen Handels ist das erklärte Ziel von TTIP. Wie hoch der Umleitungseffekt dabei ist, darüber streiten die Gutachter. Aber dass es zu einer Reduzierung inner-europäischer Handelsverflechtungen kommen wird, steht außer Frage. Auch ist die Befürchtung, dass TTIP eher Vorteile für die sowieso schon stärkeren und wettbewerbsfähigeren Mitgliedsländer bringen wird als für die Schwächeren nicht von der Hand zu weisen. TTIP ist damit auch eine Operation am offenen Herzen der Europäischen Integration, nämlich der wirtschaftlichen Verflechtung zwischen den Mitgliedstaaten.

Bereits heute ist der Anteil deutscher Exporte in die anderen Mitgliedstaaten der EU rückläufig. Der Export-Anteil in die Länder der Europäischen Währungsunion ist sogar zwischen 1993 und 2014 von 47,7 Prozent auf 36,6 Prozent zurückgegangen. Vordergründig ein Ausweis gesteigener Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte und Dienstleistungen auf dem Weltmarkt, entsteht hierdurch jedoch eine politisch hochbrisante Situation: Einer aggressiv auf die Steigerung der Weltmarkt-Wettbewerbsfähigkeit ausgerichteten deutschen Wirtschaftspolitik haben die anderen EU-Mitgliedstaaten nichts entgegenzusetzen, weil negative nachfrageseitige Rückkopplungseffekte abnehmen. Anders ausgedrückt: Starke Länder wie Deutschland können schwächere in Grund und Boden konkurrieren ohne dass sie ökonomisch unmittelbar durch wegbrechende Märkte beeinträchtigt würden. TTIP ist darauf ausgerichtet, diese Orientierung auf außereuropäische Märkte noch zu verstärken und stellt damit eine Gefahr dar, als echter Brandbeschleuniger zu wirken.

Die Sicherung des Zusammenhalts der Europäischen Union würde damit von der wirtschaftlichen Verflechtung in den Bereich der Sozialtransfers verlagert. Man braucht nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, wann aus dem Kreis der wirtschaftlich starken Mitgliedsländer genau dies und damit auch die Existenz der Politischen Union insgesamt in Frage gestellt würde. Der alte Konflikt, ob Europa eine Freihandelszone oder eine Politische Union sein soll, wäre damit wieder neu aufgemacht und Jahrzehnte europäischer Integrationsanstrengungen mit all ihren friedens- und wohlstandsfördernden Effekten auf dem Müllhaufen gelandet.



Der Kultur-Block bei der Großdemonstration »Stop TTIP, Stop CETA« am 10. Oktober in Berlin

TTIP ist der unsinnige Versuch einer Konfrontation mit den Märkten der Zukunft

Für die USA sind TTIP und das pazifische Pendant TPP zwei Elemente einer Eindämmungsstrategie gegenüber China und gegebenenfalls weiteren aufstrebenden Schwellenländern. Ob aus dieser Eindämmungsstrategie ein wirtschaftlicher oder gar politischer Konflikt wie seinerzeit im Kalten Krieg erwächst, ist nicht ausgemacht. Er ist aber aus Sicht der USA auch nicht ausgeschlossen und würde gegebenenfalls billigend in Kauf genommen. Die Wirtschaft Europas mit ihrer offenen und globalen Ausrichtung wäre hingegen eine der Haupt-Leidtragenden einer solchen konfrontativen Entwicklung.

Die Wirtschaft hat nichts von einer Konfrontation mit China

Dennoch setzen große Teile von Politik und Unternehmensverbänden in Deutschland allein auf die transatlantische Karte. Sie schaffen es, in einem Atemzug die gestiegene Bedeutung asiatischer Zukunftsmärkte zu beschwören und als Rezept die Vertiefung der transatlantischen Beziehungen durch TTIP zu empfehlen. Es ist diese erschreckende außen- und wirtschaftspolitische Phantasielosigkeit, die eine direkte Kooperationsstrategie mit großen asiatischen Zukunftsmärkten zunehmend erschwert.

Im Übrigen ist es auch das gleiche Denken, das jegliche Kritik an TTIP sofort als anti-amerikanisch zu entlarven versucht wie es jetzt wieder nach der großen Demonstration am 10. Oktober in Mode gekommen ist. Mehr als 25 Jahre nach dem Fall der Mauer sind die Mauern in den Köpfen offenbar wirkungsmächtiger als gedacht.

Für eine neue Politik in Europa

Neoliberale Handelspolitik à la TTIP, die harte Durchsetzung der Austeritätspolitik gegenüber Griechenland sowie die bisherige auf Abschottung orientierte Flüchtlingspolitik haben die EU in eine massive Legitimationskrise gebracht, die nur durch eine neue Bürgerbewegung für ein soziales, ökologisches und demokratisches Europa bewältigt werden kann.

Es ist nicht sichtbar, dass aus den europäischen Institutionen oder den Mitgliedstaaten die notwendigen Initiativen für eine grundlegende Reform der EU-Politik kommen. Nur eine solche Bürgerbewegung ist in der Lage, die notwendige Dynamik hervorzubringen. Initiativen gegen TTIP und CETA, Aktionsgruppen gegen die Austeritätspolitik oder Gruppen für eine menschliche Flüchtlingspolitik sind hierfür wichtige Kristallisationspunkte.

Europa muss sich dabei auf seine Stärken zurückbesinnen: die kulturelle Vielfalt, das europäische Sozialmodell einer nicht nur am Shareholder-Value orientierten Marktwirtschaft, die Orientierung am Vorsorgeprinzip, wenn es um den Schutz von menschlicher Gesundheit und den Schutz der Umwelt geht. Eine solche Politik sollte den Schwerpunkt auf die Lösung der wirt-

schaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme in Europa selbst legen – gerade auch in Süd- und Osteuropa. Hier liegen ökonomische Potentiale brach, deren Bedeutung weit über alle Prognosen von TTIP hinausgehen. Allein die Umstellung der Energiewirtschaft auf

Kooperation geht vor Deregulierung und Liberalisierung

Erneuerbare Energien oder der Ausbau von Breitband-Telekommunikationsstrukturen würde jeweils ein Vielfaches der bei TTIP prognostizierten Wachstums- und Arbeitsplatzeffekte bringen.

In der Außen- und Außenwirtschaftspolitik sollte die Europäische Union einen Schwerpunkt auf die Ausweitung der wirtschaftlichen Kooperation mit den großen Schwellenländern wie z. B. China, Indien, Brasilien legen. Ein zweiter Schwerpunkt ist die Schaffung stabiler wirtschaftlicher Grundlagen in der Region Nordafrika und Mittlerer Osten (MENA) ebenso wie auf dem afrikanischen Nachbarkontinent. Dies alles hat Vorrang vor einer allein auf Liberalisierung und Deregulierung ausgerichteten neoliberalen Freihandelsagenda.

Ernst-Christoph Stolper ist Sprecher des Arbeitskreises Internationale Umweltpolitik des BUND, einer der Sprecher der selbstorganisierten Europäischen Bürgerinitiative »Stop TTIP« und der Demonstration »TTIP und CETA stoppen« am 10. Oktober 2015 in Berlin sowie des Bündnisses »ttip-unfairhandelbar«

TTIP und der globale Süden

Wie wirkt sich TTIP auf Entwicklungs- und Schwellenländer aus?

CORNELIA FÜLLKRUG-WEITZEL

Für die lange vernachlässigte Frage, wie TTIP sich auf die Entwicklungs- und Schwellenländer und auf das multilaterale Handelsregime auswirken wird, ist es interessant, einen Blick zurückzuwerfen. Lange bevor Brüssel und Washington Verhandlungen über die Errichtung einer transatlantischen Freihandelszone aufnahmen, beschäftigte sich der Bundestag schon einmal mit dieser Frage. Auf eine Anfrage der Opposition, wie die Regierung ein mögliches Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA beurteile, antwortete die Bundesregierung im Frühjahr 2005: »Die Bundesregierung hält ein (solches) Freihandelsabkommen für nicht realistisch, ... (da) es von anderen Ländern als Abwendung der beiden größten Handelspartner vom multilateralen Handelssystem aufgenommen würde. Es würde die WTO nachhaltig schwächen und auf absehbare Zeit alle Bemühungen zur multilateralen Handelsliberalisierung beeinträchtigen. Ein (solches) Freihandelsabkommen würde außerdem an den Erfordernissen der transatlantischen Handelsbeziehungen vorbeigehen....«. Bei dieser kritischen Einschätzung ging die damalige Bundesregierung aber noch davon aus, dass eine transatlantische Freihandelszone (lediglich) dazu diene, Regelungen für den Handel innerhalb der Freihandelszone zu treffen, wie dies bei bilateralen Abkommen üblich ist.

Neue Regeln für den Welthandel des 21. Jahrhunderts – unter Ausschluss der Entwicklungsländer

Die gegenwärtigen Verhandlungen über die Errichtung von TTIP gehen aber weit über die Regelungen von bilateralen Abkommen hinaus. Mit TTIP wollen EU und USA gezielt anstelle der WTO die künftige Blaupause für den Welthandel setzen, wollen »Regeln und Standards vorantreiben, die die Grundlage für zukünftige internationale Abkommen bilden können«, so der frühere EU-Handelskommissar Karl De Gucht. Mit anderen Worten: Die transatlantische Freihandelszone, sie stellt den Versuch einer »Neuformulierung der Regeln für die Weltwirtschaft des 21. Jahrhunderts« (Barack Obama) nach dem Gusto mächtiger Handelsmächte, die um ihre Vorrangstellung bangen, dar. Ein solches Anliegen kommt einem handelspolitischen Paradigmenwechsel gleich, wurden doch seit

Ende des Zweiten Weltkrieges globale Regeln multilateral gesetzt und allen Staaten – mindestens formal – eine Mitsprache eingeräumt. Die WTO-Verhandlungen waren allerdings im Sinne der Industrienationen immer weniger erfolgreich. Diese extensive Handelsagenda markiert eine höchst bedenkliche Abkehr vom Multilateralismus – nicht nur auf Kosten der BRICS-Länder, deren weiterer Aufstieg verhindert werden soll, sondern auch auf Kosten armer Staaten, und deren Forderungen nach einem Handelssystem, das auch ihnen Chancen einräumt, die sie für eine erfolgreiche Entwicklung dringlich benötigen. Anstatt mit allen Staaten gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um einen fairen und ökologisch nachhaltigen Welthandel zu schaffen, der die Grundlage für einen Wohlstand aller Menschen bildet, versuchen EU und USA sich unilateral Wettbewerbsvorteile zu verschaffen.

Dabei ist die Förderung von ökologischen und sozialen Handelsbeziehungen das Gebot der Stunde. In den vergangenen 30 Jahren hat sich der Welthandel verneinacht. Trotz – oder gerade wegen – dieser enormen ökonomischen Zuwachsraten, profitiert nur ein begrenzter Teil der Menschen von den um den Globus zirkulierenden Waren und Dienstleistungen. Ein beträchtlicher Anteil der Weltbevölkerung ist hingegen von dieser Entwicklung ausgeschlossen. Millionen von Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika wurden in den vergangenen drei Jahrzehnten noch weiter an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Viele von ihnen haben ihre Existenz- und Lebensgrundlage verloren. Betroffen sind vor allem ohnehin benachteiligte Menschen wie Kleinbauern und Fischer.

Indem TTIP eine weitere Besserstellung der EU und der USA anstrebt, verschärft es den Verdrängungsprozess. Die Scheer zwischen armen und reichen Ländern wird noch größer. Ein solches Vorgehen widerspricht den europäischen Prinzipien. Im Vertrag von Lissabon hat sich die Europäische Union verpflichtet, ihr außenpolitisches Handeln so auszurichten, dass es den Anstrengungen der europäischen Entwicklungszusammenarbeit nicht nur nicht zuwiderläuft, sondern sie im Gegenteil fördert. Laut EU-Lissabon-Vertrag ist die EU ferner verpflichtet, die Menschenrechte in ihrer nach außen gerichteten Politik zu achten und zu fördern. Von Entwicklungs- und Menschenrechtsverträglichkeitsprüfungen oder -vorgaben war aber weder im

Verhandlungsmandat die Rede, noch ist bisher vorgesehen, eine Menschenrechtsklausel in dem Abkommen vorzusehen, die ermöglicht, Vertragsbestimmungen, die zur Verletzung von Menschenrechten führen können, auszusetzen oder zu ändern. Ganz zu schweigen von der Schaffung eines unabhängigen transparenten Beschwerdemechanismus für den Fall, dass Investitionen zu Menschenrechtsverletzungen in Drittstaaten führen. Beschwerden dürfen sich nur Unternehmen – nämlich wenn die Politik Menschenrechte und Umwelt vor ihnen schützt und sie dies als »Handelshemmnis« deuten!

Progressive Standardsetzung? Fehlanzeige!

TTIP-Befürworter preisen die Idee globale Standardsetzung durch TTIP als sinnvollen Versuch der Europäer, den Welthandel nach europäischen Maßstäben und Vorstellungen zu formen und dabei assoziieren die meisten den Menschenrechts- und Umweltschutz. Nicht zuletzt die TTIP-Regelungen zum Rohstoffbereich machen aber deutlich, was EU und USA unter globaler Standardsetzung wirklich verstehen und was nicht: Grundsätzlich wäre der Rohstoffbereich ein Thema par excellence, um weltweit bessere und verbindliche Umwelt- und Menschenrechtsstandards zu setzen. Die bisher bekannten Verhandlungstexte zu TTIP lassen jedoch ein solches Bestreben schmerzlich vermissen. Der EU geht es vielmehr darum, ihre einheimischen Industrien durch den »sicheren Import von günstigen« natürlichen Rohstoffen abzusichern. Schon seit langem fordert die EU, zur Sicherstellung ihres Zugangs zu Rohstoffen von den Staaten, die über große Rohstoffvorkommen verfügen, das Verbot von Ausfuhrzöllen auf natürliche Ressourcen wie Erz oder Kupfer, sowie die Liberalisierung von Investitionen und Stärkung von Investoren.

Die TTIP-Verhandlungen sollen nun dazu dienen, die dort getroffenen marktliberalen Regelungen langfristig zu globalen Regeln zu machen. Einigen sich EU und USA bei TTIP auf ein strenges Verbot von Exportbeschränkungen bei Rohstoffen, so steht zu befürchten, dass langfristig Exportsteuern kaum noch zugelassen werden. Kurzum: Es geht ihnen nicht um die Schaffung eines nachhaltigen und fairen Rohstoffhandels, sondern um die Absicherung ihrer Versorgung mit Rohstoffen. Generell gilt: Es geht bei der viel gerühm-

TTIP schafft unfaire Voraussetzungen für die künftigen Handelschancen Dritter und zementiert damit die bestehende globale Ungleichheit

ten Standardsetzung um die Absicherung der bestehenden Wettbewerbsvorteile der Handelspartner und nicht um die globale Durchsetzung von Sozial-, Menschenrechts- und Umweltstandards.

Entwicklungsländer als Gewinner? Fehlanzeige!

Niemand hat bisher ernsthaft belegen können, dass es durch TTIP einen positiven Effekt auf Entwicklungsländer – besonders auf die ärmsten – gibt. Stattdessen wird »erst einmal« von einem Sinken der Realeinkommen, also mehr Armut, ausgegangen – vor allem wegen verringerter Exportchancen in die EU und USA, weil die künftig nicht mehr die armen Länder, sondern sich gegenseitig mit Handelspräferenzen begünstigen. Die bestehenden Marktpräferenzen – im Falle von TTIP für Importe aus Entwicklungsländern in die USA und die EU – werden durch gegenseitige Zollsenkungen in beiden Wirtschaftsräumen faktisch erodieren. Mögliche Positiveffekte werden (nur) in dem indirekten Effekt gesehen, dass Europäer und Amerikaner aufgrund des vermuteten höheren Einkommens nach der Einführung von TTIP mehr Geld für Tourismus im Süden haben (500 Euro im Jahr!)

TTIP schafft unfaire Voraussetzungen für die künftigen Handelschancen Dritter und zementiert damit die bestehende globale Ungleichheit.

Stärkung und Reform des multilateralen Handelsregimes

Die Weltgemeinschaft benötigt aber keine privilegierten Handelsblöcke, sondern die Wiederbelebung und Reform eines multilateralen Handelssystems. Ein multilaterales System ist der richtige Ort um Standards zu setzen und weiter zu entwickeln. Dies gilt zum einen für Produkt- und Produktionsstandards. Damit die Länder des globalen Südens und ihre Interessen mitberücksichtigt werden, müssen sie bei Festlegung dieser technischen Standards mit eingebunden werden. Zum anderen gilt dies auch für die (Weiter-)Entwicklung von Standards in den Bereichen Menschenrechte und Umwelt. Hier ist eine Reform der Welthandelsorganisation WTO dringend notwendig. Gehörte es doch zu den Geburtsfehlern der WTO, dass sie nicht in das UN-System eingebunden wurde, und die Menschen- und Umweltrechte der Vereinten Nationen damit nicht die entsprechende Verbindlichkeit entfalten konnten. Handel ist aber nur dann zukunftsfähig, wenn er den Menschenrechten und dem Schutz globaler Güter Vorrang einräumt.

Cornelia Füllkrug-Weitzel ist Präsidentin von Brot für die Welt





Das Buddenbrook-Haus in Lübeck

»Die Manns und wir«

Kultureinrichtungen verändern durch neue Nutzer: Wie das Lübecker Buddenbrook Museum sich gemeinsam mit jugendlichen Kuratoren neu aufstellt

BIRGIT MANDEL

Was könnte junge Menschen 2015 an der wechselvollen Lebensgeschichte der großbürgerlichen Lübecker Kaufmann- und Künstlerfamilie Mann interessieren? Was kann der Nobel-Preis gekrönte Roman über die Familienära der Buddenbrooks und die darin verarbeiteten Geschichten einer Familie im politischen und gesellschaftlichen Wandel bieten – außer als »kulturelles Erbe« Wertschätzung zu erfahren?

Wie wird Literatur aus einer anderen Zeit zu einem Ereignis für junge Menschen heute, ein Ereignis, das mehr noch neue kulturelle Erfahrungen und nachhaltige individuelle, kulturelle Bildungsprozesse initiieren kann?

In dem Mitte September 2015 gestarteten Projekt »Die Manns und wir« werden nicht nur Vermutungen darüber angestellt, was für potenzielle junge Besucher des Buddenbrook Hauses mit seiner kulturhistorischen Ausstellung über die Familie Mann relevant sein könnte. Vielmehr macht sich das Museum gemeinsam mit 15 Schülerinnen und Schülern der 10. und 11. Klasse einer Lübecker Gemeinschaftsschule auf den Weg, Berührungspunkte zwischen den Welten zu identifizieren und sich dabei zugleich als Museum neu zu erfunden.

Insgesamt drei Jahre werden die Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit einer dafür engagierten Projektleitung sowie den Wissenschaftlern, Kuratoren, Gestaltern und Vermittlern des Museums gemeinsam daran arbeiten, die Dauerausstellung des Museums neu zu kuratieren, die 2018 nach grundlegender Renovierung des Buddenbrook Hauses neu eröffnet wird. Dabei steht die gesamte Ausstellung zur Disposition.

In die Ausstellung sollen auch Erfahrungen von jungen Flüchtlingen in Lübeck integriert werden, mit denen die Jugendlichen über Vorstellungen von »Heimat« und »Familie«, den großen Themen des Buddenbrook Romans, reflektieren und dabei neben Ausstellungsinhalten auch Stadtrundgänge durch Lübeck erarbeiten wollen.

Partizipative Projekte der kulturellen Bildung mit Jugendlichen gibt es inzwischen in vielen Museen. Außergewöhnlich an diesem Projekt ist, dass die jugendlichen Kuratoren nicht ihre eigenen Lebensgeschichten einbringen, sondern sich mit Fragen der relevanten Präsentation und Vermittlung literatur- und kulturhistorischer Dokumente und Artefakte auseinandersetzen und damit zu Kollegen werden. Sie sind nicht nur als »Experten ihres eigenen Alltags« gefragt, sondern zugleich als Sachverständige für die Neuinterpretation des Themas aus Sicht junger Zielgruppen. Bemerkenswert ist auch, dass die Projektergebnisse nicht ausgelagert in einer Sonderausstellung präsentiert werden, sondern in die Dauerausstellung eingehen, die sich damit sicherlich stark verändern wird. Die Vermittlung ist von Anfang an in die Gesamtkonzeption eingebunden und nachhaltig angelegt.

Zwangsläufig wird es zu kontroversen Diskussionen zwischen den jungen Kuratoren und den Profis des Museums darüber kommen, wie die Geschichte erzählt werden soll: Was gilt als literaturwissenschaftlich oder kunsthistorisch »richtige« Lesart, was ist ausstellungswürdig und was sind für wen relevante Themen und auf welche Weise vermittelt man diese am besten? Diese Auseinandersetzungen werden viel zusätzliche Zeit kosten, und sie werden »interkulturelle« Lernprozesse bei allen Beteiligten herausfordern.

Das Projekt erfordert die Offenheit und den Mut der Institution Museum, sich auch jenseits traditioneller literaturwissenschaftlicher und kulturhistorischer Kategorien und Standards auf neue Perspektiven einzulassen, diese tatsächlich ernst zu nehmen und auch umzusetzen.

Ermöglicht werden der zusätzliche Personalaufwand sowie Ressourcen für die Umsetzung durch die Förderung der Commerzbank-Stiftung. Diese hat ihre Kulturförderung auf beispielhafte Projekte der (Neu-)Vermittlung kulturellen Erbes fokussiert, mit denen es gelingt, die Bedeutung der traditionellen Kunst- und Kulturgüter für die eigene Lebenswirklichkeit unter-

schiedlicher Zielgruppen zu hinterfragen und diese für kulturelle (Selbst-) Bildungsprozesse neu zugänglich zu machen. Voraussetzung für die Förderung ist es, dass Vermittlung dabei von Anfang an konzeptionell mitgedacht wird im Rahmen eines partizipatorischen und dialogorientierten Ansatzes.

In Deutschland wird zwar im internationalen Vergleich sehr viel in den Erhalt kulturellen Erbes und kulturel-

Das Projekt erfordert Offenheit und den Mut der Institution Museum

ler Institutionen investiert, die Frage danach, wie sich Inhalte und Artefakte für ganz unterschiedliche Nutzer über fachspezifische Perspektiven hinaus, so vermitteln lassen, dass sie relevant und bedeutsam werden, wird noch zu wenig gestellt.

Traditionelle Kultureinrichtungen stehen vor der großen Herausforderung sich im Zuge der Veränderungen in der Bevölkerung neu aufzustellen, um auch für nachwachsende Generationen und für neue Bevölkerungsgruppen aus anderen Kulturräumen attraktiv und relevant zu sein. Diese institutionellen Transformationsprozesse werden ihnen vermutlich am ehesten gelingen, wenn sie auch konzeptionell mit denjenigen zusammen arbeiten, die sie für sich gewinnen möchten.

Das Projekt »Wir und die Manns« kann beispielhaft sein für eine zukunftsfähige Vermittlungsarbeit von Museen, indem es jungen Menschen die Möglichkeit gibt, ihre Interessen am Ausstellungsthema selbst einzubringen und ästhetisch mitzugestalten, um den lohnenden Preis, dass dies zu Auseinandersetzungen, Infragestellung eigener Qualitätsmaßstäbe und zu Veränderungen des Museums führen wird.

Birgit Mandel ist Professorin für Kulturmanagement und Kulturvermittlung an der Universität Hildesheim

Qualität sichern

Susanne Keuchel im Gespräch

Vor knapp zwei Jahren haben Sie das Amt der Direktorin an der Akademie Remscheid übernommen. Was hat sich in dieser Zeit verändert? Wie ist es Ihnen ergangen?

Eine große Einrichtung mit einer langen Tradition wie die Akademie Remscheid ändert sich nicht von heute auf morgen und das ist positiv hervorzuheben. Der langjährige Erfahrungsschatz ist ein kostbares Gut, ein großer Wettbewerbsvorteil, und den wirft man nicht spontan über Bord. Aber natürlich haben sich Veränderungsprozesse in den letzten zwei Jahren ergeben. Die Aktivitäten, die in dieser Zeit auf meine Initiative zurückzuführen sind, lassen sich vor allem drei Zielrichtungen zuordnen: a) das Sichtbarmachen des spannenden Profils der Akademie in der Außendarstellung einer sich in den letzten Jahren stark verändernden kulturellen Bildungslandschaft, die zunehmend unübersichtlich wird durch eine Vielzahl an neuen Akteuren und Tätigkeitsfeldern, b) damit einhergehend eine Ausweitung der schon bestehenden internationalen Netzwerke und c) eine stärkere interne Vernetzung der unterschiedlichen Arbeitsfelder und Einrichtungen innerhalb der Akademie, um Potenziale und Synergieeffekte effektiver nutzen zu können. Und zu der Frage nach den persönlichen Erfahrungen in dieser Zeit: Nicht nur die Akademie hat sich verändert, sondern die Akademie hat auch mich verändert und bereichert: Als sehr positive Bereicherung erlebe ich die Möglichkeit, Forschungskontexte konkret an Fortbildung und Praxis anzubinden und mich hier auch neuen Themenfeldern und interdisziplinären Diskursen zu öffnen.

In der Akademie Remscheid findet seit gut zwei Jahren ein Generationswechsel statt. Was bedeutet dies für die Akademie? Wie gestalten Sie diesen Wechsel?

Generationswechsel sind immer spannende Herausforderungen. Ich sehe den Generationswechsel als gelungen an, wenn gute Tradition bewahrt und zugleich Raum geschaffen wird für neue Innovationen. Ich sehe mich hier als Moderator und Prozessgestalter, diesen Balanceakt innerhalb der Akademie zu ermöglichen.

Zuvor gehörten viele Mitglieder des Kollegiums einer Alterskohorte an. Wollen Sie dies ändern? Und wenn ja, wie?

Ich würde Personalstrategien niemals von einem soziodemographischen Merkmal, wie dem Alter, abhängig machen. Entscheidend ist für mich immer die Qualifikation und Motivation eines Bewerbers, die für mich einhergeht mit der Leidenschaft für Inhalte.

Im Bereich der kulturellen Bildung ist häufig von einer »Feminisierung des Arbeitsfeldes« die Rede. Spielt dieser Aspekt bei den zukünftigen Neubesetzungen eine Rolle?

Bezogen auf das Geschlecht gilt für mich dasselbe wie für das Alter: Einzig die Qualifizierung der Bewerber zählt! Aber Sie haben natürlich Recht, was die Feminisierung des Arbeitsfeldes angeht. Das bestätigt auch aktuelle Studien der Akademie. Für junge Zielgruppen wäre es natürlich vorteilhaft, wenn sich vielfältige Identitätsbezüge zu Vermittlern ergeben. In Grundschule und Kindertagesstätten wird aktuell sehr intensiv diskutiert, inwieweit die starke Feminisierung im Feld der Er-

zieher und Lehrkräfte nachteilig ist für männliche Schülergruppen. Eine Identifikation mit Lehrkräften kann auch bezogen auf weitere Faktoren, nicht nur das Geschlecht, diskutiert werden, beispielsweise bezogen auf Migrationshintergründe, unterschiedlichste Milieus oder Generationen. Hier wäre eine bessere Durchmischung der Lehrkräfte des gesamten Bildungsbereichs wünschenswert.

In der Diskussion ist zurzeit häufig die notwendige Integration von geflüchteten Menschen in Ausbildung und Arbeitsmarkt. Inwiefern betrifft diese Entwicklung auch die Angebote der Akademie Remscheid als Weiterbildungsinstitution?

Diversität ist aktuell bei uns in der Akademie ein wichtiges Thema, das sehr viel Raum in allen Arbeitsfeldern einnimmt: Wir haben jüngst eine Studie zur Internationalität von kulturellen Bildungsinhalten erstellt. Der erste Band unserer neuen Schriftenreihe beim transcript-Verlag widmet sich dem Thema Diversität und wir entwickeln aktuell auch eine Fortbildung zur »Diversitätsbewussten Kulturellen Bildung« (DiKuBi) zusammen mit der Universität Münster mit Fördermitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Diese soll vor allem Vermittler unterstützen im Umgang mit heterogenen Zielgruppen, die sich aus unterschiedlichsten kulturellen Hintergründen zusammensetzen. Diese Fortbildung gewinnt angesichts der aktuellen Flüchtlingssituation an Bedeutung. Langfristig werden wir natürlich nicht nur bezogen auf die Zielgruppen, sondern auch auf der Multiplikatorenebene prüfen, ob es neuer Fortbildungsformate für Flüchtlinge bedarf, die in ihrer Heimat professionelle Erfahrungen gemacht haben im Feld der Kulturellen Bildung. Auf unserem Spielmarkt 2016, der größten pädagogischen Fachmesse in Deutschland zum Thema Spiel, wird es beispielsweise erstmals ein Forum geben, auf dem Flüchtlinge Fachkräften aus der Jugend- und Kulturarbeit Spiele aus ihren Herkunftsländern vorstellen.

Abschließend ein Blick in die Zukunft: Welche Pläne haben Sie für die kommenden Jahre? Welchen Herausforderungen sehen Sie sich gegenüber?

Neben den eingangs schon genannten Zielen, die vielfältigen Ressourcen der Akademie besser zu bündeln und die Aktivitäten der Akademie stärker nach außen zu tragen, wird es ein wichtiges Anliegen der Akademie sein, Qualität in der kulturellen Bildung und hier auch konkret in der Weiterbildung zu sichern. Dies wird künftig verstärkt nötig sein angesichts zunehmender prekärer, freiberuflicher und kurzweiliger Beschäftigungsverhältnisse, aber auch unter dem Aspekt der zunehmenden Funktionalisierung von Bildung unter ökonomischen Gesichtspunkten. Hier gilt es, gemeinsam Strategien zu entwickeln, um Qualitätsstandards nicht nur zu sichern, sondern auch konsequent weiterzuentwickeln im Sinne der Persönlichkeitsbildung. Allgemein muss das Feld der Kulturellen Bildung künftig wieder stärker gesellschaftspolitisch agieren. Wir können nicht mit dem Anspruch antreten, Kinder und Jugendliche mit kultureller Bildung zu stärken und gleichzeitig die Augen verschließen, wenn sich gesellschaftliche Rahmenbedingungen für viele junge Menschen verschlechtern.

Susanne Keuchel ist Direktorin der Akademie Remscheid

Empirische Erkenntnisse theologisch reflektieren

Gewissen und Zivilcourage stärken

MARKUS DRÖGE

Ob es historisch wahrscheinlich ist, dass die 95 Thesen Martin Luthers an die Tür der Schlosskirche zu Wittenberg geschlagen wurden, ist für meinen persönlichen Zugang zur Reformation unwesentlich. Etwas anderes bewegt mich an diesem epochemachenden Text: Die innere Motivation, die den Augustinermönch getrieben hat, diese Thesen zu verfassen. Als Seelsorger und Theologe hatte er in vertraulichen Beichtgesprächen erfahren, welche seelischen Belastungen und Gewissensqualen der damalige Missbrauch der Buße bewirkte. Buße soll Menschen befreien. Wenn die Bußpraxis der Kirche aber den weltlichen Interessen der Regierenden dienen muss, wird sie zum Instrument der Unterdrückung.

Luther reflektierte die Buße neu und setzte sich auseinander mit der Ablassinstruktion des Albrecht von Brandenburg, Erzbischof und Kurfürst von Mainz. Dieser hatte einen Jubelablass für den Neubau der Peterskirche in Rom ausgerufen, behielt aber einen

beträchtlichen Teil der Einnahmen ein, um seine Schulden beim Bankhaus Fugger zu begleichen. Luther stellte das Ergebnis seiner Analyse dann in Thesenform zur Disputation. Wo immer er sie angeschlagen hat, allein wichtig ist die Tatsache, dass sie tatsächlich wissenschaftlich diskutiert wurden. So bezeugt es ein Gutachten der Wittenberger Universität vom Dezember 1517. Politisch brisant war, dass Luther die Thesen am 31. Oktober 1517 zusätzlich an Albrecht von Mainz schickte, wohl wissend, dass sie dessen Ablassinstruktion deutlich widersprachen.

Ein unbekannter Dozent in der Provinz tut, was sein Gewissen ihm aufträgt, um der Menschen willen, deren Bedrückung er erkannt hat – das ist der Punkt, an dem ich meinen Zugang zur Reformation gefunden habe. Diese »Methode« Luthers, empirische Erkenntnisse theologisch zu reflektieren und dann in die gesellschaftliche Öffentlichkeit hinein auf Veränderung zu drängen, ist für mich vorbildhaft. Bis heute gehört es zum geistlichen Auftrag, nach dieser Maxime zu handeln. »Tretet vor Gott und vor den Menschen

für alle ein, die euren Beistand brauchen.« Dieses Versprechen legen evangelische Pfarrerinnen und Pfarrer bei ihrer Ordination ab. Luthers 95 Thesen zeigen, welche immensen Auswirkungen es haben kann, wenn auch nur einer den Mut hat, das zu sagen, was Sache ist – so wie das Kind im Märchen

»Des Kaisers neue Kleider«. Natürlich war diese Zivilcourage nicht nur Martin Luther zu eigen. Die reformatorische Bewegung hat viele mutige Bekenner hervorgebracht. Und die Freiheit des Gewissens ist auch nicht ein christliches Privileg. Menschen aller Weltanschauungen, die einem ethisch gebundenen Gewissen folgen, haben diese »Methode«

immer wieder angewandt. Heute sind es in vielen Weltgegenden Menschenrechtsaktivisten, die unerschrocken und unbestechlich der Wahrheit die Ehre geben.

Obwohl die Reformation nicht die einzige Traditionsquelle heutiger Gewissensfreiheit und Zivilcourage ist, haben wir im Jahr 2017 guten Grund das Jubiläum gesamtgesellschaftlich zu begehen. Es gilt kritisch zu würdi-

gen, welche Wellen und Wirkungen von der Reformation ausgegangen sind. Die »Methode« Luthers ist dabei selbstverständlich auch gegen ihn selbst anzuwenden: Wir haben zu analysieren, wo die Reformation nicht nur Segen gebracht hat, wo Luthers Denken, Reden und Tun menschenverachtende und menschenzerstörende Wirkungen gezeitigt hat; am gravierendsten in seinen unsäglichen Aussagen über das Judentum. Wir haben Freiheit und Menschenwürde auch gegen Luther selbst zu verteidigen. Gerade darin wird sich die Botschaft der Reformation zu bewähren haben.

Mein Zugang zur Reformation führt mich konsequenterweise dazu, die Feier des Reformationsjubiläums nicht nur als Aufgabe und Herausforderung für evangelische Christinnen und Christen zu sehen. Wir brauchen 2017 keine Protestantentparty. Wir brauchen ein vertieftes Nachdenken über Gewissensfreiheit und Menschenwürde als Grundlage unserer Gesellschaft. Dies an der Reformation festzumachen, ist manchem nicht auf den ersten Blick einsichtig. Zugespißt hat der Abgeordnete Wolfgang Brauer von der Fraktion der Linken am 25. Juni 2015 im Abgeordnetenhaus von Berlin die Frage in der Debatte um einen bundesweiten,

einmaligen, gesetzlichen Feiertag am 31. Oktober 2017 gestellt: »Weshalb sollen Muslime das Reformationsjubiläum in einem angemessenen Rahmen begehen? Das ist mir irgendwie schleierhaft, wenn nicht gleichzeitig zumindest das Zuckerfest als gesetzlicher Feiertag in Berlin eingeführt wird. Dasselbe trifft für die Anhänger der mosaischen Religion, Hindus, Feueranbeter und was es sonst nicht alles noch gibt, zu [...]« (Protokoll des Abgeordnetenhauses von Berlin, 17. Wahlperiode, Plenarprotokoll 17/67, S. 6890).

So klingt es, wenn alles, was irgendeine Religion ist, ohne Beachtung der Inhalte in einen Topf geworfen wird. Bei ernsthafter Betrachtung aber dürfte es keinem, gleich welcher Religion oder Weltanschauung, schwerfallen, die Chance des Reformationsjubiläums zu erkennen, um Gewissensfreiheit und Zivilcourage stark zu machen. Auch ein Feueranbeter tut gut daran, sich eine der wesentlichen Traditionen bewusst zu machen, die das Wertesystem unserer freiheitlichen Gesellschaft trägt.

Markus Dröge ist Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

Luther
2017

Mit dieser Kolumne begleiten wir das Reformationsjubiläum.

Ohne Bilder keine Reformation

Lutherbildnisse – 500 Jahre Verherrlichung und Spott

OLAF ZIMMERMANN

Wenn über die Reformation gesprochen wird, wird die besondere Bedeutung des Wortes hervorgehoben. Der Kernsatz aus dem Johannesevangelium (Joh 1,1) »Im Anfang war das Wort, und das Wort war bei Gott, und Gott war das Wort« wurde von der Evangelischen Kirche und dem Staat zur »Dachmarke« für das Reformationsjubiläum 2017 erklärt. Bei der Orientierung auf die Bedeutung des Wortes wird oft vergessen, dass die Reformation als politische Aktion schon damals durch eine äußerst erfolgreiche Werbekampagne begleitet wurde, bei der Wort und Bild gemeinsam über ein neues Medium, der Drucktechnik, weit verbreitet wurden.

Heute leben wir in einer Zeit der Bilderflut. Bilder bestimmen unser Leben. Fernsehen, Werbung, Filme, Internet, eine Welle von visuellen Eindrücken. Schon lange werden wir von diesem Bildermeer nicht mehr zerdrückt, wir haben uns an diese Überflutung, mehr oder weniger erfolgreich, gewöhnt. In Millisekunden sind wir in der Lage, den visuellen Reizen über unsere Augen und Gehirn die relevanten Informationen zu entlocken. Vor 500 Jahren in der Zeit des Beginns der Reformation war das noch ganz anders. Eine visuelle Reizüberflutung gab es nicht. Nachts Kerzenlicht oder absolute Dunkelheit, dafür aber ein Sternenhimmel, der uns in unserer lichtverschmutzten Zeit unbekannt ist. Tagsüber nur wenige Farben, prächtige farbige Stoffe waren der Oberschicht vorbehalten. Wie müssen in dieser Zeit aufwändig ausgemalte Kirchen auf die Besucher gewirkt haben. Bei den damals üblichen Flügelaltären gab es eine Alltagsseite, die Türen waren geschlossen und eine Feiertagsseite mit geöffneten Flügeln. Die Außenseite war meist schlicht gehalten, oftmals mit einer sehr reduzierten Farbpalette. Im Gegensatz dazu standen die aufwändigen, farbenprächtigen, teils vergoldeten Innenseiten. Würden sie geöffnet, muss es den damaligen Betrachtern wie ein visuelles Feuerwerk vorgekommen sein.



Magneten mit einem Porträt Luthers aus einem Cranach-Gemälde bei der Wiedereröffnung des Luther-Hauses Eisenach

Sie waren einer der Vorboten der kommenden Bildzeit.

Die aufkommende Reformation erkannte die Kraft des Visuellen. Der falsche und richtige Gebrauch der Bilder in der Verkündigung war ein Streitpunkt, auch unter den großen Reformatoren. Martin Luther gehörte zu den Gemäßigten unter den Bildkritikern. Für ihn waren Bilder als pädagogisches Mittel sinnvoll. Anders Andreas Bodenstein von Karlstadt, Ulrich Zwingli und Johannes Calvin, sie urteilen strenger als Luther. Der reformatorische Bildersturm, vergleichbar mit den barbarischen Kulturzerstörungen durch den sogenannten Islamischen Staat in der heutigen Zeit, vernichtete tausende hervorragende Altäre, Gemälde, Skulpturen und Kirchenfenster.

Spannend ist zu sehen, dass die Reformation, die den Bildersturm zu verantworten hat, selbst eine Bilderflut auslöste. Martin Luther ist die am häu-

figsten bildlich dargestellte Person der deutschen Geschichte. Lucas Cranach d. Ä. schuf 1520 das erste Portrait des Reformators. Von da an hat die bildnerische Darstellung Martin Luthers jede bis dahin gekannte Grenze gesprengt. Kein weltlicher Herrscher der damaligen Zeit hat auch nur eine entfernte visuelle Präsenz wie Luther. Luther als Mönch, als Junker Jörg, als Ehemann, als Professor, als Kirchenvater, abgebildet in Druckschriften, auf Gemälden, Grafiken, Medaillen, Teller, Tassen, Gläsern. Das geht fünf Jahrhunderte weiter, bis heute.

Die bildnerische Lutherverehrung und Lutherverdammung lagen bereits zu Beginn der Reformation eng beieinander. In der Radierung »Lutherus triumphans« aus dem Jahre 1569 hält Martin Luther Papst Leo X. triumphierend die geöffnete Bibel entgegen. Der durch die Reformation geschwächte Papst muss auf dem Druck von seinen Anhängern gestützt werden. Doch auch die

Gegner der Reformation bedienten sich der bildnerischen Darstellung um ihren Spott zu verbreiten. Im Holzschnitt von Abraham Nagel »Der Ketzerbaum« aus dem Jahre 1589 wird Martin Luther mit sieben Köpfen als Stamm des Baumes dargestellt. In den Wurzeln wimmelt es von Höllentieren und dem Teufel. Im Baum selbst wird Luthers Lebenswandel und die Zerstrittenheit der Reformatoren heftig karikiert.

Die Lutherverehrung hat in den folgenden Jahrhunderten stetig zugenommen. Im 17. Jahrhundert wurde der Papst auf Bildern oft mit dem Antichrist gleichgesetzt. Luther dagegen als Engel mit Posaune. Die Gegner Luthers zeigten den Reformator gerne als fetten Trinker und Frauenheld. Im 18. Jahrhundert wandelte sich das Lutherbild. In den Portraits wird der Reformator jetzt gerne als Aufklärer, der den mittelalterlichen Aberglauben überwunden hat, dargestellt. Im 19.

Jahrhundert wird Luther in Bildwerken immer mehr zum deutschen Patrioten stilisiert. Ein wahrer Lutherkult setzte ein, der unter anderem in fast zahllosen Lutherdenkmälern seinen Ausdruck fand. Zur selben Zeit wurde Luthers Familienleben als kleinbürgerliches Ideal auf Lithografien festgehalten und in sehr hohen Stückzahlen unter Volk gebracht. Bilder der Familienidylle bei den Luthers zu Weihnachten waren damalige Bestseller. Besonders von der Reichsgründung 1871 bis zum Ende des Ersten Weltkrieges 1918 wurde Martin Luther auf Bildern politisch instrumentalisiert. 1917 kann man Martin Luther auf einer Konfirmationsurkunde die 99 Thesen anschlagen sehen und direkt neben ihm ringt ein deutscher Landsker das aus der Hölle steigende Untier mit seinem Bajonett nieder. Nach dem ersten Weltkrieg fing bedeutende Bildende Künstler an, sich mit Martin Luther auseinander zu setzen. Lovis Corinth, Ernst Barlach, Gerhard Marcks sind einige der Maler und Bildhauer, die in ihrer Kunst mit der Verherrlichung Luthers brachen. Mit dem Film war ein neues bildnerisches Mittel erfunden, das für die Luther-Rezeption wie geschaffen ist. Schon 1913 ist der erste Stummfilm »Die Wittenberger Nachtigall« über das Leben Martin Luthers entstanden. Seit dieser Zeit ist der Reformator auch ein Filmstar in vielen Produktionen. Besonders spannend sind die zum 500. Geburtstag Martin Luthers entstandenen Spielfilme. ARD, ZDF und die DEFA produzierten jeweils eigene mehrteilige Filme, die die unterschiedlichen Ost-West Sichtweisen deutlich zu Tage treten lassen.

Das 500. Reformationsjubiläum 2017 steht nun vor der Tür. In unserer bilderdominierten Welt wird das geschichtliche Ereignis Reformation und ihre Protagonisten in erster Linie durch Bilder und Filme einer breiten Bevölkerung vermittelt werden. Ohne Bilder keine Reformation – das galt schon vor 500 Jahren und das gilt auch noch heute.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates

Bibliothekar ist einer der schönsten Berufe

Gabriele Schulz im Gespräch mit Georg Ruppelt

Herr Ruppelt, ab November 2015 sind Sie im Ruhestand. Sie haben vieles beruflich erreicht, blicken Sie mit Freude auf Ihre Berufslaufbahn zurück?

Das kann man wirklich sagen: Ich habe 41 Jahre im öffentlichen Dienst zugebracht und davon 38 Jahre das Glück und die Freude gehabt, Pflicht und Neigung verbinden zu können. Ich bin dankbar, dass ich nie ganz zwischen Arbeit und Freizeit trennen musste.

Sie haben Geschichte und Germanistik studiert und mit dem ersten Staatsexamen abgeschlossen. Dann ist normalerweise eine Lehrerlaufbahn vorgezeichnet. Wie kam es dazu, dass Sie Bibliothekar wurden?

Eigentlich sollte ich nach Meinung meiner Lehrerinnen Theaterwissenschaft studieren oder auf eine Schauspielschule gehen. Ich selbst wollte Journalist werden. Dann waren meine Eltern der Meinung, es sollte zunächst etwas sein, das eine gewisse Sicherheit bietet.

Was Solides sozusagen.

Genau. Ich hatte nach dem Studium auch schon einen Referendariatsplatz an einem Gymnasium. Dann habe ich über eine ehemalige Kommilitonin, die an der Herzog August Bibliothek arbeitete, Paul Raabe kennengelernt. Nachdem ich eine halbe Stunde bei ihm in der Handschriftensammlung, die einer der schönsten Räume des ganzen Hauses ist, gesessen habe und diesem großartigen Gelehrten, Bibliothekar und charmanten Plauderer zugehört hatte, war klar, dass ich mich um ein Bibliotheksreferendariat bewerbe. Das habe ich auch getan und nie bereut. Das ist für mich einer der schönsten Berufe, den ich mir vorstellen kann.

Konnten Sie auch in Wolfenbüttel ihre Ausbildung machen?

Ich habe in Wolfenbüttel unter Paul Raabe angefangen, und zwar am 3. Oktober 1977. Das war mein 30. Geburtstag. Es war zufällig ein sonntäglicher Tag der offenen Tür, und ich durfte mittelalterliche Handschriften erklären, von denen ich überhaupt keine Ahnung hatte. Das klappte aber, weil man doch sehr schnell einen gewissen Wissensvorsprung bekommt. Ich war nach dem ersten Jahr in Wolfenbüttel ein Jahr in Köln und bin von dort dann nach Hamburg gegangen. 1987 ist Paul Raabe auf mich zugekommen und hat gefragt, ob ich sein Stellvertreter werden möchte. Meine Antwort war: Ja.

Was war das Besondere der Arbeit in Wolfenbüttel?

Das Besondere waren und sind die wunderbaren Bestände. Der Begründer der Bibliothek Herzog August d. Jüngere war selbst ein Gelehrter. Das merkt man natürlich seiner Sammlung, der Grundlage der Bibliothek, an. Es war aber auch die Offenheit der Bibliothek, die durch Paul Raabe entschieden geprägt worden ist. Offenheit hieß damals, man setzt sich nicht in einen Elfenbeinturm und lässt die schnöde, nicht-geisteswissenschaftliche Welt draußen passieren, sondern man öffnet die Bibliothek auf eine Weise, wie es bis dahin nicht der Fall war. Die Bibliothek war auch für die Stadt und die Region da. Es gab eine Fülle von Veranstaltungen. Wir haben wunderbare Feste gefeiert, die sich immer irgendwie mit Buch und



Georg Ruppelt vor der Georg Wilhelm Leibniz Bibliothek

mit Bibliothekswesen beschäftigten und so eine Menge von Menschen angezogen. Natürlich war und ist Wolfenbüttel vor allem eine Forschungsbibliothek – eine, die die Idee der Forschungsbibliothek für Deutschland geprägt hat und nach deren Vorbild z. B. Weimar entstanden ist. Wolfenbüttel ist eine kleine Stadt, aber die geisteswissenschaftliche Welt kam dorthin.

Diese Offenheit, die Sie gerade beschrieben haben, die in Wolfenbüttel herrschte, haben Sie auch nach Hannover mitgenommen und damit die Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek geprägt.

Ich denke schon. Natürlich müssen Bibliotheken Bücher ausleihen oder zum Lesen bereitstellen, aber das kann nicht ihr einziger Zweck sein. Sie sind aufzumachen, öffentlich zu machen für vieles. In Hannover gehört die 2004 gegründete Akademie für Leseförderung dazu, um die uns manche beneiden. Die Zahl der kulturellen Veranstaltungen wurde seit 2002 fast verzehnfacht, und so konnten wir auch ein nicht-studentisches, nicht-akademisches Publikum ansprechen.

Was war das Besondere an der Arbeit in Hannover – auch im Unterschied zu Wolfenbüttel?

Zunächst hat eine Landesbibliothek ganz andere Aufgaben als eine Universitäts- oder kleinere Regionalbibliothek. Hier laufen alle im Bundesland gedruckten Bücher, alle Zeitungen, alle Zeitschriften, alle Panohefte, alle Schulbücher, alle Kirchenzeitschriften usw. in einem Exemplar ein. Das ist das sogenannte Pflichtexemplar. In diesem Querschnitt ist alles da, von wissenschaftlichen Büchern aus Göttingen bis zur Schülerzeitung aus Duderstadt. Seit die Universitätsbibliothek die Literaturversorgung der geisteswissenschaftlichen Fakultäten in Hannover ganz übernommen hat, konnte sich unsere Bibliothek als ehemalige Königliche Bibliothek profilieren. Die wertvollen Bestände hat sie vor allem aus einer Zeit, als Hannover noch eigenständiges Kurfürstentum bzw. Königreich (bis 1866) war. Ihr bedeutendster Bestand ist der ungeheure Nachlass von Gottfried

Wilhelm Leibniz, einem der größten menschlichen Geister, die jemals gelebt haben – 200.000 eigenhändige Manuskriptseiten, 14.000 Briefe an und von mehr als 1.200 Korrespondenten nahezu weltweit. Sie gehören seit 2007 zum UNESCO-Welterbe. Mein Ziel war von Anfang an, diesen bedeutenden Mann, der in einigen Teilen der Bevölkerung für einen Keksbäcker gehalten wurde, wieder in das Ansehen zurückzuheben, das ihm gebührt, und zwar nicht nur in der Wissenschaft. Ein anderer Schwerpunkt ist natürlich alles, was mit Niedersachsen zu tun hat. Von Anfang an habe ich einen großen Wert auf die Erforschung und die öffentlichkeitswirksame Darstellung der Arbeit auf der Suche nach NS-verfolgtensbedingungen entzogenem Schriftgut gelegt. Ein weiterer sehr spannender Schwerpunkt ist jetzt dazugekommen. Das sind die Bücher und Zeitschriften, die in Displaced Persons-Camps (DP-Camps) gedruckt wurden. Eines der größten jüdischen DP-Camps war in Bergen-Belsen, mit deren Gedenkstätte wir eng zusammenarbeiten. Hier konnten wir im letzten Jahr eine große Sammlung erwerben. Diese Drucke sind schwer zu bekommen. Sie sind nicht bibliophil im ästhetischen Sinne, weil natürlich wenig oder schlechtes Papier vorhanden war, aber sie sind selten, weil es, als die Juden Deutschland nach und nach verließen, hieß: Nehmt eure Bücher mit und lasst sie nicht in dem Land der Mörder und der Scheiterhaufen.

Sie haben über die Bibliotheken gesprochen, in denen Sie tätig waren. Wenn Sie so einen Blick in die Zukunft werfen, wo sehen Sie die Bibliothek der Zukunft?

Ja, ich blicke gerne in die Zukunft, wie Sie wissen, und befinde mich da in guter Gesellschaft mit vielen Science-Fiction-Fans. Also ich denke, dass die Bibliothek eine nach wie vor ganz außerordentlich wichtige Rolle für das Gedächtnis der Menschheit, für das »Memory of the World«, spielen wird. Es sind jetzt schon Hybrid-Bibliotheken, in denen Sie die alten Handschriften aus dem 9. Jahrhundert ebenso finden wie alle möglichen anderen Speichermedien. Alles das

gehört zur Bibliothek. In Zukunft werden Bibliotheken mehr Raum für Menschen haben – für Menschen, die sich unterhalten wollen, die nicht ausschließlich den Kontakt zu anderen über den Bildschirm suchen. Das wird in einer Weise zur Zeit gefordert und auch gefördert, die man sich vor vielleicht 20 Jahren, wo es immer hieß, das Ende des Buches, das Ende der Bibliothek drohe, nicht hat vorstellen können. Man hat in diesem Zusammenhang auch von der »Dorfbrunnenfunktion« der Bibliotheken gesprochen, die Räume zur Verfügung stellen für die Diskussion und Gruppenarbeit. Sie nehmen das alte griechische Wort ernst, dass der Mensch ein »Zoon politikon« sei, also ein Gemeinschaftswesen. Denn dieses Wesen sucht nicht nur den Kontakt zur Maschine, sondern auch zu seinen Mitmenschen.

Es gibt eine Rückbesinnung auf die Buchkultur. Die Digitalisierung ist kein Feind des alten Buches. Ganz im Gegenteil. Dass man sie jetzt digital überall verfügbar hat, macht das Original noch wertvoller, denn vieles, was die Digitalisierung bringt, kann die Kopie gar nicht rüberbringen. Eine historische Buchforschung wird immer auch das Original und seine Provenienz benötigen. Bücher haben wie Menschen ihre Schicksale, sind Individuen. Ich glaube, da sind die Bibliotheken auf einem guten Weg.

Ich möchte noch zu einer anderen Seite des Georg Ruppelt kommen. Dem Verbandspolitiker. Sie haben sich sehr früh auch in Verbänden engagiert, was war eigentlich Ihr Beweggrund?

Der Beweggrund war, dass man, glaube ich, wenn man sich auf eine einzige Einrichtung konzentriert, ein bisschen den Blick über den Tellerand vermisst. Ich habe immer Wert darauf gelegt, dass ich in Verbänden tätig sein konnte, die nicht nur bibliothekarisch oder berufspolitisch bedeutsam waren, sondern auch für die Kultur allgemein. Der Deutsche Kulturrat ist das beste Beispiel dafür, aber auch in der Stiftung Lesen konnte ich mitwirken, im Deutschen Literaturfonds, in geistes- und kulturrainen Bereichen, die auch auf Bibliotheken einen anderen Blick haben. Das war

für meine eigene berufliche Laufbahn immer eine Bereicherung. Auf der anderen Seite konnte ich auf diese Weise auch zum Nutzen der Bibliotheken, in denen ich arbeiten durfte, diese mit einer Klientel bekanntmachen und, wie es heute so schön heißt, Netzwerke stricken, die über den eigenen Gesichtskreis hinausgehen. Ich habe dies nie bereut.

Ich möchte noch zu einer weiteren Seite von Georg Ruppelt kommen. Sie haben ja eingangs gesagt, dass Ihr erster Berufswunsch war, Journalist zu werden. Das haben Sie auch eingelöst, indem Sie ein ausgesprochen vielseitiger Autor sind. Sie haben ein Gespür für, ich sage mal, abseitige Themen haben. Was reizt Sie daran?

Es hat mir immer schon Spaß gemacht, mich nicht nur mit Mainstream-Literatur, sondern tatsächlich auch mit Abseitigem zu beschäftigen, etwa mit Sprachspielen. So bin ich eine Zeitlang zum Beispiel versteckten Imperativen hinterhergestiegen (Nieder, Sachsen!). Außerhalb des normalen Fahrwassers Liegendes hat mich schon immer fasziniert. Und dann habe ich aus reinem Spaß auch das eine oder andere publiziert. Ich habe mich mit kurioser Küchenliteratur beschäftigt und habe ein Kochbuch geschrieben, das Sie verwenden wollen, wenn Sie Ihre Erbtante umbringen wollen. Und verschiedenes andere. Und natürlich mit Science-Fiction – für mich eine großartige Literaturgattung.

Mich freut, dass das Interview so endet. Denn zu Beginn meiner beruflichen Laufbahn lernte ich Sie in einem Beirat für ein Nachschlagewerk zum Literaturbetrieb kennen, in dem Sie Science-Fiction-Literatur, teils zum Stirnrunzeln einiger Anwesender, als wichtig bezeichneten. Herzlichen Dank für das Gespräch.

Georg Ruppelt ist Literaturwissenschaftler und Historiker. 2002 bis 2015 war er Leitender Bibliotheksdirektor der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek in Hannover. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

Die Jazz-Marxisten

Der Jazz in der DDR-Kulturpolitik der 1950er Jahre

FELIX ZIMMERMANN

Es ist der 31. August 1956, als der Dokumentarfilm »Vom Lebensweg des Jazz« seine Premiere im Leipziger Kino Capitol feiert. Hohe Parteifunktionäre der SED besuchen die Veranstaltung, auch aus dem Westen finden Besucher und Pressevertreter ihren Weg in die Stadt. Heinz Lukasz, ein Leipziger Journalist, tritt vor das Publikum. Er berichtet von den Versuchen verschiedener Parteifunktionäre der SED, die Produktion des Films zu stoppen. Er berichtet von den Hürden bis zur Fertigstellung des Films, der, als 40-minütige Produktion erdacht, in seiner finalen Fassung auf knapp 19 Minuten gekürzt worden war. Und dann schließt er seine Rede: Man würde sich nicht mehr von verbohrt

Man suchte verzweifelt nach einer Musik, die den Aufbau des Sozialismus begleiten konnte

Stalinisten traktieren lassen. Jubel, Entsetzen, Empörung. Die Jazzfreunde im Publikum sind begeistert, auch vom Film. Die SED-Bezirksleitung in Leipzig trifft sich schon am nächsten Tag.

Die Jazzbewegung um den Geschäftswissenschaftler Reginald Rudolf und den Journalisten Heinz Lukasz hatte an diesem Abend den Bogen überspannt. Der Film verschwand aus dem Vorprogramm der DDR-Kinos, bevor er wirklich anlaufen konnte. Noch im Dezember 1956 wurden Rudolf und Lukasz bei einem Vortrag krankenhauserreif geschlagen und flohen in den Westen. Die seit Bestehen der DDR kritisch beäugte Jazzszene war politisch geworden. Die beiden führenden Köpfe landeten auf der Abschlusliste der SED.

Die Jazzmusik, vor allem von den US-Amerikanern nach dem Zweiten Weltkrieg ins Nachkriegsdeutschland getragen, erlebte bis zur Gründung der DDR 1949 eine rasante Verbreitung, die selbst in der Sowjetischen Besatzungszone von der Militäradministration vorangetrieben wurde. Der Jazz, von den Nationalsozialisten noch als »entartete Musik« diffamiert und damit logischerweise als ideologisch unbedenklich einzustufen, sollte die kulturelle Wiederbelebung im zerstörten Deutschland forcieren. Der Jazz sollte Unterhaltungsmusik sein für die vom Krieg Traumatisierten. Über die offenen Grenzen und vor allem über das Radio fand der Jazz seine Anhänger in allen Teilen Deutschlands. Doch wurde die Jazzmusik in der Sowjetischen Besatzungszone noch im Zuge der antifaschistisch-demokratischen Leitlinie der Militäradministration gefördert, wurden die Freiheiten der Jazzanhänger mit einer Hinwendung zum Antiamerikanismus und zum sozialistischen Realismus in der östlichen Besatzungszone immer stärker eingeschränkt. Mit der Gründung der DDR und besiegelt auf dem III. SED-Parteitag 1950 spaltete sich die Jazzentwicklung Deutschlands in eine Entwicklung des BRD-Jazz und eine des DDR-Jazz auf. Während die Jazzmusik in der BRD Unterstützung erfuhr und sich schon in den 1950er Jahren von den US-amerikanischen Vorbildern emanzipieren konnte, verzögerte sich diese Entwicklung in der DDR durch die restriktive Kulturpolitik stark. Die Jazzmusik war nun nicht mehr antifaschistische Unterhaltungsmusik,

sondern die Waffe des Klassenfeindes, der mit diesem schleichenden Gift die Gesellschaft der DDR infiltrieren wollte.

Die führenden Köpfe der DDR-Kulturpolitik suchten zu Beginn der 1950er Jahre verzweifelt nach einer Musik, die den Aufbau des Sozialismus in der noch jungen DDR begleiten konnte. Eine Musik, die nicht von den imperialistischen Amerikanern geprägt wurde und die den Charakter des Sozialismus widerspiegeln konnte: eine »Volkstanzmusik«. Die Zeit drängte, denn viele Jugendliche wandten sich der Jazzmusik zu. Die Feindsender zu stören und Schallplatten an der Grenze zu konfiszieren, reichte nicht. Das Netzwerk der Jazzenthusiasten war zu dicht. Eine Musik war gesucht, die man dieser verrohenden Welle aus dem Westen entgegenstellen konnte. Reginald Rudolf und Heinz Lukasz sahen in dieser verzweifelten Suche nach einer Volkstanzmusik die Chance, der Jazzmusik eine Nische zu schaffen, in der sie sich auch in der DDR entfalten konnte: Der Jazz selbst sollte Basis für eine sozialistische Volkstanzmusik sein.

Die von Rudolf als »marxistische Jazz-Theorie« bezeichnete Argumentationslinie sollte die Grundlage sein, um Akzeptanz für den Jazz in der DDR-Kulturpolitik zu schaffen. Kern dieser Theorie war es, den Jazz stärker ausdifferenzieren. Statt die Jazzmusik in ihrer Gänze als Produkt des imperialistischen Klassenfeindes zu begreifen, sollte zwischen eben diesem Produkt, dem »kommerzialiserten Jazz«, und dem wahren, aus der Jazzgeschichte erwachsenen, »authentischen Jazz« unterschieden werden. Um die Wende von 19. zum 20. Jahrhundert in New Orleans entstanden und vor allem von schwarzen Arbeitern geprägt – so die Argumentation –, war der Jazz in seiner ursprünglichen Form die Musik eines »schwarzen Großstadtproletariats«. Die frühen Stile wie der New Orleans-Jazz oder der Swing seien damit nicht als Waffe des Klassenfeindes zu begreifen, sondern könnten vielmehr aufgrund ihrer proletarischen Herkunft und ihres Charakters als großstädtische Volksmusik auch im ideologischen Gerüst der DDR ihren Platz finden. Diese Theorie, die Rudolf und Lukasz den spöttischen Namen »Jazz-Marxisten« einbrachte, fand bei Vertretern der SED, der FDJ und des Kulturbundes in der DDR großen Anklang, auch weil man sich von einer Tolerierung einiger Jazzstile einen besseren Zugriff auf die jugendliche Bevölkerung erhoffte. Der forcierte Entspannungskurs der SED nach dem Tod Stalins 1953 tat sein Übriges. Rudolf und Lukasz konnten Radiosendungen zur Jazzgeschichte produzieren und Jazzveranstaltungen und sogar Jazzclubs wurden zugelassen.

Jazzmusik war vom Regime toleriert, wirklich anerkannt war sie jedoch nie

Im November gründeten die »Jazz-Marxisten« um Rudolf und Lukasz die »Redaktion«, die eine Art Büro für den Jazz in der DDR darstellen sollte. Kontakte mit Veranstaltern, Musikern und Jazzfreunden – auch aus dem Westen – sollten gepflegt und die Legalisierung des Jazz weiter vorangetrieben werden. Denn auch wenn die Jazzmusik in einer Unterscheidung zwischen »kommerzialisiertem Jazz« und »authentischem Jazz« von der DDR-Kulturpolitik tole-

riert wurde, offiziell anerkannt war sie nicht. Die Jazzszene blieb Ziel ständiger Überwachung, die Freunde der improvisierten, in der amerikanischen Geschichte verwurzelten Musik wurden als politisch bedenklich eingestuft, allerdings toleriert, solange sie nicht aktiv wurden. Auf einer Tagung im Ok-

Die Jazzszene der DDR war keine genuin politische Szene

tober 1955 in Leipzig unter dem Titel »Jazz und Weltanschauung« einigten sich die anwesenden ostdeutschen Jazzfreunde darauf, aus Illegalität und Halblegalität herauszutreten und sich für eine vollständige Legalisierung der Jazzmusik und der bestehenden Jazzgruppen einzusetzen. Das nun greifbar werdende politische Potential wurde von Funktionären im Kulturministerium registriert. Man lud Rudolf zu einem ersten Gespräch. Dieser versicherte, man habe nicht die Absicht, die Jazzszene zu politisieren, doch die Position der Kulturfunktionäre war klar: Es würde zum Eklat kommen, sollten die »Jazz-Marxisten« den Jazz gegen die Kulturpolitik ausspielen.

Bis zum Ende des Jahres 1956 sollte sich diese Drohung nicht bewahrheiten. Erst die Premiere des Dokumentarfilms »Vom Lebensweg des Jazz« brachte den

Bruch. Hatte man noch einigen Nährboden für politische Diskussionen aus dem Film entfernt, an dem Rudolf selbst federführend mitgearbeitet hatte, schädigte Lukasz' Rede das Vertrauen der DDR-Kulturpolitik in die Szene um Rudolf und Lukasz nachhaltig. Zur gleichen Zeit schlug die Sowjetarmee in Ungarn den Volksaufstand nieder.

Die SED verschärfte ihren Kurs, ging rigoros gegen politische Feinde vor. Und zu einem solchen war die Jazzszene oder waren wenigstens deren führende politische Köpfe Reginald Rudolf und Heinz Lukasz geworden, die auch noch bei weiteren Vorträgen nach der Premiere mit SED-Funktionären aneinander gerieten. Nachdem beide – vermutlich auf Veranlassung der Leipziger SED – zusammengeschlagen worden waren und in den Westen fliehen mussten, hatte Lukasz die Hoffnung auf eine Legalisierung des Jazz in der DDR aufgegeben.

Rudolf kehrte zurück und bezahlte seinen Optimismus mit einer zweijährigen Haft im Arbeitslager Rücknitz. 1959 verließ er die DDR und kehrte nicht wieder zurück. Noch bestehende halblegale Jazzformationen waren in dieser Zeit vom Wohlwollen der jeweiligen regionalen Behörden abhängig. Die rigorose Verbotspolitik der frühen 1950er Jahre kehrte in Form von Durchsuchungen und Beschlagnahme von Jazzplatten und -literatur aus dem Westen zurück. Ein Gesetz, das den Anteil an westlichen Produktionen in Rundfunk und auf Konzerten auf maximal 40 Prozent aller Stücke beschränkte, brachte das wiedererstarkte Misstrauen gegenüber

westlichen Einflüssen auf den Punkt. Die Arbeit der »Jazz-Marxisten« eröffnet den Blick auf ein turbulentes Jahrzehnt für den Jazz in der DDR. Die Jazzszene der DDR war keine genuin politische Szene, doch die Suche nach Anerkennung in offiziellen Kreisen machte Teile von ihr zu einem politischen Faktor. Der Einsatz des Netzwerks um Reginald Rudolf und Heinz Lukasz hatte dem Jazz Räume geöffnet, doch dass die ideologischen Gräben nie geschlossen wurden, mussten beide Ende der 1950er Jahre schmerzlich erfahren. Erst im Laufe der 1960er und 1970er Jahre sollte der Jazz in der DDR die Akzeptanz erhalten, die ihm in den 1950ern noch verwehrt geblieben war.

Felix Zimmermann studiert Public History in Köln und hat seine Bachelorarbeit zum Jazz in der DDR-Kulturpolitik der 1950er Jahre geschrieben

BUCHTIPPS

Jazz im Film
Beiträge zu Geschichte und Theorie eines intermedialen Phänomens
Willem Strank, Claus Tieber (Hg.)
LIZ Verlag, 2014
ISBN 978-3-643-50614-6

Freie Töne
Die Jazzszene in der DDR
Rainer Bratfisch (Hg.)
Christoph Links Verlag, 2005
ISBN: 978-3-86153-370-2

wdr3.de

WDR 3

WDR 3 Konzertplayer

Konzerte hören, wo und wann Sie wollen!



Jetzt informieren

Größtenteils touristisch erschlossen

Der Komponist Helmut Lachenmann wird achtzig

ANDREAS KOLB

In seinem Musiktheater »Das Mädchen mit den Schwefelhölzern«, das 1997 als Auftragswerk der Hamburgischen Staatsoper uraufgeführt wurde, verwendet Helmut Lachenmann politische Sujets, etwa einen ins Libretto montierten Brief der RAF-Terroristin Gudrun Ensslin. Das hindert den Komponist nicht, vehement den Standpunkt zu vertreten, dass Musik an und für sich keine politische Botschaft habe. Während zeitgenössische

Musik heute von einer neuen Diesseitigkeit geprägt ist, junge Komponisten sich wieder mehr gesellschaftskritisch-außermusikalisch inspirieren lassen und mit ihrer Musik von unserem Leben, unserer Welt, unserer Zeit erzählen, sagt Helmut Lachenmann: »Musik ist nicht dazu da etwas zu sagen. Das kann Bob Dylan besser, da funktioniert das. So wie Karl Kraus die Sprache vor den Nazis in Sicherheit bringen wollte, ist das Höchste, was der Künstler tun kann, die Musik vor den Medien, vor der Kulturindustrie in Sicherheit zu bringen.«

Dass ihm dies nicht immer gelungen ist, zeigt paradoxerweise die Tatsache, dass inzwischen selbst in amerikanischen Kinofilmen, etwa im Soundtrack von Don Davis für den Film »Matrix«, Lachenmann-Geräuschtechniken so populär sind, wie es in den 1960er und 1970er Jahren in amerikanischen Filmen die Musik von Krzysztof Penderecki war. Seine klanglichen Verfremdungen und neuen Spieltechniken bezeichnet Helmut Lachenmann darum heute gern als »bereits touristisch erschlossen«.

Am 27. November 2015 begeht der Komponist Helmut Lachenmann seinen 80. Geburtstag und das Musikland Deutschland übertrifft sich in Aufführungen seiner Werke. Neben anderen größeren und vielen kleineren Veranstaltungen in Deutschland und Europa liegt der Schwerpunkt der Lachenmann-Feierlichkeiten natürlich in dessen Heimatstadt Stuttgart, wo ihm ein großes Festival gewidmet wird. Unter dem Titel »Lachenmann Perspektiven« werden dort vom 7. November bis 7. Dezember 2015 Teile seines Oeuvres, aber auch das von Weggefährten und Schülern präsentiert.

Für die einen ist er ein Genie, für die anderen ein »Instrumentenquäler« – Lachenmanns Vision einer ‚musique concrète instrumentale‘ hat über Jahrzehnte sein Schaffen geprägt und stieß zu Beginn – Lachenmann trat 1962 erstmals öffentlich als Komponist bei der Biennale in Venedig und bei den Darmstädter Ferienkursen für Neue Musik auf – weder bei Musikern, noch beim Publikum auf offene Ohren.

Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass er in den 1970er und 1980er Jahren zu den von Orchestermusikern am meisten gehassten Komponisten zählte. Denn er steht wie kein anderer für neue Spieltechniken, von denen die meisten Musiker in ihrem Leben nichts gehört hatten, geschweige dass sie die Chance gehabt hätten, sie während ihrer Ausbildung kennenzulernen, wie dies der heutigen Generation von Musikern ganz selbstverständlich möglich ist. Was den Orchestermusiker damals zur Verzweiflung brachte, war, dass der Musiker seine ihm vertraut und

liebgewordene instrumentale Versiertheit aufgeben und sich mit völlig unkonventioneller Klangerzeugung auseinandersetzen musste. Zu jedem Werk Lachenmanns gehört eine Tabelle mit 20 bis 30 der jeweils benötigten Spieltechniken, die oftmals neu und ungebrauchlich sind.

Das Beispiel *gepresster Bogenstrich* mag verdeutlichen was gemeint ist: *Gepresster Bogenstrich mit Bogenverlagerung parallel zum Griffbrett / gepresster Bogenstrich mit Auf- und Abstrich / gepresster Bogenstrich hinter dem Steg / gepresster Bogenstrich hinter dem Steg mit Verlagerung / gepresster Bogenstrich »wahwah« / gepresster Bogenstrich anders als auf den Saiten...*

Unbestritten ist: Helmut Lachenmann hat die Musikwelt revolutioniert. Er selbst beschreibt seine Vorgehensweise so: »Komponieren heißt, ein Instrument bauen: also die vorhandenen klangtechnischen Mittel aus ihrem vertrauten Kontext lösen und in einen neuen bringen. Und dann bilden sie eine Landschaft von klingenden Ereignissen, die sich gegenseitig neu bestimmen und dabei durchaus ihre alten Qualitäten mitbringen, sie aber zugleich verwandeln. Wenn ich so ein imaginäres Instrument geschaffen habe, egal aus welchen Klängen, die jetzt neu gepolt sind und trotzdem auch an ihre Herkunft erinnern, dann kann ich beim Komponieren nichts mehr falsch machen, kann angstlos arbeiten, denn ich spiele auf ‚meinem‘ Instrument.«

Andreas Kolb ist Redakteur von Politik & Kultur

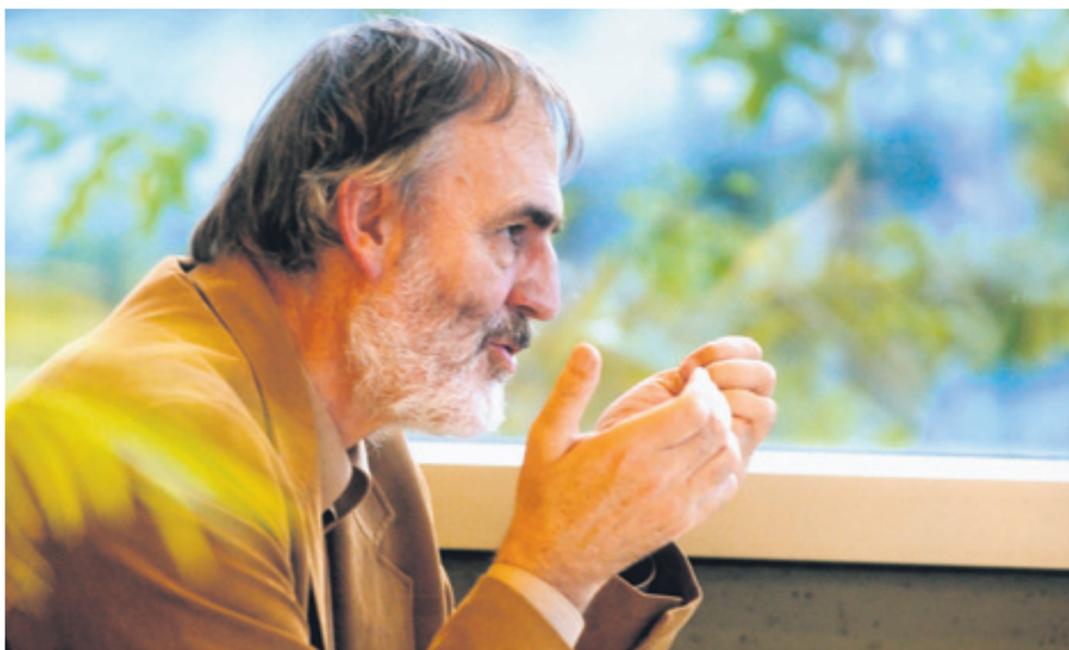


FOTO: CHARLOTTE OSWALD / BREITKOPF & HÄTEL

Der Komponist Helmut Lachenmann hat die Musikwelt revolutioniert

Kaffeekultur

Lob und Tadel für ein Heißgetränk

GEORG RUPPELT

Gottfried Wilhelm Leibniz war ein Freund des Kaffees. 1703 schreibt Kurfürstin Sophie aus Hannover an den in Berlin weilenden Leibniz: »Ich wünschte, Sie befänden sich in Ihrem Bett in Berlin ebenso wohl; aber Sie haben dort Kaffee getrunken, doch ich trinke nur Schokolade, denn ich fürchte mich vor einem Kloß im Gehirn.«

Aus dem Satz wird in schönster Eindeutigkeit klar, dass das hannoversche Universalgenie ein Kaffee-Genießer war. Deutlich werden aus dem Brief aber auch offensichtliche Vorbehalte der Fürstin gegenüber dem Kaffee-Genuss. Diese Vorbehalte dürfte sich die hochgebildete und belebte Sophie aus der Literatur angeeignet haben, denn seit dem 17. Jahrhundert wurde der Kaffee-Genuss aus medizinischen Gründen kritisiert.

Etwas Kaffeegeschichte

Kaffee ist wohl seit dem frühen Mittelalter im arabischen Raum präsent. Sein eigentlicher Ursprung ist weitgehend unbekannt. So sollen im abessinischen Hochland in der Provinz Kaffa die Kaffeekirschen der Wildpflanze roh verzehrt oder die grünen Kaffeebohnen getrocknet und gekaut worden sein, um sich in einen Rauschzustand zu versetzen. Nach einer Legende soll ein Hirte auf die Pflanze aufmerksam geworden sein, als er bemerkte, wie seine Ziegen nach dem Genuss von Blättern des Kaffeebaumes die ganze Nacht über quietschvergnügt umhergesprungen

seien. Im Jemen wurde die Kaffeepflanze im Hochmittelalter domestiziert und ihre Bohnen wurden geröstet und aufgebriht. Von dort verbreitete sich der Kaffee in die gesamte islamische Welt und im 17. Jahrhundert auch in Europa, um schließlich seinen Siegeszug auf dem ganzen Planeten fortzusetzen.

Der Name »Kaffee«, »Café« etc. in den europäischen Sprachen geht nicht zurück auf die Provinz Kaffa, sondern stammt vom arabischen »Kahwe« oder »qahwa« ab, was ursprünglich

»...ich trinke nur Schokolade, denn ich fürchte mich vor einem Kloß im Gehirn.«

»Wein« bedeutete. Zu Anfang wurde die stimulierende Wirkung des neuen Gesellschaftsgetränkes mit dem Muslimen verbotenen Alkohol verglichen. Die Legendenbildung machte auch vor Mohammed nicht Halt. So erzählte man sich in Persien eine Geschichte, in der der kranke Prophet vom Erzengel Gabriel mit Hilfe von Kaffee geheilt worden sei. Mohammed soll nach dem Genuss von Kaffee 40 Männer vom Pferd gestoßen und mit 40 Frauen Geschlechtsverkehr gehabt haben.

Kaffeehäuser

Doch schon Anfang des 16. Jahrhunderts wurden die allerorts entstandenen Häuser, in denen Kaffee angeboten wurde, in der arabischen Welt bisweilen verboten. Dies richtete sich vor allem

gegen die in den öffentlichen Häusern verbreitete Prostitution und deren oft zwielichtige Kundschaft – Vorgänge, die sich in Europa später in ganz ähnlicher Weise wiederholen sollten.

Paul Jacob Marperger schreibt 1716 in seinem voluminösen »Küch- und Keller-Dictionarium«: »In unseren Kaffeehäusern (deren viele heutigen Tages nicht eine allzu gute Renommee haben, in dem unterschiedlich darunter zu offenbaren Hurenhäusern worden) wird eben wie in Persien Tobak dabei geraucht, und weil zugleich allerhand Zeitungen und Avisen zu hören und zu lesen vorkommen, also ist seit einigen Jahren das Besuchen der Kaffeehäuser so eingerissen, dass an vielen Orten ihr Numerus hat müsst einschränkt und definiert werden.« Der Weg des Kaffeehauses ist eine spannende Geschichte, die über die Wiener Kaffeehäuser und ihre Literaten, über Kaffeekränzchen und Wirtshäuser, in denen »Familien Kaffee kochen können«, bis in unsere Zeit der coolen Kaffee-Lounge führt.

Kaffeelob und -kritik

Die Kritik am Kaffeegenuss wurde aber nicht nur am Kaffeehaus exekutiert, sondern sie wurde schon sehr früh auch aus medizinischen Gründen geübt. Andererseits empfahlen Medizin und Volksmedizin Kaffee auch als Heilmittel für alles Mögliche. Kurz gesagt, man hatte keine Ahnung von Ursache und Wirkung. In der 74 Strophen langen Ode des Arztes Daniel Wilhelm Triller »Lob des Caffee« von 1748 wird diese unterschiedliche Sichtweise mehrfach thematisiert:

»2. Der Wein erhitzt und schwächt die Glieder; Das Bier verdickt des Blutes Lauf; Viel Menschen fallen taumelnd

nieder, Und stehn mit schwehren Häuptern auf; Doch niemand, der Caffee getrunken, Ist je berauschet hingesunken...«

10. Er dient zur Stärkung den Gesunden, Den Krancken zu der Artzeney: Verkürzt die mißvergnügten Stunden, Und macht das Herz von Schwermuth frey;« Der Bibliothekar der Herzoglichen Öffentlichen Bibliothek in Stuttgart und Jugendfreund Schillers, Johann Wilhelm Petersen (1758–1815), hingegen verdammt in seiner 1782 anonym erschienenen »Geschichte der deutschen National-Neigung zum Trunke« das Kaffee-, Tee- und Schokoladetrinken auch aus patriotischen Gründen:

»Allein seit 40 Jahren, da französische Heere kamen, Komödianten und Gouvernanten und Servanten ihr Licht leuchten ließen, Weichlichkeit und Leckerei überhaupt stärker hereindringen, rissen dies warmen Getränke auch in Oberdeutschland ein, und herrschen jetzt allenthalben.

Wie ehemals der Hirnschädel hieß, aus dem der Blutbespritzte Kriegsheld Bier trank, so heißt nun das Gefäß, aus welchem das Mädchen Kaffe schlürft, Schaale. König Friederich ward noch mit Biersuppen erzogen, aber die Kinder von tausend Unterthanen schon mit Kaffe. Die Seuche blieb nicht nur in den Städten, sondern steckte sogar Bauern und hartarbeitende Tagelöhner an. Und so ward allmählich diese Thee- und Kaffesäuferei zu einem Verderber, welcher die Gesundheit schwächte, weibische Schlaptheit und Empfindelheit ausbreitete, viele Haushaltungen mit zu Grunde richtete, das Mark der Nation anfraß und jährlich gegen 24 Millionen Gulden aus Teutschland schleppet.«

Kaffee und Sex

Kontradiktorische Meinungen existierten hinsichtlich der sexuellen Wirkungen des Kaffeegenusses. Die einen behaupteten, er mache den Mann impotent und zeugungsunfähig, die anderen waren genau gegenteiliger Meinung.

Liselotte von der Pfalz war eine überzeugte Kaffeegegnerin: »Kaffee ist nicht so nötig für Pfarrer als für katholische Priester, so nicht heiraten dürfen, denn er solle keusch machen.« Im Marperger-Lexikon wird ein persisches Sprichwort ins Deutsche übersetzt: »Cahwä, du schwarzes Angesicht, daß man dich doch mag leiden/Wo du hinkommst, muß man da nicht die Lust des Beischlafs meiden.«

Kaffee und Geist

Ohne Zweifel galt Kaffee aber immer als Stimulans für geistiges und kreatives Tun. Und Kaffeefreunde oder gar Kaffeesüchtige finden sich in der Kultur- und Geistesgeschichte zuhauf. Von Bach, der die selbstironische Kaffeecantate komponierte, über Voltaire, der, als er auf den Kaffee als »langsam Gift« angesprochen wurde, antwortete, dass dies wohl stimmen möge, denn er trinke ihn schon seit 60 Jahren, bis hin zu Balzac mit seinen 50 Tassen am Tag bzw. bei Nacht. Wir können sie hier nicht alle aufzählen. Unseren Kaffeefreund Leibniz, dessen Briefwechsel 2007 Eingang in das UNESCO-Welterbe gefunden hat, hätte wohl die Nachricht über die Aufnahme des türkischen Kaffees in das immaterielle UNESCO-Kulturerbe im Jahr 2013 gefreut.

Georg Ruppelt ist Literaturwissenschaftler und Historiker. 2002 bis 2015 war er Leitender Bibliotheksdirektor der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek in Hannover

Politik & Kultur



Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und was noch?

Seiten 17 bis 27

Blick in die Paulskirche. Ringen um Freiheit und Demokratie

THEMA

Wertedebatte

Verfassungspatriotismus alleine schafft keine Integration

OLAF ZIMMERMANN

Wenn gestandene Konservative, die sich bislang stets gegen die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare gewehrt haben und die verbindliche Quoten für mehr Geschlechtergerechtigkeit in Führungsetagen der Wirtschaft für überflüssig halten, auf einmal von dem Problem reden, dass Flüchtlinge aus muslimisch geprägten Ländern weder die Gleichberechtigung von Mann und Frau noch die gleichgeschlechtlicher Paare anerkennen, haben sie entweder ihre Ansichten radikal geändert oder es ist eine Menge Bigotterie im Spiel.

Seit gut zwei Monaten beherrscht ein Thema die politischen Diskussionen: wohin mit den Flüchtlingen und wie viele mögen wohl noch kommen? Deutschland als Land in der Mitte Europas ohne EU-Außengrenzen, ohne unmittelbare Nachbarschaft zu Krisenregionen blieb über viele Jahre verschont von der Anforderung, eine Antwort auf die Fluchtbewegungen aus den Ländern des Südens zu geben. Mit Schaudern und Entsetzen konnte sich empört werden, wenn Menschen im Mittelmeer ertranken, weil ihre Boote nicht seetüchtig waren. Die italienische Regierung konnte als unfähig gescholten werden, wenn vor Lampedusa Menschen starben oder aber die Grenzorgane weder mit der Unterbringung geschweige denn der Erfassung von Flüchtlingen nachkamen. Geschützt durch das Schengen-Abkommen, das die Sicherung der EU-Außengrenzen jenen Mitgliedstaaten zuweist, die eine EU-Außengrenze haben, und abgesichert durch das Dublin-Abkommen, dass Flüchtlinge verpflichtet, in jenem

Land, in dem sie zum ersten Mal EU-Boden betreten haben, den Asylantrag zu stellen, konnte in Deutschland die »Moralkeule« mit leichter Hand geschwungen werden.

Dies alles änderte sich mit der Entscheidung von Bundeskanzlerin Merkel, das Dublin-Abkommen aufzuweichen und syrischen Flüchtlingen den Weg nach Deutschland zu öffnen, weil offenkundig die ungarische Regierung überfordert und unwillig war und eine humanitäre Katastrophe drohte. Seither erreichen nicht nur täglich sehr viele Menschen Deutschland, seither stellt sich auch für Deutschland die ganz praktische Frage, wo die Menschen untergebracht werden, wie ihre Asylanträge, so sie denn welche stellen, bearbeitet werden, wie Kinder beschult werden können und wie Integration gelingen kann. Die Diskussionen finden im breiten Spektrum zwischen Angst vor einer »Überfremdung« und rosaroten Träumen einer »Transkultur« statt. So absurd manche Äußerungen auch sein mögen, eines wird deutlich: Es bedarf einer Wertedebatte. Einer Wertedebatte, die weder im Zuge der deutschen Einheit noch in der Verwirklichung des Binnenmarkts und schon gar nicht im Zuge der Erweiterung der Europäischen Union geführt wurde. Einer Wertedebatte, die auch reflektiert, welche Verantwortung das wiedervereinigte Deutschland in der Welt annimmt.

Im 25. Jahr der deutschen Einheit rächt sich, dass die Vereinigung der beiden deutschen Staaten vor allem unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet wurde, dass vorschnell aus der gemeinsamen deutschen Sprache geschlossen wurde, es gäbe tatsächlich eine gemeinsame Sprache mit einer gleichen Semantik. Weder fand

die von einigen eingeforderte Verfassungsdiskussion statt, noch wurde eine ehrliche Wertedebatte geführt. Überwältigt von der Chance vierzig Jahre deutsche Teilung zu überwinden und angetrieben von schnell erforderlichen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen wurde im Kern erwartet, dass westdeutsche Werte gleichermaßen in Ostdeutschland zum common sense gehören. Dass dies voreilig war, war bereits in den 1990er Jahren zu erkennen und wird nun offenkundig. Man mag zwar den Kopf schütteln, dass in Gegenden, in denen so gut wie keine Muslime leben und ein erheblicher Teil der Bevölkerung keiner Glaubensgemeinschaft angehört, auf einmal von einer Islamisierung und der Bedrohung des Christentums die Rede ist, dennoch wäre es kurzfristig, daraus den Schluss zu ziehen, sich mit dem offenkundigen Gefühl vieler ostdeutscher Menschen zu kurz gekommen zu sein, nicht auseinanderzusetzen zu müssen. Hier ist eine Wertedebatte notwendig. Zu der auch die Verteidigung der Meinungsfreiheit gehört, selbst wenn einem die Meinung der anderen nicht passt.

Ebenso wichtig ist aus meiner Sicht eine Wertedebatte in der Europäischen Union. Zwar mag noch so oft beschworen werden, dass Europa mehr ist als ein Binnenmarkt und eine große Verteilungsmaschinerie von Subventionen. Dennoch ist das gemeinsame Wertefundament, wie sich aktuell in der Flüchtlingsverteilungsdebatte zeigt, sehr dünn. Es zeichnet sich ein Gegensatz zwischen westeuropäischen Staaten, dem sogenannten Kerneuropa, Großbritannien und den neuen Mitgliedstaaten aus Osteuropa ab. Jene Länder sehen sich offenbar weder in der Verantwortung noch in der Pflicht

in größerem Umfang Flüchtlinge aufzunehmen. Sie scheinen in erster Linie an der ökonomischen Integration interessiert zu sein und weniger an einem Europa, das auf einem gemeinsamen Wertefundament beruht. Da hilft auch der Verweis auf die Europäische Grundcharta wenig, wenn Mitgliedstaaten es sich erlauben können, Grundrechte, wie Meinungsfreiheit und Recht auf Asyl, mit Füßen zu treten. Will Europa in der Zukunft glaubwürdig in der Welt für Werte eintreten, ist eine innereuropäische Debatte zu den gemeinsamen Werten von Nöten.

Dieses gilt auch mit Blick auf die Außenbeziehungen und damit ist die Verantwortung Europas und auch Deutschlands für die Welt angesprochen. Dazu gehört z. B. auch, sich nachhaltig für Lösungen im syrischen Bürgerkrieg einzusetzen. Es ist fast zynisch festzustellen, dass diese Lösungen erst in dem Moment dringlicher wurden, als Zehntausende Menschen auf ihrer monatelangen Flucht Deutschland erreichten. Oder um es drastisch zu formulieren: Der syrische Bürgerkrieg war so lange kein drängendes Problem, wie Flüchtlinge in jordanischen, libanesischen und türkischen Flüchtlingslagern ausharrten. Eines ist klar, Lösungen bedürfen Geduld und viel Überzeugungskraft. Schnelle Erfolge sind kaum zu erwarten. Aber auch hier würde eine Wertedebatte bei der Lösung von Konflikten helfen.

Verantwortung für die Welt zeigt sich aber auch in den Handelsbeziehungen. Der Einsatz für einen fairen und gerechten Welthandel ist eben nicht nur eine Formel für Kirchentage oder Eine-Welt-Läden. Es sollte das ureigenste Interesse der Politik sein, für einen fairen und gerechten Welthandel einzutreten,

den nur er wird es den Ländern des Südens ermöglichen, mit ihren Waren und Dienstleistungen auf dem Weltmarkt zu prosperieren. Aus ganz egoistischen Gründen müssten Deutschland und Europa sich für einen fairen Welthandel stark machen, um den Menschen im Süden Perspektiven zu bieten, damit sie dort leben, ihre Gesellschaft entwickeln und zu Wohlstand kommen. Auch hier tut eine Wertedebatte Not.

Nötig ist meines Erachtens auch eine Wertedebatte in Deutschland. Eine Verkürzung der Wertedebatte auf das Grundgesetz wäre meines Erachtens fahrlässig. Sicher der Begriff der »Leitkultur«, fast bin ich versucht zu sagen »Leidkultur«, hat ausgedient und ist politisch verbrannt. Dennoch wäre meiner Meinung nach verkürzt, allein die Verfassung als Leitschnur hoch zu halten und damit die Diskussion zu beenden. Verfassungspatriotismus alleine schafft keine Integration. Es muss doch vielmehr darum gehen, zu debattieren, was es bedeutet, in einer multireligiösen und von vielen verschiedenen Kulturen geprägten Gesellschaft zu leben. Die Menschen, die in Deutschland Obdach und ein Zuhause suchen, haben Werte. Sie ernst zu nehmen und zu integrieren, heißt sich damit auseinanderzusetzen und die eigenen Werte selbstbewusst in die Diskussion einzubringen. Wir werden klären müssen, welche Werte wir, neben den in der Verfassung garantierten Grundrechten, als kulturelles Fundament unserer Gesellschaft für konstitutiv halten. Sich in eine solche Wertedebatte einzubringen, steht dem Kulturbereich gut an.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Herausgeber von Politik & Kultur

60 Millionen Menschen auf der Flucht

Weltweite Solidarität ist eine Facette der Wertedebatte

GABRIELE SCHULZ

Man sollte daran erinnern, dass es schon einmal eine Zeit gab, in der in Deutschland Millionen von Menschen Zuflucht suchten. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg lebten rund neun Millionen Displaced Persons aus 20 Nationalitäten in Deutschland. Sie hatten die Konzentrations- und Arbeitslager des Nationalsozialismus überlebt. Insgesamt 12,5 Millionen Deutsche aus den sogenannten deutschen Ostgebieten flohen in die vier Besatzungszonen, darunter waren auch Deutsche, die als Minderheiten in anderen Staaten gelebt hatten. Das von Krieg und Zerstörung gezeichnete Deutschland bot diesen Menschen zunächst Zuflucht. Wer mit Menschen spricht, die selbst Flucht oder Vertreibung erlebt haben, erfährt, dass die Aufnahme durch jene, die ihre Heimat nicht verloren hatten, keineswegs immer freundlich war. Zusätzlich zu jenen Flüchtlingen der unmittelbaren Nachkriegszeit flüchteten zwischen 1945 und 1961 etwa 2,7 Millionen DDR-Bürger in die Bundesrepublik.

Schätzungen zufolge befinden sich derzeit rund 60 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Mehr als die Hälfte dieser Flüchtlinge stammen aus fünf Staaten: Syrien, Afghanistan, Somalia, Sudan und Südsudan. Eine Hauptursache der Flucht ist Krieg. Laut UNHCR nahmen, bezogen auf die Einwohnerzahl im Jahr 2014, Libanon und Jordanien die meisten Flüchtlinge auf. Beides sind Nachbarländer zu Syrien. Die Türkei, ebenfalls ein Nachbarstaat zu Syrien, ist der Einzelstaat, der nach UNHCR-Statistiken mit 11 Prozent die meisten Flüchtlinge weltweit aufnahm, gefolgt von Pakistan mit 10,5 Prozent aller Flüchtlinge.

In Deutschland treffen seit Sommer dieses Jahres in großem Umfang Flüchtlinge ein. Täglich sind Bilder von Menschen zu sehen, die inzwischen auf der sogenannten Balkan-Route nach Deutschland kommen. Erschöpft erreichen sie die österreichische und später die deutsche Grenze, um hier zu bleiben oder weiter nach Schweden zu ziehen. Sehr viele Menschen engagieren sich in Deutschland für Flüchtlinge. Die so oft als Dinosaurier gescholtenen Wohlfahrtsverbände helfen bei der Unterbringung, stellen Kleidung, Decken usw. zur Verfügung. Auch viele Kulturinsti-

tutionen sowie -verbände engagieren sich in Flüchtlingsunterkünften oder öffnen ihre Türen gezielt für Flüchtlinge. Sie schaffen Begegnungsräume und erlauben für einige Stunden Ablenkung von Enge, Sorge vor der Zukunft und ganz banaler Langeweile.

Trotz verschiedener Bemühungen ist es bislang nicht gelungen, eine europäische Lösung für die nach Europa kommenden Menschen zu finden. Kleinere EU-Mitgliedstaaten verfügen kaum über die Ressourcen, um Flüchtlinge unterzubringen. Manche EU-Mitgliedstaaten ducken sich einfach weg und hoffen vielleicht, dass sie nicht gesehen werden. Andere EU-Mitgliedstaaten zeigen auf Deutschland und sehen hier die Verantwortung für steigende Flüchtlingszahlen. Die Sprecherin des UN-Flüchtlingswerks Melissa Fleming mahnte Mitte Oktober dieses Jahres eine europäische Lösung an und sah insbesondere in Griechenland den Schlüssel zur verbesserten Registrierung und späteren Verteilung von geflüchteten Menschen. Griechenland, war da nicht etwas? Genau jener Mitgliedstaat, der in der ersten Jahreshälfte 2015 eher wie ein störrisches Kind behandelt wurde, das seine Hausaufgaben nicht macht, soll nun eine Schlüsselrolle in der europäischen Flüchtlingspolitik übernehmen?

Es ist schon ein wenig Ironie dabei, dass, nachdem die Türkei über Jahre hinweg bei den Beitrittsverhandlungen am langen Arm der EU verhungerte, sie nun an Bedeutung gewinnt. Frei nach dem Motto: Jeder Flüchtling, der bei euch bleibt, kommt nicht zu uns. Vielleicht werden wir uns in den nächsten Wochen noch wundern, wie freundlich auf einmal mit Griechenland umgegangen werden kann, wenn es dazu dient, dass weniger geflüchtete Menschen nach Deutschland kommen.

60 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht: Das ist Anlass zu handeln. Zu handeln, um Bürgerkriegen entgegenzuwirken, um Hunger und Ungerechtigkeit zu beseitigen, um Menschen Perspektiven für ihr Leben und ihr Glück zu geben. Denn Menschenrechte, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gelten nicht nur im Geltungsbereich des Grundgesetzes, sondern sind universelle Werte. Die weltweite Solidarität ist auch eine Facette der Wertedebatte.

Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates



Streit um den § 218 in der Bundesrepublik, ein wichtiges Thema der Frauenbewegung in der 1970er Jahren

RECHTLICHE GRUNDLAGEN

Genfer Flüchtlingskonvention

Die Genfer Flüchtlingskonvention wurde 1951 verabschiedet und trat 1954 in Kraft. Kernpunkte sind: Schutz von Flüchtlingen, die aufgrund von Rasse, Religion, Herkunftsland, Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe oder politischer Überzeugung verfolgt werden. Inzwischen sind 147 Staaten der Genfer Flüchtlingskonvention beziehungsweise dem Protokoll von 1967 beigetreten.

Gemeinsames Europäisches Asylsystem

Ein gemeinsames europäisches Asylrecht sowie eine gemeinsame Liste sicherer Drittstaaten gibt es nicht. Ein Kernelement des gemeinsamen Europäischen Asylsystems ist die Dublin-Verordnung, die besagt, dass der Staat, in dem die Ersteinreise erfolgt, für Asylanträge zuständig ist.

Schengen-Raum

Innerhalb des Schengen-Raums (EU-Mitgliedstaaten ohne Großbritannien,

Irland, Bulgarien, Kroatien und einschließlich Norwegen, Island, der Schweiz, Lichtenstein) finden keine Kontrollen an den Binnengrenzen statt. Staaten, die eine Grenze zu Nicht-Schengen-Staaten haben, übernehmen die Grenzsicherung für den Schengenraum.

Deutsches Asylrecht

Nicht zuletzt aufgrund der durch Nationalsozialismus und Krieg hervorgerufenen großen Flucht in Europa wurde im Grundgesetz Art. 16 »Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.« verankert. Diese Aussage galt bis 1993 ohne Einschränkungen. Im Jahr 1993 wurde das Asylrecht mit dem Konzept der sicheren Drittstaaten und sicheren Herkunftsstaaten eingeschränkt.

Sichere Drittstaaten

Unter sicheren Drittstaaten werden Länder verstanden, in denen die Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Men-

schenrechtskonvention sichergestellt sind. Asylbewerber aus diesen Staaten können ohne Prüfung des Asylantrags dorthin abgeschoben werden.

Sichere Herkunftsstaaten

Sichere Herkunftsstaaten sind Länder, bei denen grundsätzlich vermutet wird, dass dort keine politische Verfolgung oder unmensliche bzw. erniedrigende Behandlung oder Bestrafung stattfindet.

ZU DEN BILDERN

Die Bilder des Schwerpunktes »Wertedebatte« stehen für große Umbrüche der Zeitgeschichte, die kulturelle und gesellschaftliche Veränderungen bewirkten und Ausdruck des Selbstverständnisses unserer Gesellschaft sind.



RATINGS AGENTOUR

Politik und Kultur haben bei uns wundersam zusammengewirkt und eine neue politische Kultur geboren: die Willkommenskultur. Kulturorte wurden Willkommenskulturorte. Das Hamburger Schauspielhaus nahm Flüchtlinge auf. Im Ruhrpott wurde die Emscher-Lippe-Halle ihr Lager. Auf einmal war das Thema Flüchtlinge omnipräsent. Dabei waren Flüchtlinge schon immer da. Doch es war egal. Sie wurden vor der Festung Europa von Frontex behandelt wie Dreck, gingen vor Lampedusa unter oder verbrannten in der Polizeizelle wie Oury Yalloy in Dessau. Und erst nach 199 Brandanschlägen auf Flüchtlingsheime allein in diesem Jahr hat sich die Kanzlerin vor Ort bequemt. Um nach dem Rechten zu sehen. Warum jetzt? Weil dem Bundesverband der Deutschen Industrie Zuwanderung zugesagt? Weil Lobbyisten wie Mein-

hard Miegel rechnen, wir bräuchten 500.000 möglichst junge Zuwanderer im Jahr, damit die ausgelutschte Rente weiter funktioniert? Wir brauchen nützliche Idioten? Auf einmal geht es. Wir sind reich: Wer mal eben 500 Milliarden für die Bankenrettung hat, der hat auch 10 Milliarden für die Flüchtlingswelle. Wir schaffen das! Willkommenskultur! Da stehen wir, besoffen von unserem Gutmenschen. Und fragen kaum noch nach den Ursachen der Flucht. Die Verbrecher sind für uns die Schlepper. Die jagen wir mit der Bundeswehr. Was da sonst passiert, wo diese Leute herkommen? Es ist halt der jahrelange Krieg gegen den Terror, der ganze Länder destabilisiert hat. Der geführt wird für eine süchtige Kriegsmaschinerie, die in den USA bisher vier Billionen Dollar verschlang. Ja: Terror ist ein Geschäftsmodell. Kriege und Angst vor Anschlägen sind der Motor der US-Wirtschaft. Das hochverschuldete Land kann sich Frieden gar nicht leisten! Was die Bushs entfesselten, das hat Friedensnobelpreisträger Obama alltagstauglich gemacht. Der

Antiterrorterror vernichtet Millionen Menschen. Die Waffen sind präzise. Aber 90 Prozent der Opfer des Krieges gegen den Terror sind keine Terroristen. Es sind Zivilisten. Und doch: Es gibt einige, die diesen Terror und Antiterrorterror überlebt haben! Die genug haben von Fassbomben. Genug vom aufgeputschten religiösen Wahn. Oder schlicht vom ständigen Sirren der Drohnen, dieser Weiterentwicklung von Hitlers V1. Bei uns in Ramstein, dem größten US-Stützpunkt außerhalb der USA, stehen die Antennen. Von dort bekommen alle Drohnen ihre Signale. In den USA sitzt der Drohnenlenker im Drehstuhl. Ein Foto von seinen Lieben vor sich, links der Coffee-to-go, rechts der Joystick. So wird die Liste abgearbeitet, die auch deutsche Dienste erstellt haben. Wer wartet da, bis er dran ist? Die Menschen fliehen mit einem Foto von Mutti Merkel ins Mutterland des Drohnenerrors. Ohne Ramstein kein Drohnenkrieg! Warum lassen wir das zu? Wo von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen sollte? In welcher Wertegemeinschaft leben wir?

Seit dem Ersten Weltkrieg, als das Ölkriegsentscheidend wurde, sucht der Westen die arabische Welt heim. Es ging nie um Menschenrechte oder Demokratie. Wenn Demokratie stürzte, wurde sie beseitigt. Wie im Iran 1953. Es ging stets um Öl. Das wird jetzt knapp. Doch wir fahren weiter darauf ab. Alle Maschinen laufen damit. Alle Flieger. Die Autos. Ohne Öl kein Asphalt, keine Chemie, keine Medizin. Kein Joghurtbecher. Keine Drucker-schwärze. Ohne Öl können wir nicht. Wir sind süchtig danach. Und wir beschaffen uns den Stoff. Wie? Das ist Beschaffungskriminalität. Öl ist der Wert, der unsere Wertegemeinschaft kittet. Das können wir nicht übertünchen. Auch wenn wir die Abgaswerte unserer Autos noch so sehr fälschen. Ja, wir sind umweltbewusst. Wir trennen den Müll. Wir recyceln die Flaschen – in der Politik selbst Flaschen wie Pofalla. Leere Flaschen wie Ex-Minister Niebel, der seine Despotenkontakte beim Rüstungskonzern Rheinmetall versilbert. Warum gibt es da keine Abwrackprämie? Warum keine Abwrackprämie für Panzer? Wieso keine Flüchtlingsabgabe auf Waffen?

Das geht nicht? Wir haben eine Sparspülung am Klo und eine Energiesparlampe in jeder Birne! Aber im Antiterrorkampf gilt das nicht. Da kann man foltern, töten, Hochzeiten beschießen, wie es gerade passt. Menschenrechte hin, Völkerrecht her. Wir bekämpfen die Schlepper. Doch wieso schaffen wir es nicht, die Kriegstreiber vor ein Gericht zu bringen? Wozu haben wir den Internationalen Strafgerichtshof? Was ist mit Assad? Warum müssen sich die Bushs und Obama nicht dort verantworten? Ja, wir haben den Internationalen Strafgerichtshof. Aber es gibt einige Länder, die da nicht mitmachen. Schurkenstaaten wie Nordkorea. Oder Syrien. Und die USA. Dafür haben wir unsere Willkommenskultur, begrüßen Flüchtlinge mit Beifall. Die Kanzlerin lächelt für sie auf Selfies. Hier, wo Lebensmittel billiger sind als Hundefutter. Respekt! Doch so, wie es läuft, kann es nicht weitergehen: Wir werden die Probleme nicht lösen mit dem Denken, das diese Probleme hervorgebracht hat.

Arnulf Rating ist Kabarettist

Brauchen wir eine neue Leitkulturdebatte?

»Wir brauchen keinen deutschen Schlagworttausch aber eine internationale Debatte über kulturelle Gemeinsamkeiten als Grundstein eines einvernehmlichen Werte- und Ordnungsrahmens.«

Colin Hoffmann ist Vertreter der Deutschen Welle beim Deutschen Kulturrat

»Wir brauchen viele Beiträge und Beispiele für die Bereicherung durch andere Kulturen – um Gottes willen keine »Leitkulturdebatte« – unsere Basis und Leitlinie ist das Grundgesetz – das muss jeder respektieren, der hier leben will – nichts anderes!«

Paul Leo Giani ist Rechtsanwalt

»Leitkultur klingt nach Dominanz und Unterwerfung und nicht nach Respekt vor Verschiedenheit und gemeinsamen Regeln. Die meisten, insbesondere die, die von »deutscher Leitkultur« sprechen, erzählen zwar etwas vom Grundgesetz, meinen aber Lederhosen, Weißbier und Fingerhakeln.«

Volker Beck MdB ist innenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

»Wir brauchen keine neue Debatte über Leitkultur, sondern eine Besinnung auf die Werte, die unser Gemeinwesen tragen. Sie sind im Grundgesetz klar beschrieben. Das ist die DNA unseres Gemeinwesens, basierend auf dem Geist der Aufklärung, dem Schutz der Freiheit des Individuums und der Toleranz. Diese Werte muss jeder Einzelne akzeptieren und anerkennen.«

Nicola Beer, MdB ist Generalsekretärin der FDP

»Nein! Denn wer eine Leitkulturdebatte braucht, will eine Leitkultur. Und wer Kultur leiten will, braucht vor allem eins: mehr Kultur!«

Jens R. Nielsen, Zeichner und Publizist und Beirat der Illustratoren Organisation

»Wir haben eine Leitkultur: die Menschenrechte und unsere Verfassung, respektive die darin kodifizierten Werte. Es gilt, diese allen Menschen und insbesondere denjenigen, die sie nicht kennen, zu vermitteln. Dafür brauchen wir mehr und vielleicht auch eine andere politische Bildung in allen öffentlichen Einrichtungen, die einen diesbezüglichen Auftrag haben. Wenn Kunst und Kulturarbeit dabei behilflich sein können, umso besser.«

Norbert Sievers ist Hauptgeschäftsführer der Kulturpolitischen Gesellschaft

»Die Kultur des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft ist nichts Statisches, sondern von der aktiven Umsetzung derer geprägt, die in unserem Land und in einer bestimmten Zeit leben. Die gemeinsame Grundlage sind die universellen Menschenrechte und deren Ausformung etwa in der UN-Behindertenrechtskonvention. Jede Generation muss sich erneut damit auseinandersetzen, ohne die Werte und Normen deshalb neu zu erfinden.«

Eva-Maria Stange ist Sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst

»Jede Debatte um eine angebliche Leitkultur schürt Vorurteile und grenzt Migrantinnen und Migranten aus. Mit kultureller Vielfalt und offener Migrationspolitik hat das nichts zu tun. Wir müssen über faire Asylpolitik und Integration reden, über soziale und demokratische Teilhabe durch gleiche Rechte.«

Ulla Jelpke ist innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke

»Die liberale und soziale Demokratie in Deutschland bedarf eines gemeinsamen kulturellen Fundamentes im Alltag gelebter Normen und Werte: Der Respekt gegenüber jeder Person, unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht, Hautfarbe gehört wesentlich dazu. »Humanismus als Leitkultur« (2006) ist für eine multikulturelle Gesellschaft unverzichtbar.«

Julian Nida-Rümelin ist Kulturstaatsminister a. D.

»Nein. Integration und Teilhabe erreichen wir nicht durch einen einseitigen Anpassungsprozess, sondern mit einer werteorientierten Debatte, die die Zugewanderten als Mitgestalter begreift. Nur so nutzen wir die Chancen, die der Zuzug der Flüchtlinge unserer Gesellschaft eröffnet.«

Gabriele Heinen-Kljajić ist Niedersächsische Ministerin für Wissenschaft und Kultur

»Unser Grundgesetz bestimmt Rechte und Pflichten aller Bürger. Es hat bisher alle gesellschaftlichen Entwicklungen der Republik getragen; dies wird auch in Zukunft gelingen. Wir sollten darauf drängen, dass das Grundgesetz von allen geachtet und beachtet wird. Eine Diskussion um eine Leitkultur brauchen wir nicht.«

Gerhard Pfennig ist Vertreter der VG Bild-Kunst im Deutschen Kulturrat

»Unser Wertekonsens basiert auf dem Grundgesetz und Werten, die sich aus dem christlich-jüdischen Erbe über die Aufklärung bis heute entwickelten. Dieser Rechts- und Werteordnung, die unsere Gesellschaft zusammenhält, zeigen wir Respekt und sie muss auch von jenen Anerkennung finden, die zu uns kommen.«

Patricia Lips, MdB ist Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

»Gerade die kulturelle Vielfalt macht das Leben in unserem Lande bunt, interessant und dadurch lebenswert. Eine Debatte über eine Leitkultur würde dabei nur störend wirken. Wichtiger ist, dass allen Gesellschaftsschichten die Teilhabe an diesem reichen kulturellen Schatz ermöglicht wird, von der Kita bis ins hohe Alter.«

Hartmut Karmeier ist Orchestermusiker und Vizepräsident des Deutschen Musikrates.

»Zurückgefragt und um auf Bassam Tibis ursprüngliche Formulierung »europäische Leitkultur« zurückzukommen: Ist die deutsche Öffentlichkeit bereits so weit, in Weiterführung der Empfehlung der Enquete-Kommission einen Art. 20b »Der Staat schützt und fördert die europäische Kunst und Kultur« in einem deutschen Grundgesetz zu akzeptieren?«

Matthias Theodor Vogt ist Direktor des Instituts für kulturelle Infrastruktur Sachsen

Fördern und Fordern

Andreas Kolb im Gespräch mit Aiman A. Mazyek

Aiman A. Mazyek ist deutscher Medienberater, Publizist und Vorsitzender des Zentralrates der Muslime in Deutschland. Der Zentralrat gilt neben der zahlenmäßig größeren Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion, dem Verband der Islamischen Kulturzentren, der alevitischen Gemeinde Deutschland und dem Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland als einer der wichtigsten islamischen Dachverbände in Deutschland. Aiman Mazyek wurde 1969 als Sohn eines syrischen Ingenieurs und einer deutschen Journalistin geboren. Er studierte in Aachen und Kairo. Zu seinen zahlreichen ehrenamtlichen Tätigkeiten zählen u.a. die Gründung der Organisation Grünhelme, in der insbesondere junge Christen und Muslime beim Wiederaufbau von durch Krieg und Naturkatastrophen zerstörten Schulen helfen. Von 2007 bis 2011 war Mazyek Stadtverbandsvorsitzender der FDP in Alsdorf bei Aachen. Heute ist Mazyek parteilos. Andreas Kolb unterhielt sich für Politik & Kultur mit Aiman Mazyek über die Folgen der Masseneinwanderung für unsere Gesellschaft.

Herr Mazyek, wie haben Sie den Tag der Offenen Moschee am 3. Oktober verbracht?

Der Tag der Offenen Moschee ist inzwischen ein fester Bestandteil des deutschen Kulturinventars. Ich war am 3. Oktober in Berlin und habe sowohl einige Moscheen besucht, als auch die Einheitsfeier. Die beiden Veranstaltungen am selben Tag gehören für uns Muslime zusammen: Der Tag der Offenen Moschee zeigt unsere Haltung gegenüber der friedlichen Revolution der Deutschen, und er zeigt, dass wir ein Teil dieser Gesellschaft und dieses Landes sind.

Welche Folgen hat der verstärkte Zuzug von Muslimen aus der arabischen Welt nach Deutschland für den Zentralrat der Muslime? Und inwiefern hat das Thema Flüchtlingswelle Einfluss auf Ihr persönliches Leben?

Als der Verband mit den meisten arabisch sprechenden Moscheen waren wir ein Stück weit vorbereitet, bevor die große Zahl der Flüchtlinge hierhergekommen ist. Der Zentralrat hat seit Anfang 2015 einen Sport- und Flüchtlingsbeauftragten. Wir haben aber nicht die Möglichkeiten und Strukturen wie die großen Wohlfahrtsverbände und die Kirchen – In der Zeit des Ramadan haben wir eine große Aktion gestartet »Deutschland sorgt für Flüchtlinge« bei der viele Gemeinden Flüchtlinge eingeladen haben, egal welche Religionszugehörigkeit sie besaßen. Was mich persönlich angeht: Dadurch, dass ich einen syrischen Vater habe, habe ich den Puls nochmals näher an dem Land selber. Es war abzusehen, dass da etwas passieren wird. Ich erlebte hautnah wie viele syrische Familien schon 2013 und 2014 über 60.000 syrische Flüchtlinge mittels Bürgschaften nach Deutschland geholt haben.

»Nicht alle muslimischen Gemeinden helfen Flüchtlingen aus islamischen Ländern – zum Ärger derjenigen, die sich umso mehr kümmern.« Diesen Satz titelte die FAZ am 8. Oktober auf der Politikseite. Ich kann das nicht bestätigen. Die meisten Gemeinden leisten Hilfe. Solidarität und Mitmenschlichkeit sind der Religion inhärente Impe-

Muslimische Einrichtungen haben eine Schlüsselfunktion bei der Integration von Flüchtlingen

rative. Immanuel Kant hat in »Der ewige Frieden« geschrieben, dass der Hilfesuchende ein Recht auf Hilfe hat. Außer wenn er die Hand gegen seine Helfer erhebt. Die Herleitung ist im Islam ein bisschen anders als bei ei-

nem Agnostiker und gleicht eher der christlichen oder jüdischen Ideenlehre. Problematisch sehe ich dagegen die Frage der Adressierung: Zunächst gab es eine öffentliche Diskussion darüber, was die Moscheen angesichts des Flüchtlingszustroms machten. Man stellte fest: Die Muslime leisten viel. Dann kam die Frage auf, was der Zentralrat tut, damit Extremisten die neue Freizügigkeit nicht ausnutzen. Schon wieder war die Adresse die muslimische Moschee. Jetzt wo wir konkret Hilfe anbieten, da geht die Politik den bequemsten Weg und sagt: Wir haben Netzwerke wie etwa die Wohlfahrtsverbände, mittels deren Strukturen die Hilfe dann verteilt wird. In diesem Moment werden wir nicht mehr adressiert.

Welches sind die Hilfen, die der Zentralrat der Muslime anbietet?

Es ist die ganze Klaviatur: Integrationslotsen, Übersetzer, Imame, die als Seelsorger und Tröster unterwegs sind, Schlafplätze in den Moscheen, Essen und Informationsveranstaltungen für Flüchtlinge, bis hin zu Deutschkursen in den Gemeinden und Geschenkeverteilung für Flüchtlingskinder zum Opferfest. Der Zentralrat setzt sich zudem über verschiedene Projekte speziell für unbegleitete Flüchtlingskinder und Waisen ein, indem diese z.B. über unser Netzwerk Pflegeeltern vermittelt werden. Wir leisten eine ganze Menge, insbesondere über unsere Moscheen vor Ort, wo Ehrenamtliche seit Monaten bis am Rand ihrer Erschöpfung arbeiten. Leider gibt es dennoch immer einen Vorbehalt gegenüber den muslimischen Einrichtungen und sie sind strukturell gegenüber den beispielsweise christlichen Wohlfahrtsverbänden benachteiligt. Bisher haben wir da keine richtigen Weg gefunden. Einerseits ist allen klar, dass wir da eine Schlüsselfunktion üben, andererseits wird diese aber bisher nicht entsprechend gewürdigt.

Ist es nicht Zeit für einen muslimischen Wohlfahrtsverband?

Ja, aber das geht nicht automatisch. Es geht natürlich auch um gewachsene Strukturen. Dieser Prozess ist bereits im Gange, spätestens seit die Islamkonferenz das Thema Wohlfahrt und Seelsorge auf die Tagesordnung gesetzt hat. Dass es eines Tages zu einem muslimischen Wohlfahrtsverband kommen wird, das ist jedem klar. Schon heute haben wir verschiedene Gemeinschaftsprojekte mit unterschiedlichen Akteuren wie Arbeiterwohlfahrt, Diakonie und Caritas. Bestimmte Bereiche, ich denke da an Palliativmedizin, Sterbegleitung oder Seelsorge, werden die muslimischen Religionsgemeinschaften dann sicher selber übernehmen.

Gewinnt der Zentralrat der Muslime durch den Zuzug vieler syrischer Asylsuchender auch eine stärkere Position innerhalb der diversen muslimischen Dachverbände in Deutschland?

Das kann ich jetzt noch nicht sagen. Fakt ist, dass viele unserer Moscheen seitdem voller geworden sind.

Sie haben bereits 1996, also zu einer Zeit, wo noch nicht viele online unterwegs waren, sehr modern gedacht, und eine wichtige Internetplattform initiiert, deren Chefredakteur Sie viele Jahre waren: www.islam.de.

Mit dem Portal hatten wir viele Jahre ein Alleinstellungsmerkmal. Heutzutage – Gott sei Dank – haben wir eine ganze Reihe von muslimischen Internetpräsenzen, die jeweils unterschiedliche Schwerpunkte haben und auch Spezialisierungen.

Sie sind kein Ingenieur geworden wie ihr Vater, sondern Publizist. Was hat Sie geprägt?

Ich liebe die Klassik der deutschen Literatur. Wir hatten in der 12. Klasse einen so begnadeten Deutschlehrer, der uns »Faust I« so fantastisch im Unterricht nahebrachte, dass mich diese Zeilen, aber auch die Werke anderer Klassiker wie Schiller, Herder oder Lessing nicht mehr losgelassen haben. Ich habe damals angefangen, mehr schlecht als recht Gedichte zu schreiben. Auch das hat mich bis heute nicht losgelassen. Eine weitere Liebe ist die klassische Musik, neben Schubert oder Beethoven schätze ich insbesondere Tschaikowsky. Hier wäre der Einfluss meiner Mutter zu nennen, die die großen russischen Komponisten geliebt hat.

Waren Sie schon in Konzerten des in Bremen neu gegründeten Syrian Expat Philharmonic Orchestra?

Da war ich noch nicht. Aber ich habe mehrfach Daniel Barenboims West-Eastern Divan Orchestra live gehört.

Sie selbst sind geprägt vom aufklärerischen Geist der deutschen Klassik, insbesondere dem sogenannten Sturm- und Drang. Hat der Islam die Aufklärung noch vor sich? Entsteht durch die Migrationsbewegungen dieser Tage nicht die Chance, Aufklärung außerhalb der Kernländer des Islam neu zu wagen?

Dazu will ich etwas ausholen. Ich verstehe den Islam nicht als System, sondern als eine Frage von Prinzipien. Ich denke an das Gerechtigkeitsprinzip, auch an moralische Codexe, die Sie auch im Christen- und Judentum wiederfinden. Unsere Aufgabe liegt darin, diese Prinzipien in der jeweiligen Zeit, in der jeweiligen Kul-

tur und Gesellschaft, entsprechend anzuwenden. Ich glaube da sollten wir Muslime uns fundamental von Ideologien jeder Art unterscheiden. Bundeskanzlerin Merkel sagte im Interview zum Thema Flüchtlingsproblem: »Wir sind eine christliche Partei.« Was heißt das als Christ gesprochen für den Umgang mit Asylsuchenden? Rein pragmatisch und sachlich könn-

So früh wie möglich die eigenen Talente in die deutsche Gesellschaft einbringen

te man als Politiker sagen: Wenn ich mehr Flüchtlinge hier reinlasse, dann kollabiert diese Gesellschaft oder diese Wirtschaft. Nüchtern betrachtet, ist die Gefahr nicht ganz von der Hand zu weisen. Aber nein, Frau Merkel fragt sich: Was ist meine christliche Verantwortung? Und das bedeutet in diesem Fall Nächstenliebe – ein Prinzip und eine Haltung, die ein Muslim beispielsweise aus dem Gedanken der Barmherzigkeit ableitet, ja ableiten muss, will er ein guter Muslim sein. Einige Muslime haben insofern tatsächlich eine Aufklärung vor sich: Sie müssen ihre Religion aus der Verschüttung wieder entdecken! Vieles ist davon verschüttet und wir erleben ja gerade in der muslimischen Welt kein Aufbegehren oder ein Aufbäumen der Muslime, sondern eine tiefe Resignation, auch religiös gesehen. Das ist ein Ergebnis davon, dass wir unseren Glauben nicht als Haltung begreifen, sondern als ein ideologisches, abgeschlossenes System. Dabei kennt die islamische Welt durchaus eine eigene Zeit der »Aufklärung«, die bis zum Beginn der Neuzeit zur wissenschaftlichen Blüte der islamischen und auch der christlichen Länder beitrug.

»Wir dürfen Flüchtlinge nicht in Watte packen« zitiert Sie die Berliner Zeitung. Wie ist das gemeint? Das Prinzip heißt einfach »Fördern und Fordern«. Die Menschen, die herkommen, sollten so früh wie möglich die Chance erhalten, ihre Talente in die Gesellschaft mit einzubringen, gerade auch in die Arbeitswelt. Das Schlimmste wäre, durch lange Wartezeiten zu befördern, dass die Motivation der Asylsuchenden verschüttet wird, ihre Talente verkommen und sie dann nicht mehr in der Lage wären, sie zu nutzen. Das darf nicht passieren. Das ist damit gemeint.

Erleben viele Menschen, die jetzt neu in Deutschland und Europa ankommen, nicht einen Kulturschock? Welche Aufgaben wachsen den Künsten, und insbesondere der Kulturpolitik hier neu zu?

Dadurch, dass wir Neues zulassen, haben wir auch die Chance, unsere alten verkrusteten Strukturen zu revitalisieren. Ein Mehr an Vielfalt ist natürlich auch anstrengend, aber am Ende macht es einen auch stärker. Deutschland wird durch die Flüchtlinge am Ende nicht nur ökonomisch stark profitieren, die anderen europäischen Staaten werden noch staunen und dann wieder fragen: Wie hat das Deutschland nur gemacht?

Aiman A. Mazyek ist deutscher Medienberater, Publizist und Vorsitzender des Zentralrates der Muslime in Deutschland. Andreas Kolb ist Redakteur von Politik & Kultur



Unterzeichnung des Grundgesetzes. Ein wichtiger Markstein in der Geschichte der Bundesrepublik

Keine Integration ohne Bildung

Die größte politische Aufgabe der Zukunft

JOHANNA WANKA

Es ist eine humanitäre Aufgabe, Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen und sie rasch zu integrieren. Auch wenn derzeit die akuten Fragen der Unterbringung und Versorgung im Mittelpunkt unserer Anstrengungen stehen, so ist doch allen klar, dass Integration ohne Bildung nicht funktionieren kann. Wir wissen, dass über die Hälfte der Flüchtlinge jünger als 25 Jahre ist, also in einem Alter, in dem sie zur Schule gehen müssen oder eine Ausbildung benötigen. Integration durch Bildung wird daher in den nächsten Jahren zum Schwerpunkt von Politik werden müssen.

Dies ist vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und des prognostizierten Fachkräftemangels auch eine Chance für Deutschland! Um diese Chance zu nutzen, bedarf es großer Anstrengungen.

Wenn Integration in Ausbildung, Arbeitsmarkt und Gesellschaft gelingt, profitieren wir alle davon. Dazu brauchen wir eine gemeinsame Anstrengung von Bund, Ländern, Kommunen und auch der Zivilgesellschaft, also der vielen Ehrenamtlichen, die in den letzten Wochen Enormes geleistet haben. Ich danke den Menschen in unserem Land für dieses Engagement!

Das Bundesbildungsministerium wird mit gezielten Maßnahmen Integration durch Bildung voranbringen. Dazu wird mein Haus rund 130 Millionen Euro zusätzlich investieren für die zentralen Ziele

- Erwerb der deutschen Sprache,
- Erkennen von Kompetenzen und Potenzialen von Flüchtlingen,
- Integration in Ausbildung und Beruf.

Das Erlernen der deutschen Sprache ist die wichtigste Voraussetzung für die gesellschaftliche Integration der Flüchtlinge in Deutschland. Zusätzlich zu den etablierten und notwendigen Instrumenten wie Integrations- und Sprachkursen werden wir passgenaue Instrumente, wie beispielsweise Lern-Apps anbieten, die die Flüchtlinge



Christopher Street Day: Ausdruck selbstbewussten Auftretens von Schwulen und Lesben

schnell und unkompliziert nutzen können. Für Flüchtlingskinder werden wir ab Dezember ein Sonderprogramm »Lesestart« umsetzen und ehrenamtliche Vorlesepaten unterstützen. Außerdem werden wir ehrenamtliche Lernbegleiter qualifizieren, damit sie neben den hauptamtlichen Lehrkräften den Einstieg in die deutsche Sprache unterstützen können. Mit der Stiftung Lesen und dem Deutschen Volkshochschulverband haben wir für diese Maßnahmen starke und erfahrene Partner gewonnen.

Viele Flüchtlinge bringen Berufsausbildung mit, die wir erkennen und anerkennen müssen. Mit dem sogenannten Anerkennungsgesetz haben wir dafür eine sehr gute Basis. Bei den jetzt ankommenden Flüchtlingen ist ein besonderes Problem zu bewältigen: Viele können wegen Krieg und Flucht die notwendigen Unterlagen nicht vorlegen. Das Anerkennungsgesetz ist aber auch

dafür gerüstet: es bietet die Möglichkeit, in solchen Fällen zum Beispiel durch Arbeitsproben und Fachgespräche die vorhandenen Kompetenzen zu klären.

Was für deutsche Jugendliche und Jugendliche mit Migrationshintergrund gilt, gilt auch für die neu hinzukommenden Flüchtlinge: Eine frühe Berufsorientierung und eine Begleitung hin zu einem Ausbildungsplatz sind entscheidend für einen erfolgreichen Einstieg in Ausbildung. Deshalb bauen wir erfolgreiche Instrumente aus, besonders in den Regionen, die verstärkt Flüchtlinge aufnehmen, und stellen zusätzliche Kapazitäten zur Verfügung.

Unumgänglich wird sein, die interkulturelle Kompetenz der Ausbilder und Ausbilderinnen in den Betrieben und der Berufsschullehrkräfte zu fördern. Dazu wird ein niedrigschwelliges, interkulturelles Training zur Sensibilisierung entwickelt und über die bekannte Plattform

»qualiboxx« angeboten werden. In den Kommunen gibt es viel Engagement für Flüchtlinge. Die Integration läuft vor Ort – und ob sie gelingt, entscheidet sich dort. Zur Organisation und Koordinierung von Bildungsangeboten für Flüchtlinge werden wir allen rund 400 Kreisen oder kreisfreien Städten mit Beginn 2016 ermöglichen, einen Koordinator zu finanzieren. Unsere Bündnisse für Bildung im Programm »Kultur macht stark« erreichen derzeit 300.000 Kinder und Jugendliche. Unsere Partner können ab sofort zusätzliche Angebote für junge Flüchtlinge durchführen. Der Deutsche Volkshochschulverband hat sein Angebot bereits erweitert und bietet Maßnahmen für junge Flüchtlinge an, die sowohl Kompetenzerwerb, insbesondere Sprache, und kulturelle Bildung, wie Tanz, Theater, Bewegung oder Medienbildung, umfassen. In den Bildungsbündnissen werden Jugend-

lichen Sprach- und Kulturtechniken vermittelt, die bei der Integration helfen und einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung einer Willkommenskultur leisten. Diese Angebote will ich bei den Flüchtlingen auch auf junge Erwachsene ausweiten.

Wie Sie alle wissen: National und international laufen die Bestrebungen, die mit dem Flüchtlingsproblem verbundenen Herausforderungen zu bewältigen, auf Hochtouren. Wir können in Deutschland zuversichtlich sein: Unsere Gesellschaft ist insgesamt integrationsbereit und – das zeigt auch die Geschichte – integrationserfahren. Für diejenigen, die hier sind und eine Perspektive haben, hier bleiben zu können und zu wollen, gibt es für mich ein zentrales Ziel: Integration durch Bildung!

Johanna Wanka ist Bundesministerin für Bildung und Forschung

Eine große Chance für alle

Ist eine Integration von Flüchtlingen in das Hochschulsystem umsetzbar und welche Voraussetzungen müssen dafür geschaffen werden?

HORST HIPPLER

In den letzten Monaten ist mit der enormen Zahl von Flüchtlingen aus Bürgerkriegsregionen eine Herausforderung auf Deutschland zugekommen, wie sie bislang kaum vorstellbar war. Die Bürgergesellschaft hat mit großem Engagement und einer nie dagewesenen Willkommenskultur reagiert.

Es ist beeindruckend, wie schnell sich auch in den Hochschulen Initiativen gebildet haben, die zunächst einmal auf die elementaren Bedürfnisse der ankommenden Flüchtlinge reagierten und mit Empathie und Initiative an den nächstliegenden Stellen zu helfen versuchten. Insbesondere das großartige Engagement von Studierenden verdient Anerkennung.

Diese Reaktionen können zuversichtlich stimmen, wenn es um die Aufgabe geht, Flüchtlinge in die Hochschulen selbst zu integrieren und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Potenziale für ihren persönlichen Bildungsweg und zum Vorteil der gesamten Gesellschaft weiterzuentwickeln. Und tatsächlich ergab eine Umfrage der Hochschulrektorenkonferenz bereits im Frühsommer

Beispiele, Initiativen und Projekte zur Integration von Flüchtlingen an über 80 Hochschulen.

Die Hochschulen haben große Erfahrung im Umgang mit Menschen, die aus dem Ausland zu uns kommen und sehen die Vielfalt der Studierendenschaft und des wissenschaftlichen Personals als Chance für alle. Im Fall der Flüchtlinge aber stehen sie vor besonderen Aufgaben. Fehlende Unterlagen, mangelnde Sprachkenntnisse und auch unterschiedliche Lernkulturen sind meist die größten Hürden. Wir müssen davon ausgehen, dass wir eine stufenweise, den jeweils individuellen Voraussetzungen angepasste Integration zu organisieren haben.

Hochschulleitungen und Verwaltungen, Lehrende und Studierende sind gefordert. Es wird auch um Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gehen, die Entwicklungsmöglichkeiten und neue Aufgaben suchen. Vor allem aber müssen wir uns um die Studieninteressenten unter den Flüchtlingen kümmern. Es braucht Beratung, Begleitung bei Behördengängen, Hilfe bei der Wohnraumsuche bis hin zu studienvorbereitenden Programmen

und Sprachenvermittlung. Die Hochschulrektorenkonferenz unterstützt die Hochschulen, indem sie Informationen sammelt, den Erfahrungsaustausch fördert und die Bedarfe zu identifizieren versucht. Wir haben zu diesem Zweck Ende September ein Werkstattgespräch mit gut 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmern organisiert. Themenschwerpunkte waren die Studienvorbereitung, der Hochschulzugang und die finanzielle Unterstützung von Flüchtlingen.

Dabei wurde deutlich, dass die regionale Vernetzung mit allen Akteuren (Bundesagentur für Arbeit, Aufnahmeeinrichtungen, Flüchtlingsräte, kommunale Initiativen, Wohlfahrtsverbände etc.) und eine frühzeitige Bildungsberatung wichtige Grundlagen bilden.

Dann muss eine passgenaue Studienvorbereitung folgen, um die Chance für ein erfolgreiches Studium zu gewährleisten. Mit Sprachkenntnissen, die ein akademisches Studium ermöglichen, sollten auch kulturelle und gesellschaftliche Werte vermittelt werden, um die Integration der Flüchtlinge erfolgreich zu befördern. Digitale Lernformen können eine gute Ergänzung zu bestehenden Strukturen

sein, sie können aber das Lernen in der Gruppe nicht ersetzen. Gerade durch Kriegs- und Fluchterlebnisse belastete Studieninteressenten brauchen persönliche Ansprache und Begleitung.

Regionale Vernetzung und eine frühzeitige Bildungsberatung sind unabdingbar

Es gehört auch zur Verantwortung für die studierwilligen Flüchtlinge, dass für sie die gleichen Qualitäts- und Leistungsstandards beim Hochschulzugang und während des Studiums gelten müssen wie für alle anderen Studierendengruppen. Die Zulassung der geflüchteten Studierenden zu NC-Studiengängen fällt unter die seitens der Länder festgelegten Drittstaatenquotenregelungen.

Es stellen sich auch rechtliche Fragen, die schnellstmöglich zu klären sind. So besteht nach wie vor Unklarheit dar-

über, wie Studierfähigen ohne oder mit nur unvollständigen Bildungsnachweisen der Zugang zur Hochschule ermöglicht werden kann. Eine Rekonstruktion der Bildungsbiografien in Ergänzung mit Studierfähigkeitstest könnte ein Lösungsweg sein.

Bei den zu erwartenden hohen Zahlen an studierfähigen Flüchtlingen muss die vorhandene Infrastruktur deutlich ausgebaut werden. Die Hochschulen brauchen hier die Unterstützung von Ländern und Bund. Es gibt bereits entsprechende positive Signale, die den Hochschulen Mut machen, die neuen Aufgaben anzugehen. Um die begonnene Arbeit erfolgreich weiterzuführen, sind ein Monitoring und eine wissenschaftliche Begleitung erforderlich. Die Hochschulrektorenkonferenz wird den Hochschulen weiterhin eine Plattform für Austausch, Vernetzung und Beratung bieten. Wir sehen uns gemeinsam mit den Hochschulen in der Verantwortung, nachhaltige Lösungen zu finden mit dem vordringlichen Ziel, adäquate Bildungschancen zu bieten.

Horst Hippler ist Präsident der Hochschulrektorenkonferenz

Brauchen wir eine neue Leitkulturdebatte?

»Bitte keine Debatte um diesen missverständlichen Begriff. Wichtig ist eine schnelle Integration in die Werte unserer Demokratie: Respekt und Toleranz für Andersdenkende und -Glaubende, gleiche Wertschätzung für Frauen und Männer. Das Grundgesetz und die Menschenrechte gelten für alle – ohne Einschränkung.«

Irmgard Schwaetzer ist Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland

»Nein. Wir brauchen eine Verständigung darüber, was Europa, was Deutschland in seiner ganzen Vielfalt ausmacht und welches die verbindenden Werte des Zusammenlebens sind – basierend auf Rechtsstaatlichkeit und Religionsfreiheit. Menschlichkeit, Nächstenliebe, Solidarität gehören da essentiell dazu.«

Sigrid Hupach ist Kulturpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE

»In unserem Land muss sich Jede und Jeder in seinem Handeln von unserem Grundgesetz und dem Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung leiten lassen. Die Bereitschaft zur Akzeptanz unserer Kultur und Sprache ist Voraussetzung für Integration. Verbindliche Leitlinie bleibt unser gewachsenes christlich-jüdisches Werte- und Traditionsfundament.«

Marco Wanderwitz, MdB ist kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

»Kultur ist nie statisch, sondern ein kontinuierlicher Prozess der Zuschreibung und Aushandlung, der ganz konkret an bestimmten Orten und zu bestimmten Zeiten stattfindet. Sozialkulturelle Leitwerte einer solchen Aushandlung können dabei immer nur Offenheit, Respekt, Flexibilität, Entschlossenheit und Zuversicht sein.«

Markus Hilgert ist Altorientalist und Direktor des Vorderasiatischen Museums im Pergamonmuseum, Staatliche Museen zu Berlin – Stiftung Preußischer Kulturbesitz

»Wer sich der eigenen Kultur bewusst ist, kann anderen Kulturen offen begegnen. Das Kulturkonzept unseres Landes sagt, dass Integration eine wichtige Rolle in Schleswig-Holstein spielt. Migrantinnen und Migranten tragen erheblich zur kulturellen Vielfalt im Land bei und fördern die Sichtbarkeit unterschiedlicher Identitäten.«

Anke Spoorendonk ist Ministerin für Justiz, Kultur und Europa des Landes Schleswig-Holstein

»Deutschland hat eine Leitkultur: das Grundgesetz. An diese Leitkultur muss sich jeder halten. Daneben gibt es unverbindliche und sich stets ändernde kulturelle Inhalte und Werte, über die es immer wieder zu debattieren lohnt, privat, in den Medien, zum Beispiel auch in Computerspielen. Sofern eine solche Debatte nicht als Vorwand für Zuschreibungen genutzt wird, wie jemand denken oder sein soll, ist sie jederzeit willkommen.«

Maximilian Schenk ist Geschäftsführer des BIU

»Eine Wertediskussion auf der Basis der UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt in Verbindung mit einer Neujustierung von Kultur und Gesellschaft ist längst überfällig, erhält aber nun eine besondere Dringlichkeit.«

Eckart Lange ist Präsident des Kulturrats Thüringen

»Als permanenter Entwicklungsprozess zwischen Resilienz und Disruption gehört eine Weiterentwicklung unserer kulturellen Traditionen zur Debatte um die Weltgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Eine Leitkulturdebatte macht dagegen mangels Leitkultur keinen Sinn.«

Rupert Graf Strachwitz ist Vorstand der Maecenata Stiftung

»Wir brauchen keine neue Leitkulturdebatte. Vielmehr sollten wir offen sein und von anderen Kulturen lernen. Diese Chance gibt uns die Ankunft der Migranten. Unsere »Leitkultur« sind das Grundgesetz und die demokratischen Freiheitsrechte.«

Jeanine Meerapfel ist Präsidentin der Akademie der Künste

»Der Begriff Leitkultur ist zu negativ aufgeladen; eine neuerliche Debatte würde Fliehkräfte verstärken und jenen Auftrieb geben, die montags spazieren gehen. Wir müssen jedoch klar machen, dass Werte, die uns leiten, nicht verhandelbar sind: Menschenwürde, Gleichberechtigung, Religionsfreiheit etc.«

Hans Fleisch ist Generalsekretär des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen

»Wenn mehr Menschen aus anderen Ländern zu uns kommen und bleiben, wird sich unser Land verändern. Diesen neuen Mitbürgern müssen wir erklären, welche Werte unsere Heimat prägen, wie das Zusammenleben hier funktioniert. Ich erwarte, dass sie sich diese Werte zu eigen machen. Und darüber müssen wir immer wieder reden.«

Peter Tauber ist CDU-Generalsekretär

»Nein, die Antwort haben Hunderttausende von Menschen mit ihrer Solidarität und Hilfsbereitschaft für Geflüchtete bereits gegeben. Und Deutschland ist längst ein Einwanderungsland. Nutzen wir deshalb die vor uns liegende Chance, endlich auch eine Migrationsgesellschaft zu werden mit einem »neuen Wir« und einem pluralistischen Kulturverständnis.«

Ulle Schauws ist Sprecherin für Kulturpolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

»Der Begriff der Leitkultur ist wenig hilfreich. Was wir brauchen, ist die Debatte über die Frage, was die im Grundgesetz normierten Werte der Freiheit(en) vor dem Hintergrund der aktuellen Situation bedeuten. Die Auseinandersetzung darüber kann und darf in einer offenen Gesellschaft nie enden. Gute Kulturpolitik leistet einen wichtigen Beitrag dazu, indem sie gesellschaftspolitische Räume ermöglicht, in denen mit den Mitteln von Kunst und Kultur genau diese Auseinandersetzung geführt werden kann.«

Marc Grandmontagne ist Geschäftsführer der Kulturpolitischen Gesellschaft

»Leitkulturdebatte? Warum? Was wollen wir damit erreichen in einer Zeit, in der wir Menschen aus anderen Kulturen hierzulande aufnehmen müssen und wollen? Eine neue, eine rechtzeitige Ausgrenzung? Auf keinen Fall. Vielmehr geht es doch nur um Eines: Um Humanität. Um Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Und nicht um irgendeinen verschwurbelten Wertekanon.«

Rolf Bolwin ist Geschäftsführender Direktor des Deutschen Bühnenvereins

FOTOS: LAMMERT: DEUTSCHER BUNDESTAG, ACHIM MELDE / SCHÄFER-GÜMBEL: SPD HESSEN / WAGENKNECHT: NICOLE TEUBER / CLAUDIA ROTH: LAURENCE CHAPERON / BÄR: DOROTHEE BÄR, TOBIAS KOCH



Norbert Lammert



Thorsten Schäfer-Gümbel



Sahra Wagenknecht



Claudia Roth



Dorothee Bär

Von der Willkommenskultur zur Integration

Wie kann die langfristige Einbindung der ankommenden Flüchtlinge in unsere Gesellschaft funktionieren?

Deutschland wird sich verändern

NORBERT LAMMERT

Dass heute so viele Menschen in Not in unserem Land den freien und sicheren Ort erkennen, der ihnen Schutz und Hilfe gewährt, ist angesichts der deutschen Geschichte ebenso erstaunlich wie ermutigend. Ein wirklicher Grund, stolz zu sein, ist die imponierende Bereitschaft der in Deutschland lebenden Menschen, diese humanitäre Herausforderung anzunehmen – trotz aller berechtigten Sorgen, wie wir mit dem anhaltenden Zustrom in unseren Kommunen fertig werden und die Kontrolle über das eigene Land, seine Grenzen und seine Rechtsordnung behaupten können.

Die spontane, freiwillige und ehrenamtliche Hilfe der Bevölkerung ist die überzeugendste Antwort auf dumpfe Vorbehalte und offenen Fremdenhass, die leider auch zur gesellschaftlichen Realität gehören. Europa steht in der Pflicht. Es kann weder seine Grenzen hermetisch abriegeln, noch die Grenzen für alle öffnen. Nicht jeder, der vor Not und Armut flüchtet, wird nach Deutschland kommen oder hier bleiben können. Das Asylrecht ist und bleibt aber die unantastbare Selbstverpflichtung unserer Verfassung und unserer Geschichte und die Menschenwürde gilt ausnahmslos für alle, die hier leben, unabhängig davon, wie lange sie hier sind und wie lange sie bleiben können.

Die humanitäre Ausnahmesituation wird nicht schnell vorübergehen, wir werden deshalb staatlichen Behörden und gesellschaftlichen Einrichtungen in den nächsten Monaten einiges abverlangen müssen – im Übrigen auch den Flüchtlingen, wenn über den Tag hinaus Integration gelingen soll. Die vielerorts anzutreffende Willkommenskultur baut auf unseren Werten und Prinzipien, auf unseren Vorstellungen von Humanität, Demokratie und Menschenrechten. Sie ist Ausdruck eines Verfassungs- und Gesellschaftsverständnisses, das wir auch von den Flüchtlingen erwarten dürfen.

Die große humanitäre, politische und kulturelle Herausforderung wird Deutschland verändern. Ich bin sicher, dass dies letztlich zum Vorteil unseres Landes geschieht, wenn wir so mutig und entschlossen handeln, wie das auch bei anderen großen Herausforderungen, zuletzt bei der Finanz- und Bankenkrise, geschehen ist.

Norbert Lammert, MdB ist Präsident des Deutschen Bundestages

Dialog zwischen den Kultur(en)

THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL

Dari, Paschtu, Mazedonisch, Urdu, Somali, Haussa – nur eine Auswahl der Sprachen, die aktuell in Flüchtlingsaufnahmen gesprochen werden. Für viele von uns völlig fremde Sprachen – so wie Deutsch für viele der Geflüchteten. Sprachkurse werden zum zentralen Element für Integration. Sprache ist der Schlüssel für Verstehen, kulturelle Bildung ist der Schlüssel für Verständnis. Über sie können wir die Kultur des anderen sehen, demokratische Grundwerte vermitteln und bestmöglich »zusammenwachsen«.

Mit der aktuellen Flüchtlingssituation stehen wir sogar vor einer mehrfachen Integrationsaufgabe: Die Aufnahme Hunderttausender aus den unterschiedlichsten Kulturen der Welt. Gleichermaßen gilt es die mitzunehmen, die sich auf dem Bildungs- und Arbeitsmarkt abgehängt fühlen. Nur durch echte Teilhabe unabhängig von Herkunft, Religion, finanziellen oder körperlichen Möglichkeiten schaffen wir gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir brauchen langfristige Lern- und Begegnungskulturen auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Integration ist kein Drei-Jahres-Projekt. Viele haben sich in der kulturellen Arbeit und Bildung auf den Weg gemacht und entwickeln kreative Ideen. Ansätze wie das Berliner Projekt »Interventionen« holen nicht nur die Geschichten der Geflüchteten aus der Anonymität, sondern erzeugen Begegnungen mit jungen Menschen ohne Fluchthintergrund. Die Idee der Kulturmittler, die als Deutsche mit Migrationshintergrund zum Kulturübersetzer zwischen Flüchtlingen und eigenen Freunden, Arbeitskollegen und Nachbarn werden, ist ebenfalls ein gutes Beispiel für den Dialog der Kulturen. Hürden werden abgebaut, Ängste wandeln sich zu (inter)kultureller Verständigung. Ein Ziel, was uns für Integration und Inklusion grundsätzlich vor Augen liegen muss.

Kulturelle Bildung gehört in den Fokus. Kultur- und Bildungspolitikern müssen verstärkt an einem Strang ziehen. Das Kooperationsverbot muss fallen, um den Bund stärker in die Verantwortung zu nehmen. Länder und Kommunen besser in ihren Aufgaben zu unterstützen. Es geht um mehr als Investitionen in Gebäude und Forschungsmittel. Es geht um Investitionen in Menschen und die bestmögliche Gestaltung unseres Zusammenlebens.

Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL ist Fraktionsvorsitzender der Hessischen SPD und stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD

Integration gibt es nicht zum Nulltarif

SAHRA WAGENKNECHT

Integration gibt es nicht zum Nulltarif. Sie kann und wird nur gelingen, wenn massiv in Sozialwohnungen, Schulen, Kitas und Krankenhäuser sowie in Studien- und Arbeitsplätze investiert wird. Schon lange gibt es in Deutschland einen gewaltigen Investitionsstau. Vor allem in den Großstädten fehlt bezahlbarer Wohnraum, in Krankenhäusern und Pflegeheimen, in Schulen und Kitas fehlt qualifiziertes Personal, unzählige öffentliche Gebäude, Brücken, Straßen und Schienen sind sanierungsbedürftig.

Wenn sich an diesen Zuständen nichts ändert, wird die Aufnahme von Flüchtlingen an vielen Orten zu Konflikten führen. Damit Integration gelingt, müssen wir die Interessen der Flüchtlinge mit allgemeinen Interessen verbinden. Zusätzliche Ausgaben für Flüchtlinge sind unabdingbar, sie dürfen aber weder zur Kürzung von anderen sinnvollen Leistungen führen, noch dürfen sie auf überschuldete Kommunen abgewälzt werden, die mit ihren bisherigen Aufgaben schon überfordert sind.

Wir dürfen auch nicht zulassen, dass die Not der Flüchtlinge ausgenutzt wird, um Löhne zu drücken, im Gegenteil: Wer eine Willkommenskultur will, muss für gute Arbeit und ein soziales Netz sorgen, dass allen hier lebenden Menschen Sicherheit bietet.

Geld für diese Aufgaben ist ausreichend vorhanden, schließlich verfügen allein die in Deutschland ansässigen Millionäre über ein Vermögen von 2,5 Billionen Euro. Nirgendwo sonst in der Eurozone ist die Kluft zwischen Arm und Reich so groß wie in Deutschland. Dies können wir ändern, wenn wir das Schicksal der Flüchtlinge zum Anlass nehmen, über Gerechtigkeit und Umverteilung neu nachzudenken.

Die Willkommenskultur, die an vielen Orten gelebt wird, ist ein Lichtblick in ein helleres Deutschland, in eine bessere Gesellschaft, die allen Menschen ein Leben in Würde ermöglicht. Um dorthin zu gelangen, müssen wir wirksam verhindern, dass mit Waffenexporten und Kriegen weiterhin glänzende Geschäfte gemacht werden können. Das würde auch dafür sorgen, dass weniger Menschen fliehen müssen.

Sahra Wagenknecht, MdB ist Vorsitzende der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag

Der Kulturbetrieb muss sich öffnen

CLAUDIA ROTH

Die Welt befindet sich im dramatischen Umbruch. Über 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht, so viele, wie noch nie zuvor gezählt wurden. Das bedeutet auch für uns in Europa Veränderungen, für die wir Verantwortung übernehmen müssen. Die letzten Wochen haben eindrücklich gezeigt, dass die Menschen in Deutschland dazu bereit sind. Bewegend ist die Solidarität vieler Menschen im ganzen Land, die spontan dort helfen, wo Geflüchtete ankommen und versorgt werden müssen. Doch die meisten, die vor Krieg, Ausgrenzung und Verfolgung zu uns fliehen, werden dauerhaft bleiben. Mindestens so wichtig wie die Erstversorgung ist deshalb die Frage, wie wir ihnen helfen können, sich in ihrer neuen Heimat schnell einzuleben, die Traumata der Flucht zu überwinden und gleichberechtigte Teilhabe zu erfahren.

Gerade hier können Kunst und Kultur eine wichtige Funktion übernehmen. Kultur hat die Kraft, unterschiedliche Erfahrungen, Sozialisationen und Verhaltensweisen darzustellen, für jeden erfahr- und erlebbar zu machen und so die Verschiedenheit in einer Gesellschaft produktiv zu verhandeln. Menschen, die hier eine neue Heimat suchen, können mit Hilfe von Kunst und Kultur vergangene Erlebnisse bearbeiten und ihre Erfahrungen des Ankommens in einer für sie fremden Umgebung in den öffentlichen Diskurs einspeisen.

Das bedeutet auch für den Kulturbetrieb notwendige Veränderungen. Kulturinstitutionen werden sich nicht nur für neue künstlerische Akteure öffnen müssen, sondern sie haben auch die Verantwortung, für ein vielfältiges Publikum attraktiv zu werden. Auch wird die derzeitige Förderpolitik im Kulturbereich sich die Frage gefallen lassen müssen, ob sie angemessen auf die stattfindende Veränderung der Gesellschaft vorbereitet ist und ausreichend zur Förderung künstlerischer Arbeit und kultureller Verhandlung neuer Wirklichkeiten beiträgt. Politik und Kulturschaffende müssen sich nun dringend der Aufgabe widmen, die Kultur zu stärken und ihre streitbare Kraft zur Ermöglichung eines friedlichen Zusammenlebens und einer gleichberechtigten Teilhabe aller zu fördern. Belohnt wird diese Öffnung dann sicher auch mit neuen Rezipienten, die mithelfen können, Kultur dort zu erhalten, wo sie vom demographischen Wandel bereits bedroht ist.

Claudia Roth, MdB ist Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Eine Bereicherung für unsere Kultur

DOROTHEE BÄR

Eine Gesellschaft verändert sich. Ständig. Und nicht erst seit heute. Sie ist heute eine andere als vor 30 oder gar vor 60 Jahren. Damals wurde meine Großmutter von ihrem späteren Ehemann in der Tanzstunde noch mit »Fräulein« angesprochen und beide waren selten allein. Heute bewertet man sich bei Tinder gegenseitig im Netz und wenn man heiraten möchte, fragt man sicher nicht mehr die Eltern um Erlaubnis. Was wir lapidar mit »Das war eine andere Zeit« abtun, war in Wirklichkeit ein ganz anderes Gesellschaftsbild.

Der gesellschaftliche Wandel – und damit auch die sich ändernde Kultur – ist also erstmal nichts, was uns beunruhigen muss oder vor dem wir gar Angst haben müssten. Die hohe Zahl der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge stellt uns aber vor eine besondere Herausforderung. Der gesellschaftliche Wandel wird einerseits beschleunigt und schlägt andererseits eine Richtung ein, die für die meisten Menschen nicht vorhersehbar war.

Die Flüchtlinge bringen ihre eigene Kultur nicht nur für sich selbst mit, sondern mittelfristig auch in unsere Gesellschaft ein. Das kann unser Land, das kann Deutschland vielseitiger machen.

Doch es führt auch dazu, dass wir als Gesellschaft deutlich machen müssen, welche Prinzipien für uns unverrückbar sind, beispielsweise die Gleichberechtigung von Frau und Mann, Religionsfreiheit und Meinungsfreiheit. Um diese Prinzipien unseres Zusammenlebens nach außen zu vertreten, müssen wir uns vorher nach innen einigen. Wir brauchen eine deutsche Leitkultur, die unser Selbstverständnis definiert, die das gesellschaftliche Leben in Deutschland charakterisiert und die Grenzen unserer Toleranz aufzeigt. Wir sollten die große Herausforderung der Flüchtlingsbewegung daher als Chance begreifen, uns bewusst zu werden, in was für einer Gesellschaft wir leben möchten. Welche Werte sind für uns unverrückbar? Was ist die deutsche Identität im Jahre 2015, was macht uns als Deutsche aus?

Wenn wir diese Debatte konstruktiv führen, können die Geflüchteten uns in doppelter Hinsicht bereichern: durch kulturelle Anregungen. Aber besonders durch ein stärkeres Bewusstsein für die eigenen Werte und die eigene Identität.

Dorothee Bär, MdB ist Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur



Französische Revolution: Kampf für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit

Weckruf für die kulturelle Bildung?

Von der Willkommenskultur zur Integrationskultur

CHRISTIAN HÖPPNER

Bundestagspräsident Norbert Lammert spricht seit vielen Jahren von dem »lausigen Zustand« der kulturellen Bildung. Er meint damit nicht die explosionsartige Vermehrung von Publikationen zum Thema kulturelle Bildung, sondern die zu häufige Abwesenheit von kultureller Bildung gerade in den prägenden Kinder- und Jugendjahren. Ob Darstellendes Spiel, Kunst- oder Musikunterricht – oft tauchen diese Fächer, wenn überhaupt, nur sporadisch im Unterrichtsalltag der Schülerinnen und Schüler auf. So fällt zum Beispiel das Fach Musik in der Grundschule, je nach Bundesland unterschiedlich, bis zu 80 Prozent aus und bei den kommunalen Musikschulen warten 100.000 Schülerinnen und Schüler auf einen Unterrichtsplatz.

Unsere Gesellschaft befindet sich in der kuriosen Situation, dass wir so viel über kulturelle Bildung und deren Bedeutung für das Individuum und die Gesellschaft wie noch nie wissen und zugleich immer weniger Kinder und Jugendliche teilhaben können an der ganzen Bandbreite kultureller Vielfalt. Der Versuch, über zeitlich begrenzte Projekte diese Defizite aufzufangen, kann die Neugierde wecken und für die schöne Welt kultureller Selbsterfahrung entflammen. Diese Flamme erlischt spätestens dann, wenn im schulischen und außerschulischen Alltag diese Türen wieder verschlossen sind. Ein Armutszeugnis für die viertstärkste Industrienation der Welt. Die Diskrepanz zwischen Sonntagsreden und Montagshandeln ist evident.

In dieser Situation wächst uns mit den Menschen, die aus Kriegsgebieten bei uns Zuflucht suchen und die unserer Fürsorge bedürfen, ein immenser Schatz an kultureller Vielfalt zu. Eine Hochkultur, wie sie beispielsweise vor dem Ausbruch des Bürgerkrieges in Syrien bestand, bringen nicht nur die Kreativschaffenden mit. Navid Kermani hat mit seiner Dankesrede zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 2015 einmal mehr deutlich gemacht, welche Potentiale in der differenzierten Wahrnehmung des je Eigene und das je Andere zu wecken und den Wert differenzierter

Wahrnehmung zu erkennen ist eine Kernaufgabe von Kultur und damit auch von kultureller Bildung. Kultur steht hier für den Verbindungszusammenhang von Bildung, Wissenschaft und Kultur.

Eine der größten Herausforderungen seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland wird sich ohne das Mitdenken von Kultur nicht bewältigen lassen – und zwar von Anfang an. Auf der Grundlage des weiten Kulturbe-

Kulturelle Bildung muss von Anfang an »mitgedacht« werden

griffes, wie ihn die UNESCO 1982 in ihrer Erklärung von Mexiko-City geprägt hat. Damit würde sich manche Schleife in der wieder aufflammenden Leitkulturdebatte erübrigen. Kultur hat eine Schlüsselfunktion auf dem weiten Weg vom Willkommen zur Integration. Integration – nicht Assimilation! Das Grundgesetz setzt genau jenen Rahmen, innerhalb dessen Begegnung, transkultureller Dialog und eine gelingende Zukunftsgestaltung gemeinsam gelingen kann. Die mit dem Grundgesetz verbundenen Freiheiten und Grenzen sind nicht verhandelbar. Ebenso wenig wie die Anerkennung und praktische Umsetzung der UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt.

Wie kann Integration gelingen, wenn eine Grundvoraussetzung, kulturelle Bildung von Anfang an, nicht mitgedacht wird? Wie kann Integration gelingen, wenn der seit Jahren bekannte »lausige Zustand« kultureller Bildung auch nicht im Ansatz erkennen lässt, wie die Herausforderungen personell und strukturell zu meistern sind?

Konzeptionell ist die kulturelle Bildung mit allen ihren inhaltlichen Sparten so gut aufgestellt wie nie. Es gibt kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem. Deshalb bedarf es jetzt eines grundlegenden Wandels in den Förder- oder besser Investitionspolitikern der Länder und des Bundes. Der Bund hat mit seinem Programm »Kultur macht stark« eine gute Plattform geschaffen, deren Versprechen

von nachhaltiger Impulsgebung dann Wirkung entfalten kann, wenn sie eine Fortsetzung und konzeptionelle Aktualisierung erfährt. Nachhaltig Impulse setzen zu wollen, bedarf eines längeren Atems als den einer Projektperiode. Nachhaltigkeit in der kulturellen Bildung muss den Entwicklungsverlauf von Kindern und Jugendlichen im Blick haben. Nachhaltigkeit in der kulturellen Bildung bemisst sich nicht in erster Linie an Kennzahlen und Messgrößen, sondern an dem oft erst viele Jahre später erkennbaren Zuwachs kultureller Kompetenzen und Zuwachs an kultureller Vielfalt. Nachhaltigkeit in der kulturellen Bildung kann nur dann gelingen, wenn die auf Kontinuität angelegten Strukturen für ihre Aufgaben ertüchtigt werden.

Deshalb sollte jetzt die Bundesregierung mit Kultur macht stark 2.0 eine modifizierte Fortsetzung ihres erfolgreichen Programmes beschließen. Modifiziert bedeutet: konzeptionelle Erweiterung um die Themen transkultureller Dialog und intergenerationaler Dialog, Entbürokratisierung der Antragsverfahren und stärkere Unterstützung – auch in finanzieller Hinsicht – der Umsetzungsstrukturen vor Ort.

Weiterhin gilt es die Haushaltsmittel für die bildungskulturellen Infrastrukturen auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene signifikant zu erhöhen und die dafür vorgesehenen Haushaltsansätze einer Bindungspflicht zu unterwerfen. So könnte beispielsweise eine solche Bindungspflicht bei der Mittelzuweisung des Bundes an die Länder sicherstellen, dass die für die kulturelle Bildung vorgesehen Mittel nicht nur in den Haushaltsansätzen der Ländern stehen, sondern im Haushaltsvollzug tatsächlich dort ankommen.

Vorhandene Strukturen in der kulturellen Bildung für ihre Aufgaben zu ertüchtigen ist ein Mosaikstein, um den Weg von der Willkommenskultur zur Integrationskultur beschreiten zu können. Das Bewusstsein für den Wert kultureller Vielfalt für unsere Gesellschaft wie für den Einzelnen wird sich nur auf dem Weg ganz realer Wahrnehmung und Erfahrung ausbauen lassen.

Christian Höppner ist Präsident des Deutschen Kulturrates

Der Spracherwerb ist der Schlüssel

Integration durch Bibliotheksarbeit

BARBARA SCHLEIHAGEN

Die Stadtbibliothek Osnabrück wurde kürzlich für ihr überzeugendes Konzept der Integration von Zuwanderern mit dem Bibliothekspreis der VGH-Stiftung ausgezeichnet. Dies signalisiert, welchen Beitrag Bibliotheken zur Teilhabe und gelingenden Integration von Zuwanderern aber auch von geflüchteten Menschen und Asylbewerbern leisten können. Der Schlüssel zur Integration liegt in der Beherrschung der deutschen Sprache und in der Bildung. Speziell konzipierte Bibliotheksangebote für Flüchtlinge unterstützen beides. Sie bilden einen wichtigen Baustein im langjährigen interkulturellen Angebot und Programm der Bibliotheken für Migranten, deren Schwerpunkte jetzt angepasst und auf andere Sprachen erweitert werden.

Geflüchtete Menschen haben kaum Geld, aber viel (Warte-) Zeit. Kommunale Bibliotheken haben die Aufgabe, Zugang zu Informationen, Bildung und Kultur für Menschen jeden Alters und jeder Herkunft zu gewährleisten. Sie bilden daher einen wichtigen Teil im kommunalen Netz und richten ihre Angebote an Geflüchtete, Ehrenamtliche und Multiplikatoren.

Bibliotheken arbeiten dazu mit Flüchtlingsunterkünften und Willkommensinitiativen vor Ort zusammen. Einige, wie die Stadtbibliothek Bremen, stellen Medienkisten als Dauerleihgabe für die Unterkünfte bereit und organisieren von Ehrenamtlichen begleitete erste Bibliotheksbesuche, damit die Flüchtlinge Kontakte in ihre neue Umgebung knüpfen können. Geflüchtete Menschen erleben die Bibliothek als einen frei zugänglichen Bildungsort mit hoher Aufenthaltsqualität, der das Ankommen in der neuen Heimat fördern kann. Gerade für minderjährige, unbegleitete Flüchtlinge werden sie wichtige Treffpunkte. Sie können die Computerarbeitsplätze und in vielen Bibliotheken mit ihren Smartphones über das kostenfreie WLAN auch das Internet nutzen.

Ein ausgewählter Medienbestand für die Erstorientierung, das Lernen der deutschen Sprache und zur Freizeitgestaltung bestehend aus Wörterbüchern in vielen Sprachen, Sprachkursen zum Selbstlernen für alle Altersstufen und landeskundliche Medien zum Thema »Leben und Alltag in Deutschland« wird vielerorts mit Fördermitteln ausgebaut. Viele Bibliotheken geben mit Spendenmitteln finanzierte Büchereiausweise

Bibliotheken arbeiten eng mit Flüchtlingsunterkünften und mit Willkommensinitiativen vor Ort zusammen

aus oder, wie die Hamburger Büchereihallen, eine kostenfreie Bibliothekskarte, die den WLAN-Zugriff ermöglicht sowie die Ausleihe fremdsprachiger E-Books, die Nutzung der E-Learning-Angebote oder die Musik-Streaming-Dienste zur Entspannung. Einige Bibliotheken bieten elektronischen Zugriff auf Tageszeitungen aus vielen Ländern der Welt. Es können zusätzlich bis zu drei physische Medien ausgeliehen werden. Leicht verständliche Lektüre und textfreie Bücher ergänzen die in

Bibliotheken organisierten Konversationsrunden »Dialog in Deutsch« durch ehrenamtlich tätige Mitarbeiter. Manche Bibliotheken stellen, wie der »sprachraum« der Stadtbibliothek Köln, Räume für Integrationsgruppen sowie Deutsch- und Integrationskurse zur Verfügung. Mit »Zeigebildern« wird sprachunabhängig die Bibliotheksnutzung bei speziellen Führungen für Deutschlernende und Teilnehmer von Integrationskursen erklärt. Auch wird Material für Multiplikatoren, zum Bei-

Bibliotheken leisten einen wirksamen Beitrag zur Willkommenskultur und stützen nachhaltig die Integration

spiel für die Alphabetisierung bereitgehalten. Zusätzlich werden sprachunabhängige Veranstaltungen organisiert, beispielsweise ein Bilderbuchkino für Kinder oder Kreativnachmittage für Erwachsene. Bibliotheken bieten Leseförderaktivitäten für Kinder und Jugendliche in gemischten Gruppen und mit mehrsprachigen Büchern, auch unter Einsatz von TING- oder Tiptoi-Stiften an. Durch diese vielfältigen Möglichkeiten können geflüchtete Menschen die kulturellen Bildungsangebote ihrer unmittelbaren Umgebung wahrnehmen und durch aktive Mitgestaltung und Begegnungen Teil der Gesellschaft werden.

Darüber hinaus unterstützen Bibliotheken mit themenorientierten Medienkisten, die sie an Schulklassen entleihen, die wichtige Sensibilisierung von Schülergruppen für die Themen »Flucht und ihre Auswirkungen« sowie »Meine Klasse ist bunt«.

Der Deutsche Bibliotheksverband und seine Kommission interkulturelle Bibliotheksarbeit ermutigt und unterstützt diese Bibliotheksangebote mit zentralen Dienstleistungen wie z. B. die Erweiterung seines Förderprojektes »Lesen macht stark« für junge Flüchtlinge, der Möglichkeit zum Download eines Willkommensplakates und eines interkulturellen »Wimmelbildes«, durch Textbausteine in vielen Sprachen, Medien- und Linklisten, Hinweise auf lokale und regionale Fördermittel, einer Sammlung guter Praxisbeispiele oder mit einem Bibliotheksfilm ohne Sprache. Er plant, weitere Fördermittel zu akquirieren.

Auf Länderebene werben zum Beispiel die Büchereizentralen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen zusätzliche Mittel für Bücher und Spiele ein, es werden Mitarbeitenden und Ehrenamtlichen in Schulungen interkulturelle Kompetenz vermittelt oder Fachsymposien zu Angeboten der Büchereien für Flüchtlinge und Migranten organisiert.

Bibliotheken leisten einen wirksamen Beitrag zur Willkommenskultur und unterstützen mit ihren niedrigschwelligen Angeboten nachhaltig die Integration von geflüchteten Menschen. Dazu benötigen sie dringend zusätzliche Förderung zum Ausbau von entsprechenden Strukturen. Für Menschen, die hier Schutz suchen, bleiben Bibliotheken verlässliche und sichere Orte auch in deren weiterer Biografie.

Barbara Schleihagen ist Geschäftsführerin des Deutschen Bibliotheksverbandes

Brauchen wir eine neue Leitkulturdebatte?

»Nein. Wer angesichts des verstärkten Flüchtlingszuzugs eine Debatte um Leitkultur lostreten will, hat wenig Vertrauen in die Kraft und Verbindlichkeit unseres Grundgesetzes.«

Hortensia Völckers ist Künstlerische Direktorin Kulturstiftung des Bundes

»Statt darüber zu diskutieren, was alles nicht funktionieren könnte, sollten wir uns darauf konzentrieren, wie es funktionieren kann. Der beste Weg, um Ängste abzubauen, ist der direkte Kontakt. Unsere Schulen sind hier Vorbilder. Sie leisten täglich Integration.«

Andreas Stoch ist Minister für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg

»Wir brauchen keine Leitkultur(Debatte), sondern eine Revitalisierung, ein Wiederaufleben und sich Durchsetzen der Werte und Ziele der Aufklärung für alle Menschen, die in diesem Europa miteinander leben wollen und sollen.«

Heinrich Bleicher-Nagelsmann ist Bereichsleiter für Kunst und Kultur bei ver.di

»Die deutsche Sprache ist die gemeinsame Verständigungsbasis. Die deutsche Geschichte ist die gemeinsame Freude und schwere Last, von der Reformation über die Kriege und den Holocaust bis zu den demokratischen Grundrechten. Jeder Zuwanderer soll diese Sprache und diese Geschichte zu einem Teil seiner eigenen Kultur machen.«

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur und Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates

»Schule ist ein wichtiger Ort für das Gelingen von Integration. Vielfalt wird hier täglich gelebt. Dringendste Aufgabe ist es, allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer Herkunft gute Bildungschancen und Perspektiven zu eröffnen. Das ist für mich wichtiger als eine Leitkulturdebatte.«

Frauke Heiligenstadt ist Kultusministerin des Landes Niedersachsen

»Nein! Unsere Gesellschaft wird seit langem durch unterschiedliche kulturelle Einflüsse geprägt. Entscheidend ist, dass die Regeln des Grundgesetzes geachtet werden. Geschieht dies, wird ein rücksichtsvoller, gesellschaftlicher Dialog zwischen Menschen unterschiedlicher kultureller Traditionen gelingen.«

Siegmund Ehrmann, MdB ist Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien

»Wir brauchen eine Debatte darüber, wie wir Vertriebene und Migranten in unsere Städte integrieren, wie wir ihnen ein Zuhause schaffen können. Integration passiert beim Wohnen. Dass ein ethnisch und religiös vielfältiges Zusammenleben gelingt, dass die berührende Akzeptanz und Offenheit der ersten Tage zu dauerhaften Begleitern werden, dafür brauchen wir eine konsequent sozial ausgerichtete Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik.«

Olaf Bahner ist Referent für Baukultur und Berufspolitik beim Bund Deutscher Architekten (BDA) und Sprecher des Rates für Baukultur und Denkmalkultur

»Nein. Wir brauchen eine sachliche Diskussion über die Herausforderungen und ihre Bewältigung, wir brauchen ein positives Zusammenwirken von Politik, Staat, Zivilgesellschaft und Geflüchteten. Kunst und Kultur können hier eine wichtige Vermittlerrolle spielen. Den Begriff der Leitkultur brauchen wir jedoch nicht.«

Annemarie Helmer-Heichele ist Sprecherin des Deutschen Kunstrates und Vorsitzende BBK-Bundesverbandes

»Aus aktuellem Anlass entsteht vermehrt die Aufgabe und Chance, die Integration neuer Mitbürgerinnen und Mitbürger verstärkt mit den Mitteln der Kunst und Kultur zu gestalten. Respekt und Offenheit werden dabei Schlüsselworte sein, Misstrauen und reflexhafte Ablehnung waren noch nie eine »Gewinnwährung«. Es geht nach wie vor darum, Strukturen aufzubauen und zu stärken – dafür brauchen wir nicht zwingend eine neue Debatte, es geht schließlich nicht um neue Themen.«

Barbara Kisseler ist Kultursenatorin der Freien und Hansestadt Hamburg

»Unsere gemeinsame Gesellschaft wird nur dann positiv gestaltet, wenn wir über Werte sprechen. Wenn wir miteinander auf Augenhöhe über diese streiten und sie aushandeln. Wenn wir Interesse aneinander haben, Neugierig sind. Nur unsere freiheitliche demokratische Grundordnung ist unverhandelbar.«

Andreas Bialas, MdL ist Kulturpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion NRW

»Unser Umgang mit der Flüchtlingsfrage zeigt: Das Grundgesetz bietet uns die bestmögliche Orientierung. Wenn wir uns von den darin enthaltenen moralischen Prinzipien leiten lassen – und diesen Anspruch auch von den zu uns kommenden Menschen einfordern – sind wir hervorragend aufgestellt.«

Yasmin Fahimi ist SPD-Generalsekretärin

»Derzeit brauchen wir dringend Unterkünfte für Flüchtlinge, Sprachkurse und gute Integrationskonzepte! Unsere Leitkultur in Deutschland ist das Grundgesetz, vor allem die Artikel 1 bis 19: Menschenwürde, Religionsfreiheit oder Gleichbehandlungsgrundsatz. Diese Werte gelten zwingend für Uschi aus Dresden wie für Mohamad aus Damaskus.«

Burkhard Lischka, MdB ist innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

»Nun soll es gemäß einem neuen Nützlichkeitsparadigma die Leitkultur richten? Die dürfte bei der Kompensation der zu erwartenden gesellschaftlichen Aporien hoffnungslos überfordert sein und wird im Gegenteil – angesichts der aktuellen Situation der Kommunen – massiv unter Druck geraten. Wie war das doch schön, als man noch über Leitkultur streiten konnte.«

Steffen Höhne ist Sprecher des Rates für Soziokultur und kulturelle Bildung des Deutschen Kulturrates

»Wir brauchen keine neue Leitkulturdebatte! Die aktuellen Ereignisse überrennen uns derart, dass wir in den nächsten Monaten gar keine Zeit haben werden herauszufinden, wer wir – vielleicht – waren, sondern vielmehr eine Vorstellung entwickeln müssen, wer wir sein wollen. Und zwar alle, die wir hier und jetzt leben. Und wenn jeder nach seiner Fassung glücklich sein möchte, dann werden wir auch darüber reden müssen.«

Juergen Boos ist Direktor der Frankfurter Buchmesse

Anerkennung, Partizipation, Verständigung

Kulturpolitik in gesellschaftlicher Verantwortung

TOM BRAUN

Die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder und Jugendbildung (BKJ) hat ihre Stellungnahme zur Situation geflüchteter Jugendlicher und Kinder aus gutem Grund unter den Titel gestellt »Recht auf Bildung und kulturelle Teilhabe geflüchteter Kinder und Jugendlicher umsetzen!«. Denn ein gelingendes Ankommen von Geflüchteten in Deutschland ist in gleich mehrfacher Weise unmittelbar mit der Frage nach der Möglichkeit verbunden, geltende Rechte vollumfänglich in Anspruch nehmen zu können.

Die Rechte junger Menschen, die nach einer Flucht in Deutschland ankommen, sind sowohl im deutschen Sozialgesetzbuch als auch in internationalen Übereinkommen festgeschrieben. Dies betrifft z. B. die in der UN-Kinderrechtskonvention verankerten Rechte auf freie Teilnahme am kulturellen und künstlerischen Leben, das Recht auf Bildung sowie das Recht, vor Gefahren für das eigene Wohl geschützt zu werden. Diese Rechtsansprüche anzuerkennen und ihre Wahrnehmung auch für geflüchtete Kinder, Jugendliche und Erwachsene durchzusetzen stellt nicht nur eine Voraussetzung für eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben dar. Sondern mit der Umsetzung der Rechtsansprüche werden unentbehrliche Voraussetzungen gewährleistet, damit junge Menschen die Möglichkeit erhal-

ten, sich an ihrem neuen Lebensort als Personen verstehen können, die sich dem Zusammenleben in ihrer neuen Heimat Deutschland verpflichtet fühlen. Ankommen in Deutschland ist jedoch nicht in einer automatisierten Anwendung oder Befolgung rechtlicher Rahmenbedingungen zu erreichen. Ankommen ist darüber hinaus darauf angewiesen, dass Menschen sich in der Begegnung mit anderen wiedererkennen und ihre Erfahrungen gemeinsam erweitern können. Dem Aufruf zur Integration ist daher als Gegenkonzept die Ermöglichung von Partizipation als Aufgabe gegenüberzustellen. Partizipation bedeutet nicht nur, an etwas teilzuhaben. Partizipation bedeutet vielmehr, das Ganze, an dem ich Anteil nehme, als solches auch erfahren zu können, damit ich es anerkennen kann. Während die Anerkennung und Umsetzung der Rechtsansprüche die Voraussetzungen schaffen, als Person in dieser Gesellschaft anzukommen, sind wir darüber hinaus gefordert, geflüchteten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen die Möglichkeit zu erschließen, sich mit ihren individuellen Stärken und Bedürfnissen in diese Gesellschaft einbringen zu können. Gesellschaftliche Partizipation ist ein Prozess, den es kulturell zu gestalten gilt. Partizipation ist an die Frage gebunden, wie alle hier lebenden Menschen – und darin liegt der entscheidende Unterschied zum Konzept der Integration – dieses Ganze gemeinsam gestalten können. Die Frage des Ankommens

geflüchteter Kinder, Jugendlicher und Erwachsener wirft damit abermals Fragen nach in unserer Gesellschaft bestehenden sozialen, kulturellen und ökonomischen Teilhabebehörden auf. Die Akteure in Kulturpolitik und kultureller Bildung sind deshalb dazu aufgefordert, sich stärker mit Akteuren

Vernetzung der Institutionen ist unabdingbar

anderer Politikbereiche als Verantwortungsgemeinschaft aufzustellen, und eine gerechte, demokratische und inklusive Gesellschaft auch als einen kulturpolitischen Gestaltungsauftrag anzunehmen. Als Akteure haben wir im Zuge dessen unter anderem dafür zu sorgen, dass Kultureinrichtungen ihren gesellschaftlichen Auftrag als Orte der Verständigung und Anerkennung nachkommen können. Dafür brauchen die Akteure eine Kultur-, Bildungs-, Jugend- und Sozialpolitik, die sie in der Wahrnehmung ihres Auftrags in der Vernetzung, Beratung und Entwicklung tragfähiger Konzepte im Zusammenwirken von Kommunen, Ländern, Bund und Zivilgesellschaft unterstützt.

Tom Braun ist Geschäftsführer der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ) und des Rates für Soziokultur und Kulturelle Bildung im Deutschen Kulturrat

Initiativen ermöglichen

Theaterprojekte als Chance zur Integration

STEPHAN SCHNELL

«...das Zusammenleben mit fremden, nicht immer freundlich gesinnten Menschen sind eine kaum zu bewältigende Herausforderung.»

Was klingt wie eine Pegida oder AfD Provokation, stammt aus Nikolaus von Wolffs und Ameen Alkutainys E-Book »Wir schaffen das. 99 Tipps und Fakten für Zuwanderer und Einheimische« und lautet im ganzen Satz: »Sehr lange Wartezeiten für Ihre Aufenthaltsunterlagen, die Unterbringung in Lagern, das Zusammenleben mit fremden, nicht immer freundlich gesinnten Menschen sind eine kaum zu bewältigende Herausforderung. Dennoch bringt eine Registrierung viele Vorteile. Es bringt keine, eine Registrierung nachzuholen.«

Aus dem Kontext gerissen, in einen neuen Zusammenhang gestellt begegnen sich missverstanden und missverstehend Flüchtlinge und Bürgergesellschaft. Es ist ein Irrglaube anzunehmen, dass der Kultursektor davon ausgenommen sei. Es sind vor allem konkrete Projekte des Zusammenlebens und des Zusammenarbeitens, die die Kulturarbeit mit und von Flüchtlingen im Kontext des Bundes Deutscher Amateurtheater (BDAT) schon heute prägen.

Ohne mediale Vermarktung haben bereits im Juni zahlreiche Flüchtlinge an den Workshops des internationalen Festivals »Theaterwelten« im thüringischen Rudolstadt teilgenommen.

Daraus entstand ein breites Netzwerk an neuen Theatergruppen, lokalen Initiativen und gemeinsamen Projekten. Eigentlich selbstverständlich, aber doch bemerkenswert schließen sich ganz individuell und nicht organisiert Flüchtlinge Amateurtheaterbühnen an. Das Selbstverständliche ist freilich nur scheinbar, und so arbeiten Theatergruppen insbesondere mit Jugendlichen an einem Wechsel der Perspektive in der Aufnahmegesellschaft. Gleichsam als Prävention diese nicht den xenophoben Angstmachern der rechten Politikszene zu überlassen, sondern sie durch empathiefördernde Theaterarbeit zu einem bewussten Begreifen der Dimensionen von Migration zu veranlassen.

Vieles geschieht im Windschatten des örtlichen Alltags, aber es gibt auch jene Leuchtturmprojekte, wie der Stage Divers(e) aus Esslingen, die ihre künstlerische Arbeit kontinuierlich auf die Kooperation mit Flüchtlingen fokussieren. Und die dabei Methoden entwickelt und konkretes Wissen erworben haben, wie Kulturarbeit mit traumatisierten Flüchtlingen gelingen kann.

Als Bundesverband des bürgerschaftlichen Engagements versteht der BDAT seine Aufgabe darin, mitzuarbeiten dieses Wissen zu kommunizieren und bestehenden Praktiken der Kulturarbeit im Lokalen mit existenten und zukünftigen Fördermöglichkeiten zu stabilisieren, neue Initiative zu ermöglichen und über das Beispielhafte hinaus künftig noch stärker in die Breite zu tragen.

Stephan Schnell ist Bildungsreferent und Referent für Internationales und Stellvertretender Geschäftsführer des Bund Deutscher Amateurtheater (BDAT)

Inklusion durch Zirkusarbeit

Artistik als Mittel zur nonverbalen Verständigung

GISELA WINKLER UND KARL KÖCKENBERGER

Der Kinder- und Jugendzirkus CABUWAZI ist an allen fünf Standorten in Berlin schon seit einigen Jahren in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen aus geflüchteten Familien aktiv, beispielsweise mit Zir-

kuskursen für Kinder in der Geflüchtetenunterkunft Neustart Berlin GmbH in Kooperation mit der Peter-Pan-Grundschule in Marzahn. Im Sommer 2015 trafen in einer Feriensprachschule in Treptow 15 unbegleitete minderjährige Jugendliche mit Fluchterfahrungen des Trägers Alep e. V. auf 15 Kinder aus Alt-Treptow und erlebten im Juli zwei Wochen mit Artistik und Sprachvermittlung. Schwerpunkte waren das Kennenlernen verschiedener Kulturen, Integration und Aufbau von Vertrauen. CABUWAZI betei-

ligte sich außerdem an 14 weiteren Ferienschulen in verschiedenen Bezirken. Andere »Refugees Welcome«-Projekte sind Zirkuskurse für Kinder in den Einrichtungen für geflüchtete Menschen, beispielsweise seit zwei Jahren in der Gemeinschaftsunterkunft Marienfelde und in den Einrichtungen Allende I und Allende II in Treptow-Köpenick. Einige der Maßnahmen werden gefördert vom Programm »Kultur macht stark« des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Wichtig ist sowohl

bei den Kursen wie bei Projektwochen in den verschiedenen Zelten eine gemeinsame artistische Arbeit von Berliner Kindern mit den neuangekommenen Kindern mit Fluchterfahrung, beispielsweise mit Willkommensklassen, um eine Inklusion zu befördern.

Ein eigens gebildetes Team »CABUWAZI Beyond Borders« geht mit mehreren Zirkustrainern in die unterschiedlichen Einrichtungen – Notunterkünfte, Erstaufnahmeeinrichtungen, Gemeinschaftsunterkünfte, beispielsweise die

Traglufthalle Poststadion in Moabit – und bietet Kindern und Jugendlichen mit vielfältigen artistischen Angeboten die Möglichkeit, das eigene Können positiv zu erfahren, sich im sozialen Verbund zu erleben und nicht zuletzt Traumata der Kriegs- und Fluchterlebnisse durch die eigene Wertschätzung und Persönlichkeits- wie Kompetenzentwicklung besser zu verarbeiten.

Zirkus bietet dafür die besten Voraussetzungen: Er ist in erster Linie nonverbal, aber in der gemeinsamen Arbeit erwerben die Neuankömmlinge auf einfache Weise Sprachkenntnisse. Die Artistik ist nicht nur ein relativ niedrigschwelliges Angebot, sondern vor allem äußerst vielseitig: Jeder und jede findet etwas, was ihm oder ihr besonderen Spaß macht, kann seine und ihre Stärken und Talente entdecken. Die Konzentration auf die artistische Übung blendet die Erinnerung an schreckliche Geschehnisse aus und hilft so, sie zu verarbeiten. Das Erfolgserlebnis der gelungenen Übung, insbesondere in der Aufführung vor Publikum, stärkt das Selbstbewusstsein. In der Durchmischung der Zirkusgruppen mit geflüchteten und hier beheimateten Kindern wird das gemeinsame, partnerschaftliche Erleben zur Normalität. Zirkus macht die Kinder stark für den Start in der neuen Heimat. Aber auch für den Kinder- und Jugendzirkus CABUWAZI, der schon immer für alle offen war, stellt die Erweiterung des Programms durch die Arbeit mit Kindern aus geflüchteten Familien einen Zugewinn dar, denn noch stärker als bisher werden andere Kulturen erfahren, die das eigene kulturelle Umfeld bereichern.

Gisela Winkler ist Fachpublizistin. Karl Köckenberger ist Geschäftsführer von CABUWAZI - Grenzkultur gGmbH



Freude über den Fall der Mauer

FOTO: PICTURE ALLIANCE/DPA

Brauchen wir eine neue Leitkulturdebatte?

»Wir brauchen eher eine »Leitdemokratiedebatte«, in der es um unsere politische Kultur und Selbstverständnis geht. Die Inhalte und Werte des Grundgesetzes wie z. B. das Asylrecht, Toleranz gegenüber dem Anderen und anderen Religionen sowie die Würde des Menschen müssen Leit motive unseres politischen Handelns bleiben und sind nicht verhandelbar.«

Arne Lietz ist SPD-Europaabgeordneter für Sachsen-Anhalt

»Zielführender als eine neue Leitkulturdebatte, die per se Konflikte schürt, scheint mir die Frage: Wie wollen wir in 10, 20 oder 30 Jahren leben? Wie sollte die demografische Zusammensetzung dann aussehen und was müssen wir tun, um friedlich dorthin zu gelangen?«

Matthias Burkart ist Architekt und Mitglied im Rat für Baukultur und Denkmalkultur

»Die deutsche Leitkulturdebatte bildet Hierarchien: »die« und »wir«. Ich lebe oft in Frankreich, dort wird aus »die« und »wir« ein »uns« – Immigranten und ihre kulturellen Leistungen werden innerhalb einer Generation zur französischen Kultur hinzugefügt. Darüber sollten wir sprechen: nicht was wir verlieren könnten. Sondern gewinnen.«

Nina George ist Schriftstellerin und Sprecherin der Initiative Fairer Buchmarkt

»Wir sollten uns lieber die Frage stellen, ob so viel kollektives Identitätsempfinden überhaupt nötig und zeitgemäß ist und ob die Zustimmung zu den Grundgesetzen nicht ausreichen könnte. Identität ist zuvörderst etwas Individuelles, Singuläres, Privates. Es gibt 82 Millionen verschiedene Weisen, »deutsch« zu sein.«

Tanja Dücker ist Schriftstellerin und Publizistin

»Was wir brauchen, ist eine offene Debatte über die kulturelle Dimension der Veränderungen, die wir erleben. Wie kann es gelingen, dass diese Begegnung der Kulturen sowohl von denen, die schon hier sind, wie auch von denen, die neu dazukommen, als Gewinn und nicht als Verlust wahrgenommen wird?«

Eva Leiprand ist Vorsitzende des Verbands deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller

»Wenn, dann nicht als Abgrenzung, wie vor einigen Jahren, sondern als Diskussion über das gemeinsame Wertefundament unserer Gesellschaft, wie es seinen Niederschlag im Grundgesetz gefunden hat. Dieses geht von der Würde und Freiheit des einzelnen Menschen aus, die sich gerade auch in kultureller Vielfalt ausdrücken kann.«

Martin Dörmann MdB ist kultur- und medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

»Nur das nicht! An dem Begriff Leitkultur haftet das Bedürfnis nach nationalistischer Selbstvergewisserung. Er besitzt nichts integrierendes, sondern lediglich ausschließendes. Wir brauchen Menschen, die ihre je eigene Kultur ganz selbstverständlich leben können. Dann werden sie auch frei genug sein, den Reichtum anderer Kulturen anzuerkennen.«

Jürgen Israel ist Publizist

»Die Frage nach der Notwendigkeit einer neuen Leitkulturdebatte erübrigt sich, denn wir haben bereits eine Leitkultur. Unsere Leitkultur ist das Grundgesetz insbesondere mit den Grundrechten, das verbindlich im Zentrum unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens steht und auf das wir mit Stolz blicken können.«

Eva Högl, MdB ist Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

»Mit dem Begriff »Leitkultur« kann ich wenig anfangen. Einer Kultur, die eine Art Herrschaftsanspruch formuliert, fehlt die Offenheit, die für mich zur Kultur gehört. Kultur lebt von Vielfalt und nicht von Grenzen. Eine Debatte über Werte hingegen ist für jede Gesellschaftskultur wichtig, gerade für eine, die dabei ist, noch vielfältiger zu werden.«

Lutz Marmor ist Vorsitzender der ARD

»Für mich stellt sich diese Frage nicht. Menschen vor Tod und Vertreibung Asyl zu gewähren, ist Ausdruck unserer humanistischen Kultur, die im Grundgesetz verankert ist. Selbstverständlich gelten das Grundgesetz und seine Werte dann auch für diejenigen, die auf seiner Grundlage bei uns Schutz finden.«

Mathias Brodtkorb ist Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern

»Literatur kennt keine Leitkultur. Die Werke der Autoren aus der arabischen, afrikanischen und asiatischen Literatur stehen gleichberechtigt neben europäischen oder amerikanischen Autoren in unseren Buchregalen. So sollte es auch im praktischen Leben sein.«

Christoph Links ist Verleger

»Welchen Begriff wir auch verwenden – wir müssen uns darüber verständigen, wie die Identität unserer demokratischen Gesellschaft mit den vielfältigsten kulturellen Lebensentwürfen und Biographien aussieht. Kunst und Kultur sind in besonderer Weise geeignet, Impulse für diese Verständigung zu liefern.«

Theresia Bauer ist Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg

»Nein, denn die Idee einer Leitkultur beruht auf Abgrenzung und innerer Homogenität. Kultur aber ist ein ständiger Aushandlungsprozess von Menschen, auf der Suche nach einem System der Selbstvergewisserung. Dieser kann nicht abgeschlossen werden, er wird nie ‚fertig‘ – was die Idee der Leitkultur jedoch zu versprechen scheint. Was wir daher anstelle einer neuen Leitkulturdebatte brauchen, ist eine Verständigung auf die einzig denkbare globale »Leitkultur«: die Orientierung an den Menschenrechten, mit der wir unser Zusammenleben im Sinne einer transkulturellen, von Vielfalt geprägten Gesellschaft gestalten können.«

Hildegard Bockhorst ist Projektreferentin Kulturelle Bildung Online und Sprecherin des Rats für Soziokultur und kulturelle Bildung im Deutschen Kulturrat

»Kulturelle Vielfalt ist Chance und Bereicherung des Zusammenlebens in einer Gesellschaft. Denn Kommen und Gehen sind Teil menschlichen Alltagshandelns, Austausch und Migration ebenso der »Normalfall« gesellschaftlichen und kulturellen Wandels, dies spiegelt sich auch im Bau- und Denkmalbestand wieder.«

Barbara Seifen, Vereinigung der Landesdenkmalpfleger, VdL, im Rat für Baukultur und Denkmalkultur des Deutschen Kulturrates

Zum Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Kulturgutschutzrechtes Stellungnahme des Deutschen Kulturrates



Berlin, den 30.09.2015. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, positioniert sich mit dieser Stellungnahme zum »Referentenentwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Kulturgutschutzrechtes«. Im Dezember 2014 hatte der Deutsche Kulturrat erstmals zur geplanten Novellierung des Kulturgutschutzes in Deutschland Stellung genommen. Grundlage war der Fragenkatalog Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) zur Novellierung des Kulturgutschutzes. Der Deutsche Kulturrat hat in der Stellungnahme vom Dezember 2014 grundsätzlich eine Reform des Kulturgutschutzes und die Zusammenführung der bestehenden Vorschriften in einem Gesetz begrüßt. Im geplanten Kulturgutschutzgesetz sollen bisher in unterschiedlichen Normen fixierten Regeln zusammengeführt und die EU-Richtlinie zum Kulturgutschutz vom Mai 2014 in nationales Recht übersetzt werden. Ein weiteres Ziel ist es, insbesondere die Regeln zur Einfuhr von Kulturgut klarer zu fassen und auf die Kulturgutschutzpraxis in anderen Ländern besser zu reagieren. Mit dem Kulturgutschutzgesetz soll die Aus- und die Einfuhr sowie die Rückgabe von Kulturgut in einem Gesetz geregelt werden. Diesen zusammenführenden Ansatz begrüßt der Deutsche Kulturrat ausdrücklich.

Der Deutsche Kulturrat unterstreicht mit dieser Stellungnahme, dass die »UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen« auch bei diesem Gesetzesvorhaben zur Richtschnur genommen werden muss. Das bedeutet u.a., die Kulturwirtschaft nicht durch überbordende bürokratische Vorschriften zu belasten. Der Handel mit Kunst, mit Kulturgütern, aber auch mit wertvollen Büchern, Handschriften usw. ist ein essentieller Teil des Kulturbetriebs. Ebenso gehört zum Kulturbetrieb, dass Privatpersonen sowie Unternehmen Kulturgüter kaufen und sammeln. Von diesem privaten Engagement können auch öffentliche Kultureinrichtungen bzw. mehrheitlich öffentlich geförderte Kultureinrichtungen profitieren, wenn ihnen beispielsweise Kunstwerke und Kulturgüter als Leihgaben zur Verfügung gestellt werden. Darum begrüßt der Deutsche Kulturrat ausdrücklich die Klarstellung, dass Leihgaben in Museen nicht automatisch unter Kulturgutschutz gestellt werden. Diese Unterschutzstellung muss vom Leihgeber ausdrücklich gewünscht und kann jederzeit widerrufen werden. Handelt es sich um Werke lebender Künstler so müssen sie der Unterschutzstellung zustimmen.

Der Deutsche Kulturrat geht davon aus, dass außerhalb von Museen nur wenige Arbeiten in ein Verzeichnis national wertvollen Kulturgutes aufgenommen sind. Angesichts aktueller Debatten und Missverständnisse zum Begriff des national wertvollen Kulturguts regt der Deutsche Kulturrat einen kulturpolitischen Diskurs zu diesem Thema an. Hierfür könnte ein Kongress mit internationaler Beteiligung den Austausch und die Diskussion befördern.

Nachfolgend äußert sich der Deutsche Kulturrat zu ausgewählten Sachverhalten des Entwurfs eines Gesetzes zur Neuregelung des Kulturgutschutzrechts:

Der Deutsche Kulturrat begrüßt, dass in § 4 Internetportal zum Kulturgutschutz geregelt werden soll,

- dass der Bund ein zentrales Internetportal zum Kulturgutschutz errichtet und unterhält. Ein solches Portal wird

zu mehr Transparenz beim Kulturgutschutz sowohl mit Blick auf die Ausfuhr wie auch die Einfuhr beitragen.

Der Deutsche Kulturrat regt an,

- dass in dem Internetportal neben den Verzeichnissen national wertvollen Kulturguts und den Eintragungsanforderungen für national wertvolles Kulturgut auch Ansprechpartner in Bund und Ländern sowie die Mitglieder der Sachverständigenkommissionen zur Eintragung von national wertvollem Kulturgut verzeichnet werden.

Der Deutsche Kulturrat begrüßt, dass in § 6 Nationales Kulturgut klargestellt wird,

- dass neben dem nationalen Kulturgut, das in ein Verzeichnis national wertvollen Kulturguts eingetragen ist, Kulturgut, das sich in öffentlichem Eigentum einer Kulturgut bewahrenden Einrichtung oder in einer Einrichtung, die überwiegend durch Zusagen der öffentlichen Hand finanziert wird, befindet, als nationales Kulturgut betrachtet wird. Dies entlastet die Verantwortlichen der angeführten Sammlungen von der Entscheidung, für einzelne Sammlungsstücke eine Eintragung in eine Liste national wertvollen Kulturguts zu beantragen. Darüber hinaus ist dies insbesondere mit Blick auf Ansprüche auf Rückgabe im Fall von abhanden gekommenem Kulturgut bedeutsam;
- dass Leihgeber von Kulturgütern an öffentliche oder überwiegend öffentlich finanzierte Kultureinrichtungen die Möglichkeit erhalten, für die Dauer der Leihgabe das Kulturgut ebenfalls unter den Schutz als national bedeutsames Kulturgut stellen zu lassen. Damit wird auch klargestellt, dass die entliehenen Kulturgüter nicht automatisch dem Kulturgutschutz unterliegen und private Leihgeber nicht gezwungen werden können, ihr Eigentum unter Schutz stellen zu müssen.

Der Deutsche Kulturrat sieht allerdings nach wie vor das Erfordernis,

- dass praktikable Lösungen für den Schutz von Sammlungen in privater Trägerschaft, die eine öffentliche Aufgabe wahrnehmen, wie beispielsweise der Murnau-Stiftung, entwickelt werden müssen.

Der Deutsche Kulturrat begrüßt, dass in § 7 Eintragung in ein Verzeichnis national wertvollen Kulturgutes ausgeführt wird,

- dass Werke lebender Urheber nur mit deren Zustimmung eingetragen werden. Diese Klarstellung sollte insbesondere Bedenken von Künstlern zerstreuen, dass gegen ihren Willen Werke als national wertvolles Kulturgut eingetragen werden. Dies gilt unabhängig davon, ob die Werke nach wie vor Eigentum der Urheber sind oder ob sie an einen privaten Dritten veräußert wurden.

Der Deutsche Kulturrat sieht das Erfordernis, in der Begründung zu präzisieren und entsprechend zu kommunizieren,

- dass Werke lebender Künstler, die sich im Eigentum der öffentlichen Hand befinden, wie z.B. Kunstsammlung des Bundes, automatisch unter den Kulturgutschutz öffentlicher Sammlungen fallen.

Der Deutsche Kulturrat begrüßt, dass in § 7 Eintragung in ein Verzeichnis national wertvollen Kulturgutes deutlich gemacht wird,

- dass an die Eintragung von Werken in ein Verzeichnis national wertvolles Kulturguts hohe Anforderungen gestellt und diese auch beschrieben werden. Sowohl aus dem Gesetzestext als auch der Begründung geht hervor, dass einem inflationären Gebrauch dieses besonderen Schutztitels vorgebeugt und die Eintragungshürden hoch gelegt werden sollen.

Der Deutsche Kulturrat gibt zu bedenken,

- dass bei der Bewertung von Kulturgut als für Deutschland bedeutsam und identitätsstiftend nicht nur historische oder gesellschaftliche, sondern auch künstlerische bzw. gestalterische Aspekte herangezogen werden müssen. Hierzu wäre es erforderlich, die bestehende Begriffsdefinition von Kulturgut, um den gestalterischen Bereich zu erweitern. Dieses kommt zwar in der Begründung zum Ausdruck, sollte aber auch im Gesetz selbst klargestellt werden.

Der Deutsche Kulturrat begrüßt, dass in § 12 Steuerliche Begünstigung von national wertvollem Kulturgut, Ausgleich bei Verkauf infolge wirtschaftlicher Notlage klar benannt wird,

- dass eine Eintragung in ein Verzeichnis national wertvollen Kulturguts steuer- und erbschaftsrechtliche Privilegierungen zur Folge hat;
- dass ein Eigentümer von national wertvollem Kulturgut, sollte er aus wirtschaftlichen Gründen zum Verkauf gezwungen sein und aufgrund der Eintragung einen geringeren Erlös erzielt, einen billigen Ausgleich beantragen kann. Hier wird die Regel aus dem geltenden Kulturgutschutzgesetz übernommen.

Der Deutsche Kulturrat begrüßt, dass in § 13 Löschung der Eintragung die besondere Verantwortung für NS-verfolgt entzogenes Kulturgut berücksichtigt wird,

- dass für Eigentümer oder deren Rechtsnachfolger von NS-verfolgt entzogenem Kulturgut die Eintragung von national wertvollem Kulturgut in ein Verzeichnis gelöscht wird, wenn der NS-verfolgt entzogene Kulturgut festgestellt wird. Das hat zur Folge, dass dieses Kulturgut an den Eigentümer oder dessen Rechtsnachfolger ausgeführt werden kann. Hiermit wird eine gesetzliche Lücke geschlossen.

Der Deutsche Kulturrat begrüßt, dass in § 14 Eintragungsverfahren festgelegt wird,

- dass für das Eintragungsverfahren in ein Verzeichnis national wertvollen Kulturguts ein mindestens fünfköpfiges Expertengremium zu beteiligen ist;
- dass in der Begründung davon ausgegangen wird, dass die Länder die entsprechenden Landesverbände aus dem Museumsbereich und des Kunsthandels, um Vorschläge für das Expertengremium bitten.

Der Deutsche Kulturrat geht davon aus,

- dass der Bund bei der Besetzung seines »Platzes« in den Sachverständigenausschüssen der Länder ebenfalls auf die Fachkompetenz aus den Kulturverbänden zurückgreifen wird.

Der Deutsche Kulturrat fordert, dass hinsichtlich der in § 15 Mitwirkungspflichten während des Eintragungsverfahrens beschriebenen Rechteinräumung bzw. -übertragung klargestellt wird,

- dass entstehende Kosten für den Eigentümer aus Ziffer 3 von der öffentlichen Hand erstattet werden.

Der Deutsche Kulturrat bedauert, dass in § 18 Beschädigungsverbot nicht mehr vom Substanzerhalt des eingetragenen Kulturguts die Rede ist, sondern unspezifisch formuliert wird, dass es verboten sei, das Kulturgut zu beschädigen bzw. sein Erscheinungsbild »nicht nur unerheblich« zu verändern. Es wird der Eindruck erzeugt, dass es dem Eigentümer bzw. Besitzer des Kulturguts überlassen wird, selbst zu entscheiden, wann eine Veränderung »nicht nur unerheblich ist«. Die Einschätzung, wann eine Veränderung des Erscheinungsbildes des Kulturguts erheblich ist, muss Fachleuten vorbehalten bleiben.

Der Deutsche Kulturrat fordert daher,

- dass der Begriff der »nicht nur unerheblichen« entweder in § 2 Abs. 1 gesetzlich definiert wird oder die Einschränkung auf »nicht nur unerhebliche« Veränderungen aus dem Gesetz gestrichen wird.

Der Deutsche Kulturrat begrüßt, dass in § 32 Unrechtmäßige Einfuhr von Kulturgut klargestellt wird,

- dass beim Einfuhrverbot die geltenden Rechtsvorschriften des Herkunftslandes zugrunde gelegt werden sollen und dabei auch darauf abgehoben wird, dass bei archäologischem Kulturgut das Herkunftsland teilweise nicht zweifelsfrei festgestellt werden kann und hier Ländergruppen herangezogen werden können. Die bisherigen Bestimmungen hinsichtlich der unrechtmäßigen Einfuhr sind ins Leere gelaufen, weil auf ein in anderen Staaten nicht übliches Listenprinzip abgehoben wurde. Strenge Einfuhrbestimmungen für archäologisches Kulturgut sind gerade mit Blick auf die vielfach schwierige politische Situation in den Herkunftsländern archäologischen Kulturguts von sehr großer Bedeutung.

Der Deutsche Kulturrat sieht das Erfordernis,

- dass einem möglichen Generalverdacht gegenüber Händlern von archäologischem Kulturgut entgegengetreten werden muss, mit illegalem Kulturgut zu handeln. Die bestehenden Stichtagsregeln (26.04.2007 Inkrafttreten der UNESCO-Konvention von 1970 in Deutschland und 31.12.1992 Inkrafttreten der entsprechenden EU-Richtlinie) gilt es stärker zu kommunizieren. Nicht von der Hand zu weisen ist, dass Händler, die archäologisches Kulturgut anbieten, strengen Nachweisregeln unterliegen. Bei einer Regelung ist zu beachten, dass der An- und Verkauf von Kulturgut eine geschäftliche Angelegenheit ist und Geschäftsbeziehungen nicht veröffentlicht werden müssen;
- dass eine unkompliziert handhabbare Lösung für private Sammler gefunden werden muss, die ihre Sammlungen vor 2007 erworben haben.

Der Deutsche Kulturrat begrüßt, dass bei den Sorgfaltspflichten beim Verkauf von Kulturgut (§ 41 Allgemeine Sorgfaltspflichten, § 42 Sorgfaltspflichten beim gewerblichen Inverkehrbringen, § 43 Erleichterte Sorgfaltspflichten beim gewerblichen Inverkehrbringen) zwischen Privatpersonen und dem Handel unterschieden wird. Es ist wichtig,

- dass für Privatpersonen zwar weniger Pflichten beim Verkauf von Kulturgut gelten, zugleich aber einige vertretbare Sorgfaltspflichten im Gesetz genannt sind;
- dass für den professionellen Handel strengere Maßstäbe gelten, die sich an den Verhaltenskodices der einschlägigen Verbände orientieren. Dies unterstreicht die Relevanz des professionellen Handels und schafft Rechtssicherheit für Käufer;
- dass erleichterte Sorgfaltspflichten für den Handel mit zeitgenössischer Kunst eingeführt werden sollen. Damit wird nochmals untermauert, dass die zeitgenössische Kunst nicht im Fokus des Kulturgutschutzgesetzes steht.

Der Deutsche Kulturrat kann nachvollziehen, dass mit Blick auf das Ziel, künftig die Provenienz eines Werks nachweisen zu können, Vorschriften zu § 45 Aufbewahrungs- und Aufzeichnungspflichten normiert werden. Der Deutsche Kulturrat gibt allerdings zu bedenken,

- dass vom Kunst- und Antiquitätenhandel durch das neue Gesetz Aufbewahrungspflichten verlangt werden, die über die Aufbewahrungspflichten eines Kaufmanns deutlich hinausgehen. Offen ist, was mit den 30 Jahre aufzubewahrenden Dokumenten passiert, wenn eine Firma aufgegeben wird und kein Nachfolger die Firma übernimmt. Hierfür gilt es, bundeseinheitliche Regeln für geeignete Aufbewahrungsorte vorzugeben, bei denen sichergestellt ist, dass Geschäftsgeheimnisse Konkurrenten nicht zugänglich gemacht werden. Bei der Entwicklung einer entsprechenden Vorschrift sowie Auswahl eines entsprechenden Archivs sollte die Sachkenntnis der Fachverbände genutzt werden. Die örtlichen Industrie- und Handelskammern wären kein geeigneter Aufbewahrungsort für diese sensiblen Unterlagen;
- dass auf die Verbände des Kunst- und Antiquitätenhandels ein erhöhter Beratungsbedarf ihrer Mitglieder zukommen wird, weil ihnen über die kaufmännischen Vorschriften hinausgehende Nachweispflichten auferlegt werden. Hier sollte analog der Unterstützung von öffentlichen Einrichtungen bei der Provenienzforschung eine finanzielle Unterstützung für diese zusätzliche Aufgabe beantragt werden können.

Das Wichtigste zur Kulturpolitik

Jetzt testen!

Abonnieren Sie jetzt für 18 Euro im Jahr inkl. Versandkosten!

Per Telefon: 030.226 05 280, Fax: 030.226 05 2811 oder E-Mail: info@politikundkultur.net.



Zum Referentenentwurf eines VG-Richtlinie-Umsetzungsgesetzes Stellungnahme des Deutschen Kulturrates



Berlin, den 14.08.2015. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, positioniert sich hiermit zum Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz eines „Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2014/26/EU über die kollektive Wahrnehmung von Urheber- und verwandten Schutzrechten und die Vergabe von Mehrgebietslizenzen für Rechte an Musikwerken für die Online-Nutzung im Binnenmarkt sowie zur Änderung des Verfahrens betreffend die Geräte- und Speichermedienvergütung“ (VG-Richtlinien-Umsetzungsgesetz). Der Deutsche Kulturrat hat sich am 26.06.2013 – noch vor der Verabschiedung der VG-Richtlinie – zu dem Richtlinienvorschlag geäußert und Verbesserungen eingefordert. In seiner Stellungnahme vom 15.09.2014 „Kollektive Wahrnehmung von Urheber- und verwandten Schutzrechten“ hat der Deutsche Kulturrat ferner auf den Fragenkatalog des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz zur Umsetzung der zwischenzeitlich verabschiedeten VG-Richtlinie geantwortet. Die vorliegende Stellungnahme baut auf den bereits verabschiedeten Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates auf.

Dem Deutschen Kulturrat gehören Verbände und Institutionen aller künstlerischen Sparten, der Künstler, der Kulturwirtschaft, der Kultureinrichtungen und der Kulturvereine an. Er repräsentiert damit ein breites Spektrum an Interessen aus dem kulturellen Leben in Deutschland. Er vertritt Urheber und andere Rechteinhaber sowie Nutzer künstlerischer Werke.

Aus Sicht des Deutschen Kulturrates handelt es sich beim vorliegenden Referentenentwurf insgesamt um einen systematisch ausgewogenen Entwurf, der die verbindlichen Vorgaben der VG-Richtlinie umsetzt und vielfach Handlungsspielräume sinnvoll ausschöpft. Das gilt bereits für die Bezeichnung der Verwertungsgesellschaften, die erfreulicherweise ihren eingeführten Namen – „Verwertungsgesellschaften“ – behalten können und nicht als „Organisationen für die kollektive Rechtswahrnehmung“ tituliert werden müssen. An einigen Stellen besteht allerdings noch deutlicher Klarstellungs- bzw. Ergänzungsbedarf.

Bevor nachfolgend auf einzelne Normen und deren Begründung eingegangen wird, sollen zunächst vier aus kulturpolitischer Sicht besonders wichtige Aspekte hervorgehoben werden:

1. Soziale und kulturelle Zwecke

Das bestehende Urheberrechtswahrnehmungsgesetz sieht vor, dass kulturell bedeutende Werke und Leistungen zu fördern sind und Verwertungsgesellschaften „Vorsorge- und Unterstützungseinrichtungen“ einrichten sollen. Diese „Soll-Vorschrift“ im geltenden Recht wird durch die vorgeschlagene Regelung in § 32 VGG-E, die als bloße „Kann-Vorschrift“ ausgestaltet ist, deutlich herabgestuft.

Der Deutsche Kulturrat fordert, die bisherige – weitgehend verbindliche – Vorgabe für Verwertungsgesellschaften beizubehalten. Verwertungsgesellschaften in Deutschland sind mehr als Inkassoeinrichtungen zur Einziehung von Vergütungsansprüchen aus der Nutzung urheberrechtlich geschützter Werke. Verwertungsgesellschaften haben traditionell auch einen kulturpolitischen Auftrag. Die Vorsorge- und Unterstützungseinrichtungen der Verwertungsgesellschaften besitzen darüber hinaus eine wichtige staatsentlastende Funktion. Gerade durch die kulturellen und sozialen Aufgaben kommt der Charakter und das Selbstverständnis von

Verwertungsgesellschaften als „Selbsthilfeorganisationen“ der Urheber und Rechteinhaber besonders deutlich zum Ausdruck.

Der Deutsche Kulturrat sieht ferner das Erfordernis, dass nicht nur in § 32 Abs. 2 VGG-E auf die Förderung kulturell bedeutender Werke und Leistungen abgestellt wird, sondern dass diese Förderung nach wie vor über den Verteilungsplan möglich sein muss, so dass den Verwertungsgesellschaften mindestens zwei gesetzlich festgelegte Instrumente zur Förderung kulturell bedeutender Werke und Leistungen an die Hand gegeben werden.

Weiter hält es der Deutsche Kulturrat, wie schon in seiner Stellungnahme vom 15.09.2014 formuliert, für erforderlich, klarzustellen, dass die Verwertungsgesellschaften auch kulturpolitische Initiativen sowie Initiativen zur Stärkung des Urheberrechts unterstützen können.

2. Erlaubnispflicht

In seiner Stellungnahme vom 15.09.2014 hat sich der Deutsche Kulturrat für die Beibehaltung der in Deutschland bewährten Erlaubnispflicht für Verwertungsgesellschaften ausgesprochen. Im VG-Richtlinie-Umsetzungsgesetz wird diese Erlaubnispflicht für deutsche Verwertungsgesellschaften vorgeschrieben. Für Verwertungsgesellschaften aus dem EU-Ausland ist hingegen keine Erlaubnispflicht vorgesehen, vielmehr gilt das Sitzlandprinzip. Dem Deutschen Patent- und Markenamt wird die Aufgabe zugedacht, dass es überprüft, ob Verwertungsgesellschaften aus dem EU-Ausland, die in Deutschland tätig werden, möglicherweise gegen das im Sitzland geltende Recht verstoßen. Diese Regelung erscheint wenig praxistauglich. Der Deutsche Kulturrat fordert daher, dass auch Verwertungsgesellschaften aus dem EU-Ausland zumindest für den von der Richtlinie nicht erfassten Bereich, etwa die Wahrnehmung von verwertungsgesellschaftspflichtigen Rechten eine Erlaubnis des Deutschen Patent- und Markenamtes benötigen. Der Deutsche Kulturrat stützt sich bei dieser Forderung auf Erwägungsgrund 12 der EU-Richtlinie, der weitergehende Spielräume eröffnet.

Sollte das BMJV eine Erlaubnispflicht für Verwertungsgesellschaften aus dem EU-Ausland für europarechtlich bedenklich halten, so sollte zumindest klargestellt werden, dass die Vermutungsregeln im VGG-E für Verwertungsgesellschaften mit Sitz in Deutschland gelten.

3. Sicherheitsleistung

Die gerichtliche Durchsetzung der Geräte- und Speichermedienvergütung dauert häufig viele Jahre. Während dieser Zeit zahlen die Hersteller und Importeure keinerlei Vergütungen, obwohl ihre Geräte- und Speichermedien für gesetzlich erlaubte Vervielfältigungen genutzt werden können. Es kommt hinzu, dass die Gefahr besteht, dass Vergütungsschuldner am Ende eines erfolgreich geführten Prozesses zahlungsunfähig sind. Bereits seit vielen Jahren wird deshalb vom Deutschen Kulturrat gefordert, eine Hinterlegungspflicht für gesetzliche Vergütungsansprüche einzuführen. Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD wurde eine entsprechende Regelung zugesichert. Der Deutsche Kulturrat ist deshalb sehr erfreut, dass mit der in § 107 VGG-E neu eingeführten „Sicherheitsleistung“ dem vorgetragenen Anliegen Rechnung getragen wird.

4. Kosten

Der Deutsche Kulturrat gibt zu bedenken, dass die bei den Verwertungsgesellschaften mit der Umsetzung des

Verwertungsgesellschaftengesetzes veranschlagten Kosten sehr niedrig angesetzt sind. Die vom europäischen und dem deutschen Gesetzgeber geforderten Änderungen in den Statuten, der Arbeitsweise und der Transparenz der Verwertungsgesellschaften erfordern umfangreiche Maßnahmen und Entscheidungsprozesse, die nach den Vorausschätzungen der Verwertungsgesellschaften den veranschlagten Betrag deutlich übersteigen werden. Die entstehenden Kosten werden zu Lasten der Ausschüttungen an die Urheber, Leistungsschutzberechtigten und anderen Rechteinhaber gehen.

Im Folgenden meldet der Deutsche Kulturrat zu weiteren einzelnen Normen und Begründungen Änderungs- bzw. Klarstellungsbedarf an:

§§ 2, 3, 4 *Verwertungsgesellschaft, Abhängige Verwertungseinrichtung, Unabhängige Verwertungseinrichtung*
Die vorgeschlagene Definition einer Verwertungsgesellschaft lehnt sich eng an das bisherige Recht und die Vorgaben der EU-Richtlinie an und ist nicht zu beanstanden. Der Deutsche Kulturrat begrüßt darüber hinaus, dass auch unabhängige Verwertungseinrichtungen erfasst werden. Als problematisch erachtet der Deutsche Kulturrat allerdings, dass diese gewinnorientierten Organisationen, die mit Verwertungsgesellschaften in einem unmittelbaren Wettbewerb stehen können, deutlich weniger Vorgaben unterliegen als Verwertungsgesellschaften. Wichtig ist in diesem Zusammenhang zunächst, dass der Hinweis in der Begründung zu § 4 VGG-E, wonach diese Verwertungseinrichtungen keine erhebliche Rolle für den deutschen Markt spielen, nicht den Tatsachen entspricht (vgl. nur Bereiche wie Hintergrundmusik, Werbung oder Games). Daher wird es für die Funktionsfähigkeit und Relevanz der europäischen Verwertungsgesellschaften essentiell sein, dass die kommerziellen Verwertungseinrichtungen zumindest insofern, als sie wie Verwertungsgesellschaften agieren, ebenso wie diese reguliert werden. Das BMJV wird deshalb dringend gebeten zu prüfen, inwieweit noch weitere Vorgaben des VGG auf unabhängige Verwertungseinrichtungen Anwendung finden können.

§ 5 *Rechtsinhaber*

Der Deutsche Kulturrat geht davon aus, dass § 5 Abs. 1 VGG-E auch Verlage erfasst und diese aufgrund des Verlagsvertrages in angemessener Weise an den Einnahmen der Verwertungsgesellschaften aufgrund von Nutzungsrechten oder gesetzlichen Vergütungsansprüchen partizipieren können. Vor dem Hintergrund von bereits mehrjährigen gerichtlichen Auseinandersetzungen und der damit verbundenen Rechtsunsicherheit für Verwertungsgesellschaften hält er der Kulturrat aber für unerlässlich, diese zentrale Frage in dem Gesetzentwurf unmissverständlich zu regeln.

§ 10 *Zustimmung zur Rechtswahrnehmung*

Aus Sicht des Deutschen Kulturrates sollte in der Begründung klargestellt werden, dass bei gesetzlichen Fiktionen, wie bei der Kabelweiterleitung nach § 50 VGG-E, eine Zustimmung nicht erforderlich ist.

§ 11 *Nutzungen für nicht kommerzielle Zwecke*

Der Deutsche Kulturrat erachtet es als positiv, dass von einer gesetzlichen Definition der nicht-kommerziellen Nutzung abgesehen wurde. Er hatte dieses in seiner Stellungnahme vom 15.09.2014 auch so formuliert. Es ist

richtig, dass die Verwertungsgesellschaften selbst die Bedingungen der Einräumung von Rechten zur nicht-kommerziellen Nutzung festlegen können. Der Deutsche Kulturrat geht davon aus, dass die Norm nicht auf gesetzliche Vergütungsansprüche Anwendung findet. Dieses sollte aus der Begründung hervorgehen.

§ 13 *Voraussetzungen für die Mitgliedschaft*

Auch die Regelungen zur Mitgliedschaft und zu den Rechten der Mitgliederversammlung in den §§ 13 ff. VGG-E sollten rechtsformneutral ausgestaltet werden und mit deutschem GmbH-Recht vereinbar sein, das insbesondere keinen Aufnahmezwang kennt.

§ 19 *Durchführung der Mitgliederversammlung; Vertretung*

Der Deutsche Kulturrat erkennt an, dass mit § 19 Abs. 3 VGG-E eine größere Beteiligung der Mitglieder an Entscheidungsprozessen der Mitgliederversammlung intendiert ist. Er ist der Meinung, dass mit einem Live-Stream der Mitgliederversammlung dieser Beteiligung hinreichend Rechnung getragen werden könnte. Eine elektronische „Live“-Beteiligung von Mitgliedern dürfte dagegen zu unabsehbaren organisatorischen Schwierigkeiten und enormen zusätzlichen Kosten führen.

Art. 6 (4) und Erwgr 23 der Wahrnehmungsrichtlinie enthalten gerade keine zwingende Verpflichtung der Verwertungsgesellschaften, ihren Mitgliedern die Ausübung aller Mitgliedschaftsrechte im Wege der elektronischen Kommunikation zu ermöglichen. Die als Vorlage dienende Regelung in § 118 (1) Satz 2 AktG ist aus gutem Grund nur eine „Kann-Vorschrift“ und sieht vor, dass die elektronische Kommunikation auf einzelne Rechte eingeschränkt werden kann. Die elektronische Ausübung des Stimmrechts und sonstiger Teilnahmerechte ist mit zahlreichen technischen und rechtlichen Schwierigkeiten und einem hohen Missbrauchs- und Manipulationsrisiko verbunden, die sich bei politischen Parteien und Aktiengesellschaften in der Vergangenheit immer wieder als unüberwindbar herausgestellt hat. Unserer Kenntnis nach gibt es aktuell keine einzige größere Aktiengesellschaft, die von der Möglichkeit des § 118 (1) Satz 2 AktG Gebrauch macht und ihren Aktionären die elektronische Ausübung sämtlicher Mitbestimmungsrechte ermöglicht. Sinnvoll wäre dagegen, die Verwertungsgesellschaften Einzelheiten dazu in ihren Statuten selbst festlegen.

Mit Blick auf § 19 Abs. 4 VGG-E sollte der Gesetzgeber es den Verwertungsgesellschaften überlassen, Beschränkungen der Vertretungsbefugnis in ihren Satzungen vorzusehen. Das gilt insbesondere für die Möglichkeit der Beschränkung der Zahl der Vollmachten sowie für die Vorgabe, dass sich nur Mitglieder derselben Berufsgruppe gegenseitig vertreten können. Ansonsten werden in den Verwertungsgesellschaften, in denen bisher ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den einzelnen Mitgliedergruppen herrscht, deutliche Ungleichgewichte entstehen.

Weiterhin sollten die Verwertungsgesellschaften, wie in der VG-Richtlinie vorgesehen, nach wie vor die Möglichkeit haben, die Stimmrechte nach Ausschüttung und Dauer der Zugehörigkeit zu gewichten.

§ 20 *Mitwirkung der Berechtigten, die nicht Mitglieder sind*

Der Deutsche Kulturrat bittet zu prüfen, inwieweit Delegiertenvertreter bei einer als GmbH verfassten Verwertungsgesellschaft rechtlich zulässig

stimmberechtigt an Entscheidungen der Gesellschafterversammlung mitwirken können. Stattdessen könnte die Schaffung eines eigenen Gremiums der Delegiertenversammlung erwogen werden.

§ 22 *Aufsichtsgremien*

Diese Regelung stellt eine erhebliche Gefährdung des ehrenamtlichen Engagements innerhalb der Verwertungsgesellschaften dar. Mitglieder einer Verwertungsgesellschaft (Urheber, Verlage etc.) sind erfahrungsgemäß nicht bereit, ihren versammelten Kollegen (Wettbewerbern) Auskunft über ihr Tantiemenaufkommen zu geben. Die Regelung steht damit auch im Widerspruch zum Ziel der Richtlinie, die Teilhabe der Berechtigten an den Belangen der Verwertungsgesellschaft zu stärken.

Bei den verlangten Auskünften handelt es sich nicht nur für jedes einzelne Mitglied um höchst sensible personenbezogene Daten, sondern speziell bei Verlagsmitgliedern auch um unmittelbar wettbewerbsrelevante Informationen. Hier sollte deshalb geprüft werden, inwieweit es mit der VG-Richtlinie vereinbar ist, Auskünfte lediglich in bestimmten Größenordnungen zu erteilen.

§ 25 *Anlage der Einnahmen aus den Rechten*

Ob Verwertungsgesellschaften überhaupt verpflichtet sind, Einnahmen mündelsicher anzulegen, ist derzeit stark umstritten. Sofern an der Bestimmung des § 25 VGG-E festgehalten wird, hält der Deutsche Kulturrat den Verweis in Satz 2 auf die in § 1807 Abs. 1 Nr. 5 BGB genannten Kreditinstitute aber für zu eng. Vor dem Hintergrund der Überprüfbarkeit durch den Wirtschaftsprüfer gem. § 57 Abs. 2 VGG-E sollte eine Lösung gefunden werden, die einen angemessenen Ausgleich zwischen Angemessenheit und Flexibilität schafft.

§ 27 *Verteilungsplan*

Hier wäre aus Sicht des Deutschen Kulturrates eine Klarstellung erforderlich, dass weiterhin mit Hilfe des Verteilungsplans kulturell bedeutsame Werke und Leistungen besonders berücksichtigt werden können. Zum anderen sollte klargestellt werden, dass Verwertungsgesellschaften, die Urheber und Verlage vertreten, die Verteilung nach einheitlichen Quoten – und unabhängig von der Frage, wer die Rechte bei der Verwertungsgesellschaft eingebracht hat – vornehmen können.

§ 28 *Verteilungsfrist*

Der Deutsche Kulturrat hatte bereits in seiner Stellungnahme vom 15.09.2014 darauf hingewiesen, dass der Zeitrahmen von neun Monaten, innerhalb derer die Verteilung erfolgen muss, sehr knapp bemessen ist. In jedem Fall sollte aus Sicht des Deutschen Kulturrates klargestellt werden, dass wie bisher längere Meldezeiträume der Rechtsinhaber bei Verwertungsgesellschaften möglich sind. Ferner darf das Gebot einer zeitnahen Ausschüttung nicht dazu führen, dass die Kosten für Ausschüttungen unverhältnismäßig ansteigen und im schlimmsten Fall die Einnahmen vollständig nivellieren.

§ 37 *Hinterlegung; Zahlung unter Vorbehalt*

Der Gesetzentwurf sieht davon ab, eine Hinterlegungspflicht für gesetzliche Vergütungsansprüche zu schaffen. Für den Bereich der Geräte- und Speichermedienvergütung bietet § 107 VGG-E eine sinnvolle Lösung an. Offen bleibt, **Fortsetzung auf Seite 31** ▶

Fortsetzung von Seite 30

wie bei sonstigen gesetzlichen Vergütungsansprüchen zu verfahren ist. Der Kulturrat bittet, dies im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu prüfen.

§ 38 Tarife

Diese Regelung muss aus Sicht des Deutschen Kulturrates mit Blick auf den intendierten Wettbewerb auch auf Verwertungsgesellschaften aus dem EU-Ausland und auf unabhängige Verwertungseinrichtungen angewandt werden.

§ 41 Auskunftspflicht der Nutzer

Der Deutsche Kulturrat teilt die Einschätzung, dass Endverbraucher keine Auskunftspflichten auferlegt werden sollten. Er hält eine Begrenzung der Auskunftspflichten auf kommerzielle Nutzer, wie es in der Begründung anklingt, aber jedenfalls für unzureichend. Die Frage, wer Nutzer ist, richtet sich auch weiterhin nach den Regeln des materiellen Urheberrechts. Dies sollte klargestellt werden.

§§ 49, 50, 51 Vermutung bei gesetzlichen Vergütungsansprüchen/Außenseiter bei Kabelweitersendung/Vergriffene Werke

Der Deutsche Kulturrat ist der Auffassung, dass die gesetzlichen Vermutungs- und Fiktionsregelungen nach §§ 49 ff. VGG-E nur auf Verwertungsgesellschaften mit Sitz in Deutschland Anwendung finden dürfen. Zugleich muss auch sichergestellt werden, dass die Vermutungs- und Fiktionsregelung zugunsten der deutschen Verwertungsgesellschaften nicht durch das Auftreten einer Verwertungsgesellschaft aus dem EU-Ausland entfällt.

§ 56 Informationen für die Allgemeinheit

Der Deutsche Kulturrat sieht die gesellschaftlichen und politischen Anforderungen nach mehr Transparenz bei Verwertungsgesellschaften. Einige Verwertungsgesellschaften haben hierzu in den letzten Jahren bereits deutliche Anstrengungen unternommen und Verbesserungen erreicht. Es besteht deshalb aus Sicht des Kulturrates kein Anlass, über die Vorgaben der VG-Richtlinie hinauszugehen und eine Veröffentlichung von vollständigen Gesamtverträgen, die Geschäftsgeheimnisse enthalten können, auf der Internetseite vorzuschrei-

ben. Möglich wäre, dass, analog zu der zu veröffentlichenden Liste von Gegenseitigkeitsverträgen, auch eine Liste der Gesamtverträge veröffentlicht würde. Eine Offenlegung der Verträge ist auch zur Wahrung von Geschäftsgeheimnissen nicht geboten. Die geschlossenen Gesamtverträge müssen darüber hinaus ohnehin dem DPMA vorgelegt werden.

§ 85 Befugnisse der Aufsichtsbehörde

Der Deutsche Kulturrat sieht das Erfordernis, dass die Befugnisse in § 85 auch gegenüber Verwertungsgesellschaften aus dem EU-Ausland sowie unabhängige Verwertungseinrichtungen Anwendung finden müssen, sofern eine Erlaubnispflicht besteht.

§ 92 Zuständigkeit für Streitfälle nach dem Urheberrechtsgesetz und für Gesamtverträge

Bereits in seiner Stellungnahme vom 15.09.2014 hat der Deutsche Kulturrat formuliert, dass er die Schiedsstelle als geeignete Stelle ansieht. Er hat zugleich gefordert, dass deren Ressourcen deutlich erhöht werden. Letzteres gilt auch für nachfolgende gerichtliche Instanzen.

§ 112 Empirische Untersuchung zu Geräten und Speichermedien

Der Deutsche Kulturrat ist sehr erfreut, dass seine Monita an den geltenden Vorschriften im vorliegenden Referentenentwurf aufgenommen und einer Lösung zugeführt wurden.

§ 134 Übergangsvorschrift

Der Deutsche Kulturrat ist der Auffassung, dass die gewählten Fristen zur Umsetzung des Gesetzes in den Verwertungsgesellschaften sehr knapp bemessen sind. Die Umsetzung wird mit erheblichen Kosten verbunden sein. Gerade mit Blick auf die entstehenden Kosten, die zu Lasten der Rechtsinhaber gehen, wäre die Verlängerung der Frist auf zwölf Monate angemessen.

Im Zuge des laufenden Gesetzgebungsverfahrens regt der Deutsche Kulturrat die nachfolgenden Änderungen im Urheberrechtsgesetz an:

§ 40 Verträge über künftige Werke

Mit dem Verwertungsgesellschaftengesetz wird die Kommunikation zwischen Rechtsinhaber und Verwertungsgesell-

schaften in verschiedenen Bereichen auf elektronische Kommunikation verlagert. Dieses ist zu begrüßen und entspricht dem gegenwärtigen Stand der Technik. Der Deutsche Kulturrat regt an, zusätzlich in § 40 UrhG zu regeln, dass auf das Schriftformerfordernis bei Verträgen über künftige Werke ausschließlich im Hinblick auf Wahrnehmungsverträge von Verwertungsgesellschaften verzichtet werden kann. Dieses würde einen Beitrag zum Abbau von Bürokratie leisten.

§ 63a Gesetzliche Vergütungsansprüche

Hier sollte die Gelegenheit zur Klarstellung ergriffen und formuliert werden, dass Verleger an gesetzlichen Vergütungsansprüchen partizipieren können.

Darüber hinaus sieht der Deutsche Kulturrat Handlungsbedarf zur Identitätsfeststellung von Berechtigten, um zu verhindern, dass Wahrnehmungsverträge für „fiktive“ Rechteinhaber geschlossen werden. Hierbei sollte sich der Gesetzgeber an den Vorschriften von § 94 Absatz 4 TKG orientieren.

Nothilfe jetzt, Integration als langfristige Aufgabe

Deutscher Kulturrat zur aktuellen Flüchtlingssituation und der kulturpolitischen Verantwortung für die kulturelle Vielfalt

Berlin, den 30.09.2015. Die weltweiten Krisen, Bürgerkriege und wirtschaftliche Ungleichheit führen dazu, dass mehr und mehr Menschen ihre Heimat verlassen, flüchten oder auch vertrieben werden. Weltweit befinden sich nach Schätzungen des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) derzeit rund 60 Millionen Menschen auf der Flucht.

Deutschland war noch bis zur Mitte des letzten Jahrhunderts ein Auswanderungsland. Wirtschaftliche Not, politische oder religiöse Verfolgung haben dazu geführt, dass Menschen aus Deutschland ausgewandert sind. Die Verfolgung von Juden, Sinti und Roma, von Andersdenkenden und von Künstlern und Kulturschaffenden durch die Nationalsozialisten stehen für ein besonders düsteres Kapitel der deutschen Geschichte. Das Asylrecht (Politisch Verfolgte genießen Asyl. Art. 16a (1) GG) der Bundesrepublik Deutschland steht in direktem Zusammenhang mit der Verfolgung im Nationalsozialismus.

Unmittelbar nach dem Ende des 2. Weltkriegs hat die Bundesrepublik Deutschland in großem Umfang Vertriebene und Flüchtlinge aufgenommen. Auch in den nachfolgenden Jahrzehnten flüchteten in jeweils unterschiedlicher Stärke Menschen in die Bundesrepublik Deutschland bzw. reisten in diese ein. Zu nennen sind etwa Menschen, die die DDR verließen, Spätaussiedler aus Russland, Rumänien oder auch Polen, die sogenannten Boat People der 1970er Jahre aus Vietnam, russische Juden in den 1990er Jahren und andere mehr. Rückblickend zeigt sich, dass trotz nach wie vor im Einzelnen bestehender Defizite im Großen und Ganzen die Zuwanderung gelungen ist und Deutschland faktisch ein Einwanderungsland ist. Dies erfordert die Bereitschaft zum Leben in kultureller Vielfalt und den toleranten Umgang miteinander.

Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Kulturverbände, hat in einem mehrjährigen Dialogprozess mit Migrantenverbänden zwei Stellungnahmen zur interkulturellen Bildung erarbeitet, in denen der konkrete Handlungsbedarf von Bund, Ländern, Kommunen, Verbänden und Kultureinrichtungen zur kulturellen Bildung in einer von kultureller Vielfalt geprägten Gesellschaft zusammengeführt ist.

Sowohl die Stellungnahme „Lernorte interkultureller Bildung im vorschulischen und schulischen Kontext“ vom 08.10.2010 als auch die Stellungnahme „Lernorte interkultureller Bildung“ vom 29.06.2011 haben an Bedeutung nicht verloren.

Mit Blick auf die aktuelle Ankunft sehr vieler Menschen, die in Deutschland Zuflucht suchen, stellt der Deutsche Kulturrat fest:

- das große bürgerschaftliche Engagement beim Empfang, der Unterbringung und den Hilfeleistungen für Geflüchtete beweist die Stärke der Zivilgesellschaft und zeigt, dass insbesondere die organisierte Zivilgesellschaft einen unverzichtbaren Beitrag für das Gemeinwesen leistet,
- das Engagement vieler Bildungs- und Kultureinrichtungen belegt, wie sehr sich auch der Kulturbereich gefordert sieht, seinen Beitrag zur Teilhabe und Integration von Flüchtlingen zu leisten,
- die vergleichsweise hohe Zahl an Asylanträgen und die hohe Belastung der damit betrauten Behörden dürfen nicht zu einer Absenkung der

ordnungsgemäßen Prüfung führen, da das verfassungsrechtlich zugesicherte Asylrecht ein hohes Gut ist,

- fremdenfeindlichen und rassistischen Äußerungen und Angriffen muss entschieden entgegen getreten werden. Der Deutsche Kulturrat fordert:
- verstärkt in Flüchtlingsunterkünften mit Mitteln von Kunst und Kultur zu arbeiten,
- denn künstlerische Ausdrucksformen bieten die Möglichkeit traumatische Erlebnisse zu verarbeiten,
- denn die aktive Beschäftigung mit Kunst und Kultur vertreibt die Langeweile und das Warten in Flüchtlingsunterkünften,
- denn künstlerische oftmals auch nonverbale Mittel können zur Verständigung beitragen
- bereits bestehende Aktivitäten auszubauen und Künstler sowie Kultur- und Bildungseinrichtungen gezielt zu ermutigen, sich in ihren Institutionen und in Flüchtlingsunterkünften zu engagieren,
- die eigenen Mitglieder auf, geeignete Angebote für Zuflucht suchende Menschen zu entwickeln, um ihnen

das Ankommen in Deutschland zu erleichtern.

- einen sensiblen Umgang mit Sprache und Bildern, wenn von geflüchteten Menschen die Rede ist. Hier sind insbesondere die Medien, Zeitungen und audiovisuelle Medien gefordert. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk könnte hier beispielhaft wirken,
- die Verankerung von Deutsch als gemeinsamer Sprache im Grundgesetz. Die deutsche Sprache ist ein wesentliches kulturelles Bindeglied in Deutschland und sollte daher eine besondere Beachtung erfahren.

Der Deutsche Kulturrat fordert Bund, Länder und Kommunen auf, die Bildungs- und Kultureinrichtungen in die Lage zu versetzen, die Chancen und Herausforderungen im Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunftskulturen mitzugestalten bzw. bewältigen zu können. Hierzu gehört auch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für qualifiziertes Personal und Sachmittel.

Neben der aktuellen Hilfe für jetzt Flüchtende dürfen die Fluchtursachen nicht aus den Augen verloren werden.

Ursachen für Flucht sind Bürgerkriege wie aktuell in Syrien, politische Instabilität vieler Länder, die Verfolgung Andersdenkender sowie ein ungerechter Welthandel. Bilaterale Freihandelsabkommen zwischen entwickelten Industrienationen bergen die Gefahr, dass der Marktzugang für Schwellen- und Entwicklungsländer noch mehr erschwert wird. In diesem Sinne kann sich das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA TTIP besonders negativ auswirken.

Über die aktuelle Situation der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen sowie der Durchführung von deren Asylverfahren hinaus ist die Integration der nach Deutschland kommenden Menschen eine langfristige Aufgabe.

Sehr viele Menschen, die derzeit als Flüchtlinge nach Deutschland kommen, werden dauerhaft in Deutschland bleiben. Sie werden unsere Kultur und unser Zusammenleben bereichern und verändern. Diesen Veränderungsprozess gilt es aktiv zu gestalten. Der Kulturbereich ist hier besonders gefordert und stellt sich dieser Herausforderung.

Neu aufgelegt!

Im Jahr 2017 jährt sich zum 500sten Mal der Thesenanschlag Martin Luthers an die Schlosskirche in Wittenberg. Anlass genug, sich mit dem Reformator, seinen Weggefährten und Gegnern sowie den Wirkungen der Reformation auf Politik, Gesellschaft und vor allem Kultur auseinanderzusetzen.

In dieser zweiten, überarbeiteten und erweiterten Ausgabe des Bandes mit Beiträgen zum Reformationsjubiläum nähern sich wiederum die Autorinnen und Autoren auf jeweils ganz individuelle Weise der Reformation. Sie setzen sich mit dem historischen Luther, mit den Wirkungen der Reformation in Vergangenheit und Gegenwart und vor allem damit auseinander, was 500 Jahre Reformation heute bedeuten.

ISBN: 978-3-934868-29-8, 200 Seiten, € 14,80

www.kulturrat.de/shop.php

10 **Disputationen: Reflexionen zum Reformationsjubiläum 2017**

Vorwort und Einleitung

- Olaf Zimmermann: Vorwort / s. 13
- Gabriele Schulz: Zu diesem Buch / s. 15

Der lange Weg zum Reformationsjubiläum

- Stefan Rhein: Vom Thesenanschlag zur Lutherdeade – Das Reformationsjubiläum 2017 als Ereignis / s. 17
- Stephan Dorgerloh: Die Reformation als Aufgabe für die mündigen Bürger: Luthers Reformation / s. 24
- Gabriele Schulz: Gespräch mit Sodo Dahmen: Reformation – Was ist das? / s. 27
- Dietmar Schöler: Die Reformation: Was ist das? und was kommt danach? / s. 29
- Arne Lietz: Pluralismus als gemeinsame Situation: Europa – Die Reformation in der Welt / s. 31
- Peter Buhrow: Die Reformation: Was ist das? und was kommt danach? / s. 31
- Volker Faigle: Die Reformation: Was ist das? und was kommt danach? / s. 31
- Sabine Kunst: Mut und Gewissensbindung. Was Luthers Fähigkeit, sich trotz aller Gefahr für seine Überzeugungen einzusetzen, uns heute noch sagen kann / s. 76
- Hartmut Lehmann: Luther in der Welt heute sehen. Das Reformationsjubiläum 2017 als einzigartige Chance / s. 78
- Athina Lexutt: Das Lob der Anfechtung / s. 83
- Hiltrud Lotze: Politisches Handeln braucht Gewissen / s. 86
- Christoph Markschies: Womöglich mit wuchtigen Hammerschlägen / s. 88
- Reinhold Kardinal Marx: Bistussein mit Christus. Die Lutherdeade – Was ist das? und was kommt danach? / s. 90
- Jürgen Möbius: Mein Luther – ihr Luther? / s. 94
- Michael Möller: Die Präsenz der Reformation / s. 97
- Michael Müller: Martin Luther und Berlin / s. 99
- Bernd Neumann: Das Reformationsjubiläum 2017 als Chance begreifen. Das kirchliche Kulturreferat rückt stärker ins öffentliche Bewusstsein / s. 102
- Cornelia Pieper: Von Wittenberg in die Welt. Die Lutherdeade in der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik / s. 105
- Peter Reifensberg: ... ein glühender Backofen voller Liebe / s. 107
- Georg Ruppelt: Thron und Altar / s. 110
- Stephan Schaepe: Luther gehört uns nicht / s. 112
- Olaf Zimmermann: Luther gehört euch wirklich nicht! Die Evangelische Kirche sollte ihre Tore weit, sehr weit öffnen / s. 115
- Heinz Schilling: Luther historisch einordnen / s. 117
- Carsten »Storch« Schmelzer: Luther und die Hölle. Oder: Über die Abschaffung des Fegefeuers / s. 121
- André Schmitz: Reformationsjubiläum als Fest / s. 123

und Theo Geißler

Kurz-Schluss

Wie ich einmal das Meinige zur Integration von Flüchtlingen in Bayern beitrug

THEO GEIBLER

Eigentlich nicht verwunderlich, dass mich beim gegenwärtigen Zustand unseres Landes ein natürlich klandestiner Kleinauftrag seitens einer niederen Charge des bajuwarischen Heimatministeriums erreichte. Bekanntlich stützt sich die Macht unseres schwarzen Imperiums zu München auf die Hoheit über die Stammtische. Gewissermaßen als Stimmungs-Barometer wurde ich gegen Naturalien (drei Weißbier, ein Bärwurz pro Bericht) beauftragt, ein aktuelles Meinungsbild dieser Zentren demokratischer Willensbildung abzuliefern.

Selbst leider keinem dieser erlesenen Zirkel angehörend startete ich unauffällig als japanischer Tourist mit Kamera und Lederhose verkleidet meine Exploration in die überraschend wenigen original bayerischen Wirtshäuser umliegender Städte und Dörfer. Nachdem ich mich englisch radebrechend durch die Bestellung lauwarmer Reisweines (meist wurde dann Cola geliefert) hinlänglich unauffällig gemacht hatte, war ich in Stammtisch-Nähe rasch unbeachtet geduldet. Was ich zu hören bekam, schockte selbst mich, den apolitisch korrupten, haltungslosen Agnostiker und Kompromiss-Fetischisten zutiefst. Hasstiraden auf die Kanzlerin und Gabriel.

»Wir schaffen das – schmarrt die Schnepfe« (und ich enthalte Ihnen die wirklich vielfältigen üblen Bezeichnungen schonend vor) – »Rausgschafft ghörts, des Terroristenschwerl, die ruinieren unser ganzes Sozialsystem, unsere Volkswirtschaft. Und wie die ausschauen – zum Fürchten. Und wenns dunkel wird, siehst du die gar nicht mit ihrer schwarzen Haut, bevor sie dich ausrauben. Geld genug zum Taxifahren hams, die Wirtschaftsflüchtlinge. Aber dafür sorgen, dass mein Hartz IV demnächst bestimmt gerupft wird. Bald muss mei Kathi dann in der Burkha zum Einkaufen. Gottseidank ham mir den Seehofer Horst, den Herrmann Joachim und den Söder Markus. Die werden die Mauer wieder aufbauen, aber diesmal als Schutzwall rund um Bayern. Und am schlimmsten sind diese protestantischen Gutmenschen, die als depperte freiwillige Helfer planlos mit Wasserflaschen rumrennen, ihre Arbeitgeber schädigen, weil sie dauernd müde sind oder gar Urlaub nehmen. Auch noch faules Studentenpack auf Kosten unserer Steuergelder. Dann meinen sie noch, sie san die Besseren – zum Speibn...«

So, kurz zusammengefasst, das »gesunde Stammtisch-Volksempfinden« vor allem zu Beginn der Dimpfelf-Treffen. Auch spannend aber, dass

nach einigen Halben und zunehmender Fröhlichkeit Themenwechsel stattfanden. Zum Beispiel dass man beim Vietnamesen, wo kürzlich der »Schmock-Bräu« pleite gegangen sei, sehr günstig und anständig essen könne. Oder beim Dönerstand am Marktplatz, wirklich feines Fleisch, sehr sättigend – und die Halbe Becks nur ein Euro. Daraufhin schwärmte einer von Billigflügen nach Pukhet, all inclusive, Vier-Gänge-Menüs, wo man grade den Mädels noch einiges beibringen könne. Noch preiswerter seis in der Tschechei – wussten andere Stammes-Brüder. »Vielleicht kriegen wir hier mit dem vielen syrischen Frischfleisch, was bei uns reindrückt, bald auch solche günstigen Zustände« – rührte der allstammtisch-gegenwärtige Obergschafel unter dem dröhnenden Gelächter seiner Kumpel – »man muss halt an der Grenze gut aussuchen...«

Bin weder Hagestolz weder prude – aber diese offensichtlich verbreitete Super-Macho-Haltung meiner Landes- und Geschlechtsgenossen fand ich so eklig, dass ich speziell für das bayerische Heimatministerium einen leicht subversiven Problemlösungs-Katalog abliefern. Dabei ging ich von der Behauptung aus, dass sich politisch die bajuwarisch-ökonomische Leit- zu ei-

ner Leithammel-Kultur im besten Sinn des Begriffes entwickelt hätte. Schlaugriff ich die Schutz- und sonstigen Sehnsüchte meiner Abhör-Ergebnisse auf. Zunächst pries ich die Idee unserer Heimat- und Justizminister, dank Zäunen und Schleusen strenge Zuwanderungskontrollen samt hochdifferenzierten Einlass-Kriterien zu installieren. Dies als Captatio benevolentiae.

Ferner riet ich dringend zu einer kleinen Abänderung des Grundgesetzes in ein Bayerisches. Nachdem – dies hinter vorgehaltener Hand – die Politik bislang in Sachen Eingliederung von Flüchtlingen nur lauen verbalen Wind produziert hat, liegen konkrete Maßnahmen nah: Wo findet Inklusion am innigsten, am intensivsten statt? Natürlich in der Großfamilie. In Anlehnung an gewisses muslimisch-islamisches Brauchtum wird die Vielehe gestattet. Willkommens-Kultur ist schließlich keine Einbahnstraße. Auch wir sind aufgerufen, wie beispielsweise in Kunst und Kultur längst üblich und erfolgreich, nur auf den ersten Blick Fremdes, Ungewohntes kennenzulernen und zu akkommodieren.

Statt Schafen und Ziegen bringen die »Heiratswilligen« das von der Bundesregierung bereits zugesagte Kopfgeld von monatlich ca. siebenhundert

Euro mit. Die von Zwiesel bis Lindau ohnedies gültige »Herdprämie« kommt angesichts des zu erwartenden Kindersegens als Sahnehäubchen obendrauf. Und dank der materiellen Klugheit unseres Bayernvolkes dürfte ein Maximum an spontaner, humaner Integrationsbereitschaft im familiären Rahmen aufblühen. Zur Vorbeugung jeglicher furchtbesetzter Überfremdung dürfen ferner Pegida-Freaks und Personen ähnlicher Gesinnung zu ähnlichen Bedingungen nach Gewissensprüfung einwandern, um den Neidfaktor von Beginn an zu stoppen. Die Antwort des Innen- und Heimat-Ministeriums warte ich Feigling lieber in Berlin ab.



Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur



KARIKATUR: KLAUS STÜTTMANN

MÖHREN-SALAT – DIE P&K-NACHRICHTEN

München: Die Staatskanzlei richtet einen weiteren Sonderstab für die Flüchtlingskrise ein. Leiter wird der bisherige Pressesprecher Rainer Riedl. Er soll dafür sorgen, dass Bayerns Flüchtlingspolitik, vor allem die geplanten Transit-Zonen und sonstigen Einwanderungs-Beschränkungen weltweit in einem guten Licht dastehen. Auch soll verhindert werden, dass die mangelnde Effektivität der bereits im vergangenen Jahr von Ministerpräsident Horst Seehofer eingesetzten Krisenstäbe (zum Beispiel beim Oktoberfest) bekannt wird. Für die durch Grenzkontrollen genervten bayerischen Autofahrer senkt das Wirtschaftsministerium die Dieselsteuer um achtzig Prozent.

Silicon Valley: Der Traum aller Helikopter-Eltern: Mit Tracking-Apps kann der Nachwuchs jederzeit geortet und überwacht werden. Facebook-Freundschaften und Instagram-Bilder durchstöbern oder das Handy aus der Ferne für andere Funktionen sperren, bis der Sohn, die Tochter zurückruft: Mit Hilfe diverser Apps können Eltern ihren Nachwuchs auf Schritt und Tritt überwachen. Und der »Unsichtbar-Modus« sorgt dafür, dass das Kind die Kontrolle gar nicht mitbekomme. Noch präziser ist eine

Lösung, die Google anbietet. Dem Kind wird bei Geburt ein kleiner Chip in die Fontanelle gepflanzt, der Gesundheitsdaten sendet und mit dem man die Gedanken des Sprösslings steuern kann.

Hamburg, Berlin: Die BILD-Zeitung will die Alphabetisierungsquote unter Pegida-Demonstranten mit der Herausgabe eines Liederheftes steigern. Als Autoren konnten Liedermacher wie Frank Rennieke und Annett Müller gewonnen werden. Probleme bereitet allerdings das Format des Liederheftes: »Die Texte und Notenrunen müssten schließlich noch mit getrecktem und erhobenem rechten Arm lesbar sein.«

Schwerin: Dank einer genialen Eingebung will Mecklenburg-Vorpommerns Kulturminister Mathias Brodtkorb den Etat seiner materiell gefährdeten Kulturinstitutionen verdoppeln. »Soft-Transfer« heißt die Aktion, dank derer Flüchtlinge in Kooperation mit renommierten Expeditionen wie Uber sowie Mitfahrzentralen direkt von der Landesgrenze an die Ostseeküste verbracht werden. Die Fahrt kostet nur hundert Euro pro Person. In verschiedenen kleinen Häfen warten dann Schlauchboote mit präzisen Seekarten der schwedischen Küste.

IMPRESSUM

Politik & Kultur – Zeitung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Mohrenstraße 63,
10117 Berlin
Telefon: 030.226 05 280,
Fax: 030.226 05 2811,
www.politikundkultur.net
info@politikundkultur.net

HERAUSGEBER
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

REDAKTION
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P.), Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin), Verena Schmidt (Chefin vom Dienst), Barbara Haack, Andreas Kolb, Carolin Ries, Tim Schneider, Andrea Wenger

REDAKTIONSASSISTENZ
Jessica Föller, Patricia Lengyel,
Jana Prigge, Judith Sobczak

ANZEIGENREDAKTION
Martina Wagner,
Telefon: 0941.945 93-35, Fax: -50
wagner@conbrio.de

VERLAG
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
www.conbrio.de

DRUCK
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
www.freiburger-druck.de

GESTALTUNGSKONZEPT
Ilja Wanka und 4S Design

LAYOUT UND SATZ
Petra Pfaffenheuser,
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH Regensburg

Politik & Kultur erscheint 6 mal im Jahr.

ABONNEMENT
18 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

BESTELLMÖGLICHKEIT
Politik & Kultur,
Mohrenstraße 63, 10117 Berlin
Tel.: 030.226 05 280, Fax: 030.226 05 2811
info@politikundkultur.net

VERKAUFSTELLEN
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikundkultur.net

auch als PDF geladen werden. Ebenso kann der Newsletter des Deutschen Kulturrates (2-3 mal pro Woche) unter www.kulturrat.de abonniert werden.

HAFTUNG
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht immer gelingt es uns, diese ausfindig zu machen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der jeweils nächsten Ausgabe nennen.

HINWEISE
Der Deutsche Kulturrat setzt sich für Kunst-, Publikations- und Informationsfreiheit ein. Offizielle Stellungnahmen

des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird manchmal auf die zusätzliche Benennung der weiblichen Form verzichtet. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

FÖRDERUNG
Gefördert aus Mitteln Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.

BEILAGENHINWEIS
Dieser Ausgabe der Politik & Kultur liegt das Dossier Verwertungsgesellschaften bei.

Kultur bildet.

Beiträge zur
kulturellen Bildung

Einfach Spitze! <i>Christina Schulz</i>	2	Und, wie war's?	6
Seltene Talente <i>Ulrich Wüster</i>	3	Friedlicher Kampf! <i>Regula Rapp</i>	8
Kompass <i>Katja Eder & Carolin Kramer</i>	4	Nachgefragt bei Edgar Auer	8
Auf die Plätze, fertig, los! <i>Kornelia Haugg</i>	4	Chance Wettbewerb? <i>Herbert Grüner</i>	9
Höher, schneller, weiter – warum nicht? <i>Olaf Zimmermann</i>	5	Die jungen Wilden <i>Kristian Jarmuschek</i>	10
Der frühe Vogel <i>Im Gespräch mit Dennis Gansel</i>	5	Panorama der Kunst <i>Anne Renner</i>	11
		Lernen, eine Stimme zu haben <i>Gabi Beier</i>	11
		Kurz und knapp	12
		Impressum	12



Wettbewerbe in der kulturellen Bildung sind heute keine Seltenheit mehr.
In allen künstlerischen Sparten erhalten junge Talente die Möglichkeit,
ihr Können unter Beweis zu stellen. Aber worum geht es Teilnehmern, Ausrichtern
und Förderern eigentlich dabei? Antworten darauf in diesem Heft.

Einfach Spitze!

Die Berliner Festspiele richten jedes Jahr vier kulturelle Bundeswettbewerbe für Kinder und Jugendliche aus und fördern herausragende künstlerische Leistungen — Christina Schulz

Die Berliner Festspiele führen seit vielen Jahren kulturelle Bundeswettbewerbe in den Sparten Theater, Tanz, Literatur und Musik durch. Sie richten sich an Kinder und Jugendliche im Alter von elf bis 21 Jahren, die an Schulen oder in der freien Szene, gegebenenfalls unter Anleitung, eigenständig künstlerisch arbeiten. Eigenständigkeit ist ein wesentliches Kriterium der Wettbewerbe, denn sie wollen in ihrer jeweiligen Sparte zu eigener künstlerischer Aktivität in möglichst jungen Jahren anregen. Die Auswahl will also gezielt Arbeiten präsentieren und fördern, in denen die Jugendlichen nicht Erfüllungsgehilfen oder Medien der Phantasie Erwachsener oder professioneller Ansprüche sind. Gesucht wird nach der Sprache, den Standpunkten, Haltungen und Ausdrucksmöglichkeiten der Jugendlichen selbst. Die Wettbewerbe sind bewusst thematisch und stilistisch offen ausgeschrieben, um der Vielfalt der Möglichkeiten Rechnung zu tragen, die die Sparten in sich bergen – also nicht Reizwortgeschichten, Themenschwerpunkte oder stilistische Vorgaben sind gefragt, sondern ein Bewusstsein dafür, dass die Jugendlichen selbst Themen setzen. Jenseits der Castingshows und der Suche nach dem Superstar unterbreiten die Bundeswettbewerbe also ein alternatives Angebot – es geht um die Förderung junger Talente, die Anerkennung ihrer eigenständigen Leistungen. Konkret sind zum »Theatertreffen der Jugend« Stückentwicklungen bzw. Eigenproduktionen genauso zugelassen, wie Produktionen, die auf (dramatischen) Textvorlagen basieren. Das »Tanztreffen der Jugend« setzt seinen Fokus auf zeitgenössische Ensembleproduktionen unabhängig der Stilistik. Für das »Treffen junger Autoren« sind Bewerbungen aus den Genres Prosa, Lyrik und Drama möglich. Das »Treffen junge Musik-Szene« folgt dem Motto »Texte treffen Töne« und bezieht alle populären Musikstile ein, solange Text und Musik selbst geschrieben sind.

Nach der Auswahl durch die entsprechende Jury ist der jeweilige Wettbewerb abgeschlossen, bevor das Treffen beginnt. Das Treffen der ausgewählten Teilnehmer unter höchst professionellen Bedingungen im Haus der Berliner Festspiele ist also der Preis: Hier begegnen sich die Gewinner auf Augenhöhe und erleben ein durch ihre eigenen Arbeiten geprägtes Festivalprogramm und zugleich eine nachhaltige, auf die jeweiligen Sparten zugeschnittene Förderstruktur. So ist es in den vergangenen Jahren gelungen, eine einzigartige Stimmung von Offenheit und Neugier zu kreieren, frei von Konkurrenzdenken und Abgrenzungen. Die Förderung der Preisträger hört mit der Teilnahme am Treffen nicht auf. Ein System aus weiteren Veranstaltungen und das Einbinden in folgende Treffen fördert die langjährige Verbundenheit der Teilnehmer mit den Wettbewerben. Ein Netzwerk von Ehemaligen, weitere Workshops und öffentliche Präsen-

tationsmöglichkeiten für ehemalige Preisträgerinnen und Preisträger tragen ebenfalls dazu bei. Zudem werden bei den Treffen immer auch Teilnehmerinnen und Teilnehmer der jeweils anderen Kunstsparten eingebunden, um Berührungspunkte zwischen den Künsten zu ermöglichen und weitere fruchtbare Impulse zu setzen.

Die Förderphilosophie der Bundeswettbewerbe beruht also auf der Anerkennung der jugendlichen Kreativität, ihrem Anspruch auf Unversehrtheit und Fürsorge, der Etablierung einer konkurrenzfreien Atmosphäre und vollkommenen sozialen Offenheit: Jeder kann teilnehmen, die Besonderheiten werden gefördert und die Bundeswettbewerbe sind sich zugleich bewusst, dass die Teilnahme an ihren Veranstaltungen immer auch eine biografische Bedeutsamkeit besitzen kann, die Lebenswege lenkt und in jedem Fall der Reifung der eigenen Persönlichkeit dient. Auch wenn es nicht primäre Aufgabe der Wettbewerbe ist, die Künstler von morgen zu finden und zu fördern, so ist es dennoch nicht selten der Fall, dass junge Menschen, auf dem Weg in eine ei-

Sie treten in einen direkten Kontakt mit einem überwiegend gleichaltrigen Publikum.

gene künstlerische Identität, Orientierung und Bestärkung aus der Teilnahme am Wettbewerb und den Treffen ziehen. Nicht zuletzt deshalb wurden weiterführende Formate entwickelt, die sich an diejenigen früheren Teilnehmer richten, die sich durch kontinuierliche Weiterentwicklung auszeichnen und bereits erste Schritte in Richtung Professionalität gehen.

In der Durchführung von gleich vier Wettbewerben in unterschiedlichen Sparten liegt der Reiz und die Chance, diese miteinander zu verzahnen, die Grenzen zwischen den Wettbewerben bzw. Treffen hin und wieder aufzulösen, Begegnungen zwischen den Teilnehmenden der vier Sparten zu ermöglichen, die den Blick öffnen und das eigene Kunstverständnis erweitern. Über verschiedene Formate, in denen z. B. Musiker mit Autoren arbeiten, Theaterleute auf Schreibende treffen, Tanzende andere Ausdrucksmöglichkeiten entdecken, die jenseits des eigenen Körpers liegen, gelingt dieses auf wunderbare und eindrucksvolle Weise. Immer wieder entstehen aus der Begegnung Projekte oder auch Arbeitsbeziehungen, die lange nach der Wettbewerbsteilnahme Bestand haben. Aber auch direkt versuchen die Berliner Festspiele Chancen zu ermöglichen, indem aus früheren Teilnehmern z. B. Juroren oder Workshopleiter werden. Wesentliches Merkmal der Bundeswettbewerbe ist zudem, dass frühere Teilnehmer in ein Alumni-Netzwerk eintreten

können. Öffentliche Plattformen für junge Künstler finden sich auch in den anderen Festivals der Berliner Festspiele mit ihren exzeptionellen Programmen.

Eine Frage, die immer wieder aufs Neue an mich gerichtet wird, ist, welchen Beitrag denn Wettbewerbe überhaupt für die kulturelle Bildung haben. Schnell steht der Vorwurf im Raum, dass mit den Wettbewerben ohnehin wieder nur diejenigen gefördert würden, die bereits Zugang zu kulturellen Angeboten haben, aus bildungsnahen Familien kommen, in der Regel eher Gymnasiasten sind, wieder nur die Elite gefördert wird. Die öffentlichen Mittel, die für die Wettbewerbe zur Verfügung gestellt würden, könnten doch besser in andere Projekte fließen, die an der Basis wirken, Zugangsschranken abbauen, Chancen ermöglichen. Ich denke, es braucht beide Wege, wenn man in Kategorien wie Spitzen- und Breitenförderung denken will. Das eine zugunsten des anderen zu lassen, ist meines Erachtens keine Option. Eher stellt sich die Frage nach einer egalitären Konzeption der Treffen der Preisträger, die aus den Wettbewerben hervorgehen und nach Bewertungskriterien der Jury, die neben künstlerischer Bewertung immer auch andere Dimensionen, bezogen auf die Rahmenbedingungen, unter denen gearbeitet wird, einbeziehen muss.

Ja, die Bundeswettbewerbe der Berliner Festspiele fördern Talente an der Spitze, denn sie belohnen bemerkenswerte Leistungen. Aber sie wirken gleichzeitig in die Breite, da sie ein Fortbildungsangebot und die Vernetzung der Akteure in der jeweiligen Szene evozieren. Die Bundeswettbewerbe sind also ein Schaufenster dieser Szene: Hier zu erscheinen, ist sowohl Auszeichnung und dient zugleich der Definition wesentlicher Qualitätsansprüche. Die Mischung aus öffentlicher Plattform, kollegialem Erfahrungsaustausch in Gesprächen und gemeinsamer praktischer Arbeit in Workshops folgt der Idee, Impulse für die eigene Arbeit zu geben, Fortbildung und Vernetzung zu ermöglichen. Im besten Falle fließen z. B. aus den jahrelangen Erfahrungen auch Handlungsempfehlungen und Best-Practice-Transfers zurück in die Basisarbeit an Schulen, Jugendkultureinrichtungen und Theatern. Und vor allem stehen bei den öffentlichen Präsentationen der eingeladenen jungen Künstler Jugendliche auf der Bühne, mit ihren Texten, Themen, Lebenswelten, Ideen von Zukunft, Ängsten, Wünschen, Unsicherheiten und Utopien. Sie treten in einen direkten Kontakt mit einem überwiegend gleichaltrigen Publikum. Künstlerische Prozesse auf Augenhöhe auf verschiedenen Ebenen sichtbar zu machen, dafür stehen die Bundeswettbewerbe der Berliner Festspiele.

Christina Schulz ist Leiterin der Bundeswettbewerbe der Berliner Festspiele



Seltene Talente

Wer am Bundeswettbewerb »Jugend komponiert« teilnimmt, beginnt im Anschluss nicht selten ein Kompositionsstudium. Eine Schmiede für die Komponisten von morgen? — Ulrich Wüster

Seit 1986 schreibt die Jeunesses Musicales Deutschland (JMD) den Bundeswettbewerb »Jugend komponiert« aus, der seitdem auch vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert wird. Beim 2015 stattfindenden 30. Jahrgang haben sich bundesweit 90 Jugendliche im Alter zwischen 12 und 22 Jahren mit etwa 200 eingereichten Werken beteiligt – der neue Rekord bei den Teilnehmerzahlen setzt eine in letzter Zeit zu bemerkende Tendenz fort. Dass Komponieren bei jungen Leuten neuerdings »im Kommen« sei, kann man kaum daraus schließen. Auch die Fachdiskussion über eine eigenständige »Kompositionspädagogik«, die von der JMD mit »Jugend komponiert« mit angeführt wird, trägt kaum jetzt schon Früchte.

Aber der Wettbewerb hat jüngst seine Ausschreibungsstruktur reformiert, erlaubt nun mit neuen Altersklassen eine differenziertere und durch anonyme Bewertung auch fairere Jurierung und wird mit der Unterscheidung in »Förderpreisträger« und »Bundespreisträger« und der Differenzierung seiner Förderinstrumente auch attraktiver. Jedenfalls ist das Konzept seines Gründers und seitherigen künstlerischen Leiters Prof. Martin Christoph Redel nach wie vor voller Leben und beweist gerade in der jetzigen Phase seine Zukunftsfähigkeit, in der sein Nachfolger Philipp Vandré antritt, weitere Potenziale dieses Projekts zu erschließen.

Der Wettbewerb als Motivation

Im Vergleich zu den Wettbewerben »Jugend musiziert« mit jährlich Zehntausenden junger Teilnehmerinnen und Teilnehmer nimmt sich »Jugend komponiert« bescheiden aus. Doch ist Musik zu erfinden ein sehr viel selteneres Talent, das auch bei einem – trotz eines kleinen Netzwerks von circa 35 Schülerkompositionsklassen in Deutschland – immer noch unterentwickelten Unterrichtsangebot auch sehr viel schwieriger »ins Werk« zu setzen ist. Wenn man sich als junger Komponierender in seinem Umfeld überhaupt mit diesem ausgefallenen Hobby »outet«, kann man gerade noch auf die Akzeptanz seiner Klassenkameraden hoffen, aber kaum verständnisvolle Resonanz finden. Nicht dennoch, sondern gerade deswegen war die vor kurzem getroffene Entscheidung richtig, den Wettbewerb stilistisch nicht weiter zu öffnen, sondern auf seine Kernzielgruppe zu fokussieren. Wer sich hier bewirbt, weiß, dass er oder sie – gibt es doch in der kulturhistorisch etablierten Männerdomäne »Komposition« immer mehr mutige junge Damen – hier richtig ist mit seinem »Werk«, wie die Arbeiten hier auch selbstverständlich genannt werden. Ganz explizit fordert »Jugend komponiert« Kompositionen der »Ernststen Musik«, also in der Tradition einer gut eintausendjährigen Kulturtechnik abend-

ländischer Musikgeschichte, die Menschen auch heute noch »von Hand« (und oft genug auch mit Papier und Bleistift) und »nach allen Regeln der Kunst« anwenden. Darum, ob diese »neue« auch immer und gleich als »Neue« Musik klassifizierbar ist, geht es beim Bundeswettbewerb »Jugend komponiert« nicht. Vielmehr ist Orientierung wichtig: So lädt die JMD die insgesamt 30 Preisträgerinnen und Preisträger in die »Kompositionswerkstatt« in der Musikakademie Schloss Weikersheim ein und bietet damit – neben der fachlichen Förderung – auch eine Begegnungs- und Austauschsituation an, welche die monadische Isolation der jungen Komponistinnen und Komponisten in ein beginnendes Netzwerk überführt, das gegenseitige Ermutigung und lohnenden Austausch bietet. »Ich habe diesen Kursen immer entgegengefeuert«, so schreibt die heute beruflich arrivierte Komponistin Charlotte Seither. »Es war eine wichtige Anregung, weil man als komponierende Jugendliche in der Regel kaum einen Ansprechpartner hat. Aber aus jedem dieser Menschen kann irgendwann einmal eine Musik hervor brechen, von der er selbst noch gar nichts weiß.«

Der Wettbewerb als Förderung

Der Bundeswettbewerb »Jugend komponiert« setzt nicht auf eine gewissermaßen »abfindende« Belohnung mit Geldpreisen und verzichtet auf eine Siegereitertreppe-Platzierung mit einem »Gewinner«. Seine Wertschöpfung erzielt er durch die Vergabe hochwertiger Stipendien, setzt auf den »Sachpreis« einer Förderung und Entwicklung der Preisträgerinnen und Preisträger und damit auf die individuelle Zuwendung zu den jungen Künstlern. Bis zu 15 »Förderpreisträger« und 15 »Bundespreisträger« werden zu je einer einwöchigen Kompositionswerkstatt nach Schloss Weikersheim eingeladen. Mit einem Dozententeam erfahrener Komponisten und Kompositionslehrer werden ihre Arbeiten eingehend besprochen; sie erhalten Orientierung in den kompositorischen Konzepten und Techniken quer durch die Musikgeschichte; hier werden wegweisende Werke berühmter Komponistinnen und Komponisten kennengelernt und besprochen; hier werden komplexe oder auch fundamental einfache Fragen des Komponierens aufgeworfen und nicht selten in kompakten praktischen Übungen angegangen.

Ein zentrales Element ist die Einstudierung der Kompositionen von Preisträgern des Deutschen Musikwettbewerbs, hoch motivierten, ebenfalls noch jungen Musikerinnen und Musikern, Stipendiaten der Bundesauswahl Konzerte Junger Künstler, die der Deutsche Musikrat als Partner des Wettbewerbs zur Verfügung stellt. Sie konfrontieren die jungen Komponistinnen und Komponisten in kollegialer Weise mit spielpraktischen und klanglichen Grenzen und Möglichkeiten. Am Ende steht das Ab-

schlusskonzert mit mustergültigen (zumeist Ur-)Aufführungen der Kompositionen vor einem interessierten Publikum. Alle Preisträgerinnen und Preisträger erhalten zudem eine Studioaufnahme ihrer Arbeiten, produziert von einem jungen Grammy- und Echopreis gekrönten Tonmeister; den Bundespreisträgern winkt eine CD, die zugleich die offizielle Dokumentation des Bundeswettbewerbs darstellt. Eine Mehrfachteilnahme ist immer dann möglich, wenn junge Talente sich durch erneute Arbeiten wieder als Preisträger qualifizieren können.

Eine persönliche Aussage wie die des heute renommierten Komponisten Benjamin Schweitzer zur Wirkung oder gar Langzeitwirkung solcher Förderimpulse ist eher symptomatisch als exzeptionell: »Weikersheim verdanke ich die erste öffentliche Aufführung eines Stückes von mir, unzählige Diskussionen und Anregungen, Freundschaften mit Kollegen, die bis heute gehalten haben, und die Erinnerung an einige der geistig und künstlerisch intensivsten Wochen, die ich je erlebt habe«. Seine Erinnerung lässt noch immer die Inspiration lebendig werden, die er als mehrfacher Preisträger aus den Kompositionswerkstätten mitgenommen hat.

Wer von den jugendlichen Preisträgerinnen und Preisträgern einmal »Komponist« als Beruf angeben wird, das darf in dem Lebensalter, in dem sie durch den Bundeswettbewerb »Jugend komponiert« gefördert werden, ruhig noch unentschieden bleiben. Doch führt bei dem Einen oder der Anderen in dem Alter, in dem sie dem Wettbewerb entwachsen und schon sehr dezidierte Personalstilmerkmale, handwerkliche Fertigkeit und klaren Aussagewillen zeigen, der Weg oft erst einmal in ein Kompositionsstudium.

Der Wettbewerb als Impulsgeber

Schon seit dem 25. Jubiläum des Bundeswettbewerbs »Jugend komponiert« führt die JMD dessen kompositionspädagogische Mission mit großer Resonanz der Fachöffentlichkeit ins Feld. Ein Symposium »musik erfinden« und dessen Publikation »Komponieren mit Schülern« (2011) erfährt zum 30. Jubiläum eine gleichnamige Folgeveranstaltung. Dann erscheinen auch die inzwischen mit Expertinnen und Experten geführten »Weikersheimer Gespräche zur Kompositionspädagogik« in Buchform. Mit der Website »www.musik-erfinden.de« baut die JMD die Information, die Vernetzung und den Austausch rund um den Bundeswettbewerb »Jugend komponiert« und sein Anliegen weiter aus. Aktuell wird unter dem Namen »Kompäd« in Kooperation mit der Universität zu Köln und weiteren Partnern eine pädagogische Fortbildung für Komponistinnen und Komponisten entwickelt und erprobt.

Ulrich Wüster ist Generalsekretär der Jeunesses Musicales Deutschland

... hier werden komplexe oder auch fundamental einfache Fragen des Komponierens aufgeworfen ...

Auf die Plätze,

fertig,

los!

Warum das Bundesministerium für Bildung und Forschung in den künstlerischen Nachwuchs investiert — Kornelia Haugg

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert mit zehn kulturellen Bundeswettbewerben junge Komponisten, Autoren und Schauspieler sowie Nachwuchstalente aus den Bereichen Tanz, Literatur und Musik, Film und bildender Kunst. Die bundesweiten Wettbewerbe sollen allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern sowie den Preisträgerinnen und Preisträgern die Möglichkeit zur Darstellung und Weiterentwicklung ihrer künstlerischen Begabungen eröffnen. Zugleich dienen die Wettbewerbe der Verbesserung des Freizeitangebots im künstlerischen Bereich für junge Menschen zwischen zwölf und 26 Jahren. Durch die breite interkulturelle Ausrichtung der Wettbewerbe wird auch die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund gefördert.

Mit der Veranstaltung der Bundeswettbewerbe verfolgt das BMBF darüber hinaus langfristige Ziele zur Unterstützung von jungen Talenten und Studierenden. Im Rahmen der verschiedenen Wettbewerbe besteht die Gelegenheit zum künstlerischen Austausch in den jeweiligen künstlerischen Sparten und die Möglichkeit zu künftiger beruflicher Orientierung sowie der persönlichen künstlerischen Weiterentwicklung. So gibt es während der Wettbewerbe ein breites Angebot an kulturellen Veranstaltungen, Gesprächsrunden und Workshops. Dabei werden junge Nachwuchskünstler von erfahrenen Kunst- und Kulturschaffenden beraten und betreut. Die Kombination von Wettbewerb und Weiter- bzw. Fortbildung ermöglicht allen Akteuren, ihr künstlerisches Potenzial durch innovative Lehr- und Lernformen weiter zu entfalten und sich persönlich und beruflich weiterzuentwickeln.

Qualitativ hochwertige kulturelle Bildung braucht qualifizierte Vermittler mit künstlerischen und pädagogischen Kompetenzen. Deswegen fördert das BMBF außerdem 14 Projekte bis in das Jahr 2016, die wissenschaftlich fundierte Vermittlungskonzepte für Kunst- und Kulturschaffende entwickeln und erproben. Praktisch tätige Künstlerinnen und Künstler der verschiedensten Kulturbereiche sollen so pädagogische und methodisch-didaktische Kenntnisse und Fertigkeiten erhalten, die notwendig sind, um ihre Kunst Kindern und Jugendlichen vermitteln zu können.

Die Bundeswettbewerbe enthalten neben der wettbewerblichen Komponente daher immer auch einen wesentlichen Anteil an Weiterbildungs- und Fortbildungsangeboten für Akteure sowie Kunst- und Kulturschaffende und Dozenten. Dies ist wichtig, um Künstlerinnen und Künstlern auch praktische Unterstützung in Fragen der beruflichen Laufbahn, Lebensplanung und Entwicklung der eigenen Interessen und Fähigkeiten an die Hand zu geben. Viele Teilnehmer empfinden diese fachliche Begleitung und Unterstützung als besonders hilfreich. Dies ergibt sich aus den zahlreichen positiven Rückmeldungen der vergangenen Jahre. Aber auch für die erfahrenen Künstler und Leiter der Workshops, die ihre Leidenschaft zum Beruf gemacht haben, bedeutet der Austausch mit den jungen Teilnehmern und Teilnehmerinnen der Bundeswettbewerbe eine Bereicherung ihrer Perspektiven und gibt ihnen viele neue Impulse für die eigene Arbeit.

In den bisherigen Wettbewerben wurden mehr als 8.000 Jugendliche direkt erreicht, die zum Teil als Preisträger und Preisträgerinnen ihre Erfahrungen aus dem jeweiligen Wettbewerb in einer späteren beruflichen Laufbahn umgesetzt haben. Es wurden darüber hinaus zahlreiche kulturelle Netzwerke in verschiedenen Kunst- und Kultursparten aufgebaut, die den Teilnehmern der Bundeswettbewerbe auch über den betreffenden Wettbewerb hinaus einen bereichernden Austausch ermöglichen und das Knüpfen neuer Kontakte erleichtern.

Kornelia Haugg ist Leiterin der Abteilung »Berufliche Bildung; Lebenslanges Lernen« im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

KOMPASS

Der Bundeswettbewerb für junge Dichterinnen und Dichter und seine Bedeutung für Nachwuchspoeten sowie die Verbreitung von Lyrik — Katja Eder & Carolin Kramer

2008 wurde »lyrix« von Deutschlandfunk und dem Deutschen Philologenverband initiiert. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert, seit 2013 als Bundeswettbewerb. Neben dem Wettbewerb für junge Dichterinnen und Dichter bietet »lyrix« bundesweit Schreibwerkstätten, Lesungen und begleitende Unterrichtsmaterialien an. »lyrix« verfolgt dabei im Wesentlichen zwei Ziele: Das Projekt fördert zum einen Nachwuchsdichter, zum anderen macht es zeitgenössische Lyrik unter Jugendlichen bekannt und vermittelt ihnen Poesie als Sprache und Ausdrucksform auch ihrer Generation. Und so funktioniert der Wettbewerb: Jeden Monat bieten je ein zeitgenössisches Gedicht und ein Exponat aus einem Museum Inspiration für interessierte Jugendliche. Die Klammer bildet je ein Leitmotiv wie »TraumFrau«, »Zerstörung« oder »Perspektivwechsel«. Dazu passend senden bundesweit Teilnehmer im Alter zwischen zehn und 20 Jahren ihre Gedichtsvorschläge ein. Aus allen Einsendungen wählt eine Jury jeden Monat fünf Gewinner aus. Unter den Monatsgewinnern werden dann zwölf Jahresgewinner gekürt und zu einer Reise nach Berlin eingeladen.

Die mehrfache »lyrix«-Preisträgerin Benita Salomon bezeichnet die Berlinreise als »Auszeit vom Alltag«. Die Preisträgerreise ist ein Höhepunkt des Wettbewerbs. Auf ihr findet nicht nur die alljährliche Preisverleihung statt, dort treffen junge Nachwuchsdichter aufeinander und nehmen an einem literarischen Rahmenprogramm teil: Schreibwerkstatt im Literarischen Colloquium Berlin am Wannsee, Sprechtraining im Deutschlandradio und Performance-Workshop. In einer knappen Woche erleben Jugendliche alles, was »lyrix« ausmacht.

Um möglichst viele und unterschiedliche Jugendliche zu erreichen, kooperiert »lyrix« seit 2012 mit dem Deutschen Museumsbund und besucht jedes Jahr zwölf deutsche Museen. Gemeinsam mit den Museen und professionellen Lyrikerinnen und Lyriker werden die monatlichen Leitmotive für den Online-Wettbewerb konzipiert. Zusätzlich finden in den Partnermuseen begleitende Schreibwerkstätten statt, an denen interessierte Schülerinnen und Schüler aus der Region teilnehmen können.

Über die Schreibwerkstätten erreicht »lyrix« ganz unterschiedliche Jugendliche. Das Besondere dabei ist, dass die professionellen Lyrikerinnen und Lyriker, welche auch ihre Gedichte auf der Webseite passend zu den Themen zur Verfügung stellen, selbst die Werkstätten durchführen. So begegnen die Schüler nicht nur der aktuellen Literatur, sondern auch den Autorinnen und Autoren. Große Unterstützung erhält der Wettbewerb dazu von Daniela Seel, Autorin und Lyrik-Verlegerin (kookbooks-Verlag). Aber auch Sonderprojekte, zum Beispiel zum Thema »Krieg und Frieden«, beziehen über Schulen, Jugendclubs und andere soziale Einrichtungen ganz unterschiedliche Jugendliche mit ein. Ein weiterer Kooperationspartner ist hier der Bundesverband der Friedrich-Bödecker-Kreise, der über den Wettbewerb hinausgehende Schreibwerkstätten und Veranstaltungen organisiert.

Verleiten die Schreibwerkstätten auch Schülerinnen und Schüler zum Schreiben, die ansonsten kaum Gedichte verfassen würden, schätzen die angehenden Schreibprofis vor allem den Austausch und die Begegnung zwischen Gleichgesinnten. Eine wichtige Komponente von »lyrix« bilden die Buchmessen, gerade als Plattform für die Anbindung an Netzwerke junger Lyrik und Prosa wie »Treffen junger Autoren«, »Babelsprech« oder »open mike«. Auf den Buchmessen in Frankfurt und Leipzig präsentieren seit einigen Jahren aktuelle und ehemalige Preisträger eigene Texte. So war »lyrix« auch im März 2014 wieder zu Gast auf der Leipziger Buchmesse. Neben Schreibwerkstätten in Museen oder im Deutschen Literaturinstitut Leipzig fanden beispielsweise in der Moritzbastei oder auf der Veranstaltungsbühne des Deutschlandradio Lesungen und Gespräche rund um »lyrix« und das Kreative Schreiben statt.

Von Beginn an war der Preis für die Jahresgewinner mehr als ein verlängertes Wochenende in Berlin. Die »lyrix«-Initiatoren beschlossen, die Preisträgerinnen und Preisträger nicht mit Sachwerten, sondern mit einer Erfahrung zu honorieren: »lyrix« kooperiert dazu unter anderem mit dem Literarischen Colloquium Berlin und ermöglicht den Gewinnerinnen und Gewinnern professionelle Schreibworkshops unter der Leitung von Norbert Hummelt und anderen namhaften Lyrikern. Norbert Hummelt hat in seinem Beitrag »Weitergabe« in einer der »lyrix«-Anthologien, die jährlich erscheinen, das Prinzip der

Förderung von Nachwuchspoeten, aber auch die Förderung der Lyrik selbst umrissen: »Der Funke allerdings, der das uralte Feuer der Dichtung seit Jahrtausenden in Gang hält (...) springt immer nur auf Einzelne über, und er braucht Einzelne, die ihn weiterreichen (...). Zu einer solchen Weitergabe bieten die Workshops, die rund um den Bundeswettbewerb »lyrix« angeboten werden, unschätzbare Gelegenheiten.«

Auf der einen Seite gibt es mittlerweile einige Alumni des Wettbewerbs, die sich auch im Rahmen anderer Lyrik- und Poetry Slam-Wettbewerbe einen Namen gemacht haben, unter ihnen Josefine Berkholz und Martin Piekar. Einige studieren »Kreatives Schreiben«, an-

dere haben bereits erste Schritte in Richtung eigener Veröffentlichungen gemacht. »lyrix« beschreiben sie als Begleiter, Kompass und Raum für Begegnungen mit Gleichgesinnten. Auf der anderen Seite gibt es über 6.500 Einsendungen von Jugendlichen, die oft überrascht waren, dass sie selbst ausgerechnet ein Gedicht verfasst haben – und darüber der Welt etwas von sich erzählen.

Katja Eder & Carolin Kramer sind Geschäftsführerinnen des Bundeswettbewerbs »lyrix«

fotosynthese
zähne verbeißen sich in wolkenfabriken
genmanipulierte fingerspitzen spritzen
besseres blut gott weiß nicht mehr
was er tut er mischt mehr farben
wir wollen auf schnelleren wellen
reiten brechen höchstgeschwindigkeiten
wollen rattern wollen rollen
es blitzt
erinnerungsfotos entwickeln
bei dm dauert es zu lange
an der kasse
ruft jemand:
»nimm dir noch atem
nach hause!«
aber du wohnst nicht mehr



(Preisträgergedicht 2014 von Benita Salomon aus Schriesheim, Jahrgang 1993)

Höher, schneller, weiter – warum nicht?



Zu den künstlerischen Wettbewerben — Olaf Zimmermann

Höher, schneller, weiter: Dieser Dreiklang bei sportlichen Wettbewerben konnte mich als bekennenden Sportmuffel nie begeistern. Ich gehörte stets zu jenen, die froh waren, das Ziel bei Sportwettbewerben, wie den mir äußerst verhassten Bundesjugendspielen, überhaupt zu erreichen. Höher, schneller, weiter, so könnte man meinen, wenn man die Beiträge zu den künstlerischen Wettbewerben in diesem Heft liest, ist genau das Gegenteil dessen, was die Ausrichter der künstlerischen Jugendwettbewerbe erreichen wollen. Und dennoch scheint mir notwendig, hinter dieser wettbewerbskritischen Einstellung ein großes Fragezeichen zu machen.

Selbstverständlich sind die künstlerischen Wettbewerbe wie »Jugend musiziert«, »Jugend komponiert«, »Treffen junger Autoren«, »Treffen junge Musik-Szene« und so weiter etwas anderes als Fernsehformate wie »Deutschland sucht den Superstar«, »The Voice of Germany«, »Germanys Next Top Model« und andere mehr. Die künstlerischen Jugendwettbewerbe, die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung oder auch vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert und von unabhängigen Dritten wie dem Deutschen Musikrat, den Berliner Festspielen, Jeunesses Musicales, dem Deutschen Studentenwerk und anderen durchgeführt werden, zielen nicht auf die große Show, es geht nicht um Unterhaltung eines breiten Publi-

Wie schaffe ich es, mich immer wieder zu motivieren, auch wenn ich nicht gewonnen habe?

kums, es wird nicht die Familiengeschichte der Teilnehmenden breit getreten, es geht vielmehr um den Austausch und das ehrliche Kräfteressen in künstlerischer Hinsicht, aber letztlich und im Kern dreht sich doch alles um das Gewinnen. Egal, ob es am Ende Gewinner oder Preisträger heißt.

Der Wunsch und das Ziel zu gewinnen sind meines Erachtens allen Wettbewerben inhärent und werden für die Teilnehmenden ein wichtiger Beweggrund sein, sich dem Wettbewerb mit anderen überhaupt zu stellen. Wer auf sich nimmt, tage-, wochen-, monatelang zu üben, um ein Instrument zu beherrschen, wer seine Kompositionen anderen vorstellt, wer seine Texte anderen vorträgt, wer Kunst oder Schauspiel studiert, um als professioneller Künstler zu arbeiten, wird bestrebt sein, ganz vorne mitzuspielen.

Insofern gehört es neben der Bedeutung, die der Austausch untereinander hat, der Begegnung mit anderen Kindern und Jugendlichen, die ebenfalls einem so »komischen« Hobby nachgehen wie beispielsweise dem Komponieren, auch dazu, einen guten Platz zu erreichen und den Wettbewerb möglichst zu gewinnen. Die Erfahrung und Freude des Gewinnens gehört zum Reifen gerade künstlerischer Persönlichkeiten ebenso dazu wie die »Niederlage« bzw. die Erfahrung, eben nicht zu den ersten zu gehören. Pädagogisch wertvoll ist es, die Teilnahme in den Vordergrund zu rücken und zu unterstreichen, dass es neben dem Wettbewerb doch so viel anderes zu gewinnen gilt. Für die künftige Berufslaufbahn, egal ob als Künstler oder in einem ganz anderen Feld, werden beide Erfahrungen, sowohl die Freude des Gewinnens als auch das Verarbeiten, nicht gewonnen zu haben, von großer Bedeutung sein. Künstler stehen in harter Konkurrenz zueinander. Eine Hauptrolle gibt es in einem Theaterstück zumeist nur einmal, die erste Geige spielt nur einer und das Ziel bildender Künstler ist zumeist, die Einzel- und nicht die Gruppenausstellung zu haben, bei der jeder Künstler einer unter vielen ist. Bei den künstlerischen Wettbewerben üben junge Menschen – neben vielem anderen – genau das ein: Wie schaffe ich es, mich immer wieder zu motivieren, auch wenn ich nicht gewonnen habe und wie gehe ich mit dem ersten Platz um. Beides muss verarbeitet, erlernt und eingeübt werden. Gut, wenn es im schonenden Rahmen von künstlerischen Wettbewerben für junge Menschen stattfindet.

Und noch ein weiterer Aspekt sollte nicht vernachlässigt werden: Die künstlerischen Wettbewerbe sind auch eine Form der Nachwuchsförderung. Dabei ist es ähnlich »Jugend forscht« zunächst unerheblich, ob viele Teilnehmer eine künstlerische Laufbahn einschlagen. Wichtiger ist vielmehr, Talente zu entdecken, sie zu fördern, so dass aus einer breiten Gruppe an jungen Menschen, die an Wettbewerben teilnehmen, eine kleine Gruppe hervorgeht, die einmal einen künstlerischen Beruf ergreift, und sich hieraus in der Berufslaufbahn eine noch kleinere Gruppe herauskristallisiert, die tatsächlich Spitzenleistungen erbringt und national, sowie gegebenenfalls auch international, Karriere macht.

Insofern sollte meines Erachtens bei den künstlerischen Wettbewerben für Jugendliche und Studierende selbstbewusst vertreten werden, dass es auch um die Gewinnung des künstlerischen Nachwuchses geht. Das »Höher, Schneller, Weiter« eines Wettbewerbs gehört einfach dazu.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates



Der frühe Vogel

Seit 1991 zeichnet das Internationale Nachwuchsfilmfestival »up-and-coming« die Filmschaffenden von morgen aus. Einer von ihnen war Dennis Gansel und der dreht heute in Hollywood

Was bringt die Teilnahme an einem Wettbewerb wie »up-and-coming«? Sollten junge Menschen, die bereits wissen, dass sie Filme drehen wollen, möglichst viele solcher Wettbewerbe wahrnehmen?

— Die Teilnahme an einem Wettbewerb wie »up-and-coming« bringt sehr viel. Ich war das erste Mal gar kein Teilnehmer, sondern nur Mitarbeiter beim Festival TV. So hatte ich Gelegenheit, hinter die Kulissen eines kleinen TV-»Studios« zu blicken und junge Filmemacher zu interviewen. Zudem schaute ich natürlich viele Filme an. Eine aufregende Woche. Unglaublich motivierend, denn man wollte ja auch irgendwann einen Film im Wettbewerb haben. Später lief ich dann mit meinem ersten Kurzfilm auf dem Festival und fand es für alle Belange des angehenden Regielebens sehr hilfreich. Man lernte sowohl Filmemacher, als auch Produzenten und Redakteure kennen. Man konnte die Wirkung des eigenen Films bei Publikum und Jury beobachten. Bekam enorm viel Feedback. Übte sich in ersten Interviews. Und lernte – wenn man es nicht schon vorher konnte – Unmengen an Alkohol in sich hinein zu schütten und trotzdem einigermaßen klar zur nächsten Masterclass zu erscheinen. Wenn man einen Kurzfilm präsentiert und obendrein auch schon die Idee für den ersten Langfilm im Kopf hat, ist es noch besser. Man ist gezwungen, seine Idee knackig zu pitchen und gegen viele Konkurrenzideen an den Mann zu bringen. Das ist auch das tägliche Brot im späteren Berufsleben. Und nicht zuletzt ist es einfach super motivierend, die Tage mit Gleichgesinnten zu verbringen.

Wie bewertet die Filmbranche Wettbewerbe wie »up-and-coming«? Helfen sie dabei, schon früh die künstlerische Spreu vom Weizen zu trennen und Talente zu entdecken?

— Die Filmbranche achtet sehr genau auf solche Wettbewerbe. Regisseure von dort erfolgreichen Kurzfilmen werden oft von etablierten Produzenten und Redakteuren angesprochen und nach ihren Stoffideen befragt. Hier bieten sich gute Möglichkeiten, zukünftige Partner zu finden.

Was würden Sie jungen Filmschaffenden heute aus erfahrener Perspektive mit auf den Weg geben?

— Fangt so früh es geht an, zu schreiben und an euren Spielfilmideen zu arbeiten. Kurzfilme sind super als Fingerübung, aber der Langfilm ist ja das eigentliche Ziel. Auch wenn einem das Schreiben zunächst schwer fällt – fangt früh damit an. Und wenn es nur dazu dient, sich klar zu werden, in welche Richtung man will. Dann kann man sich ja noch Autoren dazu holen. Aber die ganze Arbeit ist zielgerichteter, wenn die Vision einmal fest steht. Für diejenigen, die nicht selber schreiben wollen: Tut euch frühzeitig mit Autoren zusammen, die ihr mögt (und die euch mögen) und mit denen ihr einen Filmgeschmack teilt. Trefft euch regelmäßig und treibt die Entwicklung der Geschichten konsequent voran. Es dauert in der Regel immer länger als geplant, oft mehrere Jahre, deshalb sollte man hier so früh wie möglich anfangen, zu entwickeln.

Dennis Gansel ist Regisseur und Drehbuchautor. Er studierte Regie an der Hochschule für Fernsehen und Film München. Bekannt wurde er u. a. mit Filmen wie »Mädchen, Mädchen«, »Die Welle« oder »Napola«. Zurzeit befindet er sich in Postproduktion zu seinem US-Filmdebüt »The Mechanic: Resurrection« mit Jason Statham und Jessica Alba



Und, wie war's?

An den Wettbewerben, die das Bundesministerium für Bildung und Forschung fördert, haben über die Jahre tausende junge Menschen teilgenommen. »Kultur bildet.« hat zehn von ihnen nach ihren persönlichen Erfahrungen gefragt.



lyrix

Benita Salomon



Jugend komponiert

Parvis Hejazi



Treffen junge Musik-Szene

Luis Schwamm



Treffen junger Autoren

Sirka Elspaß



Tanztreffen der Jugend

Ben Hasan Al-Rim

»lyrix« war beim Schreiben immer ein guter Begleiter, denn die monatlichen Leitmotive boten eine Orientierung, wenn ich gerade keine konkrete Idee hatte und der Einsendeschluss am Ende des Monats den nötigen Druck brachte, mal etwas zu Ende zu bringen. Die Reise nach Berlin war für mich jedes Mal eine gelungene Auszeit vom Alltag, Motivation weiter zu schreiben und Spaß mit vielen neuen interessanten Menschen zu haben. Besonders der Austausch mit anderen Schreibbegeisterten war vielleicht das beste Mittel, um die eigenen Texte kritisch zu betrachten. Bei den Lesungen in Berlin oder auch auf Buchmessen hatte ich die Chance, meine Gedichte mit anderen zu teilen. Dabei bin ich auch sicherer geworden, was das Sprechen vor Menschen betrifft. Das hat mir nicht nur in der Schule, sondern jetzt auch im Studium geholfen. Dank der anderen Preisträgerinnen und Preisträger habe ich vom »Poetry Slam« erfahren. Kurze Zeit später stand auch ich dabei auf der Bühne. Es war faszinierend, in verschiedenen Lebenslagen – als Schülerin, als frischgebackene Abiturientin und als Studentin – bei dem Programm dabei zu sein und immer wieder an die gleichen Orte, wie das Kino »Sputnik«, zurückzukehren und zu sehen, wie sich alles entwickelt hat. Das Wichtigste sind mir die Begegnungen, die ich durch »lyrix« machen konnte.

Benita Salomon ist »lyrix«-Preisträgerin der Jahre 2010, 2011, 2012 und 2014. In diesem Jahr hat sie ein Praktikum bei der Gießener Allgemeinen Zeitung absolviert und arbeitet seither als freie Mitarbeiterin. Gerne würde sie Studium und Schreiben miteinander verbinden. Das kreative Schreiben und die Poetry Slam-Auftritte bleiben jedoch wichtige Freizeitbeschäftigungen. Eines Tages, so hofft sie, würde sie gerne mal etwas veröffentlichen ...

»Jugend komponiert« hat für mich eine besondere Stellung unter den deutschen Jugendmusikwettbewerben. Meine bisher vierfache Teilnahme an diesem Wettbewerb und dem daraus für die Bundespreisträger resultierenden Kurs auf Schloss Weikersheim bedeutet für mich vor allem eines: die ständige Motivation zur Selbstreflexion, die ja eines der zahlreichen Geschenke ist, welche aus der Musik zu schöpfen, mitzunehmen wir immer und immer wieder im Stande sind. Diese kritische Reflexion und Selbstreflexion gipfelt dann auf dem Kompositionskurs in Weikersheim. Ich habe an vielen Jugendmusikwettbewerben mit Freude, Dankbarkeit und Erfolg teilnehmen dürfen, so gibt zum Beispiel der Bundeswettbewerb »Jugend musiziert« seinen Teilnehmern eine großartige Atmosphäre, die in den Räumlichkeiten, den Preisträgerkonzerten und Förderungen zum Ausdruck kommt. Und dennoch: »Jugend komponiert« ist inzwischen ein unverzichtbarer Teil der deutschen Neue-Musik-Szene. Nie kann ich die inhaltsreichen Gespräche und die Inspirationen, die insbesondere in den Weikersheimer Kursen, aber auch im Wettbewerb ihren Höhepunkt fanden, nur annähernd vergessen.

Parvis Hejazi lebt in Bremen. Er erhielt bereits mit sechs Jahren Klavier-, Kompositions- und ab dem siebten Lebensjahr Orgelunterricht. In den Jahren 2012, 2013, 2014 und 2015 war er Bundespreisträger des Bundeswettbewerbes »Jugend komponiert« und mehrfacher erster Bundespreisträger des Bundeswettbewerbs »Jugend musiziert«, unter anderem in den Kategorien Orgel solo (2012), Klavier solo (2014) sowie in der Kategorie Klavierduo (2015). Seit 2013 ist er Jungstudent an der Hochschule für Künste Bremen mit den Hauptfächern Klavier und Komposition. Darüber hinaus gilt sein besonderes Interesse der Kammermusik, vor allem dem Klavierduo.

Als ich zum ersten Mal zum Treffen junge Musik-Szene kam, habe ich erst entdeckt, dass Popmusik für mich mehr sein kann, als ein kleines Hobby neben der Schule. Ich war umgeben von Preisträgern, von denen alle ihre Musik mit großer Begeisterung und viele schon mit ganz anderem Gewissen und Engagement machten. Es gab Jurymitglieder, die inner- und außerhalb von Workshops handfestes Wissen zum Schreiben, Spielen und Präsentieren von Musik anzubieten hatten, und mir eine Ahnung von etwas Kreativem im Handwerklichen und etwas Handwerklichem im Kreativen vermittelt haben. Damit einher ging auch, dass nach dem ersten Vertrautmachen zunächst einmal frei heraus kritisiert wurde, was zu kritisieren war. Was erst unangenehm, weil ungewohnt war, stellte sich bald als sehr fruchtbar und motivierend heraus. Wie es bei einem Treffen lauter Gleichgesinnter kaum vermeidbar ist, sind schnell Kontakte entstanden, aus denen sich für mich Freundschaften, gemeinsame Konzerte und Projekte und weiterführende Fördermöglichkeiten ergeben haben.

Luis Schwamm lebt und studiert in Köln. Er begann bereits mit 14 Jahren, Lieder zu schreiben. Im Jahre 2012 wurde er mit seiner damaligen Band »Flux« erstmals zum Treffen junge Musik-Szene eingeladen, ein Jahr später solo als Singer-Songwriter. Im Oktober hat er im Rahmen einer Wohnzimmer-tour durch Deutschland seine erste Live-CD aufgenommen: »Es wäre toll, wenn ich eines Tages gut davon leben könnte ...«

Wer von den Berliner Festspielen eingeladen wird, in ihrem roten Rechteck aus der Reihe zu tanzen, darf sich freuen, endlich ernst genommen zu werden. 2010, Klappe die Erste. Zum ersten Mal fand ich mich mit anderen Schreibenden konfrontiert, die wir alle auf einem ähnlichen Niveau arbeiteten. Nebst Leseproben, Kritik, Workshops und Preisträgerlesung, tat sich plötzlich eine Plattform auf, die über die Begeisterung und Kritik meiner Mutter hinausging. Das Treffen junger Autoren (TjA) war das Fußballcamp für eine junge Lyrikerin wie mich, das es bis dato nicht gab. Abgesehen davon war es ein Preis, eine Auszeichnung, eine Erleichterung zu wissen: Es könnte eventuell wirklich gut sein, was ich mache. Endlich wurde angepackt und kritisiert. 2012, zur zweiten Klappe, war es noch ein bisschen besser: fast so, als würde ich in eine gerade lieb gewonnene Familie zurückkehren. Dieses Gefühl hat sich in den letzten Jahren verstärkt. Wer in die Hallen der Berliner Festspiele zurückkehrt – sei es zum TjA oder einem anderen Festival – weiß, dass er willkommen ist und wenn er weggeschickt wird, dann nur auf eine Lesung nach Frankfurt oder Leipzig. Es ist der beste Ort, um kreative Bekannte und gute Freunde wiederzutreffen, beinahe eine eigene kleine Szene. Als ich 2010 ehrfürchtig den jungen Schreibstudenten lauschte, war mir nicht klar, dass ich nach dem Abitur selbst ans Literaturinstitut nach Hildesheim gehen würde. Heute weiß ich: Ohne das Treffen junger Autoren wäre ich niemals dort gelandet. In einigen tollen Anthologien und Magazinen übrigens auch nicht. Bis heute ist das Treffen ein wichtiger Knotenpunkt für mich, den ich nicht mehr missen möchte.

Sirka Elspaß lebt, arbeitet und studiert Kreatives Schreiben und Kulturjournalismus in Hildesheim. Seit Dezember 2014 ist sie Mitherausgeberin des Literaturmagazins »BELLA triste« und hat bereits in Zeitschriften und Anthologien, zum Beispiel im »STILL Magazin«, der »Landpartie 15« sowie im dritten Band von »Lyrik von Jetzt« (Wallstein Verlag), veröffentlicht. Neben der Lyrik will sie jedoch auch weiter in die journalistische Tätigkeit einsteigen. Als freie Mitarbeiterin im Feuilleton einer Lokalzeitung träumt sie davon, »endlich einmal über den Tellerrand zu schreiben, das wäre großartig!«

Früh aufstehen, lange wach bleiben, nachts oder früh morgens geweckt werden von Zimmerpartnern, die endlich den Weg zur Ruhe fanden, Proben, Bühnenauftritte, Zuschauer sein und ein Workshop, ein Austausch der Bewegung nach dem anderen. Eine nicht endende Bewegung über sieben Tage. Es fühlte sich an wie Urlaub! Der Wunsch am letzten Tag: nochmal oder verlängern! Besonders geprägt oder mitgerissen hat mich die herzliche Art des Umgangs miteinander. Keine Ausgrenzung, kein schlechttreden der Anderen, kein Neid, der nach außen gerichtet wurde, keine Gewalt und keine Langeweile. Es wurde akzeptiert, respektiert und gefördert. Eine Hand, die in die nächste Griff. So konnten sich auch ältere Generationen Inspirationen bei den Jüngeren abholen. Für mich ein sehr dynamisches Festival, welches junge tanzende Menschen auf dem Weg zu professionellen Engagements nicht missen sollten. Doch bleibt das Festival dabei offen für jeden Menschen.

Ben Hasan Al-Rim nahm 2014 als Mitglied der TanzZeit Jugendcompany Evoke aus Berlin mit dem Stück »Kellerkind« am »Tanztreffen der Jugend« teil. Der Tanz ist seine Leidenschaft, eine »Liebe in tausend Farben, Formen und Gesichtern«. Al-Rims Ziel ist es, eines Tages vom Tanzen leben zu können und »ein wenig kunstvoll verzierte Veränderung in die Norm zu bringen«. Dabei hat er sich ganz Pinas Worten verschrieben: »Tanzt, tanzt, sonst sind wir verloren!«



Theatertreffen der Jugend

↓
Julia Gräfner

Die Teilnahme am Theatertreffen der Jugend (TTJ) als Spielerin sowie meine Arbeit als Festivalzeitungsredakteurin, Jungjurorin und Workshopleiterin hat die letzten sieben Jahre meines Lebens immens geprägt. Der Austausch mit den teilnehmenden Schülern und Lehrerinnen, mit Theaterpädagogen und Spielwütigen, mit Festivalbesucherinnen, seinen Zeitungsredakteuren und Mitarbeiterinnen ist einmalig in seiner Ehrlichkeit, Direktheit, Verspieltheit und Uneitelkeit. Theater spielen, Theater machen, Theater gucken, Theater besprechen – »Theater« wird im Rahmen des Festivals zum demokratischen Medium, zum politischen Instrument. Das TTJ ist kein Vorsprechen, kein Talentwettbewerb, es ist keine Jobbörse. Es ist ein furchtloser Ort, an dem es wie an kaum einem anderen darum geht, sich beherrsigt um den Verstand zu spielen und eine Geschichte, eine Haltung zur Welt spielend zu artikulieren und mit aller jugendlichen Potenz zur Debatte zu stellen, zu verteidigen, zu hinterfragen und – wenn die Argumente stimmen – zu ändern.

Julia Gräfner wurde 2008 mit der Schweriner Schultheatergruppe TaGGS und der Produktion »hamlet.net« zum »Theatertreffen der Jugend« eingeladen. Sie hat Schauspiel an der Hochschule der Künste Bern studiert. Nach Engagements in Luzern, Berlin, Dresden, München, Weimar und Prishtina arbeitet Gräfner seit der Spielzeit 2015/2016 am Schauspielhaus Graz als festes Ensemblemitglied. Sie wünscht sich »Kraft, Lust, Wachheit, Aufmerksamkeit und die richtigen Fragen an der richtigen Stelle«. Dann könnte es auch mit großen Theatertraum klappen: gesund bleiben und die Chance, sich möglichst lang »um den Verstand zu spielen«.



up-and-coming Festival

↓
Volker Engel

Als jugendlicher Filmemacher war ich es gewohnt, meine ersten Filmexperimente lediglich Verwandten und Freunden vorzuführen. Dabei handelte es sich weder um ein wirkliches Zielpublikum noch um unvoreingenommene Kommentatoren meiner Arbeit. Erst bei der Vorführung vor 400 Filmbegeisterten Amateurfilmern zeigte sich, ob der Inhalt klar erzählt, der Schnitt stimmig war und die Musik treffend eingesetzt wurde. Mein kurzer Trickfilm »Das Wüstenrennen« war zunächst nicht mehr als ein Fragment, als meine Mutter im Radio vom »Ersten Bundesweiten Schülerfilmfestival« hörte. Daraufhin begann ich mit der Fertigstellung des 4-Minuten langen Stop-Motion Trickfilms, wissend dass der Film vor einem großen Publikum bestehen musste. Als bei der Vorführung nach der ersten Minute Film das Festival-Publikum nicht nur Szenenbeifall gab, sondern auch begeistert mit den Füßen trampelte, war ich vom Filmvirus infiziert. Dieser eine Moment und die Tatsache, von Festivalleiter Burkhard Inhülsen mit 16 Jahren wie ein »Kollege vom Film« behandelt zu werden, gab mir die Bestätigung, etwas richtig gemacht zu haben. Heute weiß ich, dass dieses Erlebnis die Grundsteinlegung für meine spätere Karriere war.

Volker Engel nahm Anfang der 1980er-Jahre zweimal am »up-and-coming Festival«, dem damaligen »Bundesweiten Schülerfilmfestival« teil, zuerst mit dem Super-8-Trickfilm »Das Wüstenrennen« und ein Jahr später mit einem Trickfilm namens »Countdown«. Bereits Ende der 1980er-Jahre kam es zu einer ersten Zusammenarbeit mit Roland Emmerich – als Visual Effects Supervisor. 1995 lud Emmerich ihn ein, die Leitung der Abteilung für die Visuellen Effekte für »Independence Day« zu übernehmen. Ein Jahr später erhielt er für seine Arbeit einen Academy Award, den »Oscar«. Von Präsident Roman Herzog wurde Engel 1998 als »Vorbild für den deutschen Filmnachwuchs« mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Zurzeit arbeitet er mit Emmerich als Koproduzent und Visual Effects Supervisor an der 200 Millionen Dollar teuren Fortsetzung zu »Independence Day«, die 2016 in die Kinos kommen soll. Außerdem hat er die Drehbuchadaption zu einem Roman von Stanislaw Lem fertiggestellt....



Biennale Tanzausbildung:

↓
Ioanna Angelopoulou

Für mich war die Biennale Tanzausbildung 2014, die zum vierten Mal in Dresden stattgefunden hat, viel mehr ein Treffen und eine Gelegenheit der Begegnungen als ein Wettbewerb. Sie konnte zum Fairplay und dem kreativen Zusammenkommen der Künstler im Tanzbereich beitragen. Im Gegensatz zum Karrieredruck und Wettbewerb im beruflichen Kontext eröffnet die Biennale den Raum und die Zeit für Kommunikation, für Austausch von Ideen und für das Interesse an der Arbeit der Anderen. Die Erfahrung, wie all diese Tänzerinnen und Tänzer mit unterschiedlichem Ausbildungshintergrund zusammenkamen, war sehr intensiv. Die Aufregung war groß und ich glaube sie führte zu einem weiteren Schub und zu mehr Spaß in dem Bildungsprozess. Der Workshop des Choreografen Frédéric Flamand war für mich im Rahmen der Biennale die prägendste Erfahrung. Ich hatte die Gelegenheit zu sehen, wie ein anerkannter Choreograph ein Projekt vorbereitet und wie er alles Relevante organisiert. Darüber hinaus hatte ich die Möglichkeit Teil einer interaktiven Installation zu sein, die in einem sehr interessanten Raum, dem Deutschen Hygienemuseum in Dresden, aufgeführt wurde. Solche Treffen wie die Biennale Tanzausbildung 2014 sollten in Zukunft viel öfters stattfinden! Sie bieten den Studierenden vor allem die Möglichkeit, verschiedene Arbeitsweisen und -stile zu erfahren, insbesondere durch den Austausch mit den vielen anwesenden Choreografen, die alle sehr unterschiedliche Ansätze im Tanz verfolgen. Dies sehe ich als sehr wichtig an für die berufliche aber auch persönliche Entwicklung von Tänzern und Choreografen.

Ioanna Angelopoulou hat – nach ihrer Ausbildung zur Tanzpädagogin für klassischen und zeitgenössischen Tanz sowie ihrem Studium im Fachbereich Vermessungsingenieurwesen und Restauration von architektonischen Denkmälern an der Aristoteles Universität in Thessaloniki – im Juni 2015 ihren Master im Studiengang Choreografie an der Palucca Hochschule für Tanz in Dresden absolviert. Zurzeit arbeitet sie als freischaffende Choreografin, Tänzerin und Tanzlehrerin in Athen und hofft, ihre Stücke auf Tanzfestivals in Griechenland und im Ausland zu präsentieren.



Kunststudentinnen und Kunststudenten stellen aus

↓
Annika Kahrs

Die Teilnahme am Wettbewerb »Kunststudentinnen und Kunststudenten stellen aus« war eine der seltenen Gelegenheiten während meiner Studienzeit, meine künstlerische Arbeit im professionellen Rahmen und auf institutioneller Ebene einem größeren Publikum zu zeigen. Diese Ausstellung und der Ausgang des Wettbewerbs kurz vor dem Ende meines Studiums waren für mich sehr wichtig – und die äußere Wahrnehmung dessen deutlich größer, als ich zuvor angenommen hatte. Aber, unabhängig von der Wettbewerbssituation, sticht die Ausstellung in all ihrer Heterogenität eben dadurch hervor, dass sie einen extrem breiten Querschnitt der unterschiedlichen Arbeitsweisen der Studenten zeigt. Dies schafft nochmals einen ganz anderen Einblick, als die einzelnen Jahresausstellungen an den jeweiligen Hochschulen geben können.

Annika Kahrs studierte Freie Kunst in Wien, Hamburg und Braunschweig. Ihre künstlerischen Schwerpunkte bilden Film- und Fotografieprojekte sowie Performances. 2011 gewann sie mit ihrer Videoarbeit »Strings« den Hauptpreis beim 20. Bundeskunstwettbewerb »Kunststudentinnen und Kunststudenten stellen aus«. Kahrs stellte bereits im In- und Ausland aus. Im Sommer 2015 nahm sie beispielsweise an der 5. Thessaloniki Biennale teil. Seit November ist sie Stipendiatin in der Cité internationale des Arts in Paris.



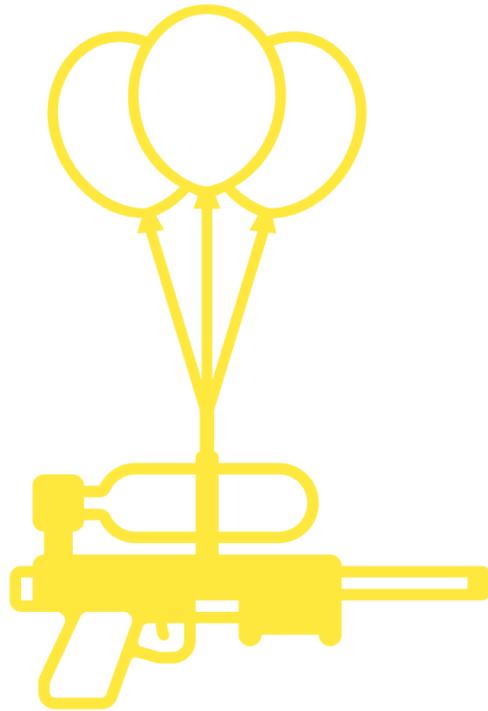
Theatertreffen Deutschsprachiger Schauspielstudierender

↓
Raphaela Möst

Meine Klasse des Studiengangs Schauspiel der Universität der Künste Berlin hat 2010 am Theatertreffen Deutschsprachiger Schauspielstudierender teilgenommen, was in diesem Jahr in Hamburg stattfand. Mit unserem Ensembleprojekt »Wir schlafen nicht« (Kathrin Röggla) unter der Regie von Hermann Schmidt-Rahmer gewannen wir den 1. Ensemblepreis. Ich denke, alle von uns haben das Theatertreffen als eine auf- und anregende Zeit in Erinnerung. Klar, so viele Schauspielstudenten aus Deutschland, Österreich und der Schweiz auf einem Haufen – das muss ja lustig sein. Aber ich glaube, der Spaß entstand vor allem auch daraus, dass man sich »in der Arbeit« getroffen hat: Abends zeigten wir uns gegenseitig unsere Produktionen, am nächsten Morgen wurde das Gesehene in einem studentischen Forum ausgiebig besprochen. Dabei kamen auch immer wieder Fragen auf, wie: Was ging schief in der Probenphase? Wie hätte man das verhindern können? Wie kann Kommunikation innerhalb des (meist nervenaufreibenden) Probenprozesses aussehen? Fragen, vor denen ich – nun den Beruf ausübend – immer wieder mal stehe. Nur ist man dann meist sich selbst überlassen oder hat höchstens ein paar Produktionsbeteiligte, um darüber zu sprechen. Diese moderierten, konstruktiven, kollektiven Diskussionen unter Mitwirkenden und (Fach-)Publikum sind mir bis heute eine wichtige und einmalige Erfahrung.

Nach ihrem Abschluss an der Universität der Künste Berlin war Raphaela Möst von 2011 bis 2014 festes Ensemblemitglied am Theater in der Josefstadt in Wien. Danach folgten Rollen am Residenztheater München sowie erste Regiearbeiten in der Schweiz. Im November 2014 wurde ihr für die Rolle der Agnes Pollinger in »Die Geschichte vom Fräulein Pollinger« der Wiener Theaterpreis NESTROY als Beste Nachwuchsschauspielerin verliehen. Seit Oktober 2015 ist sie in »Ich habe nichts zu verbergen« am Schauspiel Essen zu sehen.

Friedlicher Kampf!



Einige Anmerkungen zu Wettbewerben in Musikhochschulen — Regula Rapp

Was ist er nun wirklich: anthropologische Konstante oder tradierte kulturelle Praxis? Gesang zur Kithara war die erste Disziplin, dazu kamen später Gesang zur Flöte und Soloflötenspiel. Der wohl allererste musikalische Wettbewerb ist aus der griechischen Antike überliefert: Die Zeit der Pythischen Spiele beginnt 582 v. Chr. in Delphi. Seither wurden diese alle vier Jahre abgehalten, im Wechsel mit den Olympischen Spielen. Man darf davon ausgehen, dass sich da Meisterinstrumentalisten und Meistersinger gemessen haben. Im Unterschied dazu und im Unterschied zum Spitzensport ist die musikalische Wettbewerbskultur heute eine Qualifikationskultur. Seit Jahrzehnten verbinden Wettbewerbe den professionellen und semiprofessionellen Bereich mit dem Laienbereich. Die 1957 gegründete »World Federation of International Music Competitions (WFIMC)« listet buchstäblich hunderte von Wettbewerben auf.

In der Wettbewerbsgesellschaft: Die Ambivalenz zwischen Wettbewerb und Zusammenspiel

Ob Solo, Duo oder Orchester: Die Ambivalenz zwischen Wettbewerb und Zusammenspiel prägt auch die Arbeit in jeder Musikhochschule. In Musikhochschulen finden Wettbewerbe für vielerlei Instrumente, für Gesang und diverse Ensembles statt, und in der Musikhochschule wird auf die Wettbewerbe draußen vorbereitet. Bereits ganz am Anfang steht immer und für jede und jeden ein Wettbewerb: Die international zusammengesetzte Studierendenschaft kommt über den Wettbewerb der Aufnahmeprüfung in die Hochschule. Und dann gilt für die klassischen Instrumente: Solist sein oder einen Platz in einem renommierten Orchester bekommen ist oberstes Ziel, und auf dem Weg dahin sollte man sich Fähigkeiten im Ensemblespiel aneignen, denn der »Ensemblestarke« Musiker ist – das weiß man längst – auch der bessere Solist oder Orchestermusiker. Nun sind Hochschulen nicht nur Bildungsstätten, sondern auch Veranstalter. Je kleiner die Heimatstadt der Hochschule, desto wichtiger ihre Konzerte. In größeren Städten wird die Konkurrenz der Veranstalter zur Herausforderung. Auf der Bühne und im Graben der Musikhochschule »zählt« jedes Mal, und jedes Mal erwartet das Publikum »Präsenzeffekte« (Hans Ulrich Gumbrecht), die sich einprägen. Der Wettbewerb um einen Geldpreis, eine CD-Aufnahme, ein Konzert, ein Vorspiel prägt den Tag und das Ensemble, das Zusammenspiel den Abend? Max Weber hat Konkurrenz »den friedlichen Kampf« genannt. Der hat in Wahrheit in einzelnen Klassen oft auch eine andere Seite: Es gibt Autoritätsprobleme und Abhängigkeiten, entmutigende Konkurrenz, Ängste und Beruhigungsmittel.

Doch was erwarten wir eigentlich? Wir leben in einer Gesellschaft, die durch Wettbewerb und Konkurrenz als ubiquitäres Organisationsprinzip geprägt ist. Schließlich ist der Wettbewerb nicht nur ein Motor unserer Zeit und damit letztlich eine Erscheinungsform des ökonomischen Prinzips, er ist auch eine zentrale Kategorie im hochschulpolitischen Diskurs geworden. Das New University Management als Sonderform des berühmten New Public Managements zielt darauf, dass die Hochschule als Organisation um die besten Dozierenden und Studierenden kämpft und in der Hochschule jeder sein eigener Unternehmer ist. Die Career Services wachsen aus dem Boden und beraten und unterstützen. Für die wissenschaftlichen Hochschulen ist dies bereits beschrieben worden: »Nicht nur Selbstoptimierung, sondern auch Public Relation-Arbeit, Impression Management und Lobbying gehören zum Handlungsrepertoire eines akademischen Arbeitskraftunternehmers ...« (Martin Winter, Wettbewerb im Hochschulwesen, 2012) – das gilt längst auch für Musikerinnen und Musiker.

Eine andere Sicht auf die Dinge? Der Wettbewerb als Kulturaustausch

Sowie die Idee des Wettbewerbs unsere Gesellschaft prägt, so ist das Marketing inzwischen zu einem ihrer wichtigsten Instrumente geworden. Ein Wettbewerb läuft nicht richtig? Dann muss die Werbung verbessert werden. Eine Ehrenrettung des Wettbewerbs ist meiner Meinung nach eine spezifische Sicht auf den Wettbewerb, die der Hochschultypus Musikhochschule leisten kann – besser als jeder andere Hochschultypus. Die Musikhochschulen sind nicht nur Bildungsstätten und Veranstalter, sie sind international – so international, wie es viele Universitäten hierzulande gerne wären. Hier studieren künstlerische Individuen aus den unterschiedlichsten Ländern, die sich der Kunst verschrieben haben und dafür bereits viel Handwerk, Können, Kreativität mitbringen. Klasse statt Masse: Es geht um sorgsam ausgewählte Wettbewerbe, in denen sich die Studentinnen und Studenten begegnen und voneinander lernen und bei denen in die Überlegungen der Jurys pädagogische Erwägungen einfließen können. Jede und jeder Einzelne soll als künstlerische Persönlichkeit wahrgenommen werden. Ausgewählte Wettbewerbe und die Diskussion über das Wettbewerbswesen selbst, dafür sind die Musikhochschulen und ihre Musikprofessoren eben auch da.

Regula Rapp ist Musikwissenschaftlerin und Rektorin der Staatlichen Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Stuttgart

Nachgefragt bei Edgar Auer

Der traditionsreichste Wettbewerb in der kulturellen Bildung hat schon mehr als einmal die Weichen für eine musikalische Laufbahn gestellt. Zu viel des Lobes?

Wie erklären Sie sich den anhaltenden Erfolg des Wettbewerbs und das anhaltende Interesse junger Talente, sich mit anderen musikalisch messen zu können?

— 1964 vom Deutschen Musikrat ins Leben gerufen, um den Mangel an Orchesternachwuchs zu beheben, ist aus dem dreistufig angelegten Wettbewerb eine von Bund, Ländern und Gemeinden getragene kulturelle Bildungsmaßnahme erwachsen, an der mittlerweile beinahe 700.000 junge Musikerinnen und Musiker teilgenommen haben. »Jugend musiziert« möchte ihnen ermöglichen, ihren künstlerischen Standort zu bestimmen, indem sie sich mit anderen vergleichen und auch neue Impulse durch die Bewertung und das Gespräch mit der Jury erhalten. Das ist ein enormer Anreiz! Reizvoll ist auch die Offenheit des Wettbewerbs: Das beginnt mit der Tatsache, dass es für die Teilnahme unerheblich ist, wo die musikalische Ausbildung erfolgt. Schülerinnen und Schüler kommunaler Musikschulen sind ebenso willkommen wie die privater Institutionen oder Jugendliche, die sich ohne Lehrer vorbereiten. Dazu kommt, dass »Jugend musiziert« keine Pflichtwerke verlangt, sondern nur Vorgaben zur Epoche macht. Das erlaubt jedem Teilnehmenden eine individuelle Zusammenstellung des Wertungsprogramms. Offenheit gilt auch hinsichtlich der Teilnahme von Kindern und Jugendlichen, die keine deutsche Staatsbürgerschaft haben. Sofern sie bei Anmeldeschluss am 15. November in Deutschland leben oder eine deutsche Schule im Europäischen Ausland besuchen, können sie sich an »Jugend musiziert« beteiligen.

Was bedeutet die Teilnahme an »Jugend musiziert« für Nachwuchstalente im Hinblick auf eine professionelle Laufbahn? Was ist das Anliegen des Wettbewerbs?

— Die Teilnahme an »Jugend musiziert« ist eine Herausforderung, vermittelt Erfolgserlebnisse und belohnt die erbrachte Leistung mit einer Reihe von anschließenden Förderprojekten. Die 170 Regionalwettbewerbe erlauben den Teilnehmenden eine erste Einordnung mit Gleichgesinnten des eigenen Landkreises. Wer zum Landeswettbewerb delegiert wird, stellt sich dem Vergleich mit Gleichaltrigen seines Bundeslandes und er vergrößert das Forum nochmals, sobald er sich für den Bundeswettbewerb qualifiziert hat. Die eigenen musikalischen Fähigkeiten, Lampenfieber, Präsenz, Fokussierung auf den Moment des Vorspiels, den Umgang damit und die Bewältigung dieser Herausforderungen kann man bei »Jugend musiziert« im geschützten Raum erproben und so einschätzen, ob man den Weg hin zum Profi-Musiker bzw. zur Profi-Musikerin weiter gehen will oder kann.

Welche Eigenschaften weisen die prototypischen Gewinner und Gewinnerinnen des Wettbewerbs auf?

— Zunächst einmal sprechen wir bei »Jugend musiziert« nicht von »Gewinnern«, sondern von Preisträgerinnen und Preisträgern. Denn die Jurygremien können Punkte und Preise mehrfach vergeben. Der Reiz dieses Jugendwettbewerbs besteht gerade darin, dass sich hier ein breites Spektrum musikinteressierter Jugendlicher versammelt: Hobbymusiker ebenso wie diejenigen, die sich längst für einen Musikberuf entschieden haben. Neugier, Teamgeist, Empathie sind bei »Jugend musiziert« häufig anzutreffende Tugenden. Ein paar Eigenschaften sind es jedoch, die besonders in der Leistungsspitze vertreten sind: ein überdurchschnittlicher Leistungswille, eine hohe Frustrationsgrenze, eine auffallende Strukturiertheit und die Bereitschaft, sich ausdauernd und intensiv mit der Musik auseinanderzusetzen und sich geradezu in sie zu versenken.

Edgar Auer ist Musikwissenschaftler, seit 1983 Mitarbeiter in der Bundesgeschäftsstelle »Jugend musiziert« und seit 2008 Projektleiter



Sollten angehende Künstler und Musiker im Studium an Wettbewerben teilnehmen? Auf die richtige Auswahl kommt es an — Herbert Grüner

Wer sich für ein künstlerisches Studium entscheidet, entscheidet sich auch dafür, zukünftig in einer Wettbewerbsarena zu agieren. Ob diese Arena profit- (Kreativwirtschaft) oder non-profit-orientiert (öffentlicher oder zivilgesellschaftlicher Kulturbetrieb) ist, stets weist sie eine Gemeinsamkeit auf: es gibt eine Vielzahl von Wettbewerbern! Sie alle haben ein Ziel – sich im Wettbewerb um Wahrnehmung, Anerkennung, Wertschätzung, Kunden, Rezipienten, Zuhörer, Kuratoren, Journalisten, materielle wie immaterielle Ressourcen etc. durchzusetzen! Bei aller Gemeinsamkeit gibt es jedoch zwischen künstlerischen Fachkulturen Unterschiede im Verständnis von Wettbewerb. Während z. B. in der Freien Kunst Wettbewerb im Sinne eines formalisierten Vergleichs der Besten mit Blick auf eine qualitative Stufung (was ist »gute«, was »bessere« Kunst?) zumeist abgelehnt wird, ist in anderen künstlerischen Bereichen wie z. B. klassischer Musik oder Tanz eine differenzierte Bewertung anhand genauer Kriterien durchaus zu finden. Trotz eines unterschiedlichen Verständnisses gilt: Wettbewerbe in den Künsten sind organisierte kompetitive Veranstaltungen, an denen Künstler teilnehmen, um mit und gegen andere anzutreten und zu gewinnen. Es ist deshalb sinnvoll, bereits im Studium Wettbewerbsarenen der Kunst kennenzulernen und an Wettbewerben teilzunehmen. Das unterstützen auch die deutschen künstlerischen Hochschulen, indem sie selbst prominente Wettbewerbe mitorganisieren, wie z. B. den »Felix Mendelssohn Bartholdy Hochschulwettbewerb« in der Musik oder den Bundeswettbewerb »Kunststudentinnen und Kunststudenten stellen aus«. Schließlich ist es unbestritten, dass das Renommee eines Künstlers auch durch Wettbewerbsgewinne, Preise, Stipendien etc. mitbestimmt wird.

Es gibt eine enorme Anzahl von Wettbewerben unterschiedlicher Ausrichter, Zielgruppen, Bedingungen und Ziele. Alleine sich darüber zu informieren, ist eine zeitaufwändige Angelegenheit, auch wenn es eine Reihe von informativen Plattformen gibt, wie z. B. www.artports.com, www.miz.org, www.bbk-bundesverband.de. Das ersetzt jedoch nicht die eigene Entscheidung: Ist es für mich der richtige Wettbewerb zum richtigen Zeitpunkt?

An dieser Stelle sei auf die eingangs skizzierten kulturellen Unterschiede der künstlerischen Fachkulturen verwiesen. Sie schlagen sich in Anforderungen und Rahmenbedingungen von Wettbewerben in den Künsten nieder. So kann z. B. ein Wettbewerb in der Freien Kunst die Auflösung fester Gattungsgrenzen berücksichtigen (Malerei, Performance, Installation etc.), mit der Folge, dass sehr breit ausgeschrieben und eingereicht wird. Wettbewerbe in anderen künstlerischen Bereichen, wie z. B. der darstellenden Kunst oder Musik, benennen hingegen oftmals bereits in der Ausschreibung sehr genau den erwarteten Wettbewerbsbeitrag und enthalten ggf. eine genau definierte Repertoireliste (welche Stücke, welche Sprache, welche Epoche, welches Instrument etc.). Je nach Wettbewerbscharakter und -kultur steht der Wettbewerbsteilnehmer vor einer gänzlich anderen Aufgabe, wird sich anders vorbereiten, erlebt Wettbewerb stärker oder weniger stark als direkten Vergleich mit anderen und sieht sich Jurys mit unterschiedlichem Verständnis und unterschiedlichen Aufgaben gegenüber.

Bereits die Auswahl des richtigen Wettbewerbs zum richtigen Zeitpunkt ist also eine Leistung. Es ist deshalb sehr ratsam, sich auf die Suche und Auswahl geeigneter Wettbewerbe, ihrer Struktur, Kultur und Bedingungen, gut vorzubereiten. Es lohnt sich dabei eine Reihe von Prüfkriterien zu

nutzen wie beispielsweise – in Anlehnung an Arnold Jacobshagen: Musikwettbewerbe, Preise und Stipendien, 2011:

- ▶ Ausschreibungsradius: regional, national, international (gibt nicht zuletzt Auskunft über die zu erwartende Breite und Tiefe der Konkurrenzsituation)
- ▶ Altersstufen (gibt Auskunft über künstlerische Erfahrung von Wettbewerbern)
- ▶ Leistungsniveaus (nehmen Profis, semiprofessionelle oder Laienkünstler teil)
- ▶ Veranstalter (Unternehmen, Stiftung, eine öffentliche Institution; was sind deren Visionen, Ziele, Beweggründe)
- ▶ Kategorien (passt meine künstlerische Leistungen in die Kategorie z. B. Gesang oder Performance)
- ▶ Entscheider (gibt es eine Jury, wie ist sie besetzt)
- ▶ Verfahren (gibt es ein klares, nachvollziehbares Verfahren der Teilnahme und der Teilnahmebedingungen)
- ▶ Gewinne (materielle und immaterielle Leistungen, geht der Gewinner Verpflichtungen ein, wie z. B. Abgabe von Rechten)

Die Teilnahme und das Sammeln von Erfahrungen kann ein Gewinn sein, birgt aber auch Gefahren. Wer sich sehr früh und am Beginn seiner künstlerischen Entwicklung in die Konkurrenz mit zum Teil deutlich älteren und erfahreneren Kollegen begibt, kann bereits zum Karrierestart einen erheblichen – auch öffentlichen – Dämpfer erfahren, der das eigene künstlerische Selbstwertgefühl und die Entwicklung schwächt und einen dauerhaften negativen Eindruck bei Jurymitgliedern und Rezipienten hinterlässt.

Neben der Wahl des richtigen Wettbewerbs ist die konkrete künstlerische Vorbereitung auf den ausgewählten Wettbewerb und dessen Bedingungen (räumliche, zeitliche, personelle etc.) die nächste Herausforderung. Handreichungen und Checklisten können hierbei Hilfe leisten (u. a. www.kulturpreise.de, World Federation of International Music Competition www.wfimc.org). Schließlich ist auch der Umgang mit dem Ergebnis zu erlernen. Sowohl das Gewinnen als auch das Verlieren ist absolut gesehen weder gut noch schlecht. Vielmehr zählt es, wie durch ein Wettbewerbsergebnis künstlerische Ziele, Positionen, persönliche Entwicklungen nachhaltig befördert werden.

Kunst im Wettbewerb mag für einige eine Horrorvorstellung sein. Kunst im Wettbewerb ist jedoch für sowohl für Studierende der Künste wie bereits ausgebildete Künstler eine Chance, sich seines eigenen künstlerischen Tuns zu vergewissern, unter professionellen Gesichtspunkten zu präsentieren und fruchtbar für die eigene künstlerische Arbeit nachhaltig zu nutzen. Darin besteht auch die große Verantwortung, sowohl für den Teilnehmer als auch den Ausrichter von Wettbewerben. Darüber müssen sich die Akteure der Wettbewerbsarena stets bewusst sein.

Herbert Grüner ist Rektor der Hochschule für Künste Bremen und Inhaber der Professur für Wirtschaftswissenschaften an der Kunsthochschule Berlin-Weissensee



Die jungen Wilden



Wer als Künstler Karriere machen will, muss sich auf die Regeln des Kunstmarktes einlassen. Das bekommt vor allem der Nachwuchs zu spüren — Kristian Jarmuschek

Kunstwerke haben einen Wert »an und für sich«, sie sind Anschauungsobjekte mit symbolischem Wert und sind sich in ihrer Vollendung selbst genug. In dieser Überzeugung zementiert sich der hartnäckig haltende Antagonismus von Kunst und Geld, Wert und Preis. Doch wovon soll der Künstler »an und für sich« leben? Ein Dilemma.

Für Absolventen, die frisch von den Kunsthochschulen kommen und die noch auf eine überschaubare Zahl an Förderern und Multiplikatoren blicken können, ist der Zugang zum Markt – und somit zur Sicherung der künstlerischen Existenz – eine Hürde, die es zu nehmen gilt. Gleichzeitig befinden sie sich in einem Stadium ihrer Entwicklung, die per se großes Potenzial hat, Aufmerksamkeiten zu wecken: Junge Künstler mit neuen Ideen und künstlerischen Positionen werden vom Publikum – und somit auch vom Markt – gesucht und sind dort hoch willkommen. Man lechzt geradezu nach neuem »Input«, nach Provokation und Perspektivwechsel. Die jungen Künstlerin-

nen und Künstler, deren Schaffen idealerweise noch nicht durch den Markt geprägt ist, wird gewissermaßen Projektionsfläche eines Erlösungswunsches, vor dem man sich sicher in Acht nehmen sollte, den es aber auch zu nutzen gilt.

Zuvor sollte klar sein: Ein Künstler, der sich auf den Kunstmarkt nicht einlassen möchte, muss sich mit dem Gedanken arrangieren, dass er allein vom Verkauf seiner Kunst nicht leben können wird.

Ein bekanntes Beispiel für eine solche Plattform ist die alle zwei Jahre in der Bundeskunsthalle in Bonn realisierte Ausstellung »Kunststudentinnen und Kunststudenten stellen aus«. Ausgestellt werden Künstlerinnen und Künstler, die an einer der 24 in der Kunst-

hochschulrektorenkonferenz organisierten Akademien, Kunsthochschulen und Universitäten studieren. Jede Hochschule ist eingeladen, jeweils zwei Studierende zu nominieren. Das Auswahlverfahren legen die Hochschulen selbst fest. Der Wettbewerb soll den teilnehmenden Kunststudierenden die Möglichkeit geben, ihre Werke außerhalb der Akademieräume zu zeigen und Erfahrungen im professionellen Ausstellungsbetrieb einer renommierten Institution zu sammeln, sich der journalistischen Kunstkritik zu stellen und Kontakte zu Galerien, Kunstvereinen, Sammlern und Kuratoren zu knüpfen.

Ohne Frage stellt die Bundeskunsthalle einen der hervorragendsten Ausstellungsräume Deutschlands dar. Gelegen in einem der traditionellen Zentren der zeitgenössischen Kunst stellt der Besuch trotz der Kopplung der Eröffnung an die Woche der Art Cologne eine gewisse Herausforderung dar. Auch in der Kunstszene gibt es eine Ökonomie der Aufmerksamkeit, insofern braucht es schon ein besonderes Interesse an den jüngsten Positionen zeitgenössischer Kunst, um die Ausstellung in der Konkurrenz der anderen zeitlich begrenzten Präsentationen zu besuchen. Auch stellt der museale Kontext mit Sicherheit eine Herausforderung im gestalterischen Sinne für die Künstler dar, bietet aber nicht automatisch eine Schnittstelle zu den Akteuren des Kunstmarktes. Darüber hinaus ist bei aller notwendigen Auswahl und Fokussierung auf einzelne Positionen das Verhältnis der Anzahl der in Deutschland Studierenden und das der Ausgestellten mehr als fragwürdig. Auch bietet die deutsche Kunsthochschullandschaft mehr zeigenswerte Studierende als der zweijährige Turnus vermittelt. Zumindest eine jährliche Realisierung des Formates wäre wünschenswert, vielleicht im Wechsel der Häuser in Bonn und Berlin.

Eine weitere besondere, unmittelbar auf den Kunstmarkt abzielende Form der Förderung junger Künstlerinnen und Künstler sind die New Positions. In Form von Förderkojen werden Experimentierfelder für nicht etablierte Kunst seit 1980 alljährlich auf der Art Cologne zusammen mit dem Bundesverband Deutscher Galerien und Kunsthändler e.V. (BVDG) realisiert. Dieses Format soll jungen, exzeptionell arbeitenden Künstlerinnen und Künstlern aus dem In- und Ausland den Einstieg in den Kunstmarkt ermöglichen und das Interesse der Sammler und des Fachpublikums aus den Museen und Institutionen auf sich und die präsentierende Galerie ziehen.

Eine jährlich wechselnde Jury, die sich jeweils aus zwei Galeristen, einem Künstler, einem Kurator und einem Kunstkritiker zusammensetzt, wählt unter allen Bewerbungen bis zu 20 bis 25 Künstlerinnen und Künstler aus. Bewerben können sich Künstler ausschließlich über ihre Galerie, die als Aussteller auf der Art Cologne vertreten ist. Für die nominierten Künstlerinnen und Künstler steht direkt neben dem Stand der sie vertretenden Galerie eine 25 m² große Koje zur Verfügung. Die Auswahl der dort präsentierten Werke und die Gestaltung der Koje sollen in der Hand der Künstlerinnen und Künstler liegen. Diese funktionieren wie kuratierte Einzelausstellungen, umfassen überwiegend mehrere Werke, Werkgruppen oder In-

stallationen. Abseits der geschützten Sphären öffentlicher Stipendienprogramme sind die New Positions ein wichtiges Instrument, neuesten künstlerischen Positionen Raum in der Realität des Kunstmarkts zu geben und ihnen damit den Einstieg in diesen Markt zu ermöglichen. Sie ziehen in besonderer Weise das Interesse der Sammler und des Fachpublikums aus den Museen und Institutionen auf sich.

Unter dem Titel Academy Positions präsentieren auf der Positions Berlin Art Fair in jeweils eigenen Kojen vier bis fünf Absolventen einer Kunsthochschule bzw. die Preisträger einer Kunststiftung ihre Kunstwerke. Academy Positions ist eine Weiterentwicklung des im Rahmen der Preview Berlin entstandenen Formats »Emerging Art and Mediation«. Es wendet sich den Absolventen von Kunsthochschulen und jungen Kunstvermittlern zu und setzt direkt bei den Künstlern im Moment des Übergangs vom Studium in die künstlerische Selbstständigkeit an. Ziel ist, durch experimentelle Formen der Kunstvermittlung einer neuen Generation von jungen verheißungsvollen Künstlern die Gelegenheit zu geben, sich erstmals einer breiten kunstinteressierten (Fach-)Öffentlichkeit zu präsentieren. Freigestellt von kommerziellen Erwartungen können junge Künstlerinnen und Künstler erste Erfahrungen auf dem Kunstmarkt sammeln: Sie haben die Möglichkeit, die Gegebenheiten und Grenzen auf dem freien Markt auszuloten. Diese Heranführung an eine selbstständige Künstlerexistenz jenseits romantisierender Vorstellungen bietet jungen Künstlern die Chance, sich unter realistischen Bedingungen auf ihre spätere Karriere vorzubereiten und im Rahmen der Präsentation auf der Messe hierfür die Grundlagen zu generieren. Für Kuratoren, Sammler, Galeristen, Museumsleiter und Journalisten bietet sich quasi ein vergleichender Rundgang zwischen den Absolventen verschiedener Kunsthochschulen, der gebündelt die präsentiert, die als progressivste und vielversprechendste Positionen erscheinen.

Viele Dinge müssen zusammenkommen, damit Künstler und ihre Kunstwerke auch auf dem Kunstmarkt Anerkennung finden: künstlerische Qualität muss erkannt und sichtbar gemacht werden, sie setzt sich nicht im Selbstlauf durch. Sie bedarf der Entdeckung, der Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit, sie bedarf der mutigen und klugen Vermittlung und des Verständnisses ebenso wie der unermüdlichen Förderung. Sie bedarf der Anerkennung von Kuratoren und öffentlichen Institutionen ebenso wie eines interessierten und kaufkräftigen, möglichst treuen Publikums.

Es ist völlig richtig zu hoffen, als Künstler eine institutionelle Karriere zu schaffen. Junge Künstler sollten sich der Herausforderung einer Ausstellung im Kontext stellen können. Die Einbindung von kompetenten Juroren ist bei Wettbewerben immens wichtig, denn junge Künstler wachsen an einem qualifizierten Feedback.

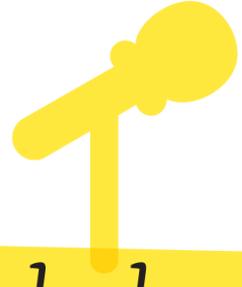
Der Kunstmarkt ist ein komplexes Geschäft. Gerade junge Künstler haben es schwer, im umkämpften Markt Fuß zu fassen. Innerhalb des Systems gibt es aber Kategorien, Wettbewerbe und Filter, mit und durch deren Hilfe Künstler Karriere machen können.

Kristian Jarmuschek ist Vorsitzender des Bundesverbandes Deutscher Galerien und Kunsthändler e.V.

Ein Künstler, der sich auf den Kunstmarkt nicht einlassen möchte, muss sich mit dem Gedanken arrangieren, dass er allein vom Verkauf seiner Kunst nicht leben können wird.



Lernen, eine Stimme zu haben



Der Wettbewerb »Kunststudentinnen und Kunststudenten stellen aus« ist für viele junge Talente die erste Gelegenheit, ihre Werke im Rahmen einer großen Sammelausstellung zu präsentieren — Anne Renner

Alle zwei Jahre findet in der Bundeskunsthalle in Bonn eine Ausstellung der ganz besonderen Art statt. Um die 50 junge Künstlerinnen und Künstler zeigen einen Monat lang ihre Arbeiten. Die Werke behandeln verschiedenste Problematiken, stammen aus allen Medien der Freien Bildenden Kunst, die Künstlerinnen und Künstler aus allen Ecken der Bundesrepublik. Es ist die einzige länder- und spartenübergreifende Ausstellung von Kunststudierenden in Deutschland und das Herzstück des Bundeswettbewerbs »Kunststudentinnen und Kunststudenten stellen aus«.

Der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte und vom Deutschen Studentenwerk organisierte Wettbewerb wurde 1983 ins Leben gerufen und wird nächstes Jahr zum 23. Mal ausgeschrieben. Er richtet sich an die 24 in der Rektorenkonferenz der Kunsthochschulen organisierten Akademien, Hochschulen und Universitäten, die jeweils zwei ihrer Studierenden, in Einzelfällen auch Künstlergruppen, für die Teilnahme nominieren. Wer und wie nominiert wird, ist den Kunsthochschulen selbst überlassen.

In einem so großen und renommierten Haus wie der Bundeskunsthalle auszustellen, ist für Kunststudierende keine Selbstverständlichkeit und ein zentraler Aspekt der Künstlerförderung, die der Wettbewerb zum Ziel hat. Die Teilnehmenden lernen einen professionellen Kunstbetrieb kennen, der ihnen hochwertige Räumlichkeiten bietet. So kann in der großen Halle der Bundeskunsthalle eine Deckenhöhe von gut neun Metern bespielt werden, und viele Teilnehmende produzieren Arbeiten für die spezifischen Gegebenheiten vor Ort. Die spannendste und intensivste Phase des Wettbewerbs ist daher der einwöchige Ausstellungsaufbau. Nach monatelangem Kontakt und gemeinsamen Überlegungen, wie man zum Beispiel einen fünf Meter hohen Kaugummiautomaten am besten nach Bonn transportiert, lernen sich Organisationsteam und Künstlerinnen und Künstler persönlich kennen.

Welche Erfahrungen und Erwartungen die einzelnen Teilnehmenden mitbringen, ist sehr unterschiedlich. Einige werden bereits durch eine Galerie vertreten, andere haben wenig Ausstellungserfahrung und arbeiten zum ersten Mal

mit Restauratoren und Technikern zusammen, die auch genau auf Aspekte wie Brandschutz und Fluchtwege achten. Während des Aufbaus findet ebenfalls ein intensiver Austausch der Studierenden untereinander statt. Die Diskussionen über Arbeitsweisen, Problematiken und Erfahrungen geben ihnen neue Impulse und erweitern ihr Netzwerk.

Am Ende steht eine Ausstellung, die ein Panorama der Kunstproduktion und den Ausbildungsstand an den deutschen Kunsthochschulen zeigt. Dann obliegt einer dreiköpfigen Jury von Kunstexpertinnen und -experten die schwere Aufgabe, zu entscheiden, welche Künstlerinnen und Künstler mit einem Förderpreis ausgezeichnet werden. Der Wettbewerb ist insgesamt mit einem Preisgeld von 30.000 Euro dotiert. Preise sind ein wichtiges Qualitätsmerkmal in einer Künstlervita, und mit dem Wettbewerb sollen Kunststudierende, die kurz vor ihrem Abschluss stehen, in der Szene bekannter gemacht werden.

Im Rahmen von Ausstellungseröffnung und Preisverleihung, zu der bis zu 1.000 Gäste kommen, ergibt sich weiterhin für einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, Werke zu verkaufen oder für weitere Ausstellungsbeiträge angefragt zu werden. Ein hochwertiger Ausstellungskatalog, der jeweils von einer der Kunsthochschulen gestaltet wird, bietet zusätzliche Informationen zu den teilnehmenden Künstlerinnen und Künstlern. Er wird gezielt an Galerien versendet und ist in der Buchhandlung in der Bundeskunsthalle und beim Deutschen Studentenwerk erhältlich.

Einige der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bundeswettbewerbs »Kunststudentinnen und Kunststudenten stellen aus« aus den letzten drei Jahrzehnten haben inzwischen den Durchbruch in der Kunstszene geschafft. So wohl Tomás Saraceno als auch Tobias Rehberger, Alicja Kwade, und Thomas Zipp sind Alumni des Wettbewerbs. Eine Garantie für eine erfolgreiche Karriere kann der Wettbewerb nicht sein, wohl aber ein Baustein um den Übergang von der Hochschule in ein alles andere als einfaches Berufsfeld zu meistern.

Anne Renner ist Projektkoordinatorin im Kulturreferat des Deutschen Studentenwerks

Der Bundeswettbewerb Biennale Tanzausbildung und seine Bedeutung für die berufliche Entwicklung — Gabi Beier

Kaum ein künstlerischer Wettbewerb ist bis heute mit so vielen Klischees behaftet wie ein Tanzwettbewerb. Noch immer verbinden sowohl Fachleute als auch das interessierte Publikum mit einem Tanzwettbewerb in erster Linie einen Wettkampf junger, exzellent ausgebildeter Tänzer. Es geht um Perfektion und Höchstleistungen. Die großen internationalen Tanzwettbewerbe sind, auch wenn von den jungen Teilnehmern verschiedene künstlerische Beiträge gefordert werden, in erster Linie Ballettwettbewerbe. Wer einen der Preise bei den traditionsreichen Wettbewerben in Varna, Lausanne, Moskau oder Tokio gewinnt, dem öffnen sich die Türen in die Welt des Balletts ein großes Stück weit. Die Engagements in den wenigen großen Ballettkompanien sind begehrt und die Zeit, in der klassisches Ballett auf einem hohen Niveau möglich ist, ist beschränkt.

Auch in Deutschland waren zum überwiegenden Teil die Ballettsparten an den Stadt- und Staatstheatern noch bis Mitte der 1990er Jahre das Berufsziel der Absolventen an den verschiedenen staatlichen Ausbildungsinstitutionen. Den strukturellen Veränderungen in der deutschen Theaterlandschaft nach der Wiedervereinigung und den Jahr für Jahr massiver werdenden finanziellen Einschnitten, vor allem an den Theatern in kommunaler Trägerschaft, fielen danach in großem Umfang die Stellen für Tänzer zum Opfer, indem Tanzsparten an den Häusern geschlossen oder Kompanien zusammengelegt wurden. Der Prozess der Professionalisierung des Tanzes in freien Strukturen und seine Entwicklung zu einer Sparte von kulturpolitischer Relevanz bis hin zu seiner immensen Bedeutung in der kulturellen Bildung fand zwar parallel, aber nicht in gleichem Tempo wie die rasanten Kürzungen an den Theatern statt. Damit einhergehend musste die Frage »Wofür bilden wir aus?« an den Ausbildungsinstitutionen für Tanz neu gestellt werden.

Mitten in diesem Prozess wurde 2005 neben anderen Projekten des Tanzplans Deutschland, einer Initiative der Kulturstiftung des Bundes, unter der Leitung von Ingo Diehl (heute Professor an der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Frankfurt/M.) ein Schwerpunktbereich »Ausbildungsprojekte« geschaffen, der sich genau dieses Problems annahm. Durch diese Initiative konnten in enger Zusammenarbeit aller beteiligten staatlichen Ausbildungsinstitutionen mit internationalen Experten Fragen nach neuen Inhalten und Methoden der Ausbildung als Reaktion auf die sich ändernde künstlerische Praxis eingehend untersucht werden. Im Zusammenhang damit und als weitere Projekte des Tanzplans Deutschland wurden mit dem Hochschulübergreifenden Zentrum Tanz Berlin – einem von der Universität der Künste Berlin, der Hochschule für Schauspielkunst »Ernst Busch« Berlin und dem Netzwerk Tanzraum Berlin getragenen und gestalteten Konstrukt – eine gänzlich neue Institution und mit den Masterstudiengängen »Choreografie und Performance« (Gießen/Frankfurt) und »Tanzpädagogik« (Frankfurt) neuartige Studiengänge eingerichtet. Es hatte sich gezeigt, dass vor allem die regelmäßigen Arbeitstreffen, an denen sowohl Lehrende als auch Studierende beteiligt waren, von unschätzbarem Wert sind und als quasi begleitende Maßnahmen auch nach dem Auslaufen des Tanzplans 2010 fortgeführt werden sollten.

Im Februar 2007 schlossen sich alle elf staatlichen Tanzausbildungsinstitutionen in Deutschland (Ballettschule des Hamburg Ballett; Folkwang Hochschule Essen; Heinz-Bosl-Stiftung/Ballett-Akademie München; Hochschule für Musik und Tanz Köln; Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Frankfurt/M.; Hochschulübergreifendes Zentrum Tanz Berlin; John-Cranko Schule – Bal-

lettschule des Württembergischen Staatstheaters Stuttgart; Palucca Schule Dresden – Hochschule für Tanz; Staatliche Ballettschule Berlin und Schule für Artistik/Hochschule für Schauspielkunst »Ernst Busch«; Staatliche Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Mannheim/Akademie des Tanzes) zur »Ausbildungskonferenz Tanz« (AKT) zusammen und luden bereits ein Jahr später zur 1. Biennale Tanzausbildung/Tanzplan Deutschland nach Berlin ein. Die Biennale fand im Rahmen des Festivals CONTEXT #5 am HAU Hebbel am Ufer statt und brachte zum ersten Mal Studierende aller nationalen staatlichen Ausbildungsinstitutionen zusammen. Neben den öffentlichen Präsentationen der künstlerischen Arbeiten waren es vor allem das gemeinsame Training, die Diskussionsrunden und Arbeitsgruppen, die zeigten, wie notwendig und unabdingbar solch eine Plattform für die Studierenden ist. Es wurde bereits hier eine neue Form eines künstlerischen Wettbewerbs geschaffen, die es jungen Tanzschaffenden ermöglicht, die eigene künstlerische Praxis zu anderen ins Verhältnis zu setzen und in Austausch zu treten. Preisträger sind alle Studierenden, die von ihren Schulen für die Biennale und damit für die Teilnahme an den Workshops, Panels und Präsentationen ausgewählt werden.

Die 2. Biennale Tanzausbildung fand 2012 in Essen statt und war ein gemeinsames Projekt der Folkwang Universität, der Ausbildungskonferenz Tanz, des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, von Tanzplan Deutschland und der Kulturhauptstadt Europas RUHR.2010. Nach dem Ende des Tanzplans 2010 sagte das Bundesministerium für Bildung und Forschung zu, fortan die Biennale Tanzausbildung regelmäßig zu fördern. Nach der 3. Biennale 2012 in Frankfurt/Main fand die 4. Biennale 2014 in Dresden erstmals als kultureller Bundeswettbewerb des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) statt. Damit ist es – in Abstimmung mit den Bundesländern – nicht nur gelungen, diese so wichtige Plattform für junge Tanzkünstler zu verstetigen, sondern ihr auch eine langfristige Planungs- und Entwicklungsmöglichkeit zu sichern. Die 5. Biennale ist für 2016 in Köln geplant.

Es hat sich bereits zu einer Tradition entwickelt, die Biennalen thematisch auszurichten. Damit können zum einen aktuelle künstlerische Diskurse aufgegriffen und die teilnehmenden Studierenden in die Lage versetzt werden, sich in praktisch-professionellem Umfeld auszuprobieren, zum anderen ist dadurch eine gezieltere Vorbereitung seitens der Pädagogen, Tanzexperten und Theoretiker möglich. Fand die 1. Biennale zu Fragen der Einführung neuer Lerntools und Multimedia-Projekte statt, beschäftigte sich die 2. Biennale mit Modellen der Rekonstruktion. Die 3. Biennale hatte das Kulturerbe Tanz zum Thema und 2014 in Dresden ging es – erstmals auch mit ausländischen Gasthochschulen – um »Education profession – A creative process«, also um den Übergang von der Ausbildung in den Beruf und das Verstehen dieses Prozesses als einen kreativen Akt. Gerade dieses Thema entfachte unter den Studierenden und auch

Es geht um Perfektion und Höchstleistungen.

unter den Pädagogen rege Diskussionen. Fragen wie »Wie sieht der Markt aus, in den ich eintreten werde?«, »Was muss ich lernen, um für den Markt gut vorbereitet zu sein?« oder »Wie finde ich die richtigen Netzwerke?« machten deutlich, dass es noch immer die Lücke zwischen Ausbildung und Beruf im Tanz gibt, dass aber beide Seiten in Bewegung sind und die Studierenden mehr und mehr lernen, sich zu artikulieren, Fragen zu stellen, Fehlstellen zu benennen und nicht zuletzt durch permanenten Austausch sogar in die Lage versetzt werden, sich ihr Berufsfeld selbst zu kreieren.

Gabi Beier ist Tanzdramaturgin und leitet das von ihr mitgegründete ada Studio für zeitgenössischen Tanz in Berlin. Sie unterrichtet und begleitet junge Choreografen national und international, zuletzt in Vancouver und Victoria, Kanada

Kurz und knapp

PERSONALIEN

Sybille Linke ist neue Leiterin des Fachbereichs Kultur der Stadt Würzburg

Ab dem 1. November 2015 tritt Sybille Linke die Stelle als Leiterin des Fachbereichs Kultur der Stadt Würzburg an. Die studierte Theaterwissenschaftlerin, Anglistin und Germanistin stammt gebürtig aus Schleswig-Holstein, hat in Berlin und in Glasgow studiert und sich berufsbegleitend im Kultur- und Bildungsmanagement weitergebildet. Im Rahmen des Modellprogramms »Kulturagenten für kreative Schulen« hat sie gemeinsam mit 56 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern insgesamt 138 Schulen in fünf Bundesländern betreut und dabei die Vernetzung der Akteure, von den Stiftungen über die Ministerien bis hin zu den beteiligten Schulen und kooperierenden Kultureinrichtungen gesteuert. Als erfahrene Kulturmanagerin wird sie künftig das kulturelle Leben Würzburgs aktiv mitgestalten und interessante Perspektiven für die Zusammenarbeit von Schulen und Kulturinstitutionen einerseits und in der freien Kulturszene andererseits entwickeln. → www.wuerzburg.de

LAKS Baden-Württemberg wählt neuen Vorstand

Die LandesArbeitsgemeinschaft der Kulturinitiativen und Soziokulturellen Zentren Baden-Württemberg e.V. hat im Rahmen der Mitgliederversammlung, die am 18. Oktober 2015 in Ravensburg stattfand, den Vorstand gewählt. Bestätigt wurden Andreas Kämpf, Geschäftsführer des Kulturzentrums GEMS e.V. in Singen und Vizepräsident des Deutschen Kulturrates, sowie Laila Koller, Stellvertretende Geschäftsführerin des E-WERK e.V. in Freiburg. Neu in den Vorstand gewählt wurde die bisherige Beisitzerin der LAKS Bettina Gonsiorek, die die Tanz- und Theaterwerkstatt e.V. in Ludwigsburg leitet. Sie löst damit Sabine Bartsch, Geschäftsführerin des Kulturzentrums Dieselstrasse e.V. in Esslingen, ab, die nicht mehr für den Vorstand kandidierte. → www.laks-bw.de

WETTBEWERBE

31. Bundeswettbewerb »Jugend komponiert«

Bis zum 2. Januar 2016 läuft die Bewerbungsphase für den 31. Bundeswettbewerb »Jugend komponiert«. Es handelt sich um die höchste Auszeichnung für junge Komponierende zwischen 12 und 22 Jahren in Deutschland. Insgesamt 30 Preise werden in den Kategorien »Kammermusik«, »Solo« und »Freie Besetzung« vergeben. Sowohl die Bundespreisträger als auch die Förderpreisträger erhalten ein Stipendium für die Teilnahme an einer einwöchigen Kompositionswerkstatt in der Musikakademie Schloss Weikersheim. An zwei ausgewählte Bundespreisträger vergibt das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) als Sonderpreis ein Stipendium für einen einmonatigen Aufenthalt im Künstlerhaus Schloss Wiepersdorf. → www.musik-erfinden.de

Theater- und Tanztreffen der Jugend 2016 der Berliner Festspiele

In diesen Tagen beginnt der Bewerbungszeitraum für das Theater- wie für das Tanztreffen der Jugend 2016. Ein-sendeschluss ist der 31. Januar beziehungsweise der 31. März 2016. Das Theater-treffen der Jugend richtet sich an jugendliche Theatergruppen: Theater-AGs, Darstellendes Spiel-Kurse, freie Gruppen, Jugendtheaterclubs und andere Spielgruppen mit ihren Inszenierungen – unabhängig davon, ob sie auf eine Klassikervorlage, recherchiertes oder biografisches Material zurückgreifen. Um die Teilnahme am Tanztreffen der Jugend können sich jugendliche Ensembles mit eigenen Tanztheater-Produktionen bewerben – unabhängig davon, was der Ausgangspunkt ihrer Inszenierung ist. Gefragt sind jeweils Gruppen, die eigene Themen finden, diese künstlerisch umsetzen und Haltungen ausdrücken. → www.berlinerfestspiele.de

VERANSTALTUNGEN

32. Forum Kommunikationskultur der GMK

Die Entwicklung hin zur digitalen Gesellschaft und die notwendige digitale Bildungsrevolution erfordern eine medienpädagogische Begleitung. Damit Chancen gleichwertig genutzt und Risiken gemindert werden, müssen Pädagogik und Bildung die digitale kulturelle Praxis der Heranwachsenden wahrnehmen, begleiten und in Bildungskonzepte integrieren. Mit welchen neuen Kommunikationskulturen hat die digitale Gesellschaft zu tun, welche Formen sind zukünftig zu erwarten und wie sind sie einzuschätzen? Wie lassen sich durch Medienpädagogik und Medienbildung kommunikative Kompetenzen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen fördern? Und wie kann man Kinder und Jugendliche vor riskanter Kommunikation schützen? Mit diesen und anderen Fragen beschäftigt sich das 32. Forum Kommunikationskultur der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK), das vom 20. bis 22. November 2015 in Köln stattfindet. → www.gmk-net.de

Zweiter bundesweiter Tag der Theaterpädagogik »Mehr Drama, Baby«

Nach dem erfolgreichen ersten Tag der Theaterpädagogik findet am 15. April 2016 der zweite Tag der Theaterpädagogik unter dem Motto »Mehr Drama, Baby« statt. Der Bundesverband Theaterpädagogik e.V. (BuT) ruft alle Lehrer, Workshop-Leiter, Regisseure, Dramaturgen, Tanz-, Musik- und eben Theaterpädagoginnen dazu auf, ihre eigene theaterpädagogische Aktivität (z. B. Workshops, Aufführungen, offene Proben, Diskussionen u. v. m.) an diesem Tag bekannt zu geben und der Öffentlichkeit zu präsentieren. So sollen Menschen an möglichst vielen Orten in Deutschland Theater machen, in Schulen, Kindergärten, Universitäten und Theatern, auf Bürgerbühnen, in Kinder-, Jugend- und Seniorenzentren, Kliniken, Amateurtheatern und freien Gruppen ... Ziel ist es, eine Diskussion über die Rahmenbedingungen theaterpädagogischer Arbeit in Deutschland in Gang zu setzen. → www.butinfo.de

PUBLIKATIONEN

Architektur ganztags – Spielräume für baukulturelle Bildung

Das »weite Feld« Architektur mit all seinen interdisziplinären Anknüpfungspunkten und seiner Bedeutung für ganztägiges Lernen steht im Fokus dieser Dokumentation. Es geht um die Möglichkeiten und Chancen der fächerübergreifenden Vermittlungsarbeit in formellen und informellen Lernräumen, auch jenseits des Klassenzimmers. Es geht aber auch darum, über den institutionellen Tellerrand hinauszuschauen und Möglichkeiten zu schaffen, schulische und außerschulische Partner zusammen zu bringen. Der Band dokumentiert die zweitägige Tagung »Architektur ganztags – Spielräume für baukulturelle Bildung«, die am 21. und 22. November 2013 im Deutschen Architekturmuseum in Frankfurt am Main stattgefunden hat.

Kulturelle Bildung im internationalen Austausch. Synergien und Anknüpfungspunkte

Zahlreiche deutsche Akteure sowie Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) sind im Bereich der kulturellen Bildung tätig. Wo gibt es Anknüpfungspunkte zwischen Akteuren und Mittlern in diesem Arbeitsfeld? Welche Synergien entstehen durch Kooperation und wie könnten sie durch gezielte Maßnahmen verstärkt werden? Welches Verständnis von kultureller Bildung liegt bei den beiden Akteursgruppen vor? Und welche Handlungsempfehlungen lassen sich daraus ableiten? Aron Weigl hat für diese Studie 133 Akteure, die auf dem Feld der kulturellen Bildung aktiv sind, befragt und leitet Empfehlungen ab, um Kooperationen zwischen den Akteuren und Mittlerorganisationen der AKBP in Zukunft vermehrt zu realisieren und Mehrwerte zu generieren. → www.ifa.de

WEITERBILDUNGEN

Creating Dance in Art and Education

Der Zertifikatskurs Creating Dance in Art and Education vermittelt grundlegende praxisorientierte Fähigkeiten in der Vermittlung des künstlerischen Tanzes und der Improvisation, einen theoretischen Überblick der Geschichte des zeitgenössischen Tanzes und einen Einblick in verschiedenste Praxisfelder der Tanzpädagogik. In der einjährigen Weiterbildung werden Fähigkeiten, Techniken und Methoden erlernt, erprobt und reflektiert, die es ermöglichen, den Tanz als Kunstform an Laien aus unterschiedlichen sozialen und kulturellen Zusammenhängen zu vermitteln. Vorausgesetzt wird eine abgeschlossene Tanzausbildung beziehungsweise eine ähnlich intensive Bewegungserfahrung. Laufende tanzpädagogische Eigenprojekte der Teilnehmenden sind wünschenswert. Anmeldeschluss für den Zertifikatskurs ist der 20. November 2015. → www.ziw.udk-berlin.de

Fortbildung »Kultur in der neuen Gesellschaft« zu soziokulturellen Angeboten und Projekten für Geflüchtete

Seit 2014 steigt die Zahl der Geflüchteten, die Deutschland erreichen, stark an. In vielen Teilen der Welt müssen Menschen vor (Bürger-)Kriegen, politischer und religiöser Verfolgung und Armut fliehen. Die Auswirkungen spüren wir alle: die Geflüchteten kommen in eine Gesellschaft, die sich immer mehr zwischen Hilfsbereitschaft und Fremdenfeindlichkeit polarisiert. Viele soziokulturelle Zentren, Kultureinrichtungen und Initiativen haben begonnen, den Geflüchteten kulturelle Angebote zu machen – oft verbunden mit Veranstaltungen, die Kontakt und Austausch fördern. Das Tagesseminar »Kultur in der neuen Gesellschaft« der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e.V., das am 10. Dezember 2015 in Düsseldorf stattfindet, bietet neben theoretischen und praktischen Inputs, einen Austausch per World Café an, bei dem gemeinsame Thesen zur Arbeit mit Geflüchteten formuliert werden. Je nach Schwerpunkt der eigenen Arbeitsgebiete kann der Fokus auf unterschiedliche Gruppen gesetzt werden, beispielsweise auf die Arbeit mit (unbegleiteten) Jugendlichen. → www.soziokultur.de

Kultur bildet.

erscheint als regelmäßige Beilage zur Zeitung Politik & Kultur, herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium für Bildung und Forschung

Adresse

Deutscher Kulturrat e.V.
Mohrenstraße 63, 10117 Berlin
Telefon: 030/226 05 28-0
Fax: 030/226 05 28-11
post@kulturrat.de, www.kulturrat.de



Deutscher Kulturrat

Redaktion

Olaf Zimmermann (Chefredakteur, V.i.S.d.P.),
Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin),
Verena Schmidt (CvD), Kerstin Hübner,
Andreas Kolb, Carolin Ries, Andrea Wenger,

Redaktionsassistentin

Jana Prigge

Gestaltung

4S Design

Verlag

ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
Telefon: 0941/945 93-0, Fax: -50
info@conbrio.de, www.conbrio.de

Druck

Freiburger Druck GmbH & Co. KG

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Sollte in Beiträgen auf das generische Femininum verzichtet worden sein, geschah dies aus Gründen der besseren Lesbarkeit. Selbstverständlich sind immer weibliche als auch männliche Gruppenangehörige einbezogen. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder.